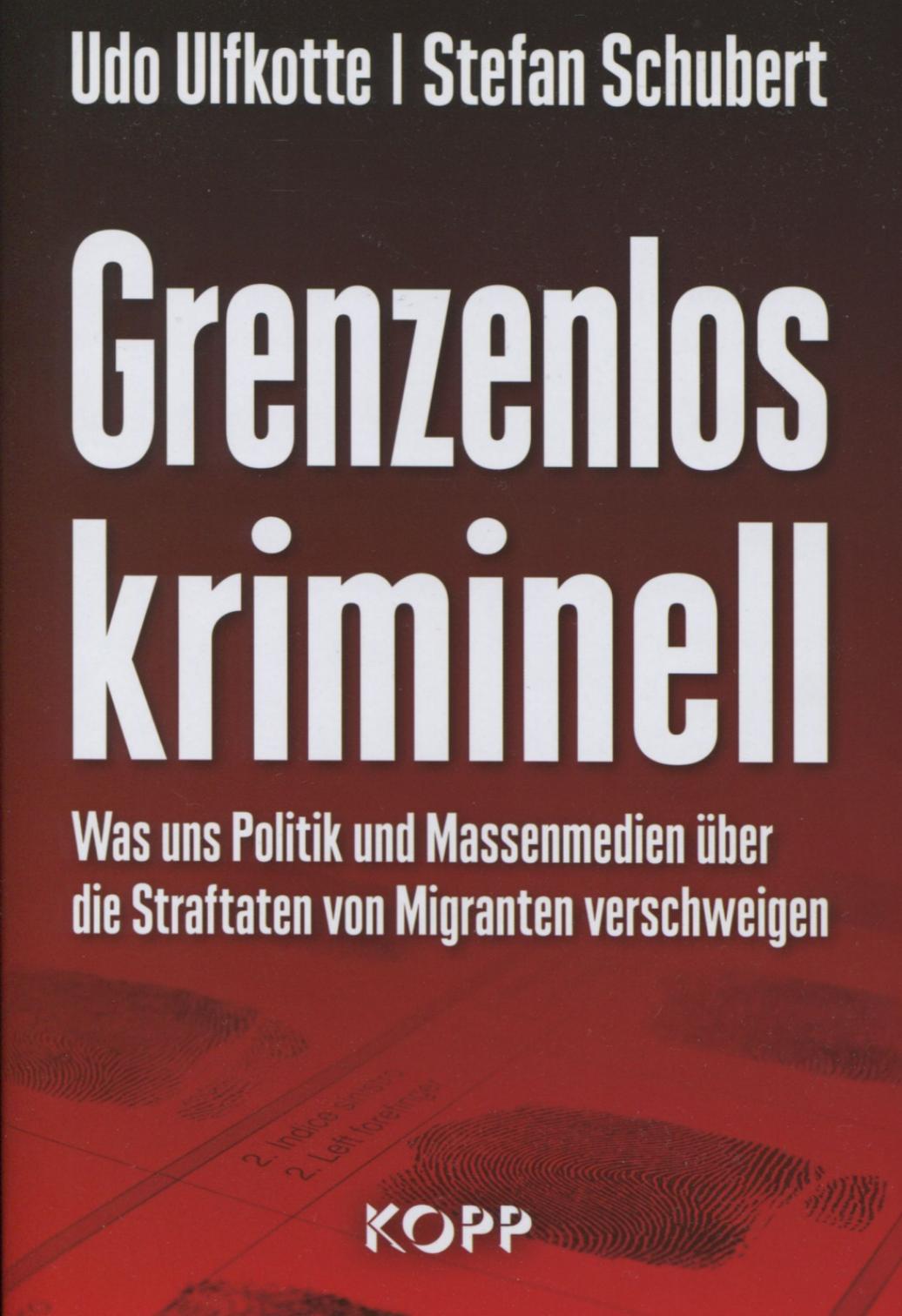


Udo Ulfkotte | Stefan Schubert

Grenzenlos kriminell

Was uns Politik und Massenmedien über
die Straftaten von Migranten verschweigen

The background of the cover is a dark red color. It features several large, faint fingerprints scattered across the surface. In the lower-left quadrant, there is a small, faint grid with the text "2. Index finger" and "2. Left forefinger" written in it. At the bottom center, the publisher's name "KOPP" is printed in a bold, white, sans-serif font.

KOPP

1. Auflage Juli 2016

Copyright © 2016 bei

Kopp Verlag, Bertha-Benz-Straße 10, D-72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Stefanie Beth
Lektorat, Satz und Layout: Agentur Pegasus, Zella-Mehlis

ISBN: 978-3-86445-306-9



Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis

Kopp Verlag

Bertha-Benz-Straße 10

D-72108 Rottenburg

E-Mail: info@kopp-verlag.de

Tel.: (0 74 72) 98 06-0

Fax: (0 74 72) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:

www.kopp-verlag.de

Udo Ulfkotte
Stefan Schubert

Grenzenlos kriminell

**Was uns Politik und Massenmedien über
die Straftaten von Migranten verschweigen**

KOPP VERLAG

Gewidmet unserem Verleger Jochen Kopp. Er ist im deutschsprachigen Raum der letzte verbliebene bedeutende Verleger, der der Politischen Korrektheit und dem Druck von Schlägertruppen bislang nicht nachgegeben hat. Ohne Jochen Kopp, einen früheren Polizisten und engagierten Verfechter der Meinungsfreiheit, wäre dieses Buch in Deutschland nicht mehr erschienen, weil Politik und Leitmedien hierzulande mit der Wahrheit inzwischen ein gewaltiges Problem haben.

Inhalt

Einleitung11
-----------------------------	------------

TEIL I - Udo Ulfkotte

Kapitel I Grenzenlos kriminell: der brutale Blick in die Realität16
Republik der Angst16
Offen für alles - und nicht mehr ganz dicht18

Kapitel II Evolution, Religion, Kriminalität und Bevölkerungsforschung23
Biologische Vorgaben: Eindringlinge und Abwehrreaktionen .	23
Geben und Nehmen: Gruppenloyalität als elementares Verhaltensmuster.	31
Die Wahrheit: »Kulturabbruch durch Masseneinwanderung bildungsferner Migranten«	36
Kulturelle Gegensätze verstärken Konflikte.	40
Die große Illusion: der Traum vom Frieden der Völker	43
Allah als Unruhestifter: die seismischen Verwerfungen des Islam.	45
Gutmenschen, Stammesfeindschaften und Säureanschläge .	51
Der Pulverdampf der Weltkonflikte.	56
Krieg und Gewalt als Normalzustand	59

Kapitel III Außen Ehre - innen Leere: Fallstudien der zugewanderten Barbarei62
Multikulti: Türken verbrennen 19-jährige schwangere Deutsche.62

Mit der Eisenstange erschlagen:	
»Sie war doch nur eine Frau«	64
Ganz legal asozial:	
Rückkehrprämie für Kindervergewaltiger.	68
»Home-Invasion«: Wenn Senioren zu Tode gequält werden	72
Gangster mit Diplom:	
Akademie für professionelle Einbrecher.	74
Kapitel IV Deutsche als Menschen zweiter Klasse	79
Wenn aus Tätern Opfer werden	79
Diskriminiert und hart bestraft:	
der falsche Pass in der eigenen Heimat	83
Rechtsstaat am Ende.	88
Kapitel V Mekka Deutschland - Islamisierung als Ziel.	91
Vorauselender Gehorsam für Mohammed	91
Allahs Führerkult: Warum Muslime nicht integrierbar sind	96
Islamisches Recht auf deutschem Boden	102
Wenn aus Kirchen Moscheen werden	105
Kapitel VI Unterwanderung auf allen Ebenen	113
Tittytainment: Ablenkung mit Sex und Unterhaltung	113
Goodbye soziale Sicherheit:	
Asylanten zerstören den Sozialstaat	114
Von der Völkerwanderung zum Bürgerkrieg	120
So werden unsere Armeen unterwandert	126
Kapitel VII Rette dich, wer kann:	
der Blick in den Abgrund.	133
Der große Wutstau	133
Warum wir bürgerkriegsähnliche	
Zustände bekommen werden.	136
Verdrängte Wahrheit: Jetzt kommt	
der erbarmungslose Verteilungskampf.	138
Ein längerer Stromausfall als GAU für die Innere Sicherheit	142

CIA-Bericht: die dunklen Seiten der Flüchtlingsströme151
Die Eliten bereiten sich vor - goodbye Deutschland!155

Teil II - Stefan Schubert

Kapitel VIII | Deutschland.

Hier spricht die Mafia türkisch.162
Vom Flüchtling zum Berufskriminellen162
Familien-Clans profitieren in Form von riesigen Gewinnen vom Flüchtlingsstrom164
Clan-Parallelwelten nach über 30 Jahren in Deutschland167

Kapitel IX | Deutschlands Städte

verkommen zu No-go-Areas.169
Geheime Analyse: Türkisch-libanesishe Mafia teilt sich Deutschland auf.170
Duisburg-Marxloh - ein besonderer Fall.171
In diese Viertel traut sich die Polizei nicht mehr173
Multikriminelles Berlin-Kreuzberg.176
Mit der Flüchtlingskrise explodierte die Kriminalität178
Gangland Deutschland179
Polizei: Libanesen-Clans haben uns den Krieg erklärt181

Kapitel X | Der nordafrikanische Sex-Mob von Köln

Das SPD-Schweigekartell bei der Arbeit187
Kriminalität nordafrikanischer Täter wird zensiert190
Nordafrikanische Sex- und Intensivtäter bleiben unbehelligt192
Wenig glaubwürdig: Merkel verkündet einmal mehr, kriminelle Asylanten abzuschieben193
600 000 abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben194

Kapitel XI | Polizei und Bürger werden

vom Staat im Stich gelassen.196
BKA-Lagebericht: Ausländerkriminalität steigt196

Bürger sind gezwungen, sich zu schützen198
Kriminalität wird immer brutaler.199
Wegen der Flüchtlingskrise kapitulieren Polizisten vor der Kriminalität	201
Staatsversagen.	203
Deutschland droht die Gettoisierung und Islamisierung	208

Kapitel XII | Neben Clans organisieren

sich Migranten auch in Rockerclubs.	214
»Osmanen Germania« wollen Deutschland erobern214
Hamburgistan - Stellvertreterkriege auf Deutschlands Straßen.	217
»Kamikaze Riders MC« - eine neue Form des islamistischen Terrorismus.	220
Facebook-Salafist und YouTube-Rockerclub-Terrorist	223

Kapitel XIII | Deutsche Polizei:

Frust, Überforderung und Reputationsverlust.	226
Bundesweite Zensur bei Flüchtlingskriminalität wird enttarnt.	226
Problemmoderator Claus Kleber - Jahresgehalt 480 000 Euro.	228
Innenminister und Polizeipräsidenten - die Politikommissare der SPD.	229
Eine Polizistin spricht Klartext: »Wir haben uns Kriminalität importiert«	229
Die systematische Vertuschung von durch Asylbewerber begangenen Straftaten.	235
Laut BKA: 275 000 Straftaten durch Asylbewerber 2015237
Polizei droht gewaltiger Reputationsverlust	241
Polizeiliche Datenlecks offenbaren Politikversagen251

Kapitel XIV | Ein Blick in die Zukunft.

Flüchtlingsmassen destabilisieren Deutschland.	256
Alle Sicherheitsbehörden warnen in Geheimpapier vor unkontrollierbaren Unruhen durch Masseneinwanderung	257

Kapitel XV | Deutschland und Europa

im Visier des islamistischen Terrors. **258**

Mehrheit der Deutschen sieht eine direkte
Verbindung zwischen Islam und Terroranschlägen 260

Der Islamische Staat greift Europa an 261

Die Pariser Terroristen mischten
sich unter den Flüchtlingsstrom. 264

IS baut Terrororganisation in ganz Westeuropa auf 268

Strukturen des Islamischen Staates in Deutschland 270

»Kriegsakt«: Lösen islamistische Terroranschläge Kriege aus? . 283

Ein Leben im permanenten Ausnahmezustand 287

Fazit. **292**

Endnoten Teil I und II. **294**

Einleitung

Zunächst eine ungewöhnliche Bitte an alle Leser: Richten Sie Ihren Unmut über die Zustände nicht gegen Asylbewerber. Bitte demonstrieren Sie nicht vor Flüchtlingsheimen, denn für die Zustände sind vor allem Politik und Medien verantwortlich. Wenn Sie etwas verändern wollen, dann sollten Politiker und Medien Ihren Unmut zu spüren bekommen.

Innerhalb von wenigen Jahren hat sich der deutschsprachige Raum im Hinblick auf das Thema »Sicherheit« radikal verändert. Nie zuvor haben so viele Bürger einen Waffenschein beantragt.¹ Nie zuvor haben sich so viele Privatleute einen Tresor gekauft.² Nie zuvor haben sich so viele Menschen zum Unterricht in Kampfsportarten angemeldet.³ Und nie zuvor war Pfefferspray so schnell ausverkauft. Man könnte diese Auflistung von Einzelbildern noch endlos fortführen. Sie alle ergeben ein bedrückendes Gesamtbild: Die Menschen in diesem Land haben offenkundig Angst - und das nicht nur vor Einbrüchen und Raubüberfällen.⁴

Irgendwer muss den Menschen im Land die Wahrheit sagen: Politik und Leitmedien haben mit ihrer Sicherheit gespielt. Skrupellos haben diese Zocker mit offenen Grenzen und dem Import von Kriminellen alles auf eine Karte gesetzt - und verloren. Die Kriminalitätsentwicklung und die barbarische Verrohung waren die ersten deutlichen Anzeichen dafür. Allmählich dämmert es auch dem Letzten: Der Staat kann uns Bürger nicht mehr schützen. Recht und Gesetz wurden jetzt ersetzt durch das Gesetz des Stärkeren. Und Schutz muss man sich kaufen. Während früher nur die Reichen in Sicherheit investieren mussten und beispielsweise Alarmanlagen installierten, so trifft es heute jeden. Aktuell empfehlen jene Politiker, die den Einbrecherbanden erst das Geschäftsmodell

erleichtert haben, verunsicherten Bürgern den Einbau von teuren Alarmanlagen und Sicherheitseinrichtungen. Sofern die Bürger aber den Schutz ihres Eigentums selbst in die Hand nehmen müssen und Angst vor Kriminalität zum alle Schichten verbindenden, ganz alltäglichen Gefühl wird, dann ist das nicht nur das Ende der Sicherheit. Es ist auch das Ende von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit.

Dabei gehört es doch zu den wichtigsten Grundfunktionen eines Staates, seinen Bürgern größtmögliche Sicherheit zu garantieren. Schließlich geben die Menschen einen Teil ihrer Einnahmen in Form von Steuern an den Staat ab, damit das Gemeinwesen auf allen Ebenen die Sicherheit garantieren kann. Dazu zählen soziale Sicherheit, Rechtssicherheit und auch die Innere Sicherheit. Der Staat besitzt in diesem Fall das Gewaltmonopol und sollte alles bekämpfen, was die verschiedenen Sicherheitsebenen bedroht; er garantiert dem Bürger im Gegenzug für Steuern dessen Eigentum, die Freiheit und auch Rechtssicherheit. Unsere demokratische Gesellschaft beruhte doch einmal darauf, dass Menschen sich aus freiem Willen zu einer staatlichen Ordnung zusammenschlossen und sich gegenseitig vertrauten. Dieses Grundvertrauen ist jetzt Geschichte. Wenn eine große Zahl von Bürgern Waffenscheine beantragt, Tresore kauft und Kampfsportarten erlernt, dann ist es nicht nur das deutlichste Signal dafür, dass der Staat bei den Grundfunktionen versagt. Nein, es ist auch ein Beleg dafür, dass zahlreiche Bürger, die beim Thema »Sicherheit« nicht mehr auf den Staat vertrauen, letztlich auch die Existenzberechtigung jener infrage stellen, die Abgaben in Form von Steuern von ihnen verlangen. Sie begehren auf und rebellieren, denn warum sollten Menschen noch Politiker finanzieren, die ihnen weder soziale noch Innere Sicherheit und auch keine Rechtssicherheit mehr garantieren können?

Klar ist: Eine ständig wachsende Zahl von Menschen im deutschsprachigen Raum fühlt sich nicht mehr sicher.⁵ Doch das schwindende Sicherheitsgefühl ist nicht über Nacht gekommen. Seit mehr als einem Jahrzehnt haben sich die Zustände für jeden erkennbar immer dramatischer verschlechtert. Wer aber diese Wahrheit auszusprechen wagt(e), der wurde und wird von Politik und Leitmedien

fertiggemacht. Es fing an mit jenen, die zeitgleich mit der Öffnung der EU-Ostgrenzen zu den ärmeren früheren Ostblockländern hin eben auch einen Zustrom für grenzenlose Kriminalität auf uns zurollen sahen. Die Politik interessierte das nicht. Im Gegenteil: Sie öffnete zuerst die Grenzen für Kriminelle aus Osteuropa und lieferte damit die eigenen Bürger schutzlos diesen Ganoven aus.⁶ Anschließend ließ sie Millionen Migranten aus Nahost und Nordafrika ohne jegliche Kontrolle ins Land. Drogenschmuggler, Einbrecherbanden, Autodiebe, Menschenhändler und Waffenschieber - laut offiziellen Angaben der Polizei mussten die Beamten in den vergangenen Monaten an unseren Grenzen all diese Menschen einfach lächelnd durchwinken.⁷

Der Staat schaut seither zu, wie sich durchreisende Fremde nicht an unsere Regeln halten, sich beispielsweise ganz nach Belieben am Eigentum der Bürger vergreifen, Frauen vergewaltigen und anschließend vor Gericht auch noch Sonderrechte («Migrantenbonus») für sich in Anspruch nehmen. Damit zerfällt logischerweise das, was den Staat zusammenhält. Staat und Regierung verlieren schnell jene Funktion und Aufgabe, für die sie vom Bürger bezahlt werden.

Man erkennt die Folgen in jeder Stadt. Aus jedem Winkel berichten Lokalzeitungen nunmehr über »Angsträume«. Leverkusen-Küppersteg ist jetzt ein solcher »Angstraum«, wo Frauen am Bahnhoferst gar nicht mehr aussteigen wollen.⁸ In Heidelberg gibt es nach offiziellen Angaben der Stadt gleich Dutzende »Angsträume«.⁹ Man könnte Hunderte Beispiele bringen. Wir beschränken uns hier auf die offizielle Aussage der Polizei, die unsere Sicherheit nicht mehr garantieren kann, weil die Politik sie für andere Aufgaben einspannt. »Angsträume« werden im deutschsprachigen Raum somit jetzt zum Normalzustand.¹⁰ Selbst die Polizei sieht die Innere Sicherheit gefährdet.¹¹ Deshalb ist der große Run auf Waffen, Pfefferspray, Tresore und Kampfsportausbildung zu verzeichnen.

Unsere Politiker sind mit dem, was sie angerichtet haben, völlig überfordert. Sie sehen jetzt vor allem eines: ihre Macht bedroht. Alle Szenarien, auf die sie sich vorbereiten, dienen jedenfalls vor allem dem Ziel, mit Propaganda und von den Leitmedien verbreite-

ten Durchhalteparolen eine auch für die Regierung immer bedrohlichere Entwicklung abzuwenden. Für die Sorgen und Ängste einfacher Bürger ist da natürlich kein Platz mehr. Die Bundesregierung lässt lieber in Planspielen erkunden, wie sie bei einer zunehmend gefährlichen Lage möglichst lange die Macht behalten und sich notfalls ausfliegen lassen kann. Für solche theoretischen Planspiele, bei denen Sicherheitskräfte vor allem Politiker in Sicherheit bringen, Unruhen von unzufriedenen Bürgern niederschlagen und mit Propaganda die Bevölkerung zu beruhigen versuchen, ist viel Geld, Zeit und Personal vorhanden. Für die wirklich bedrohten Menschen aber, die in Angsträumen leben müssen und sich zunehmend vom Staat im Stich gelassen fühlen, gibt es in der Realität nur noch inhaltsleere Waschmittelparolen. Schließlich wissen die hohen Damen und Herren aus der Politik doch, was dem Pöbel gut tut.

Was also passiert da draußen? Was verschweigen uns Politik und Leitmedien? Wie steht es um die Innere Sicherheit? Was bringt uns die Massenzuwanderung bildungsferner Menschen aus fremden Kulturkreisen? Wie geht es weiter mit der grassierenden Kriminalität? Wie mit der Islamisierung? Und wie kann man sich auf die bedrohliche Entwicklung vorbereiten? Auf solche Fragen wollen wir in den nachfolgenden Kapiteln Antworten geben.

Als Polizeibeamter hat Autor Stefan Schubert aus eigenem Erleben tiefe Einblicke in die Kriminalität gewonnen, während Udo Ulfkotte schon lange Migrationsströme und die Folgen des Aufeinanderprallens verschiedener Kulturen analysiert. Beide Autoren eint der Wunsch, die Bevölkerung wahrhaftig über eine Entwicklung aufzuklären, die schon bald nicht mehr umkehrbar sein wird. Ulfkotte hatte bereits im Jahre 2004 im Bertelsmann-Verlag ein Sachbuch mit dem Titel *Grenzenlos kriminell* veröffentlicht, in dem er damals vor den Risiken der EU-Osterweiterung und der Öffnung der Grenzen warnte. Hans-Dietrich Genscher und andere führende Politiker beschimpften Ulfkotte daraufhin als Schwarzmalerei. Seine Prophezeiungen wurden jedoch längst von der Realität übertroffen. Das vorliegende Buch setzt diesen Blick in unsere unmittelbare Zukunft fort.

Teil I

Udo Ulfkotte

KAPITEL I

Grenzenlos kriminell: der brutale Blick in die Realität

Republik der Angst

In Deutschland leben heute 190 verschiedene Nationalitäten. Sie sprechen fast alle Sprachen der Welt. Sie sind Christen, Atheisten, Muslime, Buddhisten oder Anhänger von Naturreligionen. Sie engagieren sich in Trachtenvereinen, Yoga-Gruppen oder in Bio-Müsli-Zirkeln. Die Gesamtheit der heute in Deutschland lebenden Menschen ist unterschiedlicher als jede Bevölkerung, die früher einmal in diesem Land gelebt hat. Was sie vereint, sind heute nicht länger Sprache, Religion oder Kultur, sondern offenkundig eine weitverbreitete Angst.

Drei von vier Bürgern blicken heute zumindest verunsichert in die Zukunft¹², Tendenz steigend. Früher waren Religion, Sprache oder Kultur das einigende Band der in Deutschland lebenden Menschen. Inzwischen scheint es Angst zu sein. Zum Beispiel die Angst davor, in der Öffentlichkeit etwas Falsches zu sagen. Oder die Angst davor, Opfer eines Terroranschlages zu werden. Nicht jeder folgt der Aufforderung der früheren EKD-Präsidentin Margot Käßmann, auch »Terroristen mit Beten und Liebe zu begegnen«¹³.

Vor wenigen Jahren noch schien die Angst vor einem Terroranschlag an den Haaren herbeigezogen. Heute allerdings gibt es kaum noch ein Urlaubsziel, an dem nicht die potenzielle Gefahr besteht, dass eine Bombe explodieren könnte - und in bestimmten Ländern geschieht das schon regelmäßig. Land um Land rückt der Terror näher an Deutschland heran. Zeitgleich bricht auch in der eigenen Heimat alles zusammen, was man bislang in seiner Umgebung für sicher hielt: Man sieht das auf vielen Gebieten, nicht nur beim Thema »Kriminalität«. Doch dort wird der Zusammenbruch der Sicherheit besonders deutlich. Das mulmige Gefühl vor wachsen-

der Kriminalität ist schließlich nicht etwa die Frucht obskurer Verschwörungstheorien, sondern die Folge einer Entwicklung, die Politiker über Jahre hinweg skrupellos ignoriert haben. Offenkundig wollten sie diese Zustände - denn wer davor warnte und auf die Entwicklung aufmerksam machte, wurde sofort in die »rechte Ecke« gestellt. Heute ist es, statistisch gesehen, eine reine Frage der Zeit, wann die eigene Wohnung (wieder) einmal von jenen Einbrechern verwüstet wird, die dank der von unseren Politikern geöffneten Grenzen ohne Risiko grenzenlos kriminell sein können. In Städten wie Hamburg steigt die Zahl solcher Einbrüche jetzt jedes Jahr um 20 Prozent¹⁴, in Nordrhein-Westfalen um 18 Prozent und in Thüringen sogar um 26 Prozent¹⁵. Alle zwei Minuten wird eine Wohnung aufgebrochen. 79 Prozent der Menschen verlassen ihre Wohnung Tag für Tag mit einem unguuten Gefühl.¹⁶

Offenkundig kann der Staat also die Sicherheit im privaten Lebensraum nicht mehr garantieren. Während in der Bevölkerung die Angst vor Einbrechern wächst¹⁷, klingt es wie zynischer Hohn, wenn Politiker dann auch noch dreist behaupten, Deutschland sei »sicher«. Schließlich haben sich sogar Deutschlands führende Sicherheitsexperten öffentlich »entsetzt« darüber geäußert, wie wenig sich die Bundesregierung noch für die Sicherheit ihrer Bürger interessiert.¹⁸

Die verbreitete Angst vieler Menschen ist kein diffuses Hirngespinnst, und sie betrifft auch nicht nur das Thema »Einbrüche«. Immer mehr von ihnen haben heutzutage schon ein mulmiges Gefühl, wenn sie nur mal eben um die Ecke zum Geldautomaten gehen. Auch diese Furcht vor Überfällen ist nicht unbegründet. Sie ist allerdings ein Tabuthema.

Dabei werden jeden Tag Deutsche in aller Öffentlichkeit völlig grundlos von Migrantengangs angegriffen und zusammengeschlagen. Es genügt vielen Ausländern, wenn Deutsche vor ihnen nicht demütig auf den Boden geschaut haben. Und keine Frau kann heute mehr unbesorgt einen Rock anziehen und geschminkt auf die Straße gehen, ohne Angst haben zu müssen. Schließlich fühlen sich immer mehr junge Männer provoziert, sie dann wie ein Stück

Fleisch zu behandeln. Weltweit berichten Zeitungen darüber, dass in Deutschland wegen der Übergriffe von Migranten aus islamischen Ländern jetzt beispielsweise in Zügen getrennte Abteile für Frauen und Männer eingeführt werden sollen¹⁹ - wie in Saudi-Arabien. Auch im Schwimmbad sollen Männer und Frauen getrennt auf die Rutsche, wegen der Übergriffe.²⁰ Doch Medien und Politik berichten über solche Maßnahmen nur, wenn es nicht mehr anders geht und der öffentliche Druck bereits gewaltig ist.

Sofern es Überfälle auf Flüchtlingsheime gibt²¹ oder Piraten in fernen Ländern Handelsschiffe überfallen, dann berichten unsere staatlich gelenkten Propagandamedien sofort darüber²². Sie zitieren Verlautbarungen von Politikern, die entschlossenes Handeln versprechen. Werden aber Tag für Tag Menschen an Geldautomaten oder in ihren eigenen Wohnungen überfallen oder ausgeraubt, dann schauen die gleichen Politiker und Leitmedien tapfer weg.²³

Dabei haben immer mehr Bürger Angst davor, mit Bussen oder U-Bahnen zu fahren. Sie beschleunigen ihre Schritte nicht nur in Parkhäusern oder dunklen Gassen. Nein, man traut sich heute selbst am Tag häufig nicht mehr in Parks und Grünanlagen, weil dort Gangs oder Rauschgifthändler das Sagen übernommen haben. Der Görlitzer Park in Berlin heißt heute im Volksmund »Drogenpark der Nation«²⁴. Nicht anders ist es tief im Südwesten der Republik, wo heute in Freiburg im Colombipark ungeniert Kriminelle die Szenerie beherrschen.²⁵ Man kennt solche Plätze inzwischen in jeder Stadt, und viele fürchten sich vor den Folgen, wenn sie zufällig unsichtbare Grenzen überschreiten und in einer der vielen neuen No-go-Areas landen. Etwa dort, wo Migrantenfamilien die Macht übernommen haben.

Offen für alles - und nicht mehr ganz dicht

Alles wird gut. Das sagen uns jedenfalls Politiker und Lügenmedien. Die Geheimdienste sehen das anders. Sie prognostizieren: Im deutschsprachigen Raum nähern sich Wohlstand, Demokratie

und Ruhe ihrem Ende. Aber brauchen wir für diese Erkenntnis wirklich Geheimdienste? Schauen wir uns die Realität an: Jede vierte Kommune ist bankrott. Wegen der immer höheren Hartz-IV-Ausgaben geht in vielen Städten und Gemeinden gar nichts mehr.²⁶ Für Schulen und Kindergärten ist kein Geld mehr da.²⁷ (Dabei sind Kinder doch unsere Zukunft!) Die Polizei hat kein Geld mehr, um das Schießen zu üben.²⁸ Auch Weihnachts- und Urlaubsgeld wurde den Beamten gestrichen.²⁹ Nicht anders ist es bei der Infrastruktur. Sie wird auf Verschleiß gefahren: Straßen, Schienen und Brücken verfallen schneller, als sie ersetzt und/oder saniert werden können.³⁰ Wir leben immer häufiger in Zuständen, die wir früher nur aus dem Fernsehen kannten - von schaurigen Reportagen aus den Slums der Dritten Welt, wo alles verfällt und Kriminalität und Korruption gedeihen. Wir werden noch darauf zurückkommen. Festzuhalten bleibt, dass wir uns diesen Verfall schönreden.

Dort, wo alles verfällt, erodiert auch die Sicherheit. Noch suggeriert uns die mediale Propaganda das Gegenteil: Wohlstand und eben diese Sicherheit. Dabei ist beides in der Realität längst nur noch eine Fiktion. Unser existenziell vom Export abhängiges und deutlich überbevölkertes Land wird bei der nächsten großen Weltwirtschaftskrise als Erstes zusammenbrechen. Wir haben keine Reserven mehr. Nirgendwo. Weder Renten- noch Arbeitslosen- oder Krankenkassen verfügen über die erforderlichen Rücklagen, um eine ganz normale Krise zu überstehen. Die nächste Massenarbeitslosigkeit, die mit dem absehbaren Wiederaufleben der Finanzkrise ganz sicher kommen wird, bringt die Menschen im deutschsprachigen Raum in eine katastrophale und existenziell kritische Lage. Wir haben für viele fremde Staaten finanzielle Rettungspakete bereitgestellt - nur uns selbst haben wir vergessen.

Wir träumen uns derweilen die Welt schön und bunt. Wir haben uns jetzt alle schrecklich lieb. Wir verfügen dafür in Deutschland sogar über eine Mitkuschelzentrale.³¹ Nein, das ist kein Scherz. Die gibt es tatsächlich - und sie heißt auch so. Dort treffen sich Menschen aller Rassen und Hautfarben, aus allen Kulturen und

Nationen, einfach nur so zum Kuschn. ³² Weil wir uns doch alle so lieb haben. Es gibt nur wenige, die da aus dem Lieb-haben-Raster fallen. Männliche Eintagsküken etwa. Die dürfen auch nach dem Willen der Bundesregierung weiter lebend geschreddert werden. ³³

In dieser kuscheligen neuen Welt wollen Vordenker der Europäischen Union sogar, dass wir heimgekehrte IS-Kämpfer »nicht länger kriminalisieren« ³⁴. Gilles de Kerchove, der oberste Anti-Terror-Chef der EU, fordert, dass wir IS-Kämpfer mit unseren Sozialleistungen befrieden. Anstelle von Haftstrafen sollen sie in den Genuss von Sozialprogrammen mit entsprechenden finanziellen Zuwendungen kommen. Wir »bekämpfen« sie also jetzt und künftig, indem wir sie einfach in unsere Anti-Terror-Arbeit integrieren. ³⁵

Es gibt Menschen in anderen Ländern, die haben den Geheimplan unserer klugen Politiker noch nicht verstanden. Sie lachen über uns. Da empörte sich beispielsweise der Londoner *Daily Telegraph* darüber, dass deutsche Soldaten bei einem internationalen NATO-Manöver, das eigentlich vier Wochen dauern sollte, schon nach zwölf Tagen wieder abgezogen waren. Die deutschen Soldaten hatten die normale Arbeitszeit und die erlaubten Überstunden zu diesem Zeitpunkt schon überschritten. ³⁶ Die Briten besitzen eben keine Mitkuschelzentrale. Vielleicht verstehen sie deshalb nicht, dass wir Deutschen jetzt nur noch während der offiziellen Bürozeiten Kriege führen können.

Damit auch wirklich keiner Angst vor uns haben muss, zog die Bundeswehr bei einem anderen Manöver schon mal mit schwarz angestrichenen Besenstielen ins Gefecht. Die Besenstiele sollten das Rohr an der Waffenanlage des GTK Boxer simulieren ³⁷ (GTK = Gepanzertes Transport-Kraftfahrzeug). Wir sparen uns das Geld für die Landesverteidigung lieber, kaufen ein paar Besenstiele und brüllen »peng!« und »krachbum!«. ³⁸ Das alles sind keine »Einzelfälle« - das alles hat System bei der Bundeswehr, die früher einmal für die Gefahrenabwehr zuständig war. Sicherheit wird in Deutschland heute eben auf allen Ebenen nur noch simuliert.

Wir leben in einer absurden und völlig irrealen »Wir-haben-uns-alle-lieb-Welt«. Innere Sicherheit ist schließlich eine gottgegebene

Selbstverständlichkeit, scheinen Politik und Leitmedien zu denken. Und es wird alles noch besser, wenn wir uns nur alle noch mehr lieb haben.

Die Generation junger Menschen, die im deutschsprachigen Raum in diesem kuscheligen bequemen Denken von naturgegebenem Frieden und Sicherheit groß wird, lebt allerdings nicht in der Realität, sondern in einer illusionären Welt. Sie ist grenzenlos naiv, kann aber nichts dafür, denn mit unserem bunten »Lieb haben«-Gefasel bauen wir in ihren Köpfen »Realitäten« auf, die auf jeder Büttenrede klar denkender Menschen der Kracher wären. Wir wollen eine super-soziale Welt, in der jeder Platz hat. Eine kuschelige Welt, in der man sich ohne weiteres Nachdenken einfach nimmt, was man gerade haben will. Wir räumen deshalb auch gern unsere Kasernen und Polizeiwachen. Wir machen Platz für Menschen, die bestimmt nur deshalb zu uns kommen, weil es hier so kuschelig ist. Wir wollen schließlich niemanden ausgrenzen. Also machen wir uns den ganzen Tag nur Gedanken darüber, ob wir auch wirklich niemanden diskriminieren, uns ökologisch korrekt verhalten und auch keine verbotenen Wörter benutzen.

Falls Menschen trotz unserer signalisierten Kuschelbedürftigkeit und Entwaffnung nicht mit uns kuscheln wollen und stattdessen schwere Straftaten verüben und dafür leider vorübergehend ins Gefängnis müssen, dann muss auch das so angenehm wie möglich für sie sein. Dafür besitzen wir jetzt die weltweit erste Gewerkschaft für Kriminelle. Deutschland ist das erste Land der Welt, in dem Straftäter eine eigene Gewerkschaft haben. Gegründet wurde die GGBO (Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation) vom Häftling Mehmet Aykol in der Berliner Haftanstalt Tegel als nicht eingetragener Verein. Migrant Aykol, der mehr als 20 Jahre im Gefängnis gesessen hat, organisiert inzwischen in mehr als 70 deutschen Haftanstalten Proteste gegen die zu »geringe Bezahlung« der Häftlingsarbeit (Straftäter dürfen derzeit in der Haft täglich elf Euro verdienen).³⁹ Wir nicken alles ab. Schließlich ist Multikulti die Zukunft - und kein Mensch ist wirklich kriminell. Das sagen uns jedenfalls Politiker und Leitmedien. Die Polizei sagt

etwas anders. Sie spricht inzwischen ganz offen vom »Zusammenbruch der Inneren Sicherheit«⁴⁰, weil wir beispielsweise unsere Grenzen für einen nur noch als Völkerwanderung zu bezeichnenden Zustrom von Menschen mit völlig anderen Wertesystemen geöffnet haben.

Vielleicht sollten wir uns einmal daran erinnern, dass wir Menschen Teil einer Entwicklungsgeschichte sind, und völlig egal, ob wir nun politisch links oder rechts oder nirgendwo stehen, schwarz oder weiß sind, religiös oder nicht-religiös, arm oder reich - es gibt da einige Dinge, die uns von der Natur mitgegeben wurden. Nur wer die Feinheiten kennt, versteht auch, warum es Sicherheit im deutschsprachigen Raum künftig nicht mehr geben wird.

KAPITEL II

Evolution, Religion, Kriminalität und Bevölkerungsforschung

Biologische Vorgaben: Eindringlinge und Abwehrreaktionen

Die Evolution, also die Entwicklung von Lebewesen, funktioniert nach einem simplen Prinzip: dem von Versuch und Irrtum (trial and error). Auch wenn wir Menschen aus unterschiedlichen Kulturen kommen, andere Sprachen sprechen, voneinander abweichende Auffassungen und verschiedene Hautfarben haben - wir alle sind nur das vorläufige Ergebnis von unendlich vielen Versuchen der Natur und ihren Irrtümern. Es gibt keinen ernst zu nehmenden Naturwissenschaftler, der das anzweifelt.

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns auch klarmachen, dass die Evolution mit uns Menschen schon vieles versucht hat. Und obwohl wir uns »intelligent« nennen, wiederholen wir Menschen immer wieder jene Versuche, die sich in der Evolution bereits als Irrtümer herausgestellt haben. Man kann das besonders gut auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit beobachten. Das Problem mit den Irrtümern betrifft Menschen wie Tiere gleichermaßen. Verhaltensforschung, Zoologie und Humanbiologie können das mit Millionen Beispielen gut belegen. Eines davon: Nach einer Schlacht, die in einer landwirtschaftlich genutzten Region geführt wurde, wimmelt es auf der Oberfläche der dort vorhandenen Ackerböden von Regenwürmern. Während die Soldaten in erster Linie den Pulvergeruch wahrnehmen, reagieren Regenwürmer auf die Erschütterungen, die sie schließlich aus dem Boden treiben. Es handelt sich dabei um eine Regenwurm-spezifische evolutionäre Anpassung an einen ihrer Feinde, den Maulwurf, vor dessen Erschütterungen, die durch seine Grabetätigkeit hervorgerufen werden, sie an die Oberfläche flüchten. Auf einem Schlachtfeld ist dieses Ver-

halten zumindest für die Regenwürmer weniger zweckmäßig, denn es beglückt vor allem die unzähligen Vögel, die sich dort dann sofort auf die aus dem Boden Gekrochenen stürzen. Die Nachkommen jener Regenwürmer, die auf europäischen Schlachtfeldern den Ersten und dann auch den Zweiten Weltkrieg erlebten, flüchten heute bei Erschütterungen noch immer an die Erdoberfläche, weil sie sich dort »sicher« fühlen. Sie haben also aus den tödlichen Fehlern ihrer Vorfahren nichts gelernt.

Bestimmte Verhaltensmuster, die wir im Zuge der Evolution vererbt bekommen haben, sind nun einmal angeboren und lassen sich nur schwerlich im Laufe von Jahrtausenden verändern - bei Menschen wie auch bei Tieren. Noch immer gilt: Wenn sie sich zu sicher fühlen und nachlässig werden, dann werden sie eine leichte Beute. Dieses Verhalten ist weiterhin ein ganz normaler Bestandteil der Natur, denn es sichert ja anderen Geschöpfen das Überleben. Eine Wildente, die im feuchten Gras von ihrer Umgebung abgelenkt nach kleinen Nacktschnecken sucht, wird leicht zur Beute für Fuchs oder Habicht. Je öfter sie sich in einem Gebiet bewegt, in dem niemals ein Feind auftaucht, umso sicherer fühlt sie sich. Sie wird sich im Laufe der Zeit dann immer weiter vom schützenden Ufer entfernen - und plötzlich tauchen dann Habicht oder Fuchs auf. Furcht ist ein Urinstinkt. Wer sein angeborenes Misstrauen ablegt, der wird nun einmal leichter zur Beute.

Furcht ist auch für Menschen ein ganz normaler Baustein ihrer Existenz. Furcht ist instinktiv und angeboren - auch wenn Politiker und Leitmedien, die von Verhaltensforschung keine Ahnung haben und die Gesetze der Natur gern nach ihren Vorstellungen verändern würden, das leugnen. Beim Menschen ist auch die Fremdenfurcht angeboren: Xenophobie ist das griechische Wort für »Fremdenfeindlichkeit« (zusammengesetzt aus xenos = Fremder und phobia = Angst). Politik und Leitmedien hämmern uns ununterbrochen ein, dass Xenophobie eine böartige Einstellung sei, die mit allen Mitteln bekämpft, ja »ausradiert« werden müsse.

Damit Menschen sich keiner Kultur mehr zugehörig fühlen und vor diesem Hintergrund auch keine Fremdenfeindlichkeit zeigen,

sollen die Kulturen ebenfalls »ausradiert« werden - so die EU. Der niederländische Diplomat Frans Timmermans ist seit 2014 Vizepräsident der EU-Kommission für »Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte«. Er hat das alles ganz offen anlässlich einer Rede vor dem Grundrechtokolloquium der Europäischen Union (EU Fundamental Rights Colloquium) erklärt und dazu aufgerufen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um »monokulturelle Staaten auszuradiieren« und sich auf den Prozess der Umsetzung der »multikulturellen Diversität« zu konzentrieren. Es dürfe künftig keine kulturelle Identität mehr in den Staaten des Kontinents geben. Europa müsse »multikulturell werden« - die einzige Alternative dazu sei Krieg.⁴¹ Die EU will also - wie schon viele vor ihr - wieder einmal einen neuen Menschen schaffen.

Dabei ist Xenophobie ein tief im Menschen verwurzelter Überlebensinstinkt. Falls Politik und Leitmedien mal eben so den neuen Typus eines Menschen erschaffen wollen, der seine evolutionäre Wurzeln einfach verdrängt und die angeborene Xenophobie ablegt, dann können sie das zwar mit brutalen Strafen und extremem Druck als Lippenbekenntnis einfordern, die Natur des Menschen wird sich jedoch irgendwann dagegen auflehnen. Ein Beispiel: Solange die Menschen die Erfahrung machen, dass Einbrecherbanden gut organisierte osteuropäische Tätergruppen sind und eben nicht ihre Nachbarn, können Politik und Leitmedien noch so viel Statistiken fälschen und Positives über osteuropäische Migrationsbewegungen berichten - der angeborene Überlebensreflex der Xenophobie sagt diesen Menschen, dass sie gegenüber Osteuropäern als Gruppe generell zunächst eher misstrauisch sein sollten. Das Gleiche gilt für Sinti und Roma, die durch Diebstahl und andere Straftaten auffallen, oder für junge nordafrikanische und orientalische Männer, die Frauen sexuell belästigen. Und wenn diese uns Menschen angeborene instinktive Vorsicht gegenüber anderen Gruppen mehrfach bestätigt wird, dann können staatliche Propaganda und Zwang dagegen nichts ausrichten, in ihrem Inneren werden die Menschen weiterhin so denken. Wer trotzdem einen Sinneswandel erzwingen will, der kann damit in einer Demokratie

keine Stimmen gewinnen. Der treibt die Menschen eher in die Arme jener, die die ganz natürlichen Überlebensreflexe von Populationen kennen und ernst nehmen. Das ist übrigens auch einer der wichtigsten Gründe für den Wahlerfolg der AfD. Die Hintermänner der Partei sehen Menschen offenkundig auch als Wesen, die Teil einer Evolution sind, und nicht nur so, wie manch einer aus den Reihen abgehobener Politiker Menschengruppen gern sehen möchte: als Versammlung tumber Individuen, die man nach seinen Vorstellungen formen kann.

Man kann anhand des Studiums der Zustände in anderen Ländern gut nachvollziehen, was passiert, wenn man viele Fremde ins Land lässt und an eine multikulturelle friedliche Zukunft glaubt. Etwa in Südafrika. Vergessen wir einmal, dass die schwarzen Südafrikaner seit dem Ende der Apartheid dort immer stärker Jagd auf Weiße machen und schon Unzählige von ihnen abgeschlachtet haben. Betrachten wir einmal jene Menschen, die die Hautfarbe und den Kulturkreis der schwarzen südafrikanischen Bevölkerung teilen: die Bewohner der unmittelbar angrenzenden Nachbarländer. Viele von ihnen sind in den vergangenen Jahren aufgrund wirtschaftlicher Not aus ihren Heimatländern geflohen und suchen jetzt in Südafrika eine neue Zukunft. Die Lage ist im Hinblick auf die Migrationsbewegung - also die Völkerwanderung - ein wenig vergleichbar mit jener in Ländern wie Deutschland oder Österreich. Wenn unsere Politiker auch nur einen Funken Kenntnis von den tief im Menschen verankerten verhaltensbiologischen Abläufen hätten, dann wüssten sie, warum in Südafrika schwarze Einheimische brutale Jagd auf schwarze Wirtschaftsflüchtlinge aus den Nachbarländern machen, sie anzünden, aufhängen, aufschlitzen oder von den Dächern der Häuser in den Tod stürzen.⁴² Die Mechanismen, nach denen Menschen handeln, haben eben nichts mit einer Hautfarbe oder Religion zu tun. Die schwarzen Südafrikaner fühlen sich ebenso von den schwarzen Einwohnern aus Nachbarländern bedroht wie viele Einwohner des deutschsprachigen Raums durch den Massenansturm aus Nordafrika und Nahost. Erst kommt die angeborene Xenophobie zum Ausbruch, dann folgt brutale

Gewalt. Man kann dieses in evolutionärer Hinsicht als ganz normal zu bezeichnende Verhalten, das überall in der Welt zu beobachten ist - so machen es deutsche Politiker und Medien -, ausblenden und weiterhin an der Produktion des neuen multikulturellen Fantasiemenschen arbeiten, der seine Evolution vor dem Hintergrund von Planzielen der Parteiprogramme einfach hinter sich lässt. Wer seine Sinne aber noch beisammenhat, der sollte sich vielleicht Gedanken um vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen für sich und seine Familie machen. Dazu nachfolgend ein paar Einzelheiten.

Die kleinste »Wir-Gruppe«, die ein Säugling kennt, ist die Mutter-Kind-Beziehung, der er sich vertrauensvoll öffnet. Im Alter von sechs bis neun Monaten beginnt das Kleinkind, deutlich zwischen ihm bekannten und fremden Personen zu unterscheiden. Eine erste Fremdenfurcht (also Xenophobie) bei Kontaktaufnahme gibt es bei Kleinkindern auch dann, wenn diese niemals schlechte Erfahrungen mit Fremden gemacht haben. Der Mitmensch ist also Träger von Signalen, die sowohl freundliche Zuwendung als auch angeborene Angst und damit Flucht und Abwehr auslösen. Wir Menschen sind so konstruiert, dass Bekanntheit das angeborene Urmisstrauen beschwichtigt.

Mit der zunehmenden Bekanntheit verschiebt sich die Reaktion auf der Skala von Misstrauen zum Vertrauen hin. Die Familie und die »Wir-Gruppe« erweitern sich somit im Laufe des Lebens eines Menschen. Aber die Abgrenzung (mit Urmisstrauen) gegen andere bleibt. Am Anfang steht immer die individualisierte Kleingruppe, in der jeder jeden kennt - und man sich gegenseitig vertraut. Bekanntheit formt also Vertrauen. Man unterstützt Bekannte und hilft ihnen, so hat es die Evolution gewollt. Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt hat das anschaulich in seinem Lebenswerk *Und grün des Lebens goldner Baum — Erfahrungen eines Naturforschers* ausgeführt, er schreibt zu solchen »Wir-Gruppen« Folgendes: »Ihre Mitglieder sahen sich ähnlich und betonten dies durch kulturelle Zeichen, wie Kleidung, Sprache und dergleichen mehr. Auf dieser Basis konnte der Mensch selbst Großgruppen von einander Unbekannten zu Solidaritätsgemeinschaften

zusammenfassen. Gemeinsame Sprache und Brauchtum verbanden.«⁴³

Sofern wir Menschen über Sicherheit sprechen, dann müssen wir die Grundzüge unseres Verhaltens im Hinterkopf haben. Etwa das Territorial- oder Revierverhalten, womit eigene Gebiete bei Mensch und Tier gegenüber anderen Lebewesen der gleichen Art gekennzeichnet und abgegrenzt werden. Ursprünglich sollten damit Nahrungs- und Sexualkonkurrenten auf Distanz gehalten werden. Obwohl das in Industriegesellschaften, für die der Überfluss kennzeichnend ist, heute keinen wirklichen Sinn mehr ergibt, errichten Grundstückseigentümer und Häuslebauer als eine der ersten Maßnahmen Zäune. Selbst auf dem Campingplatz grenzen sich Bürger wie selbstverständlich vom »Nachbarrevier« ab. Eine durchschnittliche deutsche Urlauberfamilie markiert gleich nach der Ankunft am Hotelpool mit Handtüchern und sonstigen Gegenständen jene Liegen, die für die nächsten Stunden als eigenes Territorium in Beschlag genommen werden sollen. Man kann darüber lächeln. Oder man kann die dahinterstehenden verhaltensbiologischen Mechanismen einfach zur Kenntnis nehmen und akzeptieren.

Wir Menschen können das geschilderte Verhalten nicht einfach ablegen, weil dieses Verhalten evolutionsgeschichtlich tief in uns verankert ist. Diesbezüglich machte der erbitterte Streit um einen kleinen Knallerbsenstrauch, der zwischen zwei Grundstücken in einen Maschendrahtzaun wuchs, das vogtländische Städtchen Auerbach weltberühmt.⁴⁴ Wenn schon zwei kulturell in Deutschland verwurzelte Familien einen erbitterten Streit um einen alten und rostigen Maschendrahtzaun bis vor ein Landgericht und über Fernsehsender in alle Welt tragen, wie können wir dann von einem somalischen Nomaden, der in seiner Kultur gar keine Grenzen akzeptiert, erwarten, dass er sich an die unendlich vielen Grenzen in unserer Gesellschaft hält? Ohne den geringsten bösen Willen schaffen wir durch die massenhafte Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen größte Probleme für die Innere Sicherheit, und zwar auf wirklich allen nur denkbaren Gebieten.

Das Gleiche gilt für das Distanzverhalten, etwa in Form der Intimzone (in unserem Kulturkreis 15 bis 50 Zentimeter). In diese Zone dürfen nur Menschen eindringen, zu denen wir einen engen emotionalen Kontakt haben. Dagegen kommuniziert man in unserem Kulturkreis mit Fremden auf eine Entfernung von einem bis etwa drei Metern (»Sozialzone«). Wir haben in unserem Kulturkreis bestimmte Mechanismen entwickelt, etwa den Händedruck zur Begrüßung. Der Händedruck, so wurde beispielsweise 2016 offiziell in der Schweiz verlautbart, »gehört zur Schweizer Kultur«⁴⁵. Es führt deshalb sofort zum Streit, wenn eine andere Gruppe - so wie 2016 dort lebende Muslime - gegenüber Respektspersonen, Vorgesetzten oder Lehrern den Händedruck verweigern dürfen, weil dieser nicht ihrer Kultur entspricht.⁴⁶ Man merkt schon am Streit um einen simplen Händedruck, welche Folgen das Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen haben kann und wie es Menschengruppen verunsichert.⁴⁷

Nicht nur Intimzone, Sozialzone und Händedruck lassen schnell die Emotionen zwischen verschiedenen Kulturen hochkochen, auch Lautstärke in einem ganz normalen Gespräch. Man sieht die Folgen häufig in und im Umfeld von Asylbewerberheimen. Während sich die einen aus ihrer Sicht in einer ganz normalen Lautstärke unterhalten und geringe körperliche Distanz zu ihren Gesprächspartnern aus einem anderen Kulturkreis haben, sehen diese das schnell als Bedrohung und schlagen zu - und zwar aus der Sicht des Getroffenen völlig unvermittelt und grundlos. Das alles berührt natürlich auch die Innere Sicherheit.

Der Wunsch, Menschen aus allen Kulturen friedlich auf engstem Raum zu vereinen, mag, rein ethisch gesehen, ehrenwert sein, letztlich wird man die Menschen allerdings irgendwann mit einem Zaun trennen müssen - sagen Verhaltensforscher wie Eibl-Eibesfeldt. Denn wir haben uns in den vergangenen Jahrtausenden als Menschengruppen eben nicht wirklich weiterentwickelt.

Eibl-Eibesfeldt erklärt: »Ein multiethnisches Miteinander ist möglich, wenn jede Ethnie über ein eigenes Territorium verfügt, in dem sie nach eigenem Gutdünken schalten und walten kann. Wenn

Menschen nicht die Dominanz durch andere Völker fürchten müssen, sind sie aufgeschlossen und dem Fremden zugeneigt. Die Schweiz kann als Beispiel für ein relativ geglücktes Miteinander von vier Ethnien gelten.« Wichtig sei aber, dass alle Völker ein eigenes Territorium haben, allein der Wunsch nach einem multikulturellen Miteinander reiche nicht, weil Fremdenfeindlichkeit angeboren ist.

Der Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt schreibt zu den unveränderlichen Konstanten im menschlichen Verhalten: »Die Xenophobie gehört dazu, ebenso die territoriale Abgrenzung. Die für uns Mittel- und Westeuropäer empfohlene multikulturelle Immigrationsgesellschaft wird deshalb ein schöner Traum bleiben, weil es in Zentral- und Westeuropa keine größeren unbesiedelten Landstriche gibt, in denen sich Einwanderer niederlassen und territorial verankern könnten. Lassen sich aber Immigranten unter Beibehaltung ihrer ethnischen Identität in größerer Zahl in einem bereits besiedelten Gebiet nieder, dann werden sie als Eindringlinge empfunden, und Abwehrreaktionen treten auf. Es handelt sich dabei um archaische Verhaltensmuster. Sie sind nicht das Ergebnis einer Fehlerziehung, sondern einer langen Stammesgeschichte. Sie sind uns Menschen angeboren, und dies in aller Welt. Auch jenen, die wir einladen.«⁴⁸

Man findet dieses angeborene Verhalten bei Menschen im Regenwald ebenso wie in Europa oder der Arktis. Wir haben uns auf diesem Gebiet der Evolution also noch nicht weit von den Menschenaffen entfernt. Der Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt führt weiter aus:

»Wandern dagegen Menschen, die uns kulturell und anthropologisch fernstehen, in großer Zahl in einen der traditionellen Nationalstaaten Europas ein, dann grenzen sich die verschiedenen Ethnien (...) ab. Damit entwickelt sich automatisch eine Konkurrenzsituation (...) Die Befürworter einer umfassenden Immigration erklären, die Länder Europas seien doch bereits Einwanderungsländer. Gewiss, aber daraus folgt nicht, dass sie es bleiben müs-

Geben und Nehmen: Gruppenloyalität als elementares Verhaltensmuster

Übertragen auf das Leben der Menschen führt gesteigerte Sorglosigkeit ebenso zu gesteigertem Risiko. Wir verdrängen das gern. Nur weil wir im Herzen Europas historisch gesehen das Glück einer auffällig langen Friedenszeit hatten, sehen wir Europäer das existenzielle Thema »Sicherheit und Frieden« inzwischen als eine Art naturgegebene Selbstverständlichkeit. Darin unterscheiden wir uns nicht von Tieren, die immer sorgloser werden, wenn sie für längere Zeit keine Feinde mehr sehen.

Dabei beruht der Frieden in Europa, in jedem Land, in jeder Stadt und vor jedem Haus doch nur auf Normen und Regeln, die möglichst alle anerkennen müssen. Solche lauten beispielsweise: Wir greifen uns nicht mehr gegenseitig an. Wir akzeptieren Eigentum. Und: Wir achten Grenzen. Erkennen mehr und mehr Bewohner diese Normen jedoch nicht (länger) an, dann schwinden nicht nur Sicherheit und Frieden, nein, dann kommen erst Faustrecht und danach schnell Bürgerkrieg und Krieg.

Als der Autor dieses Kapitels in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts erzogen wurde, da war der Wille zur Verteidigung von Frieden und Freiheit, Eigentum und Werten noch ein fester Bestandteil des staatlichen Erziehungsauftrages. Schließlich war klar, dass nicht alle Menschen dieser Welt unsere Vorstellungen vom Zusammenleben teilen. Unser Frieden und unsere Sicherheit basieren auf Übereinkünften, die wir in unserem Kulturkreis für unantastbar erachten und tabuisieren. Das Eigentum gehört dazu. Wer sich ein Buch kauft und auf einer Parkbank sitzend darin liest, der durfte in unserer Gesellschaft bislang davon ausgehen, dass kein anderer kommt und es ihm wie selbstverständlich aus der Hand reißt. Wer Hauseigentümer ist oder vertraglich eine Wohnung gemietet hat, dem garantiert unsere Übereinkunft, dass er sich dort beruhigt schlafen legen kann und keine Angst davor haben muss, dass eine Gruppe stärkerer Bürger kommt und ihn folgenlos hinausprügelt. Auch Ehepaare durften sich bislang sicher sein, dass auf

der Straße kein Fremder kommt und einen der Ehepartner folgenlos zu sich nach Hause zerrt. Wir verfügen über eine ganze Reihe von solchen Übereinkünften, mit denen wir uns bislang sicher fühlten und in Frieden leben konnten.

Derartige Sicherheiten wandeln sich jedoch, wenn man als Politiker die Rahmenbedingungen verändert und unbedingt in die evolutionären Prozesse eingreifen will. Auf dem Gebiet der Verhaltensbiologie (Ethologie) ist die Gruppenloyalität eine solche evolutionäre Konstante, denn das Überleben von Menschengruppen hängt überall auf der Welt unter anderem davon ab, in einem Notfall - etwa Krieg - eine große Anzahl wehrfähiger Männer zu mobilisieren. Das gilt für Naturvölker am Amazonas ebenso wie für die Menschen in Ländern wie Syrien oder Afghanistan oder in Europa (wie die Balkankriege oder der Krieg in der Ukraine es belegen). Diese Gruppenloyalität setzt die Bereitschaft voraus, Regeln einer Gemeinschaft zu befolgen und Anordnungen zu akzeptieren. Wichtig für das Funktionieren ist, verhaltensbiologisch gesehen, die Gegenseitigkeit. Es ist das Grundgesetz des sozialen Umgangs in einer Gesellschaft: Geben und Nehmen. Solche elementaren Verhaltensmuster sind in uns Menschen - über alle Kulturen hinaus - programmiert. Dazu gehört nicht nur Gruppenloyalität, sondern auch Territorialität, Besitz, Rangstreben und Fremdenscheu.

Unsere Politiker und Leitmedien verdrängen das - oder sie haben in Ermangelung von Bildung keine Ahnung davon. Dabei kann uns keiner garantieren, dass sich Millionen Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen uns gegenüber als Gruppe loyal verhalten werden. Nur ein Beispiel, das uns nachdenklich machen sollte: Die Gruppenloyalität wird im Europa der Gegenwart nicht nach Großfamilien (also Sippen), sondern nach Nationen bestimmt. Fragt man einen durchschnittlichen Europäer nach seiner Zugehörigkeit, so wird dieser entweder nach Territorialität oder nach Nationalität antworten; er wird sich also als Franzose, Niederländer oder Italiener zu erkennen geben. Stellt man den vielen Zuwanderern aus nahöstlichen oder nordafrikanischen Staaten die gleiche Frage, so

werden sie sich in erster Linie nicht als Syrer, Algerier oder Iraker zu erkennen geben. Im Vordergrund steht als Gruppenloyalität vielmehr die »Ummah« - die Gemeinschaft der Muslime. Der Islam, und das ist keinesfalls wertend gemeint, ersetzt bei ihnen im Hinblick auf die Gruppenloyalität nicht nur die Nationalität, sondern bestimmt auch viele elementare Verhaltensmuster. Er schafft ein (auch kulturelles) Zusammengehörigkeitsgefühl über Ländergrenzen hinweg, das jene, die nicht zur Gruppe der Muslime gehören, ausgrenzt.

Gehört die Gruppenloyalität aber in erster Linie nur jenen, die Muslime sind, also verhaltensbiologisch eben nicht der kompletten Solidargemeinschaft eines Territoriums, dann muss man infrage stellen, ob diese Gruppe im Notfall die Solidargemeinschaft verteidigen würde. Verhaltensbiologen werden das verneinen. Es entspricht jedenfalls nicht dem natürlichen Verhalten von Zuwanderern (hier aus dem islamischen Kulturkreis), dass sie eine andere Gemeinschaft mit ihren eigenen wehrfähigen jungen Männern verteidigen. Warum sollten sie das tun? Es gibt keinen einzigen Grund dafür.

Stammesgeschichtlich gesehen hat der Mensch eine starke affektive Bindung eben ausschließlich an kulturelle Werte seiner Gemeinschaft, denn Menschen brauchen die Einbettung in eine überschaubare Gemeinde, deren Mitglieder sie kennen. Das Leben in einer Großstadt oder in einer »multikulturellen« Umgebung ist, verhaltensbiologisch gesehen, der pure Stress, weil wir stammesgeschichtlich noch völlig anders programmiert sind. Wir brauchen Identifikation und ein »Wir-Gefühl«, das uns verbindet. Die Vorstellung, dass sich alle Menschen, die aus sämtlichen Kulturkreisen zu uns kommen, jetzt beispielsweise einem deutschen »Wir-Gefühl« anschließen und sich mit uns identifizieren, mag in den Köpfen von bildungsfernen Politikern und Leitmedien tief verankert sein. Mit der Realität hat sie allerdings nichts zu tun. Im Gegenteil: Verhaltensbiologisch gesehen häufen wir so eine ungeheure Zahl von Stressfaktoren und Konfliktpotenzialen an und zerstören auf Dauer alle Grundlagen der Inneren Sicherheit.

Falls sich morgen 100 000 oder 400 000 von weit mehr als einigen Millionen zugewanderter, kräftiger junger Männer im wehrfähigen Alter mit der Gruppenloyalität Islam/Muslim dazu entschließen sollten, dass sie unseren Regeln im deutschsprachigen Raum nicht (mehr) folgen, dann haben wir ein Problem. Unsere Politiker und die Leitmedien, die keine Ahnung von Verhaltensbiologie haben, sehen diese auf uns zurollenden Risiken nicht. Oder sie verdrängen sie. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass wir Menschen der Gegenwart, die in wohlhabenden Industrienationen leben, existenzielle Herausforderungen nicht mehr kennen, die für unsere Vorfahren jedoch noch zum Alltag gehörten: Überfälle, Hunger, Raubtiere und Not. In Ermangelung solcher Bedrohungen suchen wir händeringend nach neuen Gefahren, die wir als Herausforderungen meistern können: Wir buchen »Abenteuerreisen«, springen an Hängegleitern von Felsen, stürzen uns auf Skiern die Täler hinab oder steigen im Korb eines Heißluftballons in die Höhe. Die Meisterung von Gefahren ist evolutionsgeschichtlich eben tief in uns verankert. Da wir in unseren Industrienationen eben nicht mehr den alltäglichen Hunger meistern und uns gegen Raubtiere und Überfälle verteidigen müssen, suchen wir uns diese Risiken entweder bewusst in der Freizeit oder importieren sie jetzt in solch großer Zahl, dass ein historisch einmaliges Menschenexperiment mit ungewissem Ausgang daraus wird.

Man muss das alles im Hinterkopf haben, wenn man wahrhaftig über das Thema »Innere Sicherheit« sprechen will. Jeder weiß, dass Fallschirmspringen oder Freiklettern an steilen Felshängen gefährliche Sportarten sind, bei denen man die Herausforderung leicht mit dem Leben bezahlen kann. Diesbezüglich aber ist der massenhafte Import von Menschen, die ganz sicher keine Gruppenloyalität zu unserem Kulturkreis haben, rein verhaltensbiologisch gesehen weitaus gefährlicher.

Wir haben unterdessen auf allen Ebenen Schutzmechanismen für unsere Sicherheit entweder komplett abgebaut oder fahren sie auf Verschleiß. Ein Beispiel: In der Bundesrepublik leben mindestens 500 000 Illegale, keiner kennt die genaue Zahl. Allein für 2016

erwartete man nur in Deutschland etwa 790 000 neue Illegale, viele davon aus Nordafrika.⁵⁰ Stellen wir uns nur einmal vor, dass sich auch nur ein Drittel oder ein Viertel der vielen Illegalen nicht an unsere Spielregeln halten will und eigene Regeln definiert - wer, bitteschön, wird sie daran hindern? Weder Politik noch Gerichte, Polizei oder Bundeswehr wären dazu auch nur ansatzweise in der Lage. Wer wollte ihnen verbieten, in unseren Häusern zu wohnen, sich auf der Straße Mobiltelefone vorbeigehender Menschen oder deren Halsketten und Ringe zu nehmen? Und wer wollte es ihnen untersagen, unsere Regeln künftig außer Kraft zu setzen und ihre eigenen Regeln zur obersten Richtlinie zu erheben? Genau diese Entwicklung erleben wir ja schon seit Jahren in schleichender Form, weil Politik und Leitmedien diesem gut sichtbaren Druck beständig nachgeben - oder ihn ganz verschweigen.

Es ist eine von vielen Facetten einer Entwicklung, die wir bislang schlicht nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Was, bitte, würde geschehen, wenn sich auch nur 30 000 Nordafrikaner entschließen würden, die schönsten Häuser in Deutschland künftig für sich zu reklamieren? Wer, bitte, wollte sie daran hindern? Politiker vom Schlage einer Claudia Roth oder eines Sigmar Gabriel? Polizisten, die Angst vor der nächsten Dienstaufsichtsbeschwerde wegen Diskriminierung und Rassismus haben? Richter, die sich schon lange vor orientalischen Großfamilien fürchten und möglichst schnell das erhoffte, angeblich sichere Pensionsalter erreichen möchten? Eine Bundeswehr, die mit letzter Kraft am fernen Hindukusch Frieden und Freiheit verteidigt, während die jungen, kräftigen, wehrfähigen Männer aus dieser Gegend hier in Deutschland herumlungern? Oder etwa jene Deutschen, die mit Willkommensfähnchen jeden Neubürger begrüßen und ihm die Toiletten schrubben und Brote schmieren? Was kommt da jetzt alles auf uns zu?

Die Wahrheit: »Kulturabbruch durch Masseneinwanderung bildungsferner Migranten«

Professor Herwig Birg ist der Begründer der Bevölkerungsforschung in Deutschland. Ohne Bevölkerungsforschung kann keine Regierung die Weichen für die wichtigsten Sicherungsmechanismen der Bürger stellen. Bevölkerungsforschung ist wichtig für die Innere Sicherheit. Schließlich muss man wissen, wie viele Polizisten man jetzt einstellen oder entlassen kann, damit auf mittlere Sicht in der Zukunft ausreichend Polizisten einsatzbereit sind. Ohne Bevölkerungsforschung gibt es auch weder eine Sicherheit im Hinblick auf die Rentenkassen noch eine bei den anderen Sozialsystemen. Auch die Äußere Sicherheit braucht verlässliche Daten aus der Bevölkerungsforschung.

Sogar jedes Entwicklungsland besitzt deshalb vor diesem Hintergrund heute an den Universitäten gleich mehrere Lehrstühle und Forschungseinrichtungen für Bevölkerungsforschung, weil die Thematik untrennbar mit dem künftigen wirtschaftlichen Wohlergehen eines Landes und dessen Sicherheit verknüpft ist.

Deutschland ist das einzige Land der Welt, das auf Druck der Politik alle (früher drei) Institute für Bevölkerungsforschung geschlossen und durch Lehrstühle für Gender-, Schwulen- und Transgenderstudien ersetzt hat. Deutsche Politiker brauchen offenkundig keine wissenschaftlichen Daten zur Bevölkerungsentwicklung. Sie wissen angeblich, wie man auf die »Überalterung« der Gesellschaft reagiert, und öffnen einfach die Grenzen, damit jene, die kein anderes Land haben will, bei uns eine Zukunft finden. Auf die Idee, dass Kinder der eigenen Bevölkerung die Zukunft eines Landes sind, ist in den vergangenen Jahren kein deutscher Politiker gekommen. Offensichtlich erinnert die Idee, junge Familien zu ermuntern, Kinder zu bekommen, Politik und Medien in Deutschland an dunkelste Nazi-Zeiten. Bekommen deutsche Familien Kinder, dann ist das irgendwie »rechts«. Politisch korrekt ist es heute, wenn Schwule und Transgendervertreter Kinder adoptieren und diese gendergerecht auf den ersten multikulturellen Tuntenball vorberei-

ten. Eine Zeitung berichtete über diese Entwicklung am Beispiel des Bundeslandes Baden-Württemberg:

»Verwaltungen sollen auf gendergerechte Sprache umstellen, Diversity-Beauftragte eingestellt, Broschüren überarbeitet, Schulbücher neu gestaltet, Kindergartenmaterial zu Schwul-lesbisch-intersexuell-transgender-transsexuell-queer-Geschlechtlichkeit erstellt werden. Lehrer, Polizisten, Kindergartenerzieherinnen, Pflegekräfte, Elternbeiräte, Schülervertreter, Ärzte, Vereine, Verwaltung - alle sollen mit geeigneten Maßnahmen oder bereits in der Aus- und Weiterbildung ihr geschlechtssensibles Denken schulen, um es an ihre Schützlinge, Mitarbeiter und Patienten weiterzureichen. Damit die Gehirnwäsche reibungslos funktioniert und nicht etwa durch >falsche< oder gar diskriminierende Medienberichterstattung torpediert wird, enthalten die Pläne sowohl den Vorschlag, die Medienlandschaft in Bild und Schrift zu beobachten, als auch Vorfälle von Homophobie und Transphobie an Schulen zu melden.«⁵¹

Klar ist: Demokratie geht anders. Für tolerantes Denken ist bei solchen Vorgaben kein Platz mehr. Wer die existenziell wichtige Bevölkerungsforschung durch Genderforschung ersetzt, der will die Lebensgrundlagen einer Bevölkerung systematisch zerstören. Professor Herwig Birg, der schon erwähnte Begründer der Bevölkerungsforschung in Deutschland, ist schon vor langer Zeit in den Ruhestand geschickt worden. Er hat mit *Die alternde Republik und das Versagen der Politik* im Jahre 2015 ein Sachbuch geschrieben, das uns drastisch aufzeigt, wie Politiker jetzt mit solchen absurden Programmen unsere Lebensgrundlagen zerstören.

Professor Birg prognostiziert uns ganz nüchtern den Zusammenbruch der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, weil es vor dem Hintergrund der geförderten massenhaften Zuwanderung von in unserer Gesellschaft dauerhaft chancenlosen Geringqualifizierten bei uns in allen Bevölkerungsgruppen einen immer stärkeren Verteilungskampf geben wird. Spannend ist das sehr wissenschaftliche Buch im Kapitel »Der Einfluss von Geschlecht und Bildung auf die Lebenserwartung«. Der Wissen-

schaftler schreibt auf Seite 96, dass die Bildung eines Menschen zu »80 Prozent durch die Intelligenz bestimmt« werde, »die nach dem heutigen Kenntnisstand wiederum zu 50 bis 80 Prozent genetische Ursachen hat«. Ich dachte, so etwas dürfe man heute nicht mehr schreiben, und erinnerte mich beim Lesen dieser Passage an Thilo Sarrazin und an die Debatte um den Einfluss der Gene auf die Intelligenz eines Menschen.

Doch Professor Birg ist kein zweiter Thilo Sarrazin, sondern zitiert in *Die alternde Republik und das Versagen der Politik* aktuelle wissenschaftliche Studien, die scheinbar über jeden Zweifel erhaben sind. Die Zusammenhänge bezüglich unserer Zukunftsperspektiven, der Zuwanderung, Lebenserwartung, Intelligenz und Bildung erklärt er auch dem größten Skeptiker überzeugend mit aktuellen Studien an 5,2 Millionen männlichen deutschen Rentenbezieher durch die Deutsche Rentenversicherung. Mithilfe dieser Daten wird deutlich: Wer die höchste Bildung hat, der erzielt auch das höchste Einkommen und hat die höchste Lebenserwartung. Die deutsche Studie deckt sich mit den Ergebnissen von Studien aus anderen Ländern (etwa aus Finnland, Seite 97).

Vor diesem Hintergrund skizziert Birg die durchschnittlich niedrige Bildung von Migranten, die eine extrem schlechte schulische und berufliche Bildung aufweisen und zu einem erheblichen Teil von Sozialhilfe leben (Seite 122). Die Schlussfolgerungen, die er daraus zieht, sind politisch ganz sicher nicht korrekt (Seite 125):

»Der in Deutschland drohende Kulturabbruch durch die Einwanderung bildungsferner Bevölkerungsgruppen ist im Gegensatz zu einem wirtschaftlichen Rückschlag ein für Generationen irreversibler Vorgang. So wie es für eine Familie nichts Schlimmeres gibt, als wenn ihre Kinder ohne Ausbildung das Erwachsenenalter erreichen, so kann es für ein Land nichts Nachteiligeres geben, als die Einheimischen um vermeintlicher wirtschaftlicher Vorteile willen in großem Maßstab durch bildungsferne Populationen zu ersetzen.«

Wirklich schockierend ist eine andere Passage des Buches. Politik und Medien behaupten ja, dass durch die Einwanderung die

Alterspyramide verändert und die demografischen Probleme gelöst werden könnten. Aber genau das Gegenteil ist der Fall: Die derzeit praktizierte Einwanderungspolitik wird alle Probleme extrem verschärfen. Birg schreibt:

»Die im Alter von zum Beispiel 30 Jahren Zugewanderten gehören jedoch nach drei Jahrzehnten zur Gruppe der 60-Jährigen und Älteren, deshalb hat die Einwanderung nach Deutschland einen doppelten Effekt: Sie bewirkt kurz- und mittelfristig eine Verjüngung der Bevölkerung, langfristig schwächt sich der Verjüngungseffekt jedoch wieder ab und verkehrt sich in sein Gegenteil. (...) Wollte man den Anstieg der Altersquotienten in Deutschland durch Einwanderung Jüngerer stoppen, müssten nach den Vorausberechnungen der UN bis 2050 netto 188 Millionen Menschen mehr nach Deutschland ein- als auswandern.«

Insgesamt vier Mal zitiert Professor Birg in *Die alternde Republik und das Versagen der Politik* die Vorausberechnungen der Vereinten Nationen, die es auch für viele andere Länder der Welt gibt.

Es existiert offenkundig kein Wissenschaftler, der die Zahlen bestreitet - nur Politik und Medien ignorieren sie. Die Wahrheit lautet demnach: Die deutsche Bevölkerung müsste jedes Jahr 3,4 Millionen junge (und vor allem intelligente) Zuwanderer aufnehmen und von derzeit 82 auf 299 Millionen im Jahre 2050 ansteigen, um den Altersquotienten zumindest konstant zu halten (Seite 110). Auf rund 240 Seiten erklärt uns der Wissenschaftler Birg, wie illusorisch das ist. Klar ist am Ende: Wir alle werden bald schon mindestens bis zum 72. Lebensjahr arbeiten müssen, um überhaupt noch eine Rente zu bekommen. Und die wird dann wohl nur noch halb so hoch sein, wie man es heute erwarten würde.

Warum hat die Politik in Deutschland die weltweit einzigartige Entscheidung getroffen und die Bevölkerungsforschung eingestellt und durch umstrittene und die wenigsten Menschen betreffende »Schwul-lesbisch-bisexuell-transsexuell-transgender-intersexuell-Forschungsbereiche« ersetzt? Warum lässt die Politik jetzt zielgerichtet alle Konflikte der Welt im winzigen Mikrokosmos des deutschsprachigen Raumes durch den massenhaften Import von

Menschen aus fernen Kulturen aufeinanderprallen? Was da passiert, ist bei näherer Betrachtung skrupellos, denn die einzig garantierte, nicht mehr abwendbare und sichere Folge ist die Zerstörung jeglicher Sicherheit.

Kulturelle Gegensätze verstärken Konflikte

Unser Ziel ist das dauerhafte, friedliche Miteinander. Doch egal, wie lange die immer zahlreicher zu uns kommenden Asylanten aus den Konfliktgebieten der Welt schon bei uns sind, die Spannungen aus ihren Herkunftsländern legen sie nicht ab. Im Gegenteil. Die Konflikte ihrer jeweiligen Gruppe avancieren vielmehr zu ihrem Identitätsmerkmal: Beispielsweise können Menschen palästinensischer Abstammung bereits in der dritten Generation in Deutschland leben - wenn Israel palästinensische Ziele bombardiert, dann müssen auch in Deutschland Juden um ihr Leben fürchten.

Jeder kennt die Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete um Palästina, den Irak, Afghanistan, Syrien, den Sudan, Nigeria oder den Kaschmir-Konflikt. Aber wer kennt schon den Ituri-Konflikt im Kongo, wo seit Jahrzehnten beispielsweise das Volk der Lendu gegen das Volk der Hema kämpft?⁵² Der Ituri-Konflikt wurde zwar 2003 offiziell von der Weltgemeinschaft für beendet erklärt. Das hindert die Konfliktparteien allerdings nicht daran, einfach weiterzukämpfen.⁵³ Wer jetzt glaubt, das alles könne uns doch hier im deutschsprachigen Raum völlig egal sein, der hat die Folgen von Globalisierung und Migrationsströmen noch nicht verstanden, denn selbstverständlich leben heute auch die verfeindeten Parteien des Ituri-Konfliktes als Asylanten unter uns. Schauen wir uns den angeblich so fernen Ituri-Konflikt also einmal genauer an.

Bei dem Bürgerkrieg in der kongolesischen Provinz Ituri geht es um uralte Kämpfe (vor allem um Land) zwischen den nomadisierenden Viehzüchtern vom Volke der Hema und den Ackerbau betreibenden, sesshaften Lendu. Einen ähnlichen Konflikt findet man flächendeckend auch an vielen anderen Orten in Afrika, etwa

nicht weit entfernt von der Provinz Ituri in der sich südlich anschließenden Provinz Kivu, der dort zwischen den Viehzüchtern der Banyamulenge und sesshaften Bauern ausgetragen wird. Aus der Sicht der Menschen vom Volke der Hema in Ituri stellt sich der Konflikt so dar, dass sie sich einerseits vor einem Völkermord durch die Lendu schützen müssen, weil die sie wegen ihres »Reichtums« beneiden. Die Lendu andererseits wähen sich von den hochmütigen Hema traditionell diskriminiert.

Das alles kann uns in Deutschland keineswegs egal sein, denn wir geben Menschen aus dem Kongo Asyl, auch aus der Provinz Ituri. Und weil wir nicht die geringste Ahnung vom andauernden Streit zwischen Hema und Lendu haben, quartieren wir deren Vertreter mitunter in der gleichen Notunterkunft ein - schaffen also ideale Verhältnisse dafür, dass die Konflikte ohne Unterbrechung hier weiter ausgetragen werden können.

Aber auch, wenn wir die Streithähne der Hema und Lendu in weiser Voraussicht voneinander trennen würden, es änderte nichts an der Sprengkraft der Situation. Irgendwann werden sie irgendwo im deutschsprachigen Raum wieder aufeinandertreffen - so wie Kurden und Türken hier immer wieder miteinander kollidieren. Was das für die Innere Sicherheit bedeutet, können Tausende Polizisten beschreiben, die immer wieder den Kopf hinhalten müssen, damit sich die Kontrahenten hier nicht in großer Zahl gegenseitig abschlachten.

Aber zurück zu den Streithähnen der Hema und Lendu. Sie sind nicht einzigartig, schließlich gibt es Tausende solcher Konflikte in Afrika. Etwa in der Zentralafrikanischen Republik, wo immer wieder muslimische gegen christliche Milizen kämpfen und sich gegenseitig massakrieren.⁵⁴ Alles, was wir uns also an dieser Stelle für die Innere Sicherheit merken müssen, ist: Wir importieren Sprengstoff, dessen Brisanz schon in Afrika kein Mensch mehr kontrollieren kann.

Diese Konflikte enden eben auch nicht, wenn Asylbewerber aus solchen Gebieten als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Vorstellung, dass ein vor den kongolesischen Lendu geflohener, aus

demselben Land stammender Nomade der Hema nun in Deutschland nicht nur seinen ihm anezogenen und seit Generationen vererbten Hass auf die Gegner einfach herunterschlucken, unsere Sprache erlernen und die Karriere eines Facharbeiters einschlagen wird, kann nur den Köpfen jener Politiker und Journalisten entspringen, die die Welt und ihre Konflikte nur aus wohltemperierten Studierstuben oder im Falle von Reisen aus der Perspektive von Fünf-Sterne-Hotels kennengelernt haben.

Wahr ist: Seit dem Jahre 1945 hat die Zahl der kulturell oder religiös bedingten Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen auf der Welt dramatisch zugenommen. Die Bertelsmann Stiftung hat dazu eine Studie erstellen lassen und kommt zu dem Ergebnis:

»Als Grundlage der Studie diente eine Auswertung aller seit dem Jahre 1945 weltweit registrierten Konflikte und die Bewertung ihrer Ursachen und Intensität durch Konfliktforscher der Universität Heidelberg. Danach hat die Anzahl der kulturell bedingten Konflikte im Verlauf der vergangenen Jahre sprunghaft zugenommen und erreicht gegenwärtig einen vorläufigen Höhepunkt. (...) Während bei nicht-kulturellen Konflikten die Zahl der Auseinandersetzungen und das gemessene Konfliktniveau abnehmen, zeigen kulturelle Konflikte ein umgekehrtes Muster. Sie werden häufiger, eher gewaltsam und auch auf den höheren Intensitätsstufen ausge tragen.«⁵⁵

In der Studie heißt es ausdrücklich, dass kulturelle Strukturen als »verschärfende Faktoren von Konflikten ernster wahrgenommen werden« sollten. Prallen verschiedene Kulturen, Religionen, Sprachen und Identitäten aufeinander, dann führt das nicht zu einer Stärkung des inneren Friedens. Es bewirkt genau das Gegenteil: Kulturelle Gegensätze verstärken Konflikte. Und wenn man in bislang friedliche und weitgehend einheitliche Gesellschaften, wie es zum Beispiel der deutschsprachige Kulturraum ist, viele andere fremde Kulturen einfügt, dann fördert das künftige Spannungen, Unruhen und Gewalt - bis hin zum Bürgerkrieg.

Die große Illusion: der Traum vom Frieden der Völker

Kulturelle Gegensätze verstärken also Konflikte, und je mehr fremde Elemente man in eine bislang friedliche Kultur einfügt, umso mehr muss die Innere Sicherheit weichen. Diese Erfahrung ist viele Jahrtausende alt. Schon Alexander der Große, der vor mehr als 2300 Jahren den Traum vom Frieden der Völker träumte und möglichst viele Kulturen in seinem Weltreich friedlich vereinen wollte, hatte genau das Gegenteil erreicht. Alexander zwang seine Generale und auch Zehntausende seiner Soldaten dazu, Frauen aus anderen Kulturen mit anderen Sprachen, Sitten und Religionen zu heiraten. Das alles nur, weil er vom Frieden der Völker und Kulturen fantasierte. Allein bei der Massenhochzeit von Susa wurden 324 vor Christus 10 000 persische Frauen mit mazedonischen Soldaten zwangsverheiratet. Alexander glaubte fest daran, dass dieses Vorgehen der Stabilisierung einer neuen multikulturellen Gesellschaft dienen werde.

Auf den Tod Alexanders 323 vor Christus folgten dann die blutigen Diadochenkriege und der Zerfall des Weltreiches. Alexanders Traum vom Frieden der Völker endete in einem kaum vorstellbaren Blutbad, und das Erste, was Alexanders Generale nach dessen Tod taten, war die Trennung von jenen Frauen, die man ihnen aufgezwungen hatte. Zudem gab es unvorstellbare Massaker, weil der Hass über die aufgezwungene multikulturelle Welt nun aus den Menschen herausbrach. Wie wir schon im Kapitel über Evolution und ererbtes menschliches Verhalten gesehen haben, ist das alles, rein verhaltensbiologisch gesehen, eine ganz »normale« Folge solcher Politik.

Dummerweise sind unsere Politiker und Leitmedien heute geschichtsblind. An unseren Schulen wird ja nicht einmal mehr die jüngste blutige Geschichtslektion des Traumes vom Frieden der Völker gelehrt, die wir mitten in Europa erst vor wenigen Jahren mit dem Vielvölkerstaat Jugoslawien erlebt haben.

Allein von 1991 bis 1999 flüchteten rund 2,3 Millionen Menschen aus dem Gebiet des früheren Jugoslawien. Die Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo gelten in der jüngsten europäischen Geschichte als die brutalsten und blutigsten nach dem Zweiten Weltkrieg. Massenvertreibungen, ethnische Säuberungen, Völkermord: Bis heute sind wir mit den verheerenden Folgen der Jugoslawien-Kriege konfrontiert. Neben zerstörten Städten und weit mehr als 100 000 Toten zählen Millionen von Flüchtlingen zu den schwersten Folgen dieser grausamen Konflikte. Die Bevölkerungsstruktur von Kroatien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo wurde im Zuge der Kriege zum Teil massiv verändert. Die Gründe für die Kriegsgräueltaten waren neben dem wachsenden Nationalismus der vielen einzelnen Volksgruppen, der in Jugoslawien bis zum Ende der 1980er-Jahre von der sozialistischen Diktatur brutal unterdrückt wurde, vor allem die innerhalb des Vielvölkerstaates zunehmend als beengend und aufgezwungen empfundene Nivellierung der kulturellen und religiösen Unterschiede zwischen Christen, Orthodoxen und Muslimen.

Sofern wir uns den Verlauf der Geschichte seit dem Traum Alexanders des Großen vom multikulturellen Frieden der Völker bis in die Gegenwart ganz neutral und ohne ideologische Scheuklappen anschauen würden, dann könnten wir erkennen, dass wirklich jedes multikulturelle Experiment irgendwann grausam gescheitert ist - sofern die einzelnen kulturellen Gruppen nicht ihre eigenen Territorien hatten, auf denen sie ihre Umgangsformen bestimmen, ihre kulturelle Identität ausleben und sich von anderen Gruppen abgrenzen konnten. In dicht besiedelten Ländern wie Deutschland oder Österreich ist das schlicht nicht möglich. Wer diese Lehren aus der Geschichte ignoriert, der will die Innere Sicherheit zerstören, der schürt ganz gezielt Hass und blutige Konflikte.

Die vielen Konflikte, die wir unterdessen aus aller Welt in großer Zahl importiert haben, werden schließlich künftig auch vor unseren Haustüren ausgetragen werden - nicht nur zwischen prügeln den Flüchtlingen in Asylbewerberheimen. Da stehen sich doch

schon jetzt hasserfüllt sunnitische und schiitische Muslime gegenüber, Kurden und Türken, afrikanische Hutu und Tutsi, irakische Jesiden, nahöstliche Christen und Salafisten, verfeindete schwarzafrikanische libysche Tubu (Toubou) und arabisch-libysche Sebha, verfeindete schiitische persisch-afghanische Hazara, afghanische Kuchi-Nomaden und Paschtunen, Turkmenen, die Tadschiken hassen, und Paschtunen, die ebenfalls Tadschiken hassen.

Die hasserfüllten Gegnerschaften der Volksgruppen dieser Welt reichen nun einmal viel weiter als nur der Hass zwischen Muslimen und Juden, den wir im jahrzehntelangen und nicht enden wollenden Kampf zwischen dem jüdischen Israel und seinen muslimisch-arabischen Nachbarn erleben. Mit jedem moslemischen Flüchtling, der zu uns nach Deutschland kommt, importieren wir doch ganz gezielt auch den Judenhass der islamischen Welt. Wir wissen, dass unter arabischen Muslimen der Hass auf Juden weit verbreitet ist. Unsere Politiker ignorieren auch, dass libysche Flüchtlinge traditionell Schwarzafrikaner hassen und sie als »minderwertig« betrachten. Trotzdem stecken wir sie jetzt wie auch all die anderen verfeindeten Volksgruppen, Stämme und etwa durch Blutrache miteinander im Konflikt liegenden Großfamilien (Clans) wie selbstverständlich in Asylanten-Gemeinschaftsunterkünfte und wundern uns, wenn sie sich hier so verhalten, wie es in ihrer Heimat und in ihrem Kulturkreis selbstverständlich für sie ist.

Allah als Unruhestifter: die seismischen Verwerfungen des Islam

Man kann, basierend auf vielen guten Gründen, verschiedene Standpunkte gegenüber dem Islam einnehmen. Der Autor dieser Zeilen hat Islamkunde studiert, spricht Arabisch und hat viele Jahre in verschiedenen islamischen Ländern unter Muslimen gelebt. Seine wichtigste Erkenntnis zum Islam lautet: Nirgendwo auf der Welt hat er so viel »Islamophobie« (krankhaften Hass auf den Islam) erlebt wie in islamischen Ländern. Nirgendwo auf der Welt hassen

Muslime andere Muslime mehr als in jenen Ländern, in denen viele Muslime leben.

Muslime sind derart untereinander verfeindet, wie es sich Europäer zumeist kaum vorstellen können. Und diesen unglaublichen Hass importieren wir mit den vielen verschiedenen Muslimen natürlich auch nach Europa. So wie es auf der Erde tektonische Platten gibt, die dort, wo sie sich aufeinander zubewegen, viel Druck, Spannungen und dann Erdbeben erzeugen, so gibt es zwischen den zahlreichen islamischen Strömungen Spannungen, die immer wieder wie Erdbeben ganze Regionen erzittern lassen und ganz sicher auch bei Abhaltung noch so vieler Friedenskonferenzen lange nicht zur Ruhe kommen werden.

Die älteste tektonische Platte des Islam ist jene zwischen Schiiten und Sunniten. Aus der Sicht aufgeklärter Europäer ist das Ganze letztlich nichts anderes als der Machtkampf zweier islamischer Sekten. Man kann sich diesen erbitterten Kampf auch ganz einfach wie den Streit zweier Rockerclubs, etwa der Heils Angels und der Bandidos, um die Vorherrschaft vorstellen. In der Realität ist es nichts anderes. Vielleicht mit der Ausnahme, dass Heils Angels und Bandidos ganz sicher keine Völkermorde verüben und auch keine Panzer, Haubitzen, Kampfbomber und Chemiewaffen einsetzen. Auf der Straße kämpfen Heils Angels und Bandidos bei uns gegeneinander. Nur wenn es um das Kuttensverbot geht, sind sie auf einmal dicke Freunde.⁵⁶ So ist das auch mit den verschiedenen Sekten der Muslime: Auf den Straßen schlagen sie sich in vielen ihrer Heimatländer die Schädel ein, aber wenn es irgendwo in der Welt Kritik am Islam gibt oder dieser gar verboten werden soll, dann gehen die eben noch verfeindeten Suren-Söhne zu Millionen vereint auf die Straßen und tun so, als ob sie die dicksten Freunde seien.

Der blutige Machtkampf zwischen den Islamsekten der Schiiten und der Sunniten geht auf einen Nachfolgestreit um die Führungsrolle nach dem Tode des Islamersfinders Mohammed zurück (632 nach Christus) und schwelt etwa seit dem Jahre 680 nach Christus. Viele der islamischen Kriege und Bürgerkriege sind auch

in der Gegenwart nichts anderes als Kämpfe um die Vorherrschaft der jeweiligen Islamsekten: Schiiten und Sunniten. Dabei geht es um Abgrenzung der Reviere, um Macht und um politischen Einfluss.

Auch im Hintergrund des Syrien-Krieges kämpfen die beiden Hauptführer dieser Islamsekten, der schiitische Iran und dessen Hauptgegner, das sunnitische Saudi-Arabien, um die politische und religiöse Macht. Denn der Islam ist ja nicht nur Religion, sondern vor allem auch ein politisches Herrschaftssystem. Man kann die ganzen blutigen Konflikte der vergangenen Jahrzehnte in Nahost alle auf diesen an einen Kindergarten erinnernden Sektenstreit herunterbrechen: So hat das sunnitische Saudi-Arabien in Syrien, das von schiitischen Alawiten regiert wird, sunnitische Rebellen ermuntert, die schiitische Vorherrschaft infrage zu stellen. Im saudischen Nachbarland Jemen dirigiert der Iran derweilen die schiitischen Hutu-Rebellen, während Saudi-Arabien im iranischen Nachbarland Irak pro-sunnitische Kämpfer antreten lässt. Halten wir fest: Eine der tektonischen Platten im Islam ist der blutige Streit der Islamsekten.

Die zweite tektonische Platte wird von den ethnischen Konflikten gebildet. Viele Europäer sehen in den Türken beispielsweise Araber, was aus Sicht der stolzen Türken nicht nur eine Beleidigung, sondern auch völlig falsch ist. Türken sehen sich in erster Linie als Nachfahren des Osmanischen Reiches und des letzten Kalifats und mit einer Art göttlichem Auftrag versehen, die islamische Welt zu führen und deren Einflussbereich (in einem neuen Großreich unter türkischer Führung) wieder zu vergrößern. Das sehen Saudi-Arabien und der Iran, die sich ebenfalls aus historischen Gründen als Erben von Führungsansprüchen erachten, natürlich völlig anders. Hinter diesem Konflikt steht nicht nur der Islam, sondern auch ein ethnischer Grund: Während die Saudis für die »Araber« stehen, also ein eher rückständiges Wüstenvolk, und die Iraner sich als Nachfahren mit den Herrschaftsansprüchen des hoch entwickelten historischen Kulturvolkes der Perser (das Reich der Sassaniden) begreifen, stehen die Türken für das Turkvolk und

dessen einstige blühende Großreiche (etwa der Seldschuken und Osmanen). Zwischen allen Fronten stehen andere Völker der islamischen Welt, wie zum Beispiel die Kurden oder die Berber, die irgendwann im Laufe der Geschichte ihre Autonomie verloren haben. Um die Vorherrschaft der großen genannten Gruppen voranzutreiben, scheuen ihre Hintermänner auch nicht vor Genozid (Völkermord) zurück. So wie der Islamische Staat alle Nicht-Sunniten in eroberten Gebieten grausam ermordet, so nutzt auch die Türkei jede Gelegenheit, um die ihnen verhassten Kurden (die einen eigenen Staat anstreben) entlang der Grenzen mit brutalsten Methoden zu dezimieren. Bei diesen ethnischen Konflikten, der zweiten tektonischen Platte, scheuen die Beteiligten also nicht einmal vor Völkermord zurück.

Die dritte tektonische Platte, die zwischen all diesen Gruppen und Parteien verläuft, ist der Gegensatz zwischen Traditionalisten und jenen, die sich der modernen Welt öffnen wollen. Das ist allerdings die eher höfliche Umschreibung. Mit Traditionalisten meint der Autor Gruppen wie die Muslimbruderschaft, die inzwischen auch in Deutschland über die traditionellen Islamverbände in beinahe jedem Dorf ihre Außenposten hat, die Wahhabiten (die von Saudi-Arabien finanziert in Deutschland sogar ein Netz von Schulen und Moscheen betreiben), die im Hintergrund mit ihnen kooperierenden Gruppen wie Al-Qaida und die Taliban sowie noch radikalere Gruppen wie den Islamischen Staat. Sie alle stehen für den Islam, wie er zum Zeitpunkt des Todes des Islamersfinders Mohammed im Jahre 632 nach Christus als Religion und auch als politisches Modell praktiziert und vorgelebt wurde. Jede dieser Gruppen verfügt auch über Stützpunkte in Deutschland (Moscheen), die von hiesigen Politikern gern besucht werden, weil die dort verkehrenden Muslime immer wieder bekunden, eigentlich ganz normale Menschen zu sein. Nur ihre Gegner sind angeblich »böse«. Da gibt es in Frankfurt die bekannte Moschee der Taliban und in fast jeder deutschen Stadt mindestens eine zur Muslimbruderschaft gehörende Moschee. In beinahe jeder deutschen Moschee bestärken die Vorbeter ihre jeweilige Gruppe in der Auffas-

sung, wonach sie die einzig korrekte Auffassung vom Islam ihr Eigen nennen. Wie mein Koautor Stefan Schubert in diesem Buch an anderer Stelle ausführt, organisieren sich viele Muslime hierzulande auch schon lange nach dem Vorbild deutscher Rockerclubs und teilen Deutschland wie Biker-Gangs unter sich auf. Es ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten, wenn sich unsere Politiker lächelnd mit Moscheeführern in traditionalistischen Moscheen fotografieren lassen und dazu nicht entblöden, dem Reporter zu sagen, man wolle so »interkulturelle Toleranz« demonstrieren. Aber vielleicht ist das Lächeln zur Aufteilung Deutschlands ja nicht nur Naivität, sondern eiskaltes Kalkül auf dem Weg zur Zerstörung unserer einstmals so friedlichen Heimat.

Man muss übrigens verstehen, dass die deutsche Polizei die Traditionalisten aus den Reihen von Al-Qaida bis hin zur Muslimbruderschaft in Deutschland nicht sonderlich gut beobachten kann, muss sie doch schließlich auf Anweisung der Politik die Heils Angels bespitzeln. Die hatten schnell mitbekommen, dass Polizisten des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz eine Rocker-Gang gründeten, um besser gegen die Heils Angels und das Rockermilieu ermitteln zu können. Den »MC Schnelles Helles«, den das LKA gründete, verspotteten die Heils Angels 2015/16 intern als abartige Trinkergemeinschaft.⁵⁷ Nein, das ist kein Aprilscherz: Die Polizisten wollten selbst eine Rocker-Gang gründen, druckten sogar eigene Bierdeckel des »MC Schnelles Helles«. Die Heils Angels nahmen die Polizisten in Kutte nicht ernst, suchten vielmehr deren Vereinsheim auf und machten den Polizisten klar, dass sie die Kutten abändern müssen, weil das Logo der »MC Schnelles Helles« dem der Heils Angels zum Verwechseln ähnlich sah.⁵⁸ So sieht es in der Realität aus, wenn deutsche Polizisten von der Politik losgeschickt werden, um gegen Rockervereinigungen zu ermitteln. Für ernsthafte Nachforschungen in Bezug auf die vielen kriminellen Moslemgruppen der islamischen Traditionalisten in Deutschland, wie etwa die Muslimbruderschaft, bleibt da einfach keine Zeit.

Den Traditionalisten gegenüberstehen/-standen in der islamischen Welt jene, die sich der modernen Gemeinschaft öffnen

woll(t)en: die (früheren) autokratischen Herrscher der nahöstlichen Länder. Etwa Husni Mubarak in Ägypten, Muhammad Muammar al-Gaddafi in Libyen, Saddam Hussein im Irak und König Hussein in Jordanien. Die Traditionalisten bekämpf(t)en diese Strömung in ihren Heimatländern - und auch in Europa. Wir werden das später noch genauer betrachten.

Diese drei beschriebenen tektonischen Platten der islamischen Welt prallten früher nur dort aufeinander und erzeugten nur dort gewaltige seismische Beben, zuletzt in Afghanistan, Pakistan, im Irak, in Syrien, im Jemen und in Libyen. Mit dem Import der vielen Bausteine dieser tektonischen Platten haben wir allerdings auch die Erdbebengefahr nach Europa gelassen. So wie entlang der St.-Andreas-Verwerfung vor der kalifornischen Küste, wo tektonische Platten aufeinandertreffen, jederzeit ein verheerendes Erdbeben in Großstädten wie San Francisco eine Katastrophe auslösen kann, so ist es auch im deutschsprachigen Raum nur noch eine reine Frage der Zeit, bis die Spannungsherde aus der islamischen Welt hier brutal aufeinandertreffen und eine seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr erlebte Schneise der Verwüstung hinterlassen werden. Erdbebenforscher können vorhersagen, wo es auf der Erde künftig verheerende Erdbeben geben wird, nur nicht den genauen Tag der seismischen Katastrophe. Genauso ist es in Bezug auf die Spannungen der tektonischen Platten aus der islamischen Welt.

Wer das für »überzogen« oder eine Verschwörungstheorie hält, der sei daran erinnert, dass die islamische Welt schon seit vielen Jahrhunderten mit der entwickelten Sphäre nicht mehr mithalten kann. Ihren einzigen vorübergehenden »Aufschwung« verdankte sie in zurückliegenden Jahrzehnten einem Rohstoff - dem Öl. Dummerweise ist völlig unabhängig von politischen Parteien, Gesellschaftssystemen und Ideologien klar, dass die Zukunft nun einmal nicht bei fossilen Brennstoffen wie dem Öl, sondern bei erneuerbaren Energien liegen wird. Man kann das gut oder schlecht finden, aber es bleibt eine Tatsache, dass Öl aus islamischen Staaten, zu denen Saudi-Arabien, der Irak und Iran oder auch Nigeria gehören, nun einmal künftig am Weltmarkt immer weniger gefragt sein

wird. Damit werden auch alle Versuche, die vielen Konflikte innerhalb der islamischen Welt mit Geld zu beruhigen, fehlschlagen. Man sieht das heute schon in Saudi-Arabien und im Iran, wo trotz gewaltiger Ölreserven kein Geld mehr vorhanden ist, um die mehrheitlich eher ungebildete Bevölkerung ruhigzustellen. Die Konflikte auf islamischem Gebiet werden also zunehmen und sich intensivieren. Und nichts anderes wird dort passieren, wo die Vertreter der vielen eher ungebildeten Gruppen außerhalb ihrer Heimat in Ländern wie Deutschland oder Österreich aufeinanderstoßen und als einzige ihnen verbliebene Orientierung ihre jeweilige Ausprägung der Islamideologie haben.

Gutmenschen, Stammesfeindschaften und Säureanschläge

Allein in Nigeria leben mehr als 250 untereinander traditionell verfeindete Wüsten-, Steppen-, Hirten- und Bauernvölker. Wir hören in den Nachrichten, dass radikale islamische Boko-Haram-Kämpfer in Nigeria Schulmädchen entführen und die einheimischen Christen unter Gejohle und Freudentänzen lebend in Kirchen verbrennen. Von dem Vielvölkerstaat und den dort lebenden Menschen haben wir - wie vom Rest Afrikas und von den zahlreichen Stammesfeindschaften - bei näherer Betrachtung keine Ahnung. Schließlich sind wir als Gutmenschen doch fest davon überzeugt, dass alle Menschen eine multikulturelle Welt wollen und dass es im fernen Afrika keine Sozialsysteme gibt, sodass wir deshalb jeden afrikanischen Wirtschaftsflüchtling bei uns aufnehmen sollten.

Es gibt eine Asylindustrie, die davon lebt, dass sie diesen Unsinn in unseren Köpfen festzurrt. Ich habe 2015 den Bestseller *Die Asyl-Industrie* geschrieben und erspare mir weitere Ausführungen zur medialen Verdummung seitens der Gutmenschen im deutschsprachigen Raum im Hinblick auf angebliche »Flüchtlinge«. Nur so viel: Auch afrikanische Stämme besitzen Sozialsysteme. Ein Beispiel: 1987 hatte ich zum ersten Mal die !Kung-Buschleute in der

namibischen Kalahari-Wüste besucht. Sie besitzen eine eigene Sozialversicherung, nicht in unserem Sinne mit Versicherungsgesellschaften, sondern über die »Wir-Gruppe« hinaus, der man durch Gruppenloyalität verpflichtet ist. Jedes Mitglied der !Kung-Buschleute ist dazu aufgefordert, durchschnittlich 18 anderen !Kung-Buschleuten, die jenseits des eigenen markierten Territoriums in anderen Familienverbänden leben, ein Geschenk in Form von kunstvollen Armbändern und anderen Artikeln, deren Herstellung viel Zeit erfordert, zu geben. Der Beschenkte ist zu einer Gegengabe verpflichtet. So wird ein Beziehungsnetz zu 18 Personen über die Grenzen des eigenen Gebietes hinweg geknüpft, für die man extrem viel wertvolle Handarbeit investiert hat. In Notzeiten gewähren die Geschenkpartner sich dann über die eigenen Territorien hinaus nicht nur die bestmögliche Unterstützung, sondern auch Zugang zu Wasserquellen und Jagdrevieren. Der Geschenkpartner muss seinen »Versicherungspartner« in Notzeiten auch einige Tage beherbergen, ihn versorgen und pflegen. Das auf Gegenseitigkeit beruhende Austauschsystem ist viele Tausend Jahre älter als das deutsche, von Bismarck initiierte Sozialsystem und funktioniert in der Kalahariwüste auch weiterhin.

Unsere bildungsfernen Politiker und die ihnen ergebenden Leitmedien haben sich aber nie mit der traditionellen Versicherung der !Kung-Buschleute in der Kalahari beschäftigt. Sie haben auch von den Konflikten der Völker und Bevölkerungsgruppen in Afrika und auf anderen Kontinenten keine Ahnung. Somit ist es nicht verwunderlich, dass in unseren Flüchtlingsunterkünften afrikanische muslimische Hausa-Fulani auf christliche Igbo treffen. Die Igbo verachten die Hausa-Fulani.⁵⁹ Tatsache ist, dass kein Mensch auch nur ansatzweise die vielen Konfliktpotenziale allein zwischen afrikanischen Ethnien jemals komplett erforscht und aufgeschrieben hat. Woher soll ein gutmenschelnder deutscher Asylhelfer wissen, dass die somalischen Halbnomaden vom Volke der Issa mit den äthiopischen Halbnomaden der Afar hasserfüllt bis aufs Blut verfeindet sind? Wir wundern uns nur, wenn sie heute in den Flüchtlingsheimen mit Macheten und Baseballschlägern aufeinander losgehen

- und später dann einmal in Einkaufszentren, auf den Straßen und öffentlichen Plätzen. Der Hass und die Feindschaft enden ja nicht irgendwann. Wir aber wundern uns darüber nun täglich, und das umso mehr, da wir uns alle doch angeblich so liebhaben. Wir brauchen nur für jeden Flüchtling ein oder zwei Betreuer, dann klappt's auch zwischen Afar und Issa, Igbo und Hausa-Fulani und Tausenden anderen verfeindeten Volksgruppen. So denken bildungsresistente und ideologiegesteuerte Gutmenschen jedenfalls.

Natürlich leben die Afar nicht nur in Äthiopien und die Issa nicht nur in Somalia. Sie fühlen sich auch nicht als Äthiopier oder als Somalier, denn die Kolonialgrenzen wurden willkürlich zwischen den Clans ihrer Familien gezogen. Diese Tatsache zu begreifen ist auch wichtig, um zu verstehen, was wir mit unserer Flüchtlingspolitik in Deutschland auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit anrichten. Ich hatte schon am Beispiel der Muslime dargestellt, dass diese sich nicht als Syrer oder Iraker, Afghanen oder Algerier, sondern als Angehörige der »Ummah« (Gemeinschaft der Muslime) fühlen.

Nicht anders ist es bei vielen Großfamilien. Betrachten wir einmal den Clan der arabisch-nordafrikanischen Großfamilie der Bani Hassan. Es sind Hunderttausende, die von Jordanien über die Sahara bis hin zum Niger und im Norden Afrikas bis Marokko verwurzelt sind. Sie sehen sich nicht als Jordanier oder Marokkaner, sondern sie definieren sich identitätsmäßig in erster Linie durch ihre Großfamilie - Bani Hassan - und dann durch ihre islamische Religion als Angehörige der »Ummah«, der islamischen Gemeinschaft.

Kommen Menschen wie die Angehörigen der Bani Hassan und vieler anderer Großfamilien in Länder wie Deutschland, dann gibt es für sie keinen Grund, sich hier anzupassen, denn Angehörige ihrer Großfamilien sind schon flächendeckend vor Ort vertreten. Wenn sie sich bedroht oder belästigt fühlen, etwa durch die Polizei, dann können sie über ihr Mobiltelefon binnen Minuten Dutzende, wenn nicht Hunderte Unterstützer mobilisieren. In unseren Medien heißt es dann lapidar: »Beamte von Großfamilie bedroht«⁶⁰.

Die normalste Polizeikontrolle kann jetzt für deutsche Polizisten zum alltäglichen Horror werden: »Großeinsatz am Montag in Marxloh: Als zwei Männer bei einer Kontrolle Widerstand leisten, rückt eine Gruppe von 15 Personen an und geht auf die Polizisten los. Die zwei Männer schubsen und schlagen auf die Beamten ein.«⁶¹

Es geht aber nun einmal nicht nur um die Bani Hassan. Viel brutaler sind die Mhallamye-Kurden, vor denen die Polizei, Richter, Staatsanwälte, Politiker und Medien in Deutschland heute kuschen.⁶² Es existieren Dutzende Clans, Großfamilien und Sippen, die ihre eigenen Gesetze haben.

Zwischendurch ein wichtiger Hinweis: Es geht hier nicht darum, pauschal alle Migranten als kriminell oder böse zu charakterisieren. Ganz im Gegenteil. Wir sollten aber endlich begreifen lernen, dass bestimmte Experimente verheerende Folgen haben können - vor allem dann, wenn es sich um Experimente mit Menschen handelt.

Um uns herum leben nicht nur Mitteleuropäer. Wir verzeichnen jetzt Vielfalt. Da gibt es den kongolesischen Nomaden vom Volke der Hema, der als Flüchtling kam. Neben ihm lebt vielleicht ein aus Jordanien stammender Beduine. Und natürlich gibt es auch Sinti oder Roma und viele andere Bevölkerungsgruppen. Sie alle sind aus der Sichtweise eher großenwahnsinniger Politiker und der ihren Wahn propagierenden Leitmedien ein Abbild unserer angeblich friedlichen, gemeinsamen multikulturellen Zukunft.

Dummerweise haben die vielen einzelnen Bevölkerungsgruppen, die jetzt hier aufeinanderstoßen, in ihren heimatlichen Kulturen völlig verschiedene Vorstellungen von den Begriffen, die uns in Europa wichtig sind. Ein Beispiel: Wir Europäer empören uns darüber, wenn manche Roma unsere Eigentumsrechte nicht respektieren. Dabei sehen Roma das, was wir Europäer lautstark als dreisten Diebstahl bezeichnen, in ihrer Kultur doch nur als »Ernte von Überflüssigem«⁶³. Schon die jüngsten Roma-Diebe lernen, Angaben von Anwälten zufolge, dass Diebstahl höchstens als kleines Vergehen zu werten sei.⁶⁴ Wenn ein solcher Roma dann neben

einem afghanischen Muslim wohnt, der schon als kleines Kind gelernt hat, dass beim Diebstahl das Abhacken der Hand die gebotene kulturelle Sanktion ist, dann prallen dort Welten aufeinander, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Ich hatte ja schon in einem Kapitel eines früheren Buches dargestellt, wie beispielsweise rumänische Zigeuner auf eigenen Schulen lernen, zu stehlen und zu betrügen. Wollen wir jetzt Panzer gegen solche Akademien auffahren lassen? Wollen wir deren Mitglieder und »Studenten« in Internierungslager stecken und sie umerziehen?

Ein anderes Beispiel: Für einen pakistanischen oder afghanischen Muslim ist es »normal« und auch gesellschaftlich akzeptiert, dass er eine Ehefrau, die ihm gegenüber ungehorsam ist, beispielsweise mit kochendem Wasser übergießt. Wenn so etwas im Jahre 2016 mitten in Oberursel geschieht (ein Afghane verbrühte seine Frau vorsätzlich), dann glauben wir, dass es sich dabei um einen »bedauerlichen Einzelfall« gehandelt habe.⁶⁵ Dabei ist das Verbrühen oder gar das Schütten von Säure ins Gesicht einer Frau in jener Region eine unter Männern weitverbreitete und auch kulturell akzeptierte Sitte. In Pakistan sind solche Säureangriffe auf Frauen, die beispielsweise Annäherungsversuche von jungen Männern zurückgewiesen haben, häufig.⁶⁶ Und manchmal schütten die eigenen Eltern ihren Töchtern vorsätzlich Säure ins Gesicht, wenn diese von sich aus einen Jungen angeschaut haben.⁶⁷ Diese Säureangriffe gehören von Afghanistan über Pakistan, Indien, Bangladesch bis hin nach Kambodscha zu den kulturellen Eigenheiten der dort lebenden Völker. Frauen, die Männern nicht gehorchen oder zu Willen sind, sollen so fix immer ihr Gesicht verlieren.⁶⁸ Allein im Zeitraum von Januar bis März 2015 wurden nur in Pakistan 160 Frauen durch Säure so heftig im Gesicht verätzt, dass sie erblindeten.⁶⁹ Auch in Kolumbien etabliert sich dieser kulturelle Brauch seit einigen Jahren unter Männern.⁷⁰ Wollen wir ernsthaft all diese kulturellen »Besonderheiten« importieren - oder die Menschen von dort umerziehen?

Falls Migranten aus solchen Kulturkreisen gerade keine Säure zur Hand haben, dann nehmen sie - wie 2016 in Hamburg gesche-

hen - mitunter auch einfach heißes Öl, das sie Frauen ins Gesicht schütten.⁷¹ Wir importieren derartige kulturellen Bräuche - und schauen anschließend weg. Schließlich tun das die Mitbürger ja nicht aus Bosheit, sondern weil es Bestandteil ihrer kulturellen Erziehung ist - und die sehen wir schließlich generell als »kulturelle Bereicherung«. Überall in Europa wächst schon seit Jahren die Zahl der Frauen, denen Mitbürger aus den erwähnten Regionen auf offener Straße Säure oder heißes Öl ins Gesicht schütten, weil ihre Annäherungsversuche zurückgewiesen wurden.⁷² In Deutschland ist es ein Tabuthema.

Nochmals: Die vielen Menschen machen all das nicht aus Bosheit - sondern sie kennen es nicht anders. Wenn der kongolesische Nomade vom Volke der Hema, der als Flüchtling zu uns kam, wie selbstverständlich den Müll vom Balkon der ihm zugewiesenen Wohnung auf die Straße wirft, dann tut auch er das nicht aus Bosheit, sondern weil Mülltrennung das Letzte ist, was er im Kongo gelernt hat. Wir Europäer glauben, wir seien multikulturell und weltoffen. Wir wissen aber nicht, was die vielen Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, von uns erwarten - vor allem im Hinblick auf ihre Kultur. Wir sind Weltmeister im Reisen und verbringen möglichst viel Zeit bei anderen Völkern im Ausland. Aber ein Durchschnittsdeutscher wird nicht einmal wissen, dass es für einen Chinesen eine der schlimmsten Beleidigungen ist, ihm mit einem freundlichen Lächeln bei einem Besuch Blumen zu schenken, denn mit Blumen ehrt man in der chinesischen Kultur nur Verstorbene.⁷³

Der Pulverdampf der Weltkonflikte

Im Ruhrgebiet leben Menschen aus 180 Nationen der Welt⁷⁴, in Berlin sogar aus 187 Ländern⁷⁵. Schauen wir doch einmal genauer hin: In der Stadt Essen liest sich das Verzeichnis der Herkunftsländer ausländischer Einwohner wie die Teilnehmerliste einer Versammlung der Vereinten Nationen: von A wie Algerien bis Z wie

Zypern. In Essen, der neuntgrößten Stadt Deutschlands, leben allein 16000 Türken und immerhin rund 3400 Chinesen. Hinzu kommen 5000 Syrer und 3500 Iraker, 3000 Rumänen und 1300 Niederländer.⁷⁶ In Essen leben 17 afrikanische !Ko-Buschleute, neun kriegerische Eipo aus West-Neuguinea und 14 Salar (ein Turkvolk aus China) sowie immerhin drei Angehörige des vom Aussterben bedrohten Volkes der kleinwüchsigen Waldmensen vom Volke der afrikanischen Batwa - gemeinhin Pygmäen genannt. In Ländern wie Ruanda darf man heute als Batwa nicht einmal mehr sagen, dass man ein Pygmäe ist, allein das grenzt schon an Diskriminierung.⁷⁷ Die ersten Pygmäen sind nun nach Deutschland geflohen, weil sie irgendwo ihre Kultur und Identität ausleben wollen. Man könnte die Auflistung der vielen Völker in Essen noch lange fortsetzen. Insgesamt 85 000 Einwohner der Stadt besitzen einen ausländischen Pass. Das sind gut 15 Prozent von 577 000.⁷⁸ Hinzu kommen noch einmal mindestens ebenso viele, die sich inzwischen einbürgern ließen und auch die deutsche Staatsangehörigkeit haben, aber ursprünglich aus Ländern wie Somalia, Afghanistan, dem Kongo, dem Sudan oder Algerien und Dutzenden weiteren Staaten stammen.

In vielen Herkunftsländern dieser Menschen gibt es Kriege oder Bürgerkriege. Die deutschen Bundesregierungen hat es nie interessiert, ob Menschen, die in Deutschland Asyl beantragt haben, hierzulande auf ihre alten Feinde treffen werden. Man fand allein die Frage nach Feindschaften absurd, weil man glaubte oder glauben wollte, dass alle Menschen, die nach Deutschland kommen, schließlich darauf brennen, sich friedlich an den Händen zu fassen, Kerzen zu entzünden und gemeinsam miteinander leben zu wollen.

Wie naiv diese Vorstellung ist, kann jeder Bürger schon seit Jahrzehnten Abend für Abend in den Fernsehnachrichten sehen. Immer dann, wenn beispielsweise über Israel und Palästinenser berichtet wurde, musste auch dem politisch nicht interessierten Laien klar sein, dass es Bevölkerungsgruppen auf dieser Welt gibt, die trotz fortwährender internationaler und jahrzehntelanger Anstrengungen und nicht mehr zu zählender Friedenskonferenzen

einfach nicht friedlich zusammenleben können oder wollen. Es geht hier nicht darum, Partei für eine der beiden Seiten zu ergreifen. Wichtig ist nur die Tatsache, dass es zwischen den Bevölkerungsgruppen auf dieser Welt Konflikte mit enormer Sprengkraft gibt, die offenkundig unlösbar sind und immer wieder neue Gewalt hervorrufen.

Dieser scheinbar unlösbare Konflikt zwischen Israelis und Arabern/Palästinensern schien bis vor wenigen Jahrzehnten weit von Europa entfernt. Solange in Ländern wie Deutschland, den Niederlanden, Belgien oder Dänemark zwar Juden, aber kaum Araber oder Palästinenser lebten, blieb der nicht zu lösende Konflikt zwischen den beiden Gruppen auf Regionen wie Israel, die besetzten Gebiete und Palästina beschränkt. Mit dem Zuzug von immer mehr Palästinensern und Arabern muslimischen Glaubens nach Europa wurde aus dem früher in Europa eher theoretischen Konfliktpotenzial zweier Gruppen immer schneller ein brodelnder importierter Konflikttherd. Zeitungen wie *Die Welt* titeln heute: »Juden verlassen Europa«⁷⁵. Andere berichten: »Juden in Europa haben Angst«⁸⁰. Aus europäischen Metropolen mit langer jüdischer Tradition vermelden die Zeitungen über die jüdischen Gemeinden den »Auszug aus Antwerpen«⁸¹. Internationale Nachrichtenmagazine wie *Newsweek* berichten darüber, wie beispielsweise die Flüchtlingsströme junger Muslime aus Nahost die Juden Europas zum Exodus zwingen.⁸² Viele Politiker und Leitmedien schauen einfach weg, wenn Muslime grölend durch die Straßen ziehen und Juden als »dreckige Juden« beschimpfen, sie anspucken oder schlagen. Und dem Hass folgen auch Taten - wie die Terroranschläge auf Juden in Paris und Kopenhagen gezeigt haben.⁸³

Vor einem halben Jahrhundert gab es in Europa keine muslimische Bevölkerungsgruppe, die Juden mit Hass begegnet wäre und diese bedroht und am liebsten mit Gewalt vernichtet hätte. Selbstverständlich gibt es auch Rechtsextremisten, die Juden bedrohen. Ich führe die beiden Bevölkerungsgruppen nur auf, weil auch dem politisch oder kulturell weniger interessierten Leser schon an diesem einfachen Beispiel klar werden sollte, dass man mit Men-

sehen aus anderen Ländern - in diesem Fall eben immer mehr Muslimen - auch die hinter ihrer Kultur stehenden Konflikte importiert.

Sofern es nur ein oder zwei Konflikte wären, die so allmählich aus anderen Teilen der Welt nach Deutschland importiert würden, dann könnte eine Gemeinschaft vielleicht noch damit umgehen und versuchen, die verfeindeten Gruppen voneinander zu trennen oder aber sie zu versöhnen. Was aber macht man, wenn man Menschen aus allen größeren Kriegsgebieten importiert und zusätzlich auch noch aus jenen 700 Regionen, in denen Bürgerkriegsgruppen aktiv sind?

Krieg und Gewalt als Normalzustand

Während Sie diese Zeilen lesen, kämpfen in der Welt rund 700 verschiedene Bürgerkriegsgruppen gegeneinander. Mitte 2016 waren es exakt 696. Und das sind wirklich nur Bürgerkriegsgruppen. Die größeren zwischenstaatlichen Kriege sind bei dieser Betrachtung noch nicht einmal mit eingerechnet. Für die weitaus meisten Menschen der Welt ist unsere Vorstellung von Sicherheit eine utopische Illusion. Wir Europäer haben keine Vorstellung davon, wie viele Gruppen überall in der Welt gegeneinander kämpfen. Wir hören in den Nachrichten ab und zu den Namen der spanischen ETA. Wir kennen vielleicht auch die kurdischen Kämpfer der PKK und die türkischen Militäraktionen gegen sie. Wir wissen, dass palästinensische Gruppen gegen Israel kämpfen, und manch einer hat auch schon einmal etwas von kolumbianischen Guerilleros oder den jemenitischen Hutu-Rebellen gehört. Dass es derzeit aber allein in Afrika 204 militante Separatistengruppen gibt, die dort in 29 Ländern Angst und Schrecken verbreiten, wird weder an unseren Schulen unterrichtet noch jemals in den Fernsehnachrichten erwähnt.

Allein die 159 asiatischen Bürgerkriegsgruppen halten viele wahrscheinlich eher für eine Verschwörungstheorie, weil sie in unseren Köpfen schlicht nicht existieren. Die in Bangladesch bombende

Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesh hat es noch nie in deutsche Zeitungen geschafft, die Ah-Dang-Milizen in Myanmar, die indischen Hizb-ul Mujahedein (HuM), die philippinische Abu Sayyaf oder die thailändische Runda Kumpulan Kecil kennen in Europa allenfalls einige Politologen und Terrorfachleute. Die rund 700 aktiven Terror- und Bürgerkriegsgruppen der Welt sorgen größtenteils für ein beständiges Klima der Angst. Wir Europäer blenden das gern aus. Wir müssen uns klarmachen: Derzeit sind etwa 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Unruhen und Bürgerkriegen -Tendenz steigend.⁸⁴ Die meisten von ihnen sind Muslime. Was erwartet uns da?

In der abgeschotteten bunten Welt von Politikern und Journalisten ist alles ganz einfach: Wir nehmen möglichst viele Menschen aus islamischen Ländern bei uns auf. Menschen aus allen Teilen der Welt, Menschen aller Hautfarben, Religionen, Kulturen und ethnischen Gruppen leben bei uns dann später einmal angeblich friedlich zusammen. Sie arbeiten irgendwann in der Zukunft ganz sicher fleißig Hand in Hand, können es kaum erwarten, zum Wohlstand der neuen multikulturellen Gemeinschaft beizutragen. Und selbstverständlich schufteten sie gemeinsam, um zum Wohle aller die Sozialkassen zu füllen. Politiker und Medien verkaufen uns dieses Idealbild gerne als »Schmelztiegel der Nationen«⁸⁵ (die Amerikaner nennen es »melting pot«). Schließlich hat doch schon jetzt jedes dritte Kleinkind in Deutschland einen Migrationshintergrund.⁸⁶ Alles wird gut. Alles wird friedlich - sagen Politiker und Leitmedien. Doch wie sieht die Realität aus? Schauen wir uns einmal einige wenige typische Beispiele an, die Sie so in deutschsprachigen Medien schlicht nicht finden werden. Denn Lügenmedien und Politiker wollen, dass Sie weiterhin in der Illusion leben, wonach die von ihnen forcierte Zuwanderung nichts an unserer Sicherheit ändern wird.

Der in Damaskus geborene Politikwissenschaftler Bassam Tibi ist unverdächtig, ein Radikaler zu sein. Er sagte uns 2016, welche Zukunft den Menschen im deutschsprachigen Raum bevorsteht: Die vielen jungen kräftigen Männer, die jetzt aus dem Orient zu

uns kommen, bringen uns »die Kultur der Gewalt mit«⁸⁷. Professor Tibi schreibt:

»Wenn Deutschland über eine Million Menschen aus der Welt des Islams holt und ihre Erwartungen nicht erfüllt, muss man sich auf einiges gefasst machen. Aus der Werbung glauben diese jungen Männer zu wissen, dass jeder Europäer eine Luxuswohnung, ein Auto und eine >hübsche Blondine< hat; sie denken, dass sie dies auch bekommen und am Wohlstand beteiligt werden. Wenn aber diese jungen Männer stattdessen in eine Notunterbringung in Schul- und Sporthallen kommen, dann fühlen sie sich betrogen, ja diskriminiert. Also entwickeln sie Rachegefühle gegenüber dem europäischen Mann.«⁸⁸

An anderer Stelle führt Tibi aus:

»Im Orient gilt die Frau nicht als Subjekt, sondern als Gegenstand der Ehre eines Mannes. Die Schändung einer Frau wird nicht nur als Sexhandlung und Verbrechen an der Frau selbst betrachtet, sondern eher als ein Akt der Demütigung des Mannes, dem sie gehört.«⁸⁹

Man muss das im Hinterkopf haben, wenn man die einzelnen Fälle des nachfolgenden Kapitels liest. Auf den ersten Blick sind es alles nur »Einzelfälle«, aber bei näherem Hinschauen ergeben sie ein barbarisches Gesamtbild.

Außen Ehre - innen Leere: Fallstudien der zugewanderten Barbarei

Multikulti: Türken verbrennen 19-jährige schwangere Deutsche

In Berlin verbrannten Neuköllner Türken eine 19 Jahre alte hochschwangere Deutsche bei lebendigem Leibe. Unsere Politiker und Leitmedien schauten bei diesem Fall einfach wieder weg. Klar war von Anfang an: Natürlich würden die Täter einen Migranten-Strafabbatt bekommen.

Der Fall ist nicht aus diesen Tagen, aber er belegt gut, wie unser Propagandaapparat beim Thema »Zuwanderung und Kriminalität« funktioniert. Betrachten wir zuerst einmal ein anderes Ereignis aus jener Zeit: Im Dezember 2014 hatte ein deutscher Autofahrer in Braunschweig eine Muslima mit seinem Fahrzeug »leicht am Knie touchiert«. Die Insassen des Fahrzeugs sollten dabei islamfeindliche Parolen gerufen haben. Sofort lauteten die Schlagzeilen bundesweit einheitlich: »Mutmaßliche Rassisten fuhren Muslimin mit dem Auto an«⁹⁰. Obwohl die Polizei den Sachverhalt noch nicht genau ermittelt hatte, gab es Schweigemärsche, Lichterketten und empörte Stellungnahmen von Politikern.

Ganz anders war es beinahe zeitgleich im Falle der 19 Jahre alten deutschen Maria, die in Berlin nicht nur »leicht am Knie touchiert«, sondern von Türken lebend verbrannt wurde. Da schauten unsere Lügenmedien lieber vereint weg, nannten auch nicht die Herkunft der Täter. Das war aus Sicht von Politik und Medien doch nur ein »Einzelfall«.

Schließlich wurde der mutmaßliche Haupttäter gefasst. Die Fakten: Maria P. war mit einem 19 Jahre alten Türken befreundet. Sie war hochschwanger. Der türkische Mitbürger forderte von ihr einen Schwangerschaftsabbruch. Als die junge Frau dem nicht

zustimmte, fühlte er seine Ehre verletzt, wofür wir (siehe die Kapitel zuvor) verhaltensbiologisch Verständnis haben müssen, fuhr mit ihr in ein Waldstück an der Bärenlauchstraße in Niederschöne-weide und stach zweimal mit einem Messer auf ihren Bauch ein. Als sie sich verzweifelt wehrte, übergoss er zusammen mit einem Freund die noch lebende, hochschwängere Maria P. mit Benzin - und zündete sie an.

Die Täter warteten in aller Ruhe, bis die Frau gestorben und verbrannt war, und bedeckten die verkohlte Leiche danach mit Kiefernzweigen. Am nächsten Morgen fand ein Hundehalter beim Spaziergang die Leiche, weil sein Tier angeschlagen hatte. Wenige Stunden später wurde Mohammed Ö. (Name geändert) festgenommen. Der Richter erließ Haftbefehl gegen ihn. Eine Polizeisprecherin bestätigte auf Anfrage: »Die 19-Jährige war hochschwanger.« Die achte Mordkommission übernahm die Ermittlungen.

Die 19-Jährige stammte aus Berlin-Lichtenberg und stand kurz vor der Entbindung. In ihrer Lunge wurden bei der Obduktion Verbrennungsrückstände gefunden, was belegt, dass sie noch lebte, als sie verbrannt wurde. So weit die Fakten. Einzig die *Berliner Morgenpost* berichtete andeutungsweise zwischen den Zeilen, dass die mutmaßlichen Täter aus dem multikulturellen Berlin-Neukölln stammten und Türken waren.

Der Haupttäter hatte demnach die Tat gestanden, weil er die Schwangerschaft abbrechen wollte.⁹¹ Andere Medien wie *Bild* verschwiegen erst einmal die Herkunft der Täter⁹² - obwohl die Polizei sie offiziell bestätigt hatte.

Stellen Sie sich jetzt einmal vor, was in unseren Medien oder in der Politik geschehen würde, wenn ein Deutscher nach offiziellen Polizeiangaben in Berlin eine hochschwängere Türkin verbrannt hätte. Am Tatort an der Bärenlauchstraße in der Köllnischen Heide würden massenweise Übertragungswagen der Fernsehsender auf-fahren und Sonderberichte senden. Politiker würden in großer Zahl Seite an Seite mit muslimischen Vertretern Lichterketten bilden und Zeichen der Solidarität setzen. Aber so? War doch nur eine Deutsche, die da verbrannt wurde. Oder haben Sie auch nur einen

einzigsten Vertreter islamischer Verbände gesehen, der damals zum Trauermarsch für Maria P. aufgerufen hätte? Fehlanzeige.

Den Tätern solcher barbarischer Angriffe wird in Deutschland nicht viel passieren, wenn sie nur Migranten sind. Deutsche Gerichte anerkennen schließlich inzwischen, dass beispielsweise der Ehrenmord unter Zuwanderern aus dem islamischen Kulturkreis fest verwurzelt und dort akzeptiert ist. Ein Jahr vor dem Mord an Maria P. bekam ein Deutsch-Afghane, der seine hochschwangere Freundin hinterrücks erstochen hatte, vor dem Wiesbadener Landgericht einen Islamrabatt.

Die Richter befanden, eine besondere Schwere der Schuld könne nicht festgestellt werden, weil der Täter sich »aufgrund seiner kulturellen und religiösen Herkunft in einer Zwangslage befunden« habe.⁹³ Man nennt das auch den Migrantenbonus. Wenn ich als ethnischer Deutscher eine schwangere Türkin erstechen würde, bekäme ich also eine andere Strafe als ein Türke, der eine hochschwangere Deutsche ersticht. Ich bin als Deutscher in meiner eigenen Heimat jetzt - richterlich abgesegnet - ein Mensch zweiter Klasse.

Mit der Eisenstange erschlagen: »Sie war doch nur eine Frau«

Ethnische Europäer müssen alles hinnehmen, und sie müssen schweigen, wenn sie Opfer krimineller Zuwanderer werden. Man könnte das alles - das Leid und die horrenden Kosten - verhindern. Dazu müsste man allerdings die Augen öffnen und tun, was ein vernünftiger Mensch tun würde. Doch das ist politisch nicht korrekt, und so werden in aller Öffentlichkeit Europäer mitten auf der Straße ermordet. Einfach so - weil manche Migranten Spaß daran haben. So wie jener 21 Jahre alte zugewanderte afrikanische Mitbürger, der im Mai 2016 eine 54 Jahre alte wehrlose Österreicherin am Wiener Brunnenmarkt »einfach so« mit einer Eisenstange erschlug. Er hatte die ihm völlig fremde Passantin nie zuvor gesehen,

schlug einfach zu, bis sie tot war. Die Frau war zusammen mit einer Bekannten auf dem Weg zur Arbeit, wurde von dem sich illegal in Österreich aufhaltenden Mann angegriffen, der ihr immer wieder mit der Eisenstange auf den Kopf schlug, bis das Blut heraus-spritzte.⁹⁴ Die ganze Aufregung verstand er später nicht, schließlich hatte er doch nur eine Frau erschlagen. Der Mitbürger hatte in den Monaten zuvor schon mehrfach mit Eisenstangen auf wehrlose Österreicher eingedroschen, aber die Richter ließen ihn stets wieder schnell laufen. Der Täter war bei den Behörden als brutal bekannt und gefürchtet.⁹⁵ Kaum zu glaubende 14 Mal (!) war der Täter schon festgenommen worden - und hätte längst abgeschoben werden müssen, weil es in seinem Fall keinen Asylgrund gab und er nur durch Gewalttätigkeiten auffiel.⁹⁶ Aber weil er ein Migrant war, erhielt er den »Migrantenbonus«. Der Witwer der erschlagenen Frau will nun den österreichischen Staat verklagen, weil die Tat hätte verhindert werden können.⁹⁷ Erst wenige Wochen zuvor hatte ein afrikanischer Moslem aus Gambia eine 25 Jahre alte Studentin in Wien »einfach so« erwürgt.⁹⁸

Weil wir bei solchen »Einzelfällen« immer politisch korrekt brav wegschauen, werden die Täter und deren Umfeld geschützt. Somit kommen im deutschsprachigen Raum immer mehr Menschen durch skrupellose Asylanten ums Leben. Menschen wie Susanna H. in Dresden beispielsweise. Der Fall liegt schon einige Zeit zurück, aber auch er ist typisch für das Verhalten von Politik und Medien. Und er hat brutale Folgen bis in die Gegenwart, denn der pakistanische Mörder bedroht jetzt aus dem Gefängnis heraus die Eltern des Mordopfers. Der pakistanische Asylbewerber Syed Azif R. (35) hatte in Dresden die 18 Jahre alte Abiturientin Susanna H. ermordet und wurde dafür verurteilt. In der JVA Waldheim behauptete er seither immer wieder einmal, seinen Anwalt anrufen zu müssen, rief jedoch stattdessen die Eltern der von ihm Getöteten an. Er bedrohte diese mit dem Tod, weil er für seinen »Fehler« (den Mord) verurteilt worden war. »Menschen machen Fehler«, sagte er. Wegen des Todes einer Deutschen dürfe er aber doch nicht gleich mehrere Jahre inhaftiert werden.⁹⁹ Im Wertgefüge eines solchen Mitbürgers

aus diesem Kulturkreis hat eine durchschnittliche Deutsche nun einmal keinen großen Wert. Wir importieren dieses Denken - mit allen brutalen Folgen. Deshalb sollten wir uns diesen Fall einmal genauer anschauen.

In Dresden wurde im Dezember 2009 die 18 Jahre alte Abiturientin Susanna H. ermordet.¹⁰⁰ Danach stellten die Eltern den Behörden unangenehme Fragen, denn der Mörder hätte schon vor mehr als zwei Jahren abgeschoben werden müssen. Tief empört hatte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wenige Monate zuvor über den Mord an einer muslimischen Ägypterin in einem Dresdner Gerichtssaal geäußert.¹⁰¹ Das Tötungsdelikt sorgte damals weltweit für Aufsehen.¹⁰² Es gab Schweigemärsche für das Opfer - und Gedenkveranstaltungen. Anschließend ereignete sich in Dresden abermals ein schrecklicher Mord - doch dieses Mal schauten alle weg, denn der mutmaßliche Mörder war Moslem und das Opfer eine tiefgläubige blonde Christin. Anders als bei der getöteten Ägypterin Marwa al-Sherbini gab es keine Schweigemärsche und keine Gedenkveranstaltungen, denn das Geschehen passte nicht ins politisch korrekte Weltbild.

Die blonde Dresdner Abiturientin Susanna H. stammte aus einer tiefgläubigen christlichen Familie. Sie fuhr gern Kanu und war Mitglied in einem Sportverein. An Weihnachten 2009 wollte sie mit dem Jazz-Chor ihrer Schule zwei öffentliche Konzerte geben. Darauf freute sie sich. Doch am Tag des Auftritts war sie schon tot. Sie war zu hilfsbereit und zu gutgläubig. Das kostete sie das Leben. Sie wurde gewürgt und erschlagen. Der Täter heißt Syed AzifR.

Syed AzifR. wurde 1977 im Dorf Sahiwal in Pakistan geboren. Am 6. Januar 2007 reiste er in die Bundesrepublik ein und stellte einen Asylantrag (Vorgangsnummer 1930253). Der wurde am 8. Dezember 2007 endgültig abgelehnt. An jenem Tag erlosch auch die Aufenthaltsgenehmigung des schiitischen Moslems, der unter mehreren Aliasnamen Asylanträge stellte und als Geburtsort auch die Dörfer Moltan, Lalamusa und Seywal angegeben hatte. Die einzigen Fähigkeiten, die man bei dem Mann erkannte, waren eine

große Bereitschaft zum Lügen und die fortgesetzte sexuelle Belästigung von Frauen.

Viele seiner Belästigungen waren bei den sächsischen Polizeibehörden aktenkundig. Doch obwohl der Mann nach deutschem Recht seit Ende 2007 hätte abgeschoben werden müssen, verlängerte das Dresdner Amt für Ausländerangelegenheiten insgesamt mindestens sieben Mal die Aufenthaltsgenehmigung des umtriebigen Mannes. Wann auch immer der Pakistaner wollte, bekam er in Dresden eine »Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung« - das heißt die Duldung. Am 15. Mai 2008 erhielt er sie unter der Vorgangsnummer T03084624, befristet bis zum 14. August 2008, am 15. August 2008 befristet bis zum 18. November 2008, am 5. November 2008 befristet bis zum 26. Februar 2009, am 3. März 2009 befristet bis zum 8. September 2009, am 4. September 2009 befristet bis zum 8. Dezember 2009 und am 8. Dezember 2009 - wenige Tage vor dem Mord - befristet bis zum 9. März 2010. Nochmals in Kurzform: Asylantrag abgelehnt im Jahre 2007, Aufenthaltsgenehmigung erloschen 2007, Abschiebung angedroht 2007. Auch eine unanfechtbare Ausweisungsverfügung lag vor. Dennoch bekam der Mitbürger eine Unterkunft, wurde über Jahre hinweg rundum versorgt und musste offenkundig nur mit den Fingern schnippen, um die nächste Verlängerung für seinen von den Steuerzahlern gesponserten Aufenthalt in Deutschland zu bekommen. Monat für Monat, Jahr für Jahr erschlich sich der Abzuschiebende staatliche deutsche Förderleistungen. Und in seiner reichlich bemessenen Freizeit belästigte er Frauen.

Auch die 18-jährige Schülerin Susanna H. aus der Abiturklasse des katholischen St.-Benno-Gymnasiums wurde von Syed Azif R. angesprochen. In seiner Zwei-Zimmer-Wohnung im achten Stock im Asylantenheim (Zimmer 803) in der Florian-Geyer-Straße fand man sie am 16. Dezember 2009 ermordet auf. Zwei Wochen lang veröffentlichten die sächsischen Polizeibehörden kein Fahndungsfoto des mutmaßlichen Mörders Syed Azif R. Weil man in Sachsen nicht als »rassistisch« gelten und unbedingt politisch korrekt sein wollte, hatte man Syed Azif R. über Jahre hinweg nicht abgeschoben.

ben. Wohl aus den gleichen Gründen scheute man auch davor zurück, in der Vorweihnachtszeit ein Fahndungsfoto zu veröffentlichen. Man wollte, wie schon erwähnt, in Ostdeutschland nicht als »rassistisch« gelten, schon gar nicht nach dem Mord eines Russlanddeutschen an einer muslimischen Ägypterin in einem Dresdner Gerichtssaal, der weltweit für Aufsehen gesorgt hatte.

Die politisch korrekte Zurückhaltung gab Syed Azif R. viel Zeit und einen großen Vorsprung bei der Flucht. In Calais/Frankreich wurde der zugewanderte Verbrecher später festgenommen. Die Eltern der ermordeten Abiturientin Susanna H. wohnen im sächsischen Cossebaude. Sie könnten den Behörden seither viele unangenehme Fragen stellen. Denn ihre Tochter würde ganz sicher noch leben, wenn die Dresdner Ämter nicht regelmäßig eine »Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung« ausgestellt hätten. Die vorerst letzte war großzügig befristet bis zum 9. März 2010. Wie es aussieht, wird Syed Azif R. nun 15 Jahre in Deutschland im Gefängnis bleiben dürfen. Man spricht besser nicht über den Fall in der Öffentlichkeit. Es gibt natürlich auch keine Schweigemärsche für Susanna H. Denn das wäre ja politisch nicht korrekt. Wir zahlen nun lieber auch noch für den Gefängnisaufenthalt des zugewanderten Mörders. Unsere Gesellschaft muss das alles angeblich aushalten. Dafür müssen Susannas Eltern Verständnis haben. Und der Mörder ruft sie aus der Haft an und bedroht sie. Er findet es unfassbar, dass er in Deutschland lange Zeit inhaftiert wird, nur weil er halt mal eine Deutsche getötet hat.

Ganz legal asozial: Rückkehrprämie für Kindervergewaltiger

Immer wieder werden unsere Kinder auch von jungen Asylbewerbern vergewaltigt oder sexuell angegangen. Politik und Leitmedien schauen dann gern weg. Jedenfalls hat es eine einzelne dieser häufig unglaublich schweren und skrupellosen Straftaten noch nie in die großen Nachrichtensendungen geschafft. Wenn ein

Deutscher ein syrisches Kind belästigen oder gleich anal, oral und vaginal vergewaltigen würde, dann gäbe es sicher sofort einen Aufschrei. Aber umgekehrt?

Im April 2016 berichtete das Polizeipräsidium Freiburg über die Fahndung nach einem »Nordafrikaner«, der Kinder in eindeutig sexueller Absicht ansprach. Der Mann wurde später gefasst, es war ein syrischer Asylbewerber, der unter anderem ein acht Jahre altes Kind sexuell belästigte und nur von ihm abließ, weil der Vater hinzukam.¹⁰³ Solche Fälle werden im deutschsprachigen Raum systematisch totgeschwiegen. Als in Kiel ein Turkmen im Frühjahr 2016 ein sieben Jahre altes Kind vergewaltigte - da schwiegen unsere TV-Sender und unterließen politisch korrekt eine Berichterstattung.¹⁰⁴ Als fast zeitgleich in Kamen ein 35 Jahre alter Asylbewerber eine Dreijährige vergewaltigte, da gab es ebenfalls den großen Blackout bei unseren Medien. Dennoch sprechen sich solche Fälle, die nun mal keine »Einzelfälle« sind, in der Bevölkerung herum. Eltern, die Kinder haben, leben jetzt in ständiger Angst - und diese ist nicht unbegründet.

Es geht in diesem Buch nicht etwa um Haut- oder Haarfarben. Es geht um eine gigantische Völkerwanderung und die Umverteilung unserer Werte mit Folgekosten, die unsere Kinder zu Almosenempfängern machen werden. Das Europa, in dem die Leser dieses Buches noch aufgewachsen sind, hört einfach auf zu existieren. In Massen importieren wir Menschen, denen unsere Kultur fremd ist. In Massen importieren wir Ballast und Probleme. Doch viele von uns wollen die Folgen unserer Trance noch immer nicht zur Kenntnis nehmen. Tauchen wir deshalb weiter ein in die Realität - eine Realität, die schlagartig abseits der politischen Korrektheiten schon jetzt grausam ist. Aber sie ist nur ein erster Vorgeschmack auf das, was unseren Kindern noch bevorstehen wird.

Die Eltern von Manuela H. sahen die Zukunft lange Zeit wahrlich positiv.¹⁰⁵ Bis zu jenem Tag, an dem ihre junge Tochter im sauerländischen Schmallenberg auf der Straße von zugewanderten Mitbürgern angesprochen wurde. Es waren Menschen aus dem islamischen Kulturkreis - Roma aus dem Kosovo. Im Elternhaus

hatte man Manuela von klein auf beigebracht, dass man solche Roma nicht »Zigeuner« nennen darf. Man darf über Jahrhunderte entstandene Beurteilungen heute nicht länger offen aussprechen. So hatte sich die kleine Manuela völlig unbefangen mit den Roma unterhalten. Die deutschsprachigen Medien wollen nicht, dass man über Schicksale von Menschen wie Manuela H. berichtet, denn die Legende von der »kulturellen Bereicherung« würde dann wohl schnell wie ein Kartenhaus in sich zusammenstürzen. Im Falle der Manuela H. hatten die Roma eine der brutalsten bekannten Vergewaltigungen verübt. Dennoch hatte das Landgericht Arnsberg den Haftbefehl »außer Vollzug« gesetzt. Täter Muslija B. nutzte das zur Flucht und läuft jetzt frei herum. Er kann seine »Potenziale« nun weiter frei entfalten. Sein Opfer Manuela H. befindet sich derweilen in einer geschlossenen psychiatrischen Abteilung. Die Medien verschweigen Fälle wie den der Manuela H. - wie ist das möglich?

Am Landgericht Arnsberg hatten der Vorsitzende Richter Erdmann, Richter Teipel, Richterin Werthmann und die Schöffen über einige besonders abartige Vergewaltiger zu urteilen.¹⁰⁶ Da war der 1976 im Kosovo geborene Haljilj B., ein Mitbürger der Volksgruppe der Roma, der nicht lesen und schreiben kann, seit 1990 in Deutschland lebt, wegen ständigen Schulschwänzens von der Schule verwiesen wurde, 1995 eine Deutsche heiratete und mit ihr zwei Kinder zeugte, dann mit einer Serbin in Düsseldorf zwei Kinder in die Welt setzte und danach ein weiteres Kind in Wuppertal. Der Analphabet ist in Deutschland wegen Diebstahls und Betruges vorbestraft. Und da war ein weiterer Täter, ein Verwandter, der 1982 im Kosovo geborene gläubige Muslim Muslija B., der ebenfalls keine Schulbildung, keine Berufsausbildung, aber viele Kinder vorzuweisen hat. In der Nähe des nordrhein-westfälischen Ortes Schmallenberg hatten die beiden gemeinsam mit ihrem Verwandten Seljman B. die kleine Manuela unvorstellbar brutal vergewaltigt: vaginal, anal und oral.

Das Mädchen wimmerte an jenem Tag vor Todesangst, und weil Manuela die Zähne bei der analen Vergewaltigung vor Schmerzen zusammenbiss, schlug ihr einer der Roma so lange auf den Kopf, bis

sie den Mund für den Oralverkehr öffnete. Wir ersparen Ihnen hier weitere Einzelheiten. Die Roma hatten dem Mädchen danach nicht nur das Mobiltelefon, mit dem es nach dem Martyrium hätte Hilfe rufen können, sondern auch noch ihre schwarze Leggings geraubt. Das Kind kam nach der bestialischen Vergewaltigung mit schwersten Verletzungen stationär in eine Siegener Kinderklinik. Es unternahm einen Selbstmordversuch. Sein Leben ist wohl für immer ruiniert. Manuela H. kam in eine geschlossene kinderpsychiatrische Klinik. Die Kosten dieser »Bereicherung« durch die »Potenziale« unserer lieben Roma-Mitbürger wollen wir hier erst gar nicht ansprechen.

Was aber sollen die Eltern und Verwandten über den Umgang des Landgerichts Arnsberg mit den zugewanderten Vergewaltigern, gegen die wir keine Vorurteile haben sollen, sagen? Sie mussten sich beim Prozess gegen die Vergewaltiger von den Richtern anhören, dass die Roma - Zitat - »Untersuchungshaft erlitten haben und aufgrund des Anklagevorwurfs und ihrer familiären Situation als haftempfindlich anzusehen« sind.¹⁰⁷ Der Vorsitzende Richter Erdmann, Richter Teipel und Richterin Werthmann hatten nicht nur diesen Satz am Ende des Urteils eigenhändig unterschrieben. Die Verwandten von Manuela mussten sich von den Richtern auch noch anhören, dass »beide Angeklagte unter ungünstigen Umständen aufgewachsen sind und migrationsbedingte Schwierigkeiten und Probleme zu überwinden hatten beziehungsweise haben«. Durch Beschluss der Kammer wurde der Haftbefehl gegen eine Meldeauflage außer Vollzug gesetzt.

Roma-Mitbürger Muslija B. wurde zwar wegen gemeinschaftlicher Vergewaltigung zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Doch er freute sich über die Großzügigkeit der netten deutschen Richter, die ihm zunächst einmal »Haftempfindlichkeit« bescheinigt hatten - und nutzte die Befreiung aus der Untersuchungshaft zur Flucht. Seine Ehefrau bekam bald darauf vom deutschen Steuerzahler rund 10 000 Euro als »Rückkehrprämie« und setzte sich mitsamt der fünf Kinder des Vergewaltigers Muslija B. in das Kosovo ab. Dort wurde nach dem Autor vorlie-

genden Informationen mit dem deutschen Geld erst einmal eine große Party gefeiert. Vielleicht hatte man dabei ja lachend gesungen »Lustig ist das Zigeunerleben«. Das abartig vergewaltigte Mädchen wird vielleicht nie wieder lachen können. Es hat, so die vorliegenden Informationen, inzwischen einen zweiten Selbstmordversuch hinter sich.

Im Namen des Volkes ließ die Richterkammer Muslija B. wegen »Haftempfindlichkeit« laufen. Aber geschah das auch mit Rücken- deckung der Bevölkerung? Wer schützt die Deutschen eigentlich vor solchen Richtern? Haben sie etwa keine Kinder und Enkelkin- der? Was denken solche Richter überhaupt, wenn sie des morgens in den Spiegel schauen? Freuen sie sich auf die multikulturell »bereicherte« Zukunft? Würden diese Richter tatsächlich Werte vertreten, dann würden sie sich öffentlich bei der Familie des Opfers entschuldigen, ihr Amt aufgeben und auf ihre Gehälter und späteren Pensionen verzichten. Schließlich helfen sie dabei, die Innere Sicherheit unseres Landes zu zerstören. Unter Kriminellen haben sich solche Urteile längst herumgesprochen. Deutschland ist ein Land der Weicheier. Mit Deutschen kann man machen, was man will. Die wehren sich nicht. Die geben einem sogar noch Geld, wenn man Kinder vergewaltigt.

»Home-Invasion«: Wenn Senioren zu Tode gequält werden

Auch die Älteren, die Deutschland lange Jahre für ein sicheres Land hielten, werden jetzt immer öfter mit der brutalen Wirklichkeit konfrontiert. Keiner hat Anne K. gefragt. Anne K. ist 89 Jahre alt. Die Rentnerin lebt in der 35 000 Einwohner zählenden ostwest- fälischen Stadt Porta Westfalica. Anne K. ist eine von zahlreichen älteren Deutschen mit viel Lebenserfahrung. Anne K. hat sich viele Jahrzehnte lang nicht vorstellen können, dass sie am Ende ihres Lebens Angst haben muss, wenn sie die Wohnung verlässt - wegen der grassierenden Kriminalität. Sie hat heute Angst, wenn sie Geld

bei der Bank abholt, und sie hat Angst davor, dass sie noch einmal in ihrer Wohnung überfallen und vergewaltigt wird.

Änne K. hatte viele schlechte Zeiten überstanden, und sie hatte den Zweiten Weltkrieg überlebt. 70 Jahre ihres Lebens fühlte sie sich seither sicher. Bis zum Juni 2015. Da war sie 88 Jahre alt. Als sie sich im Bad das Nachthemd anzog, stand plötzlich ein 19 Jahre alter somalischer Asylbewerber hinter ihr. Der junge Schwarze nahm Anne K. in den Schwitzkasten. Er schlug und würgte die Rentnerin. Schließlich vergewaltigte er die wehrlose Frau. Anne K. wies später am ganzen Körper Hämatome auf. Doch schlimmer noch waren die seelischen Verletzungen, die sie erlitten hatte. Dennoch hatte sie noch Glück gehabt. Schließlich hatte der Mitbürger sie nicht auch noch zu Tode gequält. Doch auch dazu kommen wir gleich noch.

Wenige Monate später, im Frühjahr 2016, interessierte sich das Herforder Schwurgericht vor allem erst einmal für den angeblich traumatisierten Asylbewerber als für die Leiden der älteren Frau.¹⁰⁸ Der brutale und skrupellose Somalier wurde zu ihrem Erstaunen schon am ersten Prozesstag als »vermindert schuldfähig« eingestuft. Angeblich hatte er eine »Lernschwäche« und war irgendwie geistig behindert.¹⁰⁹ Der Somalier soll jetzt möglichst schnell wieder auf freien Fuß gesetzt werden, damit sich Helfer um ihn kümmern können.¹¹⁰ Ob Änne K. Hilfe bekommt, das interessiert heute in Deutschland keinen Menschen. Änne K. ist nur eine von Millionen Deutschen, die jetzt in ihrer eigenen Heimat in ständiger Angst leben und sich vom Staat im Stich gelassen fühlen.

Es gab eine Zeit, da fühlten sich die in Deutschland lebenden Menschen sicher. Heute kann es jeden treffen, selbst im Seniorenheim. In einem solchen lebte der 89 Jahre alte Rentner Siegfried W., hier fühlte er sich geborgen. Am Hakenfelder Kulbeweg 24a in Berlin-Spandau bewohnte der gehbehinderte Mann ein kleines Zimmer.¹¹¹ Eines Tages kamen zwei maskierte »Paketboten«, schlugen und würgten den wehrlosen Schwerbehinderten auf der Suche nach Bargeld so brutal, dass er wenig später im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlag.¹¹²

Bundesweit sind heute zugewanderte Spezialisten für Raubmord unterwegs, die es auf die Ersparnisse von Durchschnittsbürgern abgesehen haben. Jeder kann eines ihrer nächsten Opfer werden. Jederzeit. Da gibt es etwa die »Froschbande«, einen Familien-Clan aus der Walachei westlich von Bukarest.¹¹³ Für den »Froschkönig« Andrei G. und seine Verwandten Mihai C. (52), Georgian Vinicius (24) und George I. (43) war es stets ein besonderes Vergnügen, Deutsche langsam zu Tode zu quälen. Immer klingelten die skrupellosen Gangster bei ahnungslosen Opfern, baten zunächst höflich um ein Glas Wasser - und schlugen den gutmütigen Menschen dann mit Eisenstangen oder einer Axt ins Gesicht.¹¹⁴ Wie etwa im bayerischen Meiling im Kreis Starnberg.¹¹⁵ Dort überfielen sie Markus K., misshandelten und sperrten ihn in eine Abstellkammer, wo der herzkranke Mann qualvoll starb.¹¹⁶ Martha P. aus dem niederösterreichischen Puchberg überlebte einen anderen Überfall der Bande nur, weil sie einen epileptischen Anfall vortäuschte. Und Ulrike P. aus Strengberg konnte mit zertrümmertem Kiefer und gebrochenen Rippen bei solch einem Raubüberfall, den die Polizei verniedlichend »Home-Invasion« nennt, fliehen.¹¹⁷

Gangster mit Diplom: Akademie für professionelle Einbrecher

Nach Angaben der Schweizer Polizei werden in Rumänien Einbrecher in einer »Hochschule des Verbrechens« ausgebildet. Auch Scotland Yard warnt schon seit Jahren vor den Absolventen, die jetzt in allen alten EU-Staaten bandenmäßig auf professionellen Raubzug gehen. In Deutschland schaut man derweilen lieber weg.

In keinem anderen europäischen Land haben es rumänische Kriminelle so gut wie in Deutschland. Obwohl seit der Grenzöffnung zu Rumänien in einer Stadt wie Berlin die Zahl der Taschendiebstähle um 55 Prozent gestiegen ist und die Polizei bei den Wohnungseinbrüchen längst den Überblick verloren hat, dürfen die Sicherheitsbehörden die Tätergruppen aus Gründen der Politi-

schen Korrektheit nicht beim Namen nennen. Die Politik erklärt sie zu einer »Bereicherung«, und die Medien fabulieren über die schwere Kindheit und schlechte soziale Lage der Täter. Einen ganz anderen Einblick gibt uns die Schweizer Zeitung *Sonntagsblick*. Sie veröffentlichte Teile eines Handbuches, das an der rumänischen Hochschule für Einbrecher dem Unterricht der angehenden kriminellen Fachkräfte dient. Seit Anfang 2004, also schon Jahre vor der Grenzöffnung zu Rumänien und Bulgarien, wussten die europäischen Sicherheitsbehörden demnach, dass die Täter gezielt auf professionelle Raubzüge in europäischen Wohnungen, auf Überfälle und Diebstahl an Geldautomaten und bei Passanten vorbereitet wurden. Die Schweiz habe »seit 2004« Kenntnis von der »Akademie«, bestätigte ein Sprecher vom Bundesamt für Polizei (Feldpol) dem *Sonntagsblick*.ⁿⁱ Die potenziellen Fachkräfte für Raubzüge müssen demnach zwischen 16 und 26 Jahren alt sein und mindestens 1,60 Meter groß.¹¹⁹ Sie verpflichten sich im Gegenzug für die »Ausbildung«, mindestens zehn Jahre als kriminelle Fachkräfte tätig zu sein.

Wichtigstes Merkmal der Ausbildung ist der militärische Drill. Die Einbrecher sind in verschiedene Ränge eingeteilt und werden von einem »Offizier« befehligt. Wer einen Befehl nicht korrekt ausführt, der wird vor eine Art Kriegsgericht gestellt und hart bestraft. Gegen die »Gangster mit Diplom« haben durchschnittliche europäische Polizisten heute keine Chance, weil Erstere körperlich extrem trainieren müssen, um die Polizei jederzeit abhängen zu können. Zu den täglichen Übungen in der rumänischen Hochschule gehören beispielsweise ein Crosslauf und 200 Liegestütze. In anderen Kursen wird unterrichtet, nach welchen Kriterien man Opfer im Straßenbild auswählt, wie man Handtaschen oder Goldketten entreißt und wie man Menschen von geplanten Taten ablenkt. Ebenso wichtig ist eine Geheimsprache beim Markieren von Wohnungen und Häusern, die als lohnende Einbruchobjekte ausgekundschaftet wurden.¹²⁰

Im rumänischen Tandarei gibt es noch zwei weitere »Hochschulen« für angehende »Fachkräfte«: eine Akademie für Bettler und

eine Schule für Sozialhilfebetrug. Die renommierte britische Tageszeitung *Times* behauptete schon 2010, dass in osteuropäischen Ländern wie Bulgarien und Rumänien ganze Roma-Dörfer vom Sozialhilfebetrug in westeuropäischen Ländern leben. Eines dieser rumänischen Dörfer ist Tandarei. Dort fahren die sozial schwachen Roma teure Limousinen (bevorzugt BMW), während ihre Verwandten von Großbritannien bis Deutschland in den Fluren der Sozialämter und bei anderen »Geschäften« tätig sind. In Tandarei existiert die weltweit größte »Akademie der Bettler«, eine Schule, auf der Roma-Kinder nichts anderes lernen als Betteln und Stehlen.

Ursprünglich wollten die EU-Staaten Sozialtourismus, zumindest theoretisch, unmöglich machen, indem man Rumänen, die nie in einem anderen EU-Land gearbeitet und dort Sozialbeiträge in die Staatskassen einbezahlt hatten, die Sozialleistungen verwehrt. Doch die Rumänen fanden schnell eine Gesetzeslücke, mit der sie die Regelung aushebeln konnten. Sie gilt nämlich nicht für Selbstständige. Überall in Europa trifft man nun beispielsweise Roma-Bettler, die Obdachlosenmagazine verkaufen. Es reicht, wenn sie monatlich einige wenige Obdachlosenzeitungen auf den Straßen veräußern und die Einnahmen im jeweiligen EU-Land deklarieren, dann gelten sie als »selbstständig« und haben Anspruch auf Wohngeld, Sozialhilfe, Kindergeld, Kleidergeld, die Übernahme der Krankenversicherung und die ganze Palette der staatlichen Fürsorge. Oder die Rumänen melden ein Gewerbe als »Kesselflicker« oder »Besenbinder« an. So erwerben sie ein Aufenthaltsrecht und den Anspruch auf Sozialleistungen. Das alles haben sie auf den »Hochschulen« in Rumänien gelernt.

Eine Milliarde Pfund (das sind 1,13 Milliarden Euro) werden allein den Briten bei dem organisierten Sozialhilfebetrug nach Angaben der *Times* pro Jahr von zugewanderten rumänischen und entsprechend ausgebildeten Betrugsbanden gestohlen. Die Londoner Zeitung *Daily Mail* fotografierte in Rumänien die Villen, die sich die Roma-Familien von dem betrügerisch ergaunerten Geld gebaut hatten. So wuchs der Druck auf britische Behörden, sich die aus Tandarei stammenden und in Großbritannien abkassierenden

Rumänen einmal näher anzuschauen. Man wurde sofort fündig. Allein die Familie des Mitbürgers Telus Dumitru betrog den britischen Sozialstaat binnen kurzer Zeit um 800 000 Pfund (906 000 Euro). Die Rumänen reisten aus ihrer Heimat mit einem Linienflug nach London ein, kassierten dort für alle Mitglieder der Großfamilie Sozialhilfe, Kindergeld, Wohngeld, Heizkostenzuschüsse, Möbelhilfen und viele andere Sozialleistungen, betätigten sich nebenher noch als Menschenschleuser für Asylbewerber und leben nun im rumänischen Tandarei unvorstellbar fürstlich.

Scotland Yard schätzt, dass allein im rumänischen Tandarei etwa 100 Villen ausschließlich mit Geldern gebaut wurden, die nur in Großbritannien beim gewerbsmäßigen Sozialhilfebetrug erwirtschaftet worden sind.¹²¹ Die Villen könnten, was ihre Ausstattung anbetrifft, zum großen Teil ebenso im mondänen kalifornischen Beverly Hills stehen, müssten also keinen Vergleich scheuen.

Nach Schweizer Angaben sind die Tricks, die in Bezug auf Sozialhilfebetrug in Rumänien an der »Akademie« gelehrt werden, dreist: Sozialämter in Deutschland, Österreich und der Schweiz überprüfen zwar die Einkommen von Antragstellern und achten dabei vor allem auf Bankkonten, Lohnabrechnungen und Steuer auszüge. Auf der rumänischen Akademie wird den Mitbürgern beigebracht, wie man diese Spuren vermeidet und bei Transferzahlungen nur mit unverdächtigen Strohmännern arbeitet. Ohnehin findet ein Datenabgleich seitens Deutschlands, Österreichs und der Schweiz mit Einkünften und Vermögen oder sonstigen Daten in Rumänien nicht statt. Familien, deren Nachwuchs in Deutschland monatlich durch Betteln, statistisch gesehen, pro Kind 8000 Euro - steuerfrei versteht sich - neben dem Sozialhilfebetrug »erwirtschaften«, gehen also nicht das geringste Risiko ein, aufzufliegen. Fahrzeuge werden grundsätzlich nur auf Verwandte oder Gruppenmitglieder angemeldet, die keine Sozialhilfe beziehen, und dann innerhalb der Großfamilie dauerhaft »verliehen«. Weil es zwar Kontrollen der Sozialämter, aber keinen grenzüberschreitenden Austausch von Informationen oder Verdachtsmomenten gibt, meldet man sich parallel in möglichst vielen EU-Ländern als Anspruch-

steller von Sozialleistungen an. Auch wer sich extrem dumm verhält und erwischt wird und in besonders dreisten Fällen wegen Sozialhilfebetruges ins Gefängnis muss, kann auf eine Belohnung hoffen: Nach dem Verbüßen der Haftzeit steht Sozialhilfenomaden vom Tag der Haftentlassung sofort wieder Sozialhilfe zu. Zudem ist eine Rückzahlung der erschwindelten Gelder nicht vorgesehen, weil diese ohnehin längst nach Rumänien transferiert wurden. Wir haben schließlich für alles Verständnis: Und falls es ganz verheerend kommt, dann machen wir Opfer notfalls auch einfach zu Tätern, damit das politisch korrekte Weltbild wieder stimmt.

KAPITEL IV

Unrechtsrepublik: Deutsche als Menschen zweiter Klasse

Wenn aus Tätern Opfer werden

Im April 2016 hatte ein 63 Jahre alter Jäger einen 18-jährigen albanischen Einbrecher in seinem Haus erschossen. Der Mann überraschte den Eindringling, der ein Messer in der Hand hielt, in Affeln im Märkischen Kreis. Der Jäger, der legal Schusswaffen besaß, schoss dem jungen Albaner in Notwehr in den Kopf.¹²² Sofort gab es eine mediale Welle der Empörung - und der angeblich so nette junge Albaner wurde von Politik und Medien in den höchsten Tönen gelobt. Er war 2015 als »minderjähriger Flüchtling« nach Deutschland eingereist und eigentlich in einer Unterbringungseinrichtung in Herford registriert. Zudem war er der Staatsanwaltschaft bestens bekannt.

Der Jäger, der in seinem eigenen Haus bedroht worden war, hatte kaum die Polizei gerufen, da wurde auch schon von der Staatsanwaltschaft ermittelt - und zwar gegen ihn wegen eines Tötungsdelikts. Schließlich war ein »Flüchtling« erschossen worden, ein Hoffnungsträger unseres Landes. Hätte der Albaner den Jäger erstochen, es wäre wahrscheinlich ein »bedauerlicher Zwischenfall« gewesen, den man mit einem traumatischen Erlebnis des Täters gerechtfertigt hätte, aber umgekehrt? Schon seit Jahren gibt es viele Beispiele dafür, wie es Deutschen ergeht, die sich in Notwehr gegen kriminelle Migranten wehren - am Ende werden die Deutschen hart bestraft.

Ein gehbehinderter deutscher Rentner, der in seinem Haus in Sittensen einen albanischen Einbrecher eindeutig und unzweifelhaft in Notwehr erschossen hatte, wurde vom Landgericht Stade wegen Totschlags verurteilt. Der 81 Jahre alte Deutsche hätte es hinnehmen müssen, dass der Albaner mit einer Waffe auf ihn zielte.

In diesem Fall plädierte selbst die Staatsanwaltschaft auf Freispruch. Doch dann bedrohte die albanische Großfamilie des getöteten Kriminellen die Richter ...

Der Fall: Im norddeutschen Sittensen überfiel der 16 Jahre alte schwerstkriminelle Kosovo-Albaner Labinot S. zusammen mit seinen kriminellen Freunden Hakan Y., Burhan K. und Smian K. den Rentner Ernst B. nachts in dessen Haus. Der Rentner hatte zwei Wochen zuvor ein neues Kniegelenk bekommen und konnte zum Tatzeitpunkt nur ganz langsam an Gehhilfen bewegen, war also völlig wehrlos. Die maskierten Täter (ein Türke, ein Iraker, ein Kongolese und ein Kosovo-Albaner) wussten das, denn sie hatten ihr Opfer zuvor lange ausgekundschaftet. Die Migranten traten ihm an jenem Dezember-Tag 2010 die Gehhilfen weg, drehten ihm den Arm auf den Rücken und schlugen brutal auf den alten Mann ein. Sie hielten dem Rentner eine Schusswaffe an den Kopf, schlugen ihn immer weiter und forderten die Herausgabe seiner Tresorschlüssel, wollten mit den Ersparnissen des Rentners flüchten. Bei ihrer Flucht gaben sie aus dem Dunkeln heraus noch einen Schuss ab. Der Rentner, der schon zuvor einmal überfallen worden war und legal eine scharfe Schusswaffe besaß, glaubte, dass die brutalen Gangster ihn nun auch noch erschießen wollten. Er nahm deshalb seine Pistole und schoss zurück. Dabei tötete er Labinot S.

Erbeutet hatten die Täter Bargeld und Schmuck. Das Portemonnaie des Rentners mit genau 2143 Euro fand die Polizei neben dem toten Labinot im Schnee, das Mobiltelefon des Orientalen lag gleich daneben. Die Lage war klar: Der Rentner hatte sich nach einem brutalen Raubüberfall, bei dem ihm eine Schusswaffe an die Schläfe gehalten wurde, verteidigt.

Doch wie in solchen Fällen üblich, wurde aus dem Täter mit Migrationshintergrund in unseren Leitmedien sofort ein Held, während das deutsche Kriminalitätsoffer zum Bösewicht avancierte. Der vom Rentner getötete arbeitsscheue, kriminelle, zugewanderte Straftäter Labinot S., der ein beachtliches Vorstrafenregister besaß, wurde etwa im *Spiegel* als Spross einer angeblich gut integrierten Migrantenfamilie dargestellt, als liebenswerter und hilfsbe-

reiter Mensch. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei ermittelten vor dem Hintergrund der Medienberichte gegen den wehrlosen deutschen Rentner, der in der Öffentlichkeit auf einen Schlag als mutmaßlicher Täter abgestempelt wurde. Der Deutsche, so die von den Medien verbreitete Sichtweise, hätte wegen seines frisch eingesetzten künstlichen Kniegelenks den Raubüberfall in seinem Haus und die Schläge einfach ruhig über sich ergehen lassen müssen. Er habe doch die »kulturelle Sensibilität« der Täter gekannt und sie trotzdem durch Gegenwehr weiter gereizt. Die Großfamilie des getöteten kriminellen Kosovo-Albaner Labonot S. übte Druck aus, Anklage gegen den Rentner wegen Totschlags zu erheben.

Direkt vor dem Haus des Rentners in Sittensen versammelten sich regelmäßig die Kosovo-Albaner, bezichtigten dort den alten Mann, ein Mörder zu sein, und drohten, so lange wiederzukommen, bis der Deutsche hinter Gittern sitzen werde. Die Polizei ließ die Migranten vor dem Haus des deutschen Rentners gewähren. Sie hatte, wie in solchen Fällen üblich, einfach Angst davor, als »rassistisch« abgestempelt zu werden. Einer der Kosovo-Albaner drohte ganz offen: »Der Mann soll nicht zur Ruhe kommen.« Und die Polizei schützte die Kosovo-Albaner in Sittensen, während der deutsche Rentner immer wieder von ihnen bedroht wurde. Das gilt heute als politisch korrekt.

Nun muss man wissen, dass die vor dem Haus des Rentners demonstrierende albanische Großfamilie aus einem Kulturkreis zu uns kam, in dem Ehrenmord und Blutrache bei Verletzung der Familienehre so selbstverständlich sind wie bei vielen Deutschen das Frühstücksei. Im Internet drohten junge Migranten dem Todeschützen mit Vergeltung: »Der Scheiß-Opa, er soll verrecken.« Wenn der Rentner also der »Ehre halber« ermordet würde, dann müsste auch der deutsche Richter dafür wohl viel Verständnis haben. Der Druck wirkte. Fast vier Jahre nach der Tat wurde der Rentner vom Richter, der nach meiner subjektiven Sicht wohl die Hosen voll und Angst vor den Albanergruppen hatte und deshalb deren Druck nachgab, zu einer neunmonatigen Haftstrafe verurteilt.

Nichts ist eben wichtiger als die »kulturelle Bereicherung« durch fremde Werte. Auch das Amtsgericht Meschede hat eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig uns solche Migranten sind. Da hatte die Richterin Meinecke über eine besonders brutale Migrantengruppe zu urteilen. Die zugewanderten Mitbürger Erdem K., Okan C., Emre Cihan Y., Sahin T. und Yavuz B. hatten am Bahnhof von Meschede einen Deutschen zusammengeschlagen und ihn auf die Gleise geworfen. Im Urteil (Az.: 5 Ds-292 Js 368/09-105/09) hieß es: »Es ist nur dem Zufall zu verdanken, dass die Freunde des Geschädigten diesen rechtzeitig von den Gleisen wieder hochziehen konnten, bevor der Zug am Bahnsteig einfuhr.« Das knallharte Urteil der gnadenlosen Richterin: eine Woche Arrest für die türkischstämmigen Hauptangeklagten.

Die zwischen 1993 und 1994 geborenen angeklagten Migranten lernten nur verweichlichte Richter kennen. Über den Angeklagten Erdem K. hieß es im Urteil: »In einem Verfahren wegen vorsätzlichen Fahrens ohne Fahrerlaubnis sah die Staatsanwaltschaft Arnsberg am 05.11.2008 von der Verfolgung ab.« Nicht anders beim 17-jährigen Angeklagten Okan C., da hieß es: »In einem Verfahren wegen Sachbeschädigung sah die Staatsanwaltschaft Arnsberg am 11.07.2008 von der Verfolgung ab.« Gleiches geschah in Bezug auf den Angeklagten Sahin T., der früher auch schon Polizisten angegriffen hatte; im Urteil fand sich zu ihm der Hinweis: »Am 26.03.2009 ist er vom Amtsgericht Meschede wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt worden, es wurde eine richterliche Weisung erteilt.« Eine richterliche Weisung soll die Lebensführung eines Jugendlichen positiv beeinflussen.

Die Weichheit deutscher Richter hatte Sahin T. offenbar tief beeindruckt, weshalb er anschließend mit seinen Kumpanen einen Menschen am Bahnhof angriff, ihn immer wieder trat und zum Schluss auf die Gleise warf. Dafür gab es dann mal eben eine Woche Arrest. Kein Journalist berichtete über das Urteil. Die Hauptverhandlung war nicht öffentlich. Das Urteil erging so im Namen, aber wohl ohne Rückendeckung des Volkes. Stellen Sie sich bei den geschilderten Urteilen, die inzwischen typisch sind für die deut-

sehen Gerichte, einfach einmal vor, die Täter seien Deutsche und die Opfer Migranten gewesen. Ob die Urteile dann wohl ähnlich milde ausgefallen wären? Ganz sicher nicht. Das alles belegt deutlich, dass Deutsche in ihrer eigenen Heimat inzwischen vor Gericht Menschen zweiter Klasse sind.

Diskriminiert und hart bestraft: der falsche Pass in der eigenen Heimat

Dass Deutsche für die Lügenpresse und unsere Gerichte Menschen zweiter Klasse sind, kann man gut belegen. Stellen Sie sich vor, Sie zünden ein Kloster an. Anschließend demolieren Sie eine große Zahl von Fahrzeugen, etwa 30. Aufmerksame Bürger bekommen das mit, und die Polizei verhaftet Sie. Der Haftrichter lässt Sie allerdings erst einmal laufen, weil es sich bei Ihren Taten ja »nur« um Sachbeschädigung handelte und Sie zum ersten Mal vor ihm stehen. So ermuntert verlassen Sie den Haftprüfungstermin und werfen 20 Minuten später auf der Straße einfach geparkte Motorräder um. Wieder kommt die Polizei, und der Richter entscheidet abermals, dass Sie nicht in U-Haft müssen. Glauben Sie wirklich, dass im umgekehrten Falle ein deutscher Richter einen Deutschen laufen lässt, der als Feuerteufel durch die Gegend zieht und systematisch Eigentum zerstört? Ich glaube das nicht.

Doch in Bezug auf den Asylbetrüger Abdul (18) aus Burkina Faso passierte genau das 2016 in Berlin. Der Haftrichter fand sein Verhalten für einen Asylanten offenkundig völlig normal und ließ ihn immer wieder laufen¹²³ - und das, obwohl er unter anderem auch ein altes Kloster hatte niederbrennen wollen und gleich nach dem Polizeiverhör die wiedergegebene Freiheit nutzte und Motorräder umwarf. Zeitgleich zündete ein Deutscher, der in Rheda-Wiedenbrück geboren war, in Gütersloh ein Gebäude an. Der Mann musste nicht auch noch 30 Autos demolieren und Motorräder umwerfen, der Haftrichter nahm ihn sofort in U-Haft.¹²⁴ Man wundert sich ob der unterschiedlichen Behandlung der Täter und

fragt sich, ob der straffällig gewordene Deutsche aus Gütersloh vielleicht einfach nur den falschen Pass und die falsche Hautfarbe in diesem seinem eigenen Land hatte. Die Frage ist berechtigt, denn wenn man solche Fälle systematisch beobachtet und analysiert, dann wird deutlich: Deutsche sind in ihrer eigenen Heimat vor Gericht längst Menschen zweiter Klasse. Sie werden härter bestraft als Migranten. Sie dürfen nicht mit Nachsicht rechnen. Das wiederum freut kriminelle Migranten.

Betrachten Sie nur einmal das Beispiel des 16 Jahre alten türkischen Kampfsportlers Firat A. und seines Gesinnungsgenossen Sami M. Die beiden hatten am 12. Oktober 2015 große Lust, einfach mal einen Deutschen zu »klatschen« - also ihre Kampfkunst zu demonstrieren und dabei einen Menschen zu erniedrigen. Sie suchten sich in Essen auf der Altendorfer Straße wahllos den 43 Jahre alten Pferdepfleger Frank M. aus und verpassten ihm grundlos schwere Schläge ins Gesicht, weil er ihnen kein Geld und keine Zigaretten gegeben hatte. Als Erstes zerbarst der Kiefer von Frank M., dann schlug er mit dem Hinterkopf auf den Bordstein.¹²⁵

Bevor der Fall zu Ende geschildert werden soll, sei der Hinweis erlaubt, dass Essen übrigens jene deutsche Stadt ist, in der inzwischen selbst Fahrer von Rettungsfahrzeugen und Notärzte häufig wegen der vielen brutalen Übergriffe nur noch mit Polizeischutz ausrücken können beziehungsweise sollten. Im Mai 2016 wurden zum Beispiel in Essen-Steele bei einem Rettungswagen die Reifen zerstochen. Der 81 Jahre alte Patient, der dort gerade für den Transport ins Krankenhaus eingeladen werden sollte, starb, weil das Fahrzeug nicht mehr bewegt werden konnte.

In Essen müssen Verkehrspolizisten heutzutage Schlagstöcke einsetzen, wenn sie in bestimmten Stadtvierteln Falschparker aufschreiben und mit einem Bußgeld belegen wollen.¹²⁶ Solche Vorfälle sind in der genannten Stadt so häufig, dass sie allenfalls noch für Randnotizen in den Lokalzeitungen gut sind.¹²⁷

Zurück zum Fall des Pferdepflegers Frank M.: Die kriminellen Migranten freuten sich, ihr wehr- und bewusstlos auf der Straße liegendes Opfer ungestört durchsuchen zu können. Die beiden, die

bereits wegen räuberischer Erpressung bei der Staatsanwaltschaft bekannt waren, freuten sich, mal wieder Erfolg gehabt zu haben. Während Sami das Mobiltelefon von Frank M. gleich für 40 Euro weiterverkaufte, verstarb der Pferdepfleger. Vor Gericht kam heraus: Die Türken hielten nichts von Bildung, schwänzten die Schule und griffen immer wieder Menschen an. Das war in ihren Familien (die beiden sind Cousins) so Sitte. Der Vater von Firat sitzt wegen Beihilfe zum Mord im Gefängnis in Deutschland, der Vater von Sami wurde wegen zahlreicher Straftaten wieder in die Türkei deportiert. Im April 2016 erfolgte dann der Prozess gegen die beiden Mörder, der mit einer Überraschung für die Angehörigen des deutschen Opfers endete: Die Täter wurden nicht wegen Mordes verurteilt, sondern nur wegen Raubes mit Todesfolge, die »leichtfertig verursacht worden sei«¹²⁸. Die Jugendrichter hatten viel Verständnis für den Bewegungsdrang der kriminellen Kampfsportler, die nun schon in wenigen Monaten zwei Drittel ihrer Strafe verbüßt haben werden und danach gleich wieder beherzt zuschlagen dürfen.

Ganz anders ergeht es Deutschen, die sich weigern, Zwangsgebühren für öffentlich-rechtliche Propagandamedien wie ARD und ZDF zu zahlen. Sie landen schnell im Gefängnis. Wie beispielsweise die Erzieherin Sieglinde Baumert. Sie wurde 2016 für 61 Tage in Erziehungshaft genommen und kam nur deshalb vorläufig frei, weil der Aufschrei in der Bevölkerung enorm war.¹²⁹ Halten wir fest: Sieglinde Baumert ist Deutsche, und sie kam für zwei Monate ins Gefängnis, weil sie ihre Rundfunkgebühren nicht bezahlt hatte. Das ist die eine Seite. Die andere: Wenn man in Deutschland Türke oder Orientale ist, dann darf man sogar Menschen töten und geht als freier Mensch lachend aus dem Gerichtssaal. Dafür gibt es viele aktuelle Beispiele.

Erkan F. und Firat M., 22 und 23 Jahre alte Türken, hatten bei einem illegalen Autorennen in Köln die 19 Jahre alte Studentin Miriam S., die mit ihrem Fahrrad auf dem Radweg unterwegs war, totgefahren. Die Richter befanden, dass eine Bewährungsstrafe ausreichend sei. Das Leid der deutschen Angehörigen interessierte

vor Gericht kaum. Die mussten fassungslos nicht nur den Urteilspruch ertragen, sondern auch noch hören, wie lustig Totraser Firat M. es fand, als er die schwer verletzte Miriam S. in der Blutlache auf dem Radweg liegen sah. Ein Reporter berichtete vom Prozess über Firat M.:

»Einem Polizisten, der den Radstand des Mercedes mit Sprühkreide markierte, habe er zugeraunt, er soll aufpassen, die Alufelgen hätten 3000 Euro gekostet. Ein Polizist sagt: >Ich war überrascht, wie wenig ihn das interessiert.«¹³⁰

Das für einen Durchschnittsdeutschen unfassbare Urteil ist kein Einzelfall. Tötet man als Orientale bei einem illegalen Autorennen einen Menschen, dann ist das aus Sicht deutscher Richter eben nur eine Art Bagatelle. Jedenfalls muss man dann als Täter noch keinesfalls ins Gefängnis. Vorausgesetzt natürlich, man heißt Erkan oder Firat oder trägt einen anderen orientalischen Namen.

Ein weiteres Beispiel: Im Januar 2016 standen zwei Migranten vor Gericht, die sich in der Kölner Innenstadt mit bis zu 115 Kilometern pro Stunde ein illegales Autorennen geliefert hatten und dabei auch rote Ampeln überfahren. An einer dieser roten Ampeln krachte eines der Fahrzeuge in ein Taxi. Ein Fahrgast erlitt dabei so schwere Kopfverletzungen, dass er starb. Drei weitere wurden schwer verletzt. Nach Auffassung der Richter handelte es sich um eine »absolut jugendtypische Tat«, für die man Verständnis haben müsse.¹³¹ Auch diese zugewanderten orientalischen Totraser durften das Gericht lachend und selbstverständlich mit einer Bewährungsstrafe versehen verlassen - mussten also nicht ins Gefängnis.

Wie erklärt man das alles der schon erwähnten Sieglinde Baumert, einer Deutschen, die für zwei Monate ins Gefängnis musste, weil sie ihre Rundfunkgebühren nicht bezahlt hatte? Sagt man ihr die Wahrheit, dass sie in ihrer eigenen Heimat jetzt offenkundig den falschen Pass besitzt und in unserem Rechtssystem nur noch ein Mensch zweiter Klasse ist?

Legen Sie in diesem Zusammenhang doch einfach einmal zwei Medienerzeugnisse nebeneinander. Zum ersten Fall hieß es in der Zeitung *Die Welt*: »Bewährungsstrafe für Raser nach tödlichem

Autorennen«¹³². Während der *Focus* über den anderen Fall berichtete: »Frau wollte Rundfunkbeitrag nicht zahlen - jetzt sitzt sie hinter Gittern«.¹³³

Das Wegschauen, Verdrängen und Schönreden durch Medien und Gerichte findet sich bei allen Straftaten immer dann, wenn die Täter Migranten sind. Die Zahl der Beispiele hierzu könnte viele laufende Meter von Bibliotheksregalen füllen.

Da die Zahl der Einbrüche von Jahr zu Jahr unaufhaltsam steigt und alle bisherigen Rekorde schlägt, sollen Einbrecher, die dank niedriger Aufklärungsquoten ihre Entdeckung eigentlich kaum zu befürchten haben, nun mit härteren Strafen »abgeschreckt« werden. Inwieweit das wirklich geschieht, bleibt fraglich, denn es ist zumindest davon abhängig, welchen Pass der Einbrecher bei sich trägt beziehungsweise ob er ethnischer Deutscher ist oder nicht. Selbst dann nämlich, wenn migrantische Einbrecher gefasst und vor Gericht gestellt werden, bekommen sie dort in aller Regel nicht die ganze Härte des Gesetzes zu spüren, sondern seine ganze Milde.

Ein Beispiel für das eben Geschriebene: Am 9. April 2015 titelte die *Rheinische Post*: »Bewährungsstrafe für Einbrecher«. Ein 21 Jahre alter Albaner, der zusammen mit einer Bande ausschließlich für Wohnungseinbrüche nach Deutschland gekommen war und dabei erheblichen Sachschaden angerichtet hatte, durfte sofort wieder als freier Mann ins albanische Tirana zurückfahren, weil er zwar viel Schmuck gestohlen hatte, aber nach Angaben der Richter »in der Bundesrepublik zuvor noch nicht strafrechtlich aufgefallen« war. Beinahe zeitgleich verurteilte das Landgericht eine zugewanderte osteuropäische Frau, die an immerhin 46 Einbrüchen beteiligt war, ebenfalls nur zu einer Bewährungsstrafe. Das Ganze ist typisch für deutsche Gerichte. Schließlich kostet jeder Haftplatz die Steuerzahler pro Tag zwischen 100 und 120 Euro. Deshalb spricht man in Anbetracht ohnehin prall gefüllter Gefängnisse gerade bei unseren zugewanderten »Potenzialen« lieber einmal mehr eine Bewährungsstrafe aus.

Rechtsstaat am Ende

Innerhalb weniger Monate hat Deutschland alles aufgegeben, was für einen demokratischen Rechtsstaat charakteristisch ist. Wer offen darüber spricht, wird angefeindet.

Beispielsweise schickt die Bundesregierung deutsche Soldaten aus den Kasernen nach Syrien oder an den Hindukusch, wo so mancher von ihnen verwundet wird oder gar stirbt. Gleichzeitig füllt sie vorbeugend die frei werdenden Plätze hierzulande mit Massen von jungen Orientalen auf, die ihrerseits nicht die geringste Lust verspüren, ihre eigene Heimat zu verteidigen, und stattdessen lieber in deutschen Asylantenheimen herumlungern und mit ihren Smartphones Pornoseiten anschauen. Dafür dürfen deutsche Soldaten tapfer deren Freiheit am Hindukusch verteidigen und für sie in nicht wenigen Fällen den Heldentod sterben.

In Deutschlands Städten, an Bahnhöfen und in den Parks gibt es dagegen jetzt niemanden mehr, der unsere Freiheiten und Rechte energisch verteidigt. Im Gegenteil. Der niedersächsische Kriminologe Christian Pfeiffer, Ex-Justizminister Niedersachsens, ist unverdächtig, ein Rassist zu sein. Es ist schwierig, den Mann sprachlos zu machen. Aber geschafft haben das Fernsehredakteure, die ihn vor einem Interview angewiesen hatten, beim Thema »Kriminalität« keine Asylbewerber zu erwähnen, ansonsten werde man das Gespräch sofort abbrechen.¹³⁴

Klar ist: Es existieren Tabuthemen, über die man in Deutschland nicht mehr sprechen darf. Klar ist auch: Hierzulande werden viele Straftaten erst gar nicht mehr verfolgt - zumindest dann nicht, wenn sie von Ausländern verübt werden. Das Ganze hat auch noch einen praktischen Nebeneffekt: Straftaten, die nicht verfolgt werden, erscheinen auch nicht in der Statistik. Es entsteht so die höchst absurde Situation, dass Bürger wegen Volksverhetzung angezeigt werden können, wenn sie öffentlich über Straftaten von Asylbewerbern sprechen, die sich tatsächlich ereignet haben, aber von den Strafverfolgungsbehörden durch kollektives Wegschauen erst gar nicht in die entsprechenden Statistiken aufgenommen wurden.

Man kann das anhand vieler konkreter Beispielen belegen: Wer in einem Zug unterwegs ist und ohne einen triftigen Grund die Notbremse zieht, der wurde früher ohne Ansehen der Person strafrechtlich verfolgt. Seitdem immer öfter Migranten in unseren Zügen reisen und willkürlich die Notbremsen ziehen, erfolgte bislang nicht in einem einzigen Fall eine Strafverfolgung. Dazu passend gibt es auch den Druck auf die Kontrolleure, Migranten ohne gültigen Fahrschein in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mehr zu bestrafen. Nicht anders ist es bei vielen anderen Straftaten. Falls Migranten das Aufenthaltsrecht brechen, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte leisten, wegen Landfriedensbruch oder Hausfriedensbruch auffällig werden, dann schauen die Vertreter des Rechtsstaates weg. Zudem sind mir persönlich allein aus meinem engsten Umfeld so viele Fälle bekannt, bei denen Asylbewerber in Supermärkten Verpackungen aufgerissen, Gläserinhalte vor den Augen des Personals in die Regale geleert oder das Personal sexuell belästigt haben, dass ich sie nicht mehr zählen kann. Nicht einer dieser Fälle, die allein im Umkreis von weniger als zehn Kilometer meines ländlichen Wohnortes geschehen sind, hat es in den Polizeibericht oder in die Medien geschafft.

Besonders deutlich wurde dieses Abtauchen des Rechtsstaates in den vergangenen Monaten bei Sexualdelikten. Nachdem hessische Frauenrechtler und Opferverbände auf die hohe Zahl regelmäßiger Vergewaltigungen christlicher Frauen und Kinder durch junge orientalische Männer aufmerksam machten, sprang der Rechtsstaat nicht etwa den bedrängten Frauen und Kindern bei. Nein, die Überbringer der Botschaft wurden bezichtigt, den »Rechtspopulismus« zu schüren, und aufgefordert, ihre Vorwürfe nicht zu wiederholen.

In Herford wurde gegen einen 22 Jahre alten Asylbewerber verhandelt, der mehr als 100 Frauen auf der Straße angesprochen und mithilfe eines Textes auf einem Zettel gefragt hatte, ob sie nicht - Pardon! - »ficken« wollten. Weil er sich ärgerte, dass sein Wunsch mittels der erwähnten Methode einfach nicht in Erfüllung ging, vergewaltigte er eine 88 Jahre alte behinderte Seniorin. Er war sich

dabei keiner Schuld bewusst.¹³⁵ Die Lokalmedien schrieben danach, dass er ganz sicher von seiner »langen Flucht« schwer traumatisiert und die »Willkommenskultur« offenkundig noch verbesserungswürdig sei. Tatsache ist: Reporter sitzen in deutschen Gerichtssälen und schreiben über Vergewaltigungen durch Asylbewerber. Allerdings verlieren sie dabei kein Wort über die Opfer. Wie es der 88 Jahre alten Herforder Seniorin heute geht, das sucht man in solchen Berichten vergeblich. Wichtig ist das Befinden des Täters und wie man ihm helfen kann. Das alles ist völlig absurd. Der Rechtsstaat hat sich in Deutschland schon lange selbst abgeschafft.

Sie wollen das noch immer nicht glauben? Ein letztes, aktuelles Beispiel: An vielen Orten, wo Asylbewerber untergebracht sind, steigt die Zahl der Ladendiebstähle. Bezüglich dieser Entwicklung gibt es zahlreiche Beispiele.¹³⁶ Freilich muss die Politik dann natürlich sofort handeln. Aber wie? Ganz einfach: Im Mai 2016 forderte die SPD, Ladendiebstahl künftig nur noch mit einem Bußgeld zu ahnden - so wie eine Ordnungswidrigkeit.¹³⁷ Schließlich will man doch die vielen angeblichen neuen Fachkräfte nicht unnötig »kriminalisieren« ...

KAPITEL V

Mekka Deutschland - Islamisierung als Ziel

Vorauselender Gehorsam für Mohammed

Bundesweit gehen in Deutschland Menschen auf die Straße, weil sie gegen eine (angebliche) schleichende Islamisierung und vorauselenden Gehorsam gegenüber dem Islam protestieren wollen. Anders ausgedrückt: Sie wollen, dass drängende Probleme, die mit dem Zuzug von Millionen Kulturfremder verbunden sind, endlich offen angesprochen werden.

Leipzig ist jetzt Deutschlands Stadt der Schande, denn es handelt sich bei ihr um die erste deutsche Stadt, in der Meinungs- und Pressefreiheit zugunsten des Islam offiziell abgeschafft worden sind. Allen Ernstes hatte das Leipziger Ordnungsamt am 6. Januar 2015 folgenden Bescheid erlassen: »Das Zeigen sogenannter Mohammed-Karikaturen sowie anderer den Islam (...) böswillig verunglimpfender Plakate, Transparente, Banner oder anderer Kundgebungsmittel wird untersagt.«¹³⁸ Nein, das ist kein Scherz, diese Verfügung des Leipziger Ordnungsamtes gibt es tatsächlich. Und sie sollte auch durchgesetzt werden.

Ich erinnere an dieser Stelle daran, dass der dänische Karikaturist Kurt Westergaard, der wegen seiner Mohammed-kritischen Karikaturen von Muslimen mit dem Tode bedroht wird, von Angela Merkel im Potsdamer Schloss Sanssouci einen Preis für Meinungsfreiheit überreicht bekam. In Leipzig aber sollten die Karikaturen von Westergaard jetzt nicht mehr öffentlich gezeigt werden, auch nicht jene von *Charlie Hebdo* und anderen Islamkritikern. In Leipzig sollten stattdessen Zensoren darüber wachen, dass wir uns dem Druck des Islam beugen. Nur sprechen durfte man darüber nicht. Stattdessen leugnen wir lieber, dass wir uns dem islamischen Druck beugen.

Während der letzten Weihnachtstage stritten sich Politiker darüber, ob Christen zur Weihnachtszeit in Kirchen zum Zeichen ihrer Integrationsbereitschaft muslimische Lieder singen sollten.¹³⁹ Die Debatte war skurril, weil sie suggerierte, dass es nur weniger Schritte bedürfe, um das eher gespannte Verhältnis zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in Europa zu entspannen. Wie gespannt es ist, belegte ein Vorfall im Straßenverkehr, der in jenen Tagen bundesweit für Schlagzeilen sorgte. Wenige Tage vor Weihnachten titelte die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*: »Muslimin angefahren-Polizei vermutet fremdenfeindliche Tat«¹⁴⁰. Eine muslimische Frau wurde in Braunschweig von einem Auto »leicht am Knie touchiert«, so die Zeitung. Eine Ungeheuerlichkeit, die Riesenschlagzeilen verursachte. Man sah schon bundesweit agierende Menschenmengen, die Lichterketten bildeten. Jedenfalls bot die von einem Fahrzeug »leicht am Knie« berührte Muslima genau das, wonach die Medien gierten: eine angeblich fremdenfeindliche Tat, die eine Muslima als Opfer betraf, und das, obwohl die Polizei noch gar nicht die genauen Umstände des Vorfalls ermittelt hatte.

Fast zeitgleich hatten junge orientalische Migranten aus Berlin-Kreuzberg auf dem Berliner Weihnachtsmarkt mehreren Mädchen einer Schulklasse aus Wolfsburg in den Schritt gefasst, sie sexuell belästigt und jeweils wie ein Stück Fleisch behandelt. Sie beleidigten die Schülerinnen zudem etwa als »Christenschlampen«, während sie ihnen an die Brust und in den Schritt griffen. Anschließend traten sie ihnen sogar noch vor die Schienbeine und schlugen ihnen auf den Kopf, als ob das alles das Normalste von der Welt wäre. Ihre Übergriffe waren derart skrupellos, dass private Sicherheitskräfte und ein Polizeiaufgebot die jungen Mitbürger festnehmen mussten. Unsere Massenmedien verschwiegen sowohl, dass die Täter junge Moslems waren, als auch die Tatsache, in welcher extremer Form sie über die deutschen Mädchen herfielen. Für die Medien waren die Täter einfach »Jugendliche«¹⁴¹. Während der Fall der in Braunschweig von einem Fahrzeug »leicht touchierten« Muslima in deutschen Medien bundesweite empörte Schlagzeilen bekam, berichtete kaum jemand über die grauenvollen Übergriffe in Berlin, die deut-

sehe Mädchen betrafen. Man konnte sich nicht nur in diesem Fall als Beobachter verwundert die Augen reiben.

Denn beinahe zeitgleich fuhr im französischen Dijon ein junger Muslim zielgerichtet mit seinem Auto immer wieder in Menschengruppen und schrie dabei »Allahu akbar!«. Es gab viele Schwerverletzte. Deutsche Medien schwiegen dazu. Es gab keine Anteilnahme mit den Opfern. Einzig das Schweizer Portal *20 Minuten* berichtete,¹⁴² warum es zu dem Anschlag seitens des Moslems kam: Der Täter führte einen Terrorbefehl aus. Der Islamische Staat (IS) hatte Muslime weltweit dazu aufgerufen, Ungläubige mit Autos zu überfahren oder sie anzugreifen. Freilich: Wir woll(t)en das lieber nicht wahrhaben. Im vorseilenden Gehorsam schau(t)en wir einfach weg. Wir sahen beispielsweise an Weihnachten 2014 weg, als Sondereinsatzkräfte einen Muslim verhafteten, der einen Terroranschlag auf ein französisches Kernkraftwerk vorbereitet hatte. Berichte darüber hätten schließlich unser kuscheliges Weihnachtsfest gestört. Oder wir verdrängten während der damaligen Feiertage einen Vorfall, bei dem im österreichischen Villach ein 24 Jahre alter Muslim eine 80 Jahre alte Kirchenbesucherin um 9:45 Uhr vormittags vor dem Gottesdienst mit einem Schlachterbeil von hinten angriff und ihr ein Ohr abhackte. Unsere Medien verschwiegen das inmitten der Weihnachtszeit dann doch lieber. Einzig eine österreichische Zeitung berichtete: »So soll er erklärt haben, Kirchenbesucher nicht zu mögen. Zudem sei für ihn dieser Tag Massakertag.«¹⁴³

Zeitgleich schnitt im niederösterreichischen Groß-Enzersdorf ein zugewanderter ägyptischer Moslem ein altes christliches Feldkreuz, das auf öffentlichem Grund stand, einfach mit der Flex ab, weil es ihm »nicht gefiel«¹⁴⁴. Konsequenzen? Keine. Bürgermeister Hubert Tomsic (SP) sagte verhalten über den Täter: »Ich hatte ein Gespräch mit dem Mann. Das Kreuz wird an einer anderen Stelle neu aufgestellt.« Stellen Sie sich einmal vor, was passiert wäre, wenn ein Österreicher ein islamisches Symbol, das ihm nicht gefiel, mit der Flex beseitigt hätte ...

Unterdessen äußern jene, die uns Vorbilder sein sollten, sogar noch Verständnis für radikale Islamisten. Heinrich Bedford-Strohm

war früher bayerischer Landesbischof. Der 56-Jährige ist seit wenigen Jahren Ratsvorsitzender der gesamten Evangelischen Kirche in Deutschland. In einem Interview mit der *Rheinischen Post* erklärte er jetzt: »Wir müssen auch die IS-Kämpfer lieben.«¹⁴⁵ Er sei »unendlich traurig«, wenn ein IS-Kämpfer getötet werde. Ganz anders ist es offenkundig im Hinblick auf Christen. Heinrich Bedford-Strohm hat sich jedenfalls bislang weder zu dem Angriff auf die 80 Jahre alte Kirchgängerin noch zu ähnlich gelagerten Fällen geäußert. Auch nicht zu dem, der sich in Rheydt ereignet hatte.

Während des Gottesdienstes an Heiligabend 2014 in der dortigen Marienkirche hatte es einen Eklat gegeben. Junge Muslime störten die Krippenfeier für Kinder und beschimpften die Gemeindeglieder als »Scheiß-Christen«. Einzig die Zeitung *Rheinische Post* schrieb verschämt: »Augenzeugen berichteten, dass eine Gruppe von offenbar muslimischen Kindern und Jugendlichen an Heiligabend in die Kirche gestürmt sei und angeblich Scheiß-Christen gerufen habe.«¹⁴⁶ Fünf Mitbürger wurden von der Polizei als Täter ermittelt. Haben Sie davon auch nur andeutungsweise etwas in den überregionalen Nachrichten mitbekommen? Nein? Aber wenn eine Muslima in Braunschweig von einem Auto am Knie »touchiert« wird, dann wird reflexartig und ungebremst berichtet. Ganz offenkundig messen unsere Medien (und auch Politiker) mit zweierlei Maß, wenn es um Muslime oder den Islam geht. Dann werden oftmals auch Nachrichten verschwiegen, die man kennen sollte: In vielen deutschen Städten war Mohammed im Jahre 2014 einer der häufigsten Vornamen für männliche Neugeborene. In Ländern wie Großbritannien und Belgien, wo man diese Tatsache schon seit Jahren kennt, weiß man auch, was das bedeutet: Es werden immer mehr Anhänger Mohammeds geboren, und Europa wird demzufolge Jahr für Jahr islamischer. Egal, ob man das nun gut oder schlecht findet, Fakt ist, dass man diese Tatsache endlich zur Kenntnis nehmen und nicht laufend leugnen sollte.

Im Dezember 2014 verstarb der große Entertainer Udo Jürgens im Alter von 80 Jahren. In den zahlreichen Nachrufen wurde auf viele seiner Äußerungen hingewiesen, nur jene Bitte, die er wenige

Wochen vor seinem Tode im österreichischen Rundfunk äußerte, wurde überall verschwiegen. Udo Jürgens sagte über Muslime: Die »wünschen uns die Pest an den Hals«¹⁴⁷. Der Entertainer zeigte sich zudem über die große Sorglosigkeit der jüngeren Generation gegenüber dem Islam verwundert und erklärte: »Es scheint wichtiger, dass [der] FC Bayern im Fußball gewinnt, als der Frage nachzugehen, ob der Islam eine Gefahr für uns darstellt.« Selbst in einer Zeit aufgewachsen, in der die Jugend »unglaublich aufgebeht« habe, vermisse er diese Trotzigkeit bei der heutigen Jugend.

Unterdessen hatte das Bundesland Niedersachsen seit August 2015 Muslimen zuliebe das Kopftuchverbot in den Schulen des Landes für Lehrerinnen abgeschafft.¹⁴⁸ Dafür sorgte der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Zudem sollen christliche Feiertage abgeschafft und dafür islamische Feiertage eingeführt werden.¹⁴⁹ Die SPD will über den Landtag das entsprechende Feiertagsgesetz ändern. Vergessen wir zudem nicht, dass auch die Scharia bald offiziell in Deutschland Einzug halten könnte. Der frühere rheinland-pfälzische Justizminister Jochen Hartloff (SPD) hält die Existenz islamischer Gerichte in Deutschland grundsätzlich für zulässig.¹⁵⁰ Er sagte zu einer Zeit, als er noch Justizminister war: »Auch die Sportgerichtsbarkeit oder die Kirchen haben eine eigene Rechtsprechung.« Islamische Gerichte seien deshalb für ihn als Justizminister zulässig, weil sie dem inneren Frieden dienen. Aber natürlich streiten wir weiterhin ab, dass es eine Islamisierung gibt.

Der innere Frieden wird derweilen in Asylbewerberheimen durch merkwürdige Maßnahmen verwirklicht: In Bayern gibt es künftig getrennte Asylunterkünfte für Muslime und Nicht-Muslime, weil die Erfahrung gelehrt hat, dass Muslime nicht mit Nicht-Muslimen leben wollen. Nachdem das ARD-Magazin *Report München* darüber berichtet hatte, wie Muslime Christen in den Flüchtlingsunterkünften schikanierten, wurden nicht etwa die Muslime ermahnt, sondern die Christen ausgesondert und in andere Wohnheime verfrachtet. Der Vizepräsident des Bundestags, Johannes Singhammer (CSU), regte wegen der Übergriffe von Muslimen auf Christen in Deutschland die getrennte Unterbringung von christli-

chen und muslimischen Flüchtlingen an.¹⁵¹ Diese getrennte Unterbringung forderte auch der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer. Er sprach sich für eine nach Religionszugehörigkeit getrennte Unterbringung aus. Im Klartext: Statt die Asylverfahren für die muslimischen Täter abubrechen und diese sofort auszuweisen, kapituliert der Rechtsstaat vor diesen ganz offenkundig nicht integrationsbereiten Personen und fördert damit die Schikane gegenüber Christen. Mehr vorausseilenden Gehorsam ihnen gegenüber können sich Muslime wohl kaum wünschen.

Allahs Führerkult: Warum Muslime nicht integrierbar sind

Völlig unabhängig vom islamischen Terror und von radikalen islamischen Strömungen wünschen sich immer mehr »moderate Muslime« eine stärkere Islamisierung Europas. Das deutsche Meinungsforschungsinstitut Info GmbH berichtete in der 300 Seiten umfassenden Studie *Deutsch-Türkische Lebens- und Wertewelten*, dass 46 Prozent der Türken es unterstützen, aus Deutschland einen islamischen Staat zu machen (2010 waren es noch 33 Prozent). Jeder vierte in Deutschland lebende Türke (25 Prozent) hält Atheisten und Christen zudem für »minderwertige Menschen«¹⁵².

Übrigens: Immer mehr von ihnen unterstützen Terroranschläge in unseren Städten. So hat die Londoner Tageszeitung *Guardian* die weltweiten Twitter-Mitteilungen zum Thema Islamischer Staat (IS) auswerten lassen. Sie kommt dabei zu einem erschreckenden Ergebnis. Demnach loben 48 Prozent der Twitter-Mitteilungen aus Pakistan zum Thema »IS« die radikalen Islamisten. In Pakistan sind es 35 und in Belgien 31 Prozent, in Deutschland immerhin 16 Prozent, unter den Türken sogar 22 Prozent.¹⁵³

Derartige Zahlen dokumentieren: Unsere Massenmedien haben uns ein Trugbild vom Islam eingepflanzt. Wir sollen ihnen glauben, dass Christentum und Islam irgendwie ziemlich ähnlich, ja eigent-

lich fast identisch seien. Derartige Naivität ist nicht verboten, entspricht aber keineswegs der Realität. Man muss den Islam nicht studieren, um die großen Unterschiede zu erkennen, etwa: Aus dem Christentum kann man jederzeit austreten - und zwar ohne Folgen. Niemand muss fürchten, dass er deswegen enthauptet, gehängt oder gesteinigt wird. Ganz anders im Islam: Es existiert keinerlei Zugehörigkeitsfreiheit im Islam. Man kann nicht einfach aus dieser Religionsgemeinschaft austreten. Was ein solcher Versuch bedeutet, können mehr als 400 Ex-Muslime in Deutschland bezeugen, die seither - wohlgermerkt in unserem Land (!) - unter Polizeischutz leben müssen. Der Blick über die Landesgrenzen hinaus belehrt uns zudem: Es gibt nicht ein einziges (!) überwiegend islamisches Land, in dem jene, die sich vom Islam lossagen, nicht systematisch und mit Rückendeckung der Regierung verfolgt oder gar ermordet werden. Die Auffassung, nach der der Islam angeblich »Friede« bedeutet, ist mehr als zynisch (Islam bedeutet übersetzt »Unterwerfung«). Die Verfolgung Andersdenkender ist auch nicht irgendeine radikale Strömung im Islam - es ist DER Islam, die ganz normale Denkweise von Muslimen. Vielleicht wird so endlich verständlich, warum viele ganz »normal erscheinende« Muslime in den Straßen unserer Städte tanzen, wenn wir Opfer von islamischen Terroranschlägen werden. Schließlich unterstützen viele von ihnen diese Sicht der Dinge. Oder haben Sie schon einmal eine Lichterkette gesehen, die von 100 000 oder gar einer Million Muslimen in Deutschland nach einem Terroranschlag organisiert wurde? (Es leben schließlich weit mehr als sechs Millionen von ihnen hierzulande.) Vor laufenden Fernsehkameras habe ich noch nie mehr als 50 erblicken können, die, noch dazu ganz zaghaft und von ihren Verbänden organisiert, gegen den Moslemterror demonstriert haben.

Es sind auch nicht etwa einige wenige vereinzelte Muslime, die als Flüchtlinge oder Asylanten unter uns leben und den islamischen Terror unterstützen. Nein, es sind Massen von ihnen. Man kann das sehr leicht belegen. Schauen wir zunächst einmal nach Großbritannien. Dort gestehen jetzt auch führende Vertreter der britischen Labour-Partei ein, dass weite Teile der muslimischen Bevölkerung

in westliche Gesellschaften nicht integrierbar sind, die Scharia einführen wollen, sich systematisch von Andersdenkenden abgrenzen und den Terror gegen sie unterstützen. Tatsache ist: Etwa 100 000 britische Muslime unterstützen Selbstmordattentäter. Die Integration ist damit nicht nur gescheitert, nein, sie hat auch niemals stattgefunden. Die brutal anmutenden Zahlen stammen im Übrigen nicht von Rechtsextremisten, sondern von einem, der es wissen muss.

Der Labour-Politiker Trevor Phillips war Leiter der Londoner Kommission für Gleichstellung und Menschenrechte (Equality and Human Rights Commission, EHRC). Der farbige Sozialdemokrat, der so viele Erfahrungen mit Multikulti und verschiedenen Bevölkerungsgruppen sammeln konnte wie wohl kaum ein anderer Brite, erklärte 2016 in einem landesweit für großes Aufsehen sorgenden Interview, was jedem anderen den Vorwurf des Rassismus und Rechtsextremismus eingebracht hätte. Seinen Angaben zufolge habe sich innerhalb Großbritanniens durch Muslime ein islamischer »Staat im Staate« entwickelt. Inzwischen unterstützten etwa 100 000 britische Muslime islamische Selbstmordattentäter und äußerten Sympathie für diese.¹⁵⁴ Es sind Äußerungen, die man nie für möglich gehalten hätte. Der Labour-Politiker Trevor Phillips hob hervor, es handele sich bei muslimischen Terrorunterstützern eben nicht um eine kleine Minderheit radikaler Muslime, sondern um eine verbreitete Auffassung innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe.

Nach Angaben von Trevor Phillips, die von einer aktuellen Umfrage bestätigt werden konnten, fordere jeder dritte britische Muslim auch die Einführung der Bigamie. Die Mehrheit akzeptiere zudem weder unser Rechtssystem noch unsere Werte und Einstellungen. Phillips bestätigte aktuelle Umfragewerte unter britischen Muslimen, denen zufolge 23 Prozent die sofortige Einführung der Scharia fordern.¹⁵⁵ Außerdem ist unter Muslimen die Auffassung weit verbreitet, dass nicht-muslimische Mädchen Freiwild seien und als Sexualobjekte behandelt werden dürften.¹⁵⁶ Die Mehrheit der britischen Muslime fordere auch, dass Homosexuelle inhaftiert werden sollten.¹⁵⁷

Die Botschaft der Umfrage lautet: In Großbritannien existieren gefährliche Moslem-Gettos.¹⁵⁸ Aus deren Reihen werden nicht nur Selbstmordattentäter unterstützt. Muslime lobpreisen dort auch Hitler als »größten Staatsmann aller Zeiten«¹⁵⁹, und sie verfassen Flugblätter mit der Aufforderung, Andersdenkende zu ermorden¹⁶⁰.

Aus alldem zieht der frühere Leiter der Londoner Kommission für Gleichstellung und Menschenrechte (Equality and Human Rights Commission, EHRC), der Labour-Politiker Trevor Phillips, die Schlussfolgerung, dass er sich in Bezug auf seinen früheren Standpunkt geirrt habe. Muslime seien doch nicht in unsere Gesellschaft integrierbar.¹⁶¹ In Deutschland ist angeblich alles völlig anders. Jedenfalls verschließen Politik und Behörden die Augen vor der Entwicklung, bis man diese nicht länger leugnen kann. So berichtete die *Tagesschau*:

»Haben deutsche Sicherheitsbehörden den >Islamischen Staat< unterschätzt? Dass der IS Terroristen unter Flüchtlingen nach Deutschland reisen lässt, hat der Verfassungsschutz zunächst nicht erwartet. Behördenchef Maaßen räumte ein, die Terrormiliz zunächst falsch eingeschätzt zu haben.«¹⁶²

Die Wahrheit lautet: In allen europäischen Staaten leben jetzt viele Muslime, die uns, unsere Kultur, unsere Werte, unsere Rechtsordnung und unser Leben verachten. In Deutschland erklären Sicherheitsbehörden, dass es sich dabei lediglich um eine kleine Minderheit handele - nur etwa vier Prozent der hier lebenden Muslime seien wirklich radikal. Doch was bedeutet das in der Realität? Rechnen wir einfach einmal ganz nüchtern nach.

Vergessen wir für den Moment einmal die obigen Ausführungen, denen zufolge 16 Prozent der jungen Muslime in ihren Tweets bei Twitter Terroranschläge in Paris und Brüssel bejubelt haben. Bleiben wir bei den vier Prozent radikaler Muslime, die offiziell von unseren Behörden eingestanden werden. Rechnen wir einmal nach: In Deutschland leben mindestens fünf Millionen Muslime, im Jahre 2016 waren es eher sechs Millionen. Nehmen wir die niedrigste Zahl - also fünf Millionen. Vier Prozent von fünf Millionen sind? Ja, Sie haben richtig gerechnet, es sind 200 000. Anders gesagt: Eine

Fünftelmillion der in Deutschland lebenden Muslime sympathisiert mit dem Islamterror, will sich auf keinen Fall integrieren, lehnt unsere Rechtsordnung und unser Leben ab und würde Terroristen unterstützen.

Nun schätzen Sie einmal, wie viele Soldaten in Deutschland einsatzbereit sind: Im Januar 2016 waren es noch 178 500¹⁶³, im März 2016 nur noch 177 000¹⁶⁴. Die Bundeswehr verliert pro Monat etwa 500 Mann - und ersetzt diese nicht. Ohnehin sind von diesen 177000 Soldaten derzeit rund 20000 Frauen (was nicht wertend gemeint ist, aber wir werden Frauen wohl kaum gegen kampferfahrene arabische Jugendbanden in den Häuserkampf schicken), weitere 1000 deutsche Soldaten arbeiten nur auf dem Gebiet des Umweltschutzes, weitere 1000 sind Fachleute für die Verwaltung und 16 000 auf See bei der Marine. Zieht man dann auch noch jene ab, die im Auslandseinsatz sind (wir kommen gleich dazu), dann bleibt nicht mehr viel für die Verteidigung.

Genau jenen aber stehen nach der vorsichtigen Schätzung (siehe oben) mindestens 200 000 muslimische Mitbürger gegenüber, die gewaltbereit und radikal sind und deshalb eine große Gefahr für unsere Innere Sicherheit darstellen. In der Realität sind es wohl leider noch weitaus mehr. Verstehen Sie nun, warum unsere Politiker ständig auf die Knie fallen und nachgeben, wenn Muslime auch nur mit der Wimper zucken? Unsere Politiker haben schlichtweg Angst. Sie fürchten sich vor dem Tag, an dem Muslime ihre Gruppenloyalität ganz offen demonstrieren und nicht mehr nur als Großfamilien einige Hundertschaften der Polizei auf Trab halten, sondern unseren kompletten Sicherheitsapparat ad absurdum führen, weil er gegen die geballte Kraft dieser Gruppe schlicht nichts mehr ausrichten kann.

Das soeben Dargelegte gilt lediglich für ganz »normale« Muslime, damit sind also noch keine geschulten islamischen Terrorkämpfer gemeint, die Sprengstoff herstellen und verarbeiten können und dazu bereit sind, sich auf einem deutschen Marktplatz oder im Fußballstadion in die Luft zu sprengen. Der amerikanische Geheimdienst CIA schätzt, dass sich in Deutschland schon weit mehr

als 3000 gut ausgebildete IS-Kämpfer aufhalten, die sich als »Asylbewerber« getarnt haben. Statt die Bundeswehr darauf vorzubereiten, Gefahren von Deutschland, die jetzt auch im Inneren existieren, abzuwehren, arbeitet das Verteidigungsministerium allerdings daran, möglichst viele Soldaten in fernen Krisenregionen oder arbeitsintensiven Einsätzen dauerhaft so zu binden, dass sie im Ernstfall nicht für die Verteidigung Deutschlands bereitstehen. Dazu einige Beispiele: Für die NATO-Eingreiftruppe hält die Bundeswehr derzeit 4600 Soldaten in Bereitschaft, für die »EU-Battle-Group« sind es weitere 2000 Mann. 200 deutsche Soldaten sind rund um die Uhr im Baltikum mit der dortigen Luftraumüberwachung beschäftigt (zudem fünf deutsche Eurofighter), 220 deutsche Soldaten arbeiten für die »maritimen Einsatzverbände der NATO«, 520 deutsche Soldaten sind im Kosovo (KFOR) stationiert und 920 in Afghanistan (weitere 750 sollen dorthin geschickt werden, um Afghanen vor den Taliban zu schützen und von der Flucht nach Deutschland abzuhalten). Der Rückbau der Patriot-Flugabwehrsysteme in der Türkei bindet 230 deutsche Soldaten, der Lufttransportstützpunkt Termez in Usbekistan weitere 170, der »Einsatzverband für Evakuierungen« 1800 Mann und die »Search and Rescue«- (SAR-)Einsätze 160 Soldaten. Zudem sollen in einem ersten Schritt 6000 deutsche Soldaten auch noch »Aufgaben der Flüchtlingshilfe« hierzulande wahrnehmen, also beispielsweise als »helfende Hände« Essen für Asylbewerber kochen. Insgesamt sind derzeit - Stand 2016 - nach offiziellen Angaben rund 18 000 deutsche Soldaten fest in Aufgaben eingebunden, die nichts mit der Verteidigung Deutschlands zu tun haben, Tendenz steigend.

Vor diesem Hintergrund sowie der bekannten Personal- und Finanzknappheit bei der Polizei hat die CIA nun jene Prognose korrigiert, nach der Europa und vor allem Deutschland - etwa um das Jahr 2020 herum - wegen zunehmender innerer Unruhen und fehlender Sicherheitskräfte »unregierbar« werde. Der US-Geheimdienst vertritt nunmehr die Auffassung, dass die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands das Land schneller als bislang voraussehen in den wirtschaftlichen Ruin führen werden, der Wohl-

stand der Bevölkerung rapide sinken wird und wegen der ständigen sozialen Unruhen nur noch mit Notstandsgesetzen regiert werden kann, wobei die Demokratie weitgehend abgeschafft werden wird. Besonders in den Ballungsgebieten könnte Deutschland wegen immer brutaler werdender Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Migrantengruppen auf absehbare Zeit unregierbar werden. Das sieht übrigens auch die EU-Kommission allmählich so.

Sie verstehen vielleicht jetzt, weshalb die Politik verzweifelt nach Wegen sucht, die Bundeswehr auch im Innern einsetzen zu dürfen: Weil die Polizei allein schon jetzt völlig hilflos ist. Was aber kommt noch alles auf uns zu?

Islamisches Recht auf deutschem Boden

Wegen unserer integrationsunwilligen Mitbürger aus dem islamischen Kulturkreis trennen wir bereits jetzt vereinzelt Frauen und Männer in Schwimmbädern, die, wie etwa in Norderstedt, nur noch zu unterschiedlichen Zeiten auf die Rutschen dürfen.¹⁶⁵ Auch im Regionalexpress zwischen Leipzig und Chemnitz schützen wir Frauen nun vor der neuen kulturellen Bereicherung und etablieren - wie in Saudi-Arabien - separate Frauenabteile.¹⁶⁶ Ganz stillschweigend führen wir unter Kanzlerin Merkel in vorausweisendem Gehorsam auch die Scharia ein. Je mehr Muslime zuwandern, umso häufiger wird das rassistische, menschenverachtende und rückständige Scharia-Recht angewendet. Nachfolgend einige Fakten dazu.

In Deutschland gilt angeblich nur deutsches Recht und nicht die Scharia. Das jedenfalls behaupten Politik und die politisch korrekten Lügenmedien. Die Wahrheit lautet: Als die 76 Jahre alte Münchnerin Rosemarie N. (67) ihren Mann durch Krebs verlor, da erbte sie an ihrem Wohnort in Bayern nur einen winzigen Teil des Familienvermögens.

Der Großteil ging an die Islamische Republik Iran. Ihr Mann war gebürtiger Iraner, trank gern Bier und aß auch Schweinefleisch,

aber er war und blieb nun einmal Iraner und hatte Verwandte im Iran.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes handelte es sich bei dem an Krebs verstorbenen Nouredin N. um einen von 1,8 Millionen Ehegatten aus einer »binationalen Ehe« in Deutschland. Stirbt ein solcher Ehepartner und besitzt er nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, dann gilt das Recht seines Herkunftslandes. Der Tod raubte der Münchnerin nicht nur die Liebe ihres Lebens, sondern ganz legal auch noch Hab und Gut. Auf deutschem Boden galt in diesem Falle iranisches Recht. Diesem zufolge erbten die männlichen Verwandten im Iran. Das deutsche Testament, das die Eheleute vor Jahrzehnten aufgesetzt hatten, war das Papier nicht wert, auf dem es stand.

Je mehr binationale Ehen es in Deutschland gibt, umso größer wird das Problem. Die Politik kann daran nichts ändern, denn es existieren internationale Abkommen dazu. Also schaut man weg - oder leugnet das Problem. Diese absurde Rechtsproblematik ist aber noch wesentlich umfangreicher und betrifft keinesfalls nur Todesfälle. Die Türkei hat die Scharia im Jahre 1926 abgeschafft. Seither gilt in der Türkei ein auf schweizerischem Recht basierendes Zivilrecht. In Deutschland ist es genau umgekehrt. Je mehr Muslime zuwandern, umso häufiger wird das Scharia-Recht angewendet.

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hatte sich schon vor Jahren im Auftrag der Bundestagsabgeordneten mit der Frage der Vereinbarkeit der islamischen Scharia und deutscher Gesetze befasst. Er erarbeitete für die Abgeordneten ein Faltblatt, das den bezeichnenden Titel »Die Anwendung der Scharia in Deutschland« trägt.

Aus ihm erfahren wir: »In Deutschland können Vorschriften der Scharia nach dem deutschen Internationalen Privatrecht (IPR) zur Anwendung kommen.« Man geht zunächst einmal von der Gleichwertigkeit aller Rechtsordnungen der Welt aus. Zur islamischen Vielehe (Polygamie) heißt es dort für die Bundestagsabgeordneten schwarz auf weiß: »Nach der Scharia ist die Mehrehe mit bis zu vier Frauen erlaubt. In Deutschland ist es verboten, eine Mehrehe zu

schließen. Im Sozialrecht ist sie insofern anerkannt, als eine im Ausland wirksam geschlossene Mehrehe Ansprüche mehrerer Ehegatten auf Witwenrente oder Witwerrente nach dem Sozialgesetzbuch begründet.« Ein in einem islamischen Land mit mehreren Frauen verheirateter Mann kann somit in Deutschland damit rechnen, dass alle seine Frauen nach seinem Ableben eine Witwenrente erhalten. Die Fürsorgepflicht des deutschen Steuerzahlers ist eben inzwischen multikulturell.

Umgekehrt haben die Geliebten eines deutschen Ehemannes allerdings auch weiterhin keinen Anspruch auf Witwenrente nach dem Ableben des Mannes. In der Fachzeitschrift *Neue Juristische Wochenschrift* (NJW) wurde zu dieser Thematik ein langer Fachartikel veröffentlicht, der viele Leser fassungslos machte. Schließlich behaupten Politik und Medien ja gern, dass es in Deutschland keine Islamisierung gebe.

Der damalige rheinland-pfälzische Justizminister Jochen Hartloff (SPD) hatte zuvor mit Äußerungen zum Einsatz von islamischen Scharia-Gerichten in Deutschland für Aufregung gesorgt. Er hob nämlich hervor, dass diese durchaus in Rheinland-Pfalz künftig zum Einsatz kommen könnten. Andere Bundesländer reagierten empört. Doch sie übersahen, dass die Scharia längst Einzug in unser Rechtssystem gehalten hat. So kommt im Familien- und Erbrecht das islamische Recht schon seit Jahrzehnten in Deutschland zur Anwendung, wenn die Parteien Muslime sind.

Das Oberlandesgericht in Hamm entschied beispielsweise, dass Scheidungsfälle in Deutschland, bei denen die Hochzeiten nach islamischem Recht in muslimischen Ländern arrangiert wurden, auch nach dem Scharia-Recht behandelt werden müssen. Im konkreten Fall ging es um eine 23 Jahre alte Iranerin, die in der Islamischen Republik Iran einen dort lebenden Mann geheiratet hatte. Beide zogen in die Bundesrepublik Deutschland und trennten sich hier. Ein Gericht in Essen gewährte der Frau die Scheidung, doch der Ehemann legte gegen diese Entscheidung Berufung ein. Das Berufungsgericht in Hamm ergriff Partei für die Seite der Frau. Der Richter argumentierte, dass sich das Paar zur Zeit der

Eheschließung darauf geeinigt hatte, die Prinzipien des Scharia-Rechts zu befolgen, und dass der Fall daher nach Scharia-Recht entschieden werden sollte, unabhängig davon, dass das Paar nun in Deutschland lebte.

Dasselbe Oberlandesgericht Hamm hatte im Übrigen auch einen Deutsch-Iraner dazu verurteilt, den Kaufpreis für eine Braut (800 Goldmünzen) zurückzuzahlen. Und das Limburger Landgericht entschied unter Berufung auf die Scharia, dass eine Braut die islamische »Morgengabe« (in diesem Fall 12 000 Euro) nach der Scheidung behalten dürfe, weil das Geld aus islamischer Sicht dazu bestimmt sei, die Frau nach einer Scheidung abzusichern (Urteil vom 26. März 2012, Az.: 2 O 384/10). Im Mekka Deutschland gerät somit deutsches Recht jetzt immer öfter zur Farce. Politik, Medien und eben auch die Justiz bereiten uns schon einmal auf die kommende Zeit vor, in der Muslime unsere Gesellschaft prägen werden.

Die Realität sieht so aus: Wandern Chinesen, Italiener oder Vietnamesen nach Deutschland ein, passen sie sich selbstverständlich der Mehrheitsgesellschaft an, ohne ihre Herkunft zu verleugnen. Sie sind eine wirkliche Bereicherung für uns. Bei den türkischen oder arabischstämmigen Einwanderern ist das völlig anders. Die Diskussion über ihre ständigen Probleme und ihre Islamideologie beschäftigt zahlreiche Gremien auf allen Ebenen, bis hin zur Islamkonferenz. »Scharia ist die schlimmste Form des Rassismus und der Geschlechterungerechtigkeit«¹⁶⁷ - und deshalb sollten wir den Anfängen wehren. Wer Frauen und Männer in Schwimmbädern und Bahnen trennt, der knickt ein.

Wenn aus Kirchen Moscheen werden

Überall werden derzeit in Deutschland neue Häuser für die vielen gerade angekommenen muslimischen Mitbürger gebaut. Reiche Golfstaaten wollen in Deutschland viele neue Moscheen finanzieren. Zudem gibt es Gespräche darüber, die zahlreichen vor der

Schließung stehenden Kirchen zu Moscheen zu machen. Politik und Medien verschweigen das. Warum nur?

»Schöner Wohnen für Flüchtlinge« - dieses inoffizielle Motto kennt man inzwischen aus ganz Deutschland.¹⁶⁸ Während an Schulen und Kindergärten der Putz von der Wand fällt,¹⁶⁹ viele Studierende kein Zimmer bekommen und ärmere Familien vergeblich nach einer schönen Wohnung suchen, bauen wir ökologisch korrekte, nagelneue Reihenhäuser für Asylbewerber.¹⁷⁰ Das ist im bayerischen Mittelfranken nicht anders als im hessischen Kriffel.¹⁷¹ Wir sanieren und bauen für die Fremden,¹⁷² obwohl die Kassen leer sind. In Oberpleis bei Bonn¹⁷³ erstellen wir ebenso Neubauten für Asylanten wie im Kreis Kassel.¹⁷⁴ Überall bietet sich das gleiche Bild: Der deutsche Steuerzahler fördert Neubauten für Asylbewerber mit Summen,¹⁷⁵ von denen arme deutsche Familien, Studenten oder Behinderte nur träumen können.

Zwischendurch ein konkretes Beispiel: In Duisburg-Meiderich sind die Schülertoiletten der Grundschule an der Zoppenbrückstraße mehr als 50 Jahre alt. Sie stinken - im wahrsten Sinne des Wortes - zum Himmel und sind dringend sanierungsbedürftig. Aber Geld für die Sanierung ist nicht vorhanden.¹⁷⁶ Das ist die eine Seite. Die andere: Eine Asylbewerberereinrichtung wurde zeitgleich mit Designermöbeln ausgestattet, damit sich die jungen zugewanderten Orientalen bei uns auch wirklich gut aufgehoben fühlen - und auch ihre Bäder und Toiletten wurden selbstverständlich mit unseren Steuergeldern so hergerichtet, als ob ein Gutverdiener dort einziehen würde. Die Krönung: Für die Einheimischen gab es »Anti-Neid-Kurse«, damit bloß keiner die aufgestaute Wut auf diese Zustände nach außen hin erkennen lässt.¹⁷⁷

Nun sind etwa 80 Prozent jener neuen Mitbürger, die von Medien und Politik mit frenetischem Beifall begrüßt werden, nach Angaben des Zentralrates der Muslime islamischen Glaubens.¹⁷⁸ Die Zahl der Muslime in Deutschland wächst damit von Tag zu Tag. Lebten 2014 nach offiziellen Angaben 5,1 Millionen Muslime in Deutschland, so werden es Ende 2016 zusammen mit den täglich stattfindenden Familienzusammenführungen wohl schon mehr als

acht Millionen sein - mit stark wachsender Tendenz. Klar ist: Deutschland wird ein neues Gesicht bekommen.

Ist in wenigen Monaten jeder zehnte Einwohner muslimischen Glaubens, dann benötigt Deutschland auch neue Moscheen. Viele islamische Staaten haben daher angeboten, neue Moscheebauten in Deutschland zu finanzieren (im Falle Saudi-Arabiens beispielsweise 200¹⁷⁹). Neben dem wahhabitischen Königreich Saudi-Arabien bezahlt vor allem das wahhabitische Emirat Katar den Moscheebau in Europa. Kommt der Emir des Golfemirats Katar nach Deutschland, dann stehen unsere Politiker gern stramm, gilt der Emir doch als unendlich reich. Was man lieber verschweigt: Scheich Tamim bin Hamad Al Thani finanziert in Syrien und im Irak die islamische Terrormiliz Islamischer Staat - und in Deutschland eben die erwähnten Moscheeneubauten. Wegen unmenschlicher Arbeitsbedingungen hat das Image seines Wüstenstaates enorm gelitten. Dennoch will man sich überall in Europa von einem Emirat, das es mit den Menschenrechten nicht so genau nimmt, gern eine Vorzeigemoschee schenken lassen.

Der Emir von Katar finanziert den islamischen Dschihad, er bezahlte die größte Moschee Skandinaviens in Kopenhagen, und Katar finanziert alle Moscheeprojekte in französischen Vorstädten, wo in den Banlieues fast nur arbeitslose muslimische Jugendliche wohnen. Katar bekennt sich seit Langem schon ganz offen dazu, überall in Europa die Ausbreitung des radikalen und rückständigen wahhabitischen Islams zu finanzieren. Auch in Irland hat Katar 800 000 Euro für eine große Moschee in der Stadt Cork gespendet. In Italien baut Katar die größte Moschee des Landes auf Sizilien, und im spanischen Barcelona soll aus der größten Stierkampfarena ebenfalls eine Großmoschee werden. Katar ist wie ein Oktopus und arbeitet mit vielen Armen, nun eben auch in Deutschland. Der Emir von Katar beobachtet aufmerksam, wie viele Kirchen in Deutschland geschlossen oder ganz abgerissen werden sollen.

Angesichts derartiger Entwicklungen werden die Probleme immer größer. Nach Auffassung von Professor Gunnar Heinsohn, Fachmann für Bevölkerungsentwicklung, könnte es schon bis zum

Jahre 2050 islamische Mehrheiten in Deutschland geben, weil mit zunehmender muslimischer Zuwanderung auch die Abwanderung der ethnischen Deutschen steigen wird. Es könnte also nach dieser Gelehrtenmeinung durchaus sein, dass auch diejenigen, die in den 1950er- bis 1970er-Jahren geboren wurden, die Einführung der Scharia in Deutschland noch erleben werden.

Schon vor einigen Jahren schrieb Heinsohn: »Die Ethnodeutschen werden zur Minderheit, erst beim Nachwuchs und in einigen Jahrzehnten im ganzen Land.«¹⁸⁰ Lange, sehr lange haben wir das verdrängt. Man erkennt diesen nicht zu leugnenden Trend beispielsweise an den Moscheebauten. Die erste deutsche Moschee wurde im Jahre 1915, also mitten im Ersten Weltkrieg, für muslimische Kriegsgefangene in Wünsdorf bei Berlin errichtet. Der Holzbau wurde schon nach wenigen Jahren wieder abgerissen, weil es hierzulande keine Muslime mehr gab. Die älteste noch erhaltene deutsche Moschee ist die im Jahre 1928 errichtete Wilmersdorfer Moschee in Berlin. Mehr als drei Jahrzehnte lang wurde danach nicht eine einzige Moschee gebaut, erst in den 1960er-Jahren waren die ersten größeren Moscheebauten (etwa 1961 die Imam-Ali-Moschee in Hamburg und 1964 die Bilal-Moschee in Aachen) zu verzeichnen. Eine Generation später kann heute keiner mehr verlässlich die genaue Zahl der Moscheen und islamischen Gebetshäuser in Deutschland angeben. Vor einem halben Jahrzehnt zählte *Der Spiegel* etwa 3000, heute dürfte die Zahl weitaus höher liegen.

Während Norditalien 2015 den Moscheebau mit Gesetzen und extremen Auflagen stark einschränkte, bekommt in Deutschland, etwas überspritzt formuliert, jetzt quasi jede Kleinstadt und jedes Dorf eine Moschee. Wie beispielsweise das oberhessische Kirchhain. 2015 berichtete eine Lokalzeitung: »Es ist schon eine ganze Weile her, dass im Gasthaus zu den Linden das letzte Bierfass angestochen wurde. Wo sich einst fröhliche Zecher trafen, kommen künftig Muslime zum Gebet zusammen.«

Auch in den Krankenhäusern Deutschlands geschieht Erstaunliches: 2014 eröffnete das Klinikum Kassel einen islamischen Gebetsraum, im gleichen Jahr geschah das auch im Helios-Klinikum

Wuppertal sowie im Klinikum Friedrichshafen. In der Aalener Ostalb-Klinik entstand 2015 nach Angaben der *Heidenheimer Zeitung* eine »Mini-Moschee« - wie zuvor auch schon in den Mutlanger und Ellwanger Krankenhäusern. Das geht schon so seit etwa anderthalb Jahrzehnten.

2015 eröffnete das Hanauer Klinikum zwei weitere Räume für das »Gebet gen Mekka«, und natürlich gibt es im christlichen Klinikum Melle jetzt ebenfalls einen islamischen Gebetsraum; selbst das Marienhospital (!) in Osnabrück zog nach. Das alles hat aber angeblich nichts mit Islamisierung zu tun. Das christliche Marienhospital, dessen Wappen das christliche Kreuz ziert, ist vielmehr stolz darauf, dass man Tausende Euro für den islamischen Gebetsraum aufgewendet hat, der mit vorgetragenen Versen aus dem *Koran* von Imam Kemal Salihovic eingeweiht wurde. Wir merken offenbar nicht, was da in aller Stille passiert. Oder wir wollen es nicht wahrnehmen.

Von Heidelberg bis Offenbach, von Leverkusen bis Schwäbisch Gmünd, von Duisburg bis Schorndorf entstehen kleine Moscheen in unseren Krankenhäusern. Und dann heißt es, das Ganze solle nichts mit Islamisierung zu tun haben? Werden Kliniken so geplant, dass sie mit dem islamischen Leben konform gehen und selbst die Teppichstreifen gen Mekka ausgerichtet werden, dann nennen wir das heute »gelebte Toleranz«. Im Jahre 2008 nannte *Der Spiegel* die Minarette der Moscheen in Deutschland noch »Lanzen der Eroberer« (in der Titelgeschichte »Allah im Abendland«), heute wäre das ein undenkbarer Affront, weil solche Bezeichnungen ganz sicher den Islam »beleidigen« würden. Wir verbeugen uns vor ihm. In Hamburg gibt es heute, einem Bericht vom März 2015 zufolge, mehr Moscheen als katholische Kirchen. Dennoch fordert der Hamburger Oberbaudirektor: »Hamburg braucht mehr repräsentative Moscheen.«

Wo der Islam stärker wird, da müssen Christen Rücksicht nehmen. Man kann das zum Beispiel anhand neuer Kindergärten erkennen. Selbst im tiefsten, einstmals katholischen Bayern sollen neue Kindergärten heute keine christlichen Namen mehr erhalten.

Schließlich könnte ein christlicher Name ein muslimisches Kind »beleidigen«, das einmal in einen solchen Kindergarten gehen wird. Im bayerischen Markt Essenbach durfte im Frühjahr 2015 der neue Kinderhort nicht »St. Josef« benannt werden, weil das »die religiösen Gefühle« der Muslime beleidigen könne. Merkwürdig: Heißt ein Kindergarten »Wa Islamah«, dann haben wir damit überhaupt kein Problem. Unsere Kirchen werden derweilen geschlossen, abgerissen oder als Toiletten missbraucht - wie etwa die markante Stadtpfarrkirche St. Josef im Passauer Stadtteil Auerbach im November 2014.

Im Jahre 2010 wurde mitten in Aachen die Kirche St. Paul geschlossen, sie steht zurzeit leer. Die Herz-Jesu-Kirche in Berlin-Biesdorf wurde 2013 dichtgemacht, die St.-Antonius-Kirche in Bochum ereilte dasselbe Schicksal bereits 2012. Auch die Kirche St. Paul im türkischen Stadtteil Duisburg-Marxloh musste ihre Tore schließen, und zwar 2014. In Essen-Dellwig wurde die St.-Hermann-Josef-Kirche 2013 abgerissen, die Kirche St. Maria Königin in Essen-Haarzopf steht zum Verkauf, ebenso die Kirche St. Josef in Essen-Kupferdreh. Die Kirche St. Pius in Gelsenkirchen-Hassel soll abgerissen werden, ebenso wie St. Hedwig in Gelsenkirchen-Resse. Im Bistum Fulda wurde St. Michael in Wehretal-Hoheneiche 2012 geschlossen. Im Bistum Hamburg wurde in Barmstedt die Kirche Heilige Familie im Jahre 2012 abgerissen, 2013 schlossen die Kirchen St. Bartholomäus und Heilig Kreuz in Neumünster sowie Maria Königin in Ahrensböck.

Im Bistum Hildesheim wurden in den vergangenen Jahren folgende Kirchen geschlossen: St. Bruder Konrad in Hannover-List (2013), Heiliges Herz Jesu in Neuhaus (2013), St. Joseph in Eitzum (2013), St. Theresia vom Kinde Jesu in Cremlingen (2014), St. Hedwig in Volksen (2014), St. Christophorus in Holtensen (2014), St. Maria Goretti in Meinersen (2014), Heiliges Kreuz in Bremen (2014) und Heilige Familie in Rodewald (2015). Ich höre an dieser Stelle mit der Auflistung, die man unendlich fortsetzen könnte, auf. Die Entwicklung ist keineswegs typisch nur für Deutschland, sie gilt auch für alle anderen europäischen Länder.

Zwei Beispiele: In den Niederlanden sollen zwei Drittel der (noch) 1600 Kirchen in den nächsten zehn Jahren abgerissen oder verkauft werden - und 700 werden innerhalb von vier Jahren schließen. In nur einer Generation hat sich die Zahl der Christen in den Niederlanden halbiert, weniger als 30 Prozent der Bevölkerung gehörten 2014 noch einer Kirche an. Auch in Dänemark ist es nicht anders: Dort hat man in den vergangenen Jahren 200 Kirchen geschlossen.

In Deutschland hat allein die katholische Kirche im vergangenen Jahrzehnt 515 Kirchen für immer dichtgemacht. Die Salzburger Kollegienkirche, Inbegriff für ein katholisches Österreich, öffnete im Sommer 2014 ihre Tore, damit der islamische Sufi-Orden dort seine Riten und Zeremonien durchführen konnte.

Pfarrer und Priester, die sich gegen die Öffnung der Kirchen für fremde Religionen und gegen die schleichende Islamisierung wenden, werden sofort aus dem Amt gejagt oder müssen ihre Gemeinde verlassen. Ein Beispiel: Am 24. Januar 2015 hatte sich Pfarrer Norbert Zawilak aus Deining bei Neumarkt in seiner Kirchengemeinde gegen die Islamisierung ausgesprochen. Zunächst musste er sich auf Druck der Kirche hin krankmelden. Sechs Wochen später durfte er schließlich seine Koffer packen und auf seine Stelle verzichten. Deutsche Medien hatten ihn zuvor zu einer Art christlichem Hassprediger stilisiert. Eine Ausnahme machte nur der Bremer Pfarrer Olaf Latzel, der es 2015 der Rückendeckung seiner Gemeinde zu verdanken hatte, dass man ihn nach klaren Worten gegen den Islam nicht auch aus dem Amt beförderte.

Zugleich entstehen merkwürdige Situationen, die vor Jahrzehnten noch unvorstellbar gewesen wären: In Eschweiler wurden 2012 die Glockenschläge der christlichen St.-Bonifatius-Kirche im Stadtteil Dürwiß in der Zeit von 22 Uhr abends bis sechs Uhr morgens abgestellt, weil sich Mitbürger durch das christliche Geläut gestört fühlten. Die St.-Bonifatius-Kirche steht am Stadtrand, das Glockengeläut war also ganz sicher nicht in der ganzen Stadt zu hören. Ganz anders ist es mit dem Ruf des Muezzins, der seit Anfang 2013 mitten in Eschweiler erschallt. Nur einen Steinwurf vom Rathaus entfernt genehmigte der gleiche Bürgermeister, der das Kirchen-

geläut stundenweise verboten hatte, den Ruf des Muezzins. »Allah ist größer«, erschallt es dort nun über die Lautsprecheranlagen.

Als der ZDF-Reporter Abdul-Ahmad Rashid über die kulturelle Bereicherung mitten aus Eschweiler berichtete, sagte er ins Mikrofon: »Nein, wir sind nicht in der Türkei und nicht in Ägypten, sondern in Eschweiler.« Auch in Würselen bei Aachen ruft seit 2013 der Muezzin an der Schweilbacher Straße per Lautsprecheranlage die gläubigen Muslime zum Gebet. Nach Düren, Herzogenrath, Stolberg und Eschweiler ist Würselen schon die fünfte Gemeinde im Umfeld von Aachen, in der der Muezzin ruft. Christliche Glocken verstummen, während der Ruf des Muezzins an immer mehr Orten erschallt.

Doch das alles ist eben erst der Anfang. Es gibt derzeit vertrauliche Gespräche darüber, wegen des demografischen Wandels nicht mehr benötigte christliche Kirchen den gerade neu angekommenen muslimischen Mitbürgern in Deutschland zu schenken, statt sie abzureißen.

KAPITEL VI

Unterwanderung auf allen Ebenen

Tittytainment: Ablenkung mit Sex und Unterhaltung

Um das, was gerade in Bezug auf das Thema »Innere Sicherheit« geschieht, wirklich verstehen zu können, braucht man Hintergrundwissen. Wer die Wahrheit ergründen will, der sollte auch wissen, mit welchen perfiden Tricks wir von der richtigen Fährte abgelenkt werden. In der Antike lauteten die Herrschaftsmaximen dafür »Brot und Spiele« (panem et circenses) sowie »teile und herrsche« (divide et impera).

Glauben Sie wirklich, dass sich in der Zwischenzeit etwas daran geändert hat? Gewiss, es gibt heute kein Kolosseum mehr wie im Alten Rom, wo Gladiatoren die Bürger bei Laune halten sollten. Aber die wichtigsten Führer der Welt haben vor mehr als 20 Jahren bei einem Treffen in San Francisco einen völlig neuen Begriff für »Brot und Spiele« gefunden: »Tittytainment«. Die Menschen der wohlhabenden Welt - also auch wir Europäer - sollen von dem, was jetzt auf sie zurollt, mit möglichst viel Sex und ebenso viel Unterhaltung eingelullt und abgelenkt werden. Darüber hinaus wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Nein, das ist leider keine Verschwörungstheorie. Man kann es Schritt für Schritt belegen.

Vor der EU-Osterweiterung und der Öffnung der Grenzen hatten fast alle Politiker den Bürgern versprochen, dass es künftig mehr Sicherheit und weniger Kriminalität geben werde. Inzwischen ist Ernüchterung eingekehrt. Die Einzigen, die jetzt noch allen Grund zur Freude haben, sind internationale Konzerne und Kriminelle.¹⁸¹ Sie haben infolge der offenen Grenzen freie Fahrt. Unsere Sicherheit hat sich dafür in nur wenigen Jahren radikal zum Schlechten verändert. Jene, die das ausbaden müssen und unter den Folgen leiden - also wir Bürger -, werden derweilen mit Methoden wie im

Alten Rom, die auf unsere heutige Zeit angepasst sind, etwa dem Tittytainment, abgelenkt. Beispielsweise vom Zusammenbruch unserer sozialen Sicherungssysteme, die, wenn sie nicht mehr existieren, auch die Innere Sicherheit zerstören. Wenn jene Menschen, die Teile ihres hart erarbeiteten Einkommens in eine Solidarkasse einbezahlt haben, um im Alter oder in Notzeiten eine Absicherung zu haben, erkennen müssen, dass Politiker das einbezahlte Geld skrupellos verzockt haben, dann sind Unruhen wohl noch das höflichste Wort für die Zustände, die auf uns zukommen werden. Dann hilft auch kein Tittytainment durch die Lügenmedien mehr.

Goodbye soziale Sicherheit: Asylanten zerstören den Sozialstaat

Der Ökonom Professor Bernd Raffelhüschen schätzt die Folgekosten des Asylantenansturms allein in Deutschland auf etwa eine Billion Euro.¹⁸² Andere Fachleute prognostizieren den Zusammenbruch unserer Sozialstaaten.

Wer in eine staatliche Rentenversicherung einzahlt, der vertraut darauf, dass er eines Tages auch selbst Geld ausbezahlt bekommt. Und wer in Not gerät, der hofft ebenfalls wie selbstverständlich auf die Leistungen des Sozialstaates. Das alles könnte jedoch schon bald der Vergangenheit angehören, denn immer mehr führende Politiker sprechen jetzt Klartext und bereiten die Bürger auf die sich abzeichnende Entwicklung vor. Schon 2015 sorgte Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem für Aufsehen mit einer Äußerung, nach der die Sozialstaaten in der EU zusammenbrechen werden, wenn »der Zustrom der Asylbewerber weiter anhält«¹⁸³. Er erwartet, dass die EU zerfallen und es wieder, wie früher, flächendeckende Grenzkontrollen geben wird. Am Ende werde es eine neue, kleinere Gemeinschaft von europäischen Staaten geben, zu denen nur die Niederlande, Deutschland, Österreich, Belgien und vielleicht noch Schweden gehören werden. Die Sozialstaaten werden allerdings nur noch Geschichte sein.

Wer das für eine Verschwörungstheorie hält, der hört besser Professor Raffelhüschen zu. Der Freiburger Wissenschaftler ist eng verbandelt mit der Bundesregierung und spricht von einer Billion Euro, die uns die Asylanten künftig dauerhaft kosten könnten.¹⁸⁴ Auch den Optimisten unter den Asylhelfern in der Politik wird langsam klar, dass Migrant*innen unsere Sozialsysteme in den nächsten Jahren nicht etwa finanzieren, sondern leeren werden. Schon 2015 hatte auch Uwe Brandl, der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, vor sozialen Unruhen in Deutschland gewarnt, weil die Steuerzahler die absehbaren hohen Kosten für die vorwiegend muslimischen Einwanderer nicht zu tragen bereit sein werden. Brandl schätzt, dass in Deutschland schon in fünf Jahren etwa 20 Millionen Muslime leben werden, und hebt bezüglich dieser Entwicklung hervor: »Wir schauen nur dabei zu.«¹⁸⁵

In Wahrheit aber unterstützen wir diese Entwicklung sogar noch, denn es gibt fast alle Merkblätter zu Sozialleistungen jetzt auch auf Arabisch, damit die Asylbewerber bloß nicht die deutsche Sprache erlernen müssen, um an die begehrten Sozialleistungen zu gelangen.¹⁸⁶ So informiert die Bundesagentur für Arbeit Asylbewerber über deren Ansprüche auf Sozialleistungen, damit diese nur keine Leistungen »verschenken«. Dazu wurde in einem ersten Schritt ein »Informationsflyer« in arabischer Sprache zu Kindergeldansprüchen erstellt, hinzu kommen weitere Merkblätter auf Arabisch über andere Sozialleistungen - auch für noch im Ausland zurückgebliebene Familienangehörige. Gemeindetagspräsident Uwe Brandl sagte zu dieser Entwicklung: »Eine vierköpfige Flüchtlingsfamilie bekommt bis zu 1200 Euro monatlich an Transferleistungen. Plus Unterkunft und Verpflegung. Und dann gehen Sie mal zu einem arbeitslosen deutschen Familienvater, der vielleicht 30 Jahre gearbeitet hat und nun mit seinen Angehörigen nur unwesentlich mehr erhält. Diese Menschen fragen uns, ob wir das als Politiker wirklich als gerecht empfinden.«¹⁸⁷

Es gibt viele, die bewusst oder aus Naivität bei der Zerstörung des deutschen Sozialstaates helfen - und sich dabei offenkundig auch noch richtig gut fühlen. Etwa die Technische Hochschule

Deggendorf. Von dieser bekam ich im Mai 2016 eine Rund-Mail (Betreff: »Ehrenamtliche Helfer für Caritas gesucht«), die von einer Sabrina H. unterzeichnet war. Darin hieß es:

»Gesendet: Montag, 2. Mai 2016, 14:17

An: **gesamtpersonal; Studenten**

Betreff: Ehrenamtliche Helfer für Caritas gesucht

Sehr geehrte Professorinnen und Professoren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende, erneut sind wir auf der Suche nach ehrenamtlichen Sprachhelfern für die Geflüchteten der Erstaufnahmeeinrichtung in Deggendorf. (...) Durch den Wegfall kostenloser professioneller Sprachkurse in der Einrichtung und die Umverteilung von Geflüchteten aus der Region nach Deggendorf besteht im Moment akuter Bedarf an Sprachhelfern. (...) Zudem sucht die Caritas ehrenamtliche Unterstützung in der Betreuung der Geflüchteten, insbesondere geht es um Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen (Jobcenter, Kindergeld, etc.) ...

Besten Dank!

Herzliche Grüße/Kind regards

Sabrina H.«

Im Klartext: Professoren und Studenten sollen also als vorbildliche Gutmenschen die Asylanten auch noch kollektiv dabei unterstützen, möglichst das Optimum an Leistungen aus unserem Sozialsystem herauszumelken. Kein Wunder, dass Menschen wie Professor Raffelhüschen inzwischen mit Billionenkosten für die Solidargemeinschaft rechnen,¹⁸⁸ wobei der anschließende Zusammenbruch des Sozialsystems die Folge sein dürfte.

Es ist klar, dass die politischen Parteien vor dem Hintergrund dieser Entwicklung auch unsere Rentenansprüche nicht mehr in der bisherigen Höhe werden erfüllen können. Der Bevölkerungswissenschaftler Professor Birg, dem ich in diesem Buch ein eigenes

Kapitel gewidmet habe, hat anschaulich vorgerechnet, wie die Asylantenzahlen auch unser Renten- und Pensionssystem in die Knie zwingen werden. Das gilt also für Beamte ebenso wie für Arbeitnehmer und Angestellte.

In Griechenland testet die EU übrigens schon seit 2015, wie viel Widerstand es in der lokalen Bevölkerung gibt, wenn man alle bisherigen Rentenversprechen auf einen Schlag komplett streicht und das System völlig neu und nach bislang für unmöglich und absurd gehaltenen Grundsätzen aufbaut. Es hat sich zwar bis in den deutschsprachigen Raum herumgesprochen, dass die Griechen künftig länger arbeiten sollen, um einen Rentenanspruch zu erwerben, unerwähnt bleibt bislang allerdings in deutschsprachigen Medien, dass neben dem Alter viele weitere Voraussetzungen erfüllt sein sollen, um als Grieche im letzten Lebensabschnitt auch nur einen Bruchteil der selbst eingezahlten Beiträge in Form einer kleinen Rente wiederzusehen. Das von der EU erarbeitete und dem sogenannten »Komitee der weisen Männer« des griechischen Parlaments vorgelegte, 28 Punkte umfassende neue Rentenmodell schaffte das seit 1934 in Griechenland bestehende Umlagemodell ab. Einer der wichtigsten Grundsätze bei dem (auch in Deutschland bislang noch ähnlich bestehenden) System lautet, dass die Leistungen für den Einzelnen grundsätzlich äquivalent zu den einbezahlten Beiträgen sind, Fachleute nennen das »Individualäquivalenz«. Ungleichbehandlungen kommen nur aufgrund des zusätzlichen Solidarprinzips zustande, weil zum Beispiel bei Frauen auch Kindererziehungszeiten anerkannt werden. Es gibt also in kleinerem Umfang auch Leistungen, denen keine Beitragszeiten gegenüberstehen. Dieses System wurde nun - als Testfall für ganz Europa - in Griechenland zerschlagen. Ob jemand überhaupt Rente bekommt, richtet sich zwar auch noch nach den eingezahlten Beiträgen, allerdings werden das eigene Vermögen und auch das von Verwandten angerechnet. Das neue staatliche Rentensystem nennt sich »flexible Rente«. Diese »Flexibilität« der Rentenhöhe bezieht sich dabei jetzt auf die Einnahmen der griechischen Rentenkasse: Wenn weniger Einnahmen vorhanden sind, wird die Rentenhöhe vollautomatisch

gekürzt. Es gibt also keine feste und vom Staat garantierte Rentenhöhe mehr.

Wie gleichgeschaltet jubeln unterdessen unsere Leitmedien weiter über die ständig wachsende Zahl von Asylbewerbern, die schließlich alle auch einmal Rente bei uns beziehen möchten. Es gibt diesbezüglich allerdings viele Fakten, die uns verschwiegen werden, denn die Migranten werden zu einer Last für unsere Sozialsysteme - und nicht etwa zu deren Finanziers.

Von den rund 200 000 Flüchtlingen, die nach offiziellen Angaben beispielsweise im Jahre 2014 nach Deutschland kamen, konnten bislang gerade einmal sechs Prozent eine Arbeit vermittelt werden. 94 Prozent der Flüchtlinge des genannten Jahres sind weiterhin arbeitslos und auf staatliche Zuwendungen angewiesen. Dabei hat die Bundesagentur für Arbeit in allen größeren Städten und Ballungsgebieten Modellprojekte laufen, um vor allem hoch qualifizierten Asylbewerbern schnell eine Arbeit zu vermitteln. Die Ergebnisse sind allerdings ernüchternd. Beispiel Berlin: Dort gab es ein Modellprojekt für 800 ausgewählte qualifizierte Flüchtlinge, die bevorzugt am Arbeitsmarkt integriert werden sollten. Doch nach anderthalb Jahren konnte auch bei diesem bundesweit beachteten Vorzeigeprojekt gerade erst einmal 46 Flüchtlingen eine Arbeit vermittelt werden. 13 weitere hatten einen Ausbildungsplatz erhalten. 42 Prozent der 43 Vermittelten besaßen ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Die meisten der Flüchtlinge hatten nicht etwa einen Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe, sondern einen »Helferjob« in der Betreuungsindustrie bekommen. Überträgt man die Daten auf die Flüchtlingszahlen des Jahres 2015, dann werden von diesen höchstens 200 eine Arbeit finden.

Es sind solche Erfahrungen, die andere westliche Staaten mit hohem Wohlstandsniveau dazu veranlasst haben, die Grenzen zu schließen. Ein Beispiel: Obwohl Japan bei der sogenannten »Schrumpfung« (also dem demografischen Umbau der Alterspyramide) schon wesentlich mehr Alte und noch viel weniger Junge als Deutschland aufweist, anerkennt Tokio kaum noch einen Asylbewerber. Im Jahre 2014 hatte Japan elf Asylbewerber aner-

kann: - und Tausende abgelehnte Antragsteller deportiert. Die Japaner sind davon überzeugt, dass sie ihren technologischen Vorsprung und ihren Wohlstand nur sichern können, wenn die schrumpfende hochintelligente eigene Bevölkerung nicht auch noch für Massen von gering qualifizierten Zuwanderern aufkommen muss, die dem Land auf dem Gebiet der Patentanmeldungen und dem Sektor des technologischen Vorsprungs nichts bringen werden. Tatsache ist, dass Japan trotz schrumpfender Bevölkerung mit den verbliebenen intelligenten Älteren jetzt jährlich doppelt so viele neue Patente anmeldet wie das international immer schneller zurückfallende Deutschland. Japan gehört zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate der Welt. Man ist in Tokio davon überzeugt, dass die Einwanderung kulturfremder Armutsflüchtlinge demografische Probleme nicht lösen kann, sondern zum rasanten Niedergang führen wird.

Der früher an der Universität Bremen lehrende Professor Gunnar Heinsohn prognostiziert den Deutschen derweilen, dass sie ihre »Willkommenskultur« für die vielen Geringqualifizierten nun schnell und flächendeckend mit dem sozialen Abstieg bezahlen werden. Das derzeitige statistische Durchschnittseinkommen der Deutschen in Höhe von rund 44 000 Euro jährlich werde binnen weniger Jahre auf etwa 15 000 Euro abfallen; jeder Deutsche werde wegen der Zuwanderung aus Ländern der Dritten Welt etwa zwei Drittel seines Wohlstandes dauerhaft abgeben müssen. Der Grund dafür sei einleuchtend: Heute finanzieren zwei Gutverdiener eine sozial schwache Familie. Der massenhafte Zustrom von sozial Schwachen werde zur ebenso massenhaften Abwanderung von Hochqualifizierten aus Deutschland führen, die den Zuständen in ihrer Heimat entfliehen und in vielen Ländern (etwa Kanada, Neuseeland und Australien) gern aufgenommen würden. Als Folge werde ein Arbeitnehmer sehr bald drei oder vier sozial schwache Familien finanzieren müssen. Zwar werde es ganz sicher keinen Hunger in Deutschland geben, dafür aber »brasilianische Verhältnisse«. Heinsohn sagte im Radiosender RBB, die gut ausgebildeten jungen Deutschen könnten sich heute »mit dem Finger auf der Landkarte aussuchen«,

wohin sie gehen werden. Es sei eine Illusion, zu glauben, dass sie bei den sich abzeichnenden Zuständen in Deutschland bleiben würden. Man sollte das alles wissen, denn es sind weitere Punkte, die für zunehmende Unruhe in der Bevölkerung sorgen werden.

Von der Völkerwanderung zum Bürgerkrieg

Es gibt von seriösen Einrichtungen für Deutschland entwickelte Studien, die machen einen Steuerzahler geradezu fassungslos. Denn obwohl die Bundesregierung immer höhere Milliardenbeträge an Steuern einnimmt, fährt sie das Land seit Jahrzehnten auf Verschleiß: Von den Straßen über die Schulen, Universitäten und Kindergärten bis hin zu den Brücken ist alles marode. Nach Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau droht in jeder dritten deutschen Kommune der Zusammenbruch der Wasser-, Strom- oder Gasversorgung, weil die Leitungsnetze seit Jahrzehnten nicht gewartet wurden und auch weiterhin nichts investiert wird.¹⁸⁹ Demnach müssen sich die Deutschen auf Verhältnisse wie in Italien oder Spanien einstellen, wo regelmäßig für Stunden die Strom- und/oder Wasserversorgung ausfällt.

Derartige Entwicklungen sollen die Bundesbürger natürlich möglichst nicht mitbekommen. Es ist doch alles so schön bunt. Deshalb hält die deutsche Bundesregierung viele Studien zu den möglichen Szenarien in Bezug auf Deutschlands unmittelbare Zukunft unter Verschluss. Die darin enthaltenen Aussagen von Wissenschaftlern sind nämlich in der Tat nicht erfreulich, was auch kein Wunder ist, denn Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat 2016 die Pforten für ein Horrorszenario geöffnet. So sieht es nach seinen jüngsten öffentlich einsehbaren Warnungen jedenfalls Professor Christian Pfeiffer, Deutschlands bekanntester Kriminologe. Die angekündigte Visafreiheit für türkische Staatsbürger, die Teil eines Handels ist, mit dem Merkel den Flüchtlingsstrom über den Balkan reduzieren wolle, sei ein Schuss, der nach hinten losgehen

könne, denn möglicherweise werden zwar weniger Syrer, Afghanen und Iraker kommen, dafür aber ganz sicher Massen von Armutsflüchtlingen aus der Türkei. Die benötigten dann schließlich kein Visum für Deutschland und könnten in beliebiger Zahl jederzeit zu ihren Freunden und Verwandten, die hierzulande leben, reisen. Sie müssten nicht einmal einen Integrationskurs besuchen und sich nicht anpassen. Pfeiffer erklärt, dass mit der Visafreiheit Erdogan so gleich zwei Gruppen loswerde, mit denen er nicht viel anfangen könne: die ärmeren Türken und die Kurden. Die würden ihr letztes Geld zusammenkratzen, um nun möglichst schnell ins gelobte Deutschland zu kommen. Pfeiffer fügt hinzu, dass er die Visa-freiheit für die Türken sogar für gefährlich halte: »Reisefreiheit zu gewähren ist ein großer Fehler. Da holen wir uns wesentlich mehr Wirtschaftsflüchtlinge ins Land, als wir uns jetzt auf der anderen Seite mithilfe der Türkei fernhalten wollen.«¹⁹⁰

Was der Kriminologe Christian Pfeiffer sagt, das ist im Gegensatz zu den nachfolgend zitierten Studien öffentlich einsehbar. Letztere sind noch weitaus verheerender als jenes Horrorszenario, das uns Christian Pfeiffer schon angedeutet hat. Nach den für das Kanzleramt erstellten aktuellen Studien bringt jedes denkbare Szenario, das für Deutschland möglich ist, den Einwohnern in den kommenden Monaten in jedem Fall mehr Zuwanderung wie auch erheblich mehr Kriminalität und Unruhe. Am Ende wird es viele deutsche Ballungsgebiete geben, in denen bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Selbst wenn der Krieg in Syrien morgen beendet würde, es keine weitere Armut mehr in Afrika gäbe und alle Menschen in den existierenden Flüchtlingslagern bestens versorgt würden, kämen in dem optimistischsten (aber absolut unrealistischen) Szenario innerhalb weniger Monate mindestens 800 000 weitere Armutsflüchtlinge nach Deutschland, weil sie ihre Familien, Verwandten oder Freunde hier haben und nirgendwo anders mehr eine Zukunft sehen.

Dieses »optimistische Szenario« beinhaltet bereits die Schließung der Balkanroute und berücksichtigt, dass die Menschen dann über den Kaukasus oder das Mittelmeer (etwa über die italienische,

französische oder spanische Küste) in Richtung Deutschland ziehen werden.

Das Fatale am Abkommen mit der Türkei vom Frühjahr 2016 ist Folgendes: Es kostet die deutschen Steuerzahler nicht nur Milliarden von Euro und bringt ihnen mit großer Wahrscheinlichkeit einen Zustrom von Massen an armen Türken, sondern es ändert letztlich nichts an dem Umstand, dass weiterhin viele Flüchtlinge aus Nahost und Nordafrika kommen, von denen nach diesem Szenario mindestens 800 000 eben über andere Wege nach Deutschland gelangen werden. Der von Merkel als Erfolg verkaufte Handel mit der Türkei war somit nur ein rein propagandistischer, der kurzfristig von den Problemen ablenken und die Umfragewerte der Kanzlerin vor der Bundestagswahl 2017 erhöhen sollte.

Für weitaus realistischer hält man im Kanzleramt aber jene Studien, nach denen der Bürgerkrieg in Syrien andauern, weitere Konflikte in Nahost und Afrika hinzukommen und in kurzer Zeit zwischen 2,3 und 3,7 Millionen »Flüchtlinge« nach Deutschland kommen werden - und zwar *zusätzlich* zu denen, die jetzt schon hier sind! Der weitaus größte Teil von ihnen wird nach den Berechnungen, denen Einschätzungen des Bundesnachrichtendienstes, deutsche Botschaftsberichte aus Afrika und Nahost sowie Auftragsstudien, die an in der Region tätige Entwicklungsorganisationen vergeben wurden, zugrundeliegen, über das Mittelmeer und dann aus Richtung Italien und Spanien nach Deutschland kommen. Die wenigsten werden dann »Flüchtlinge« aus Ländern wie Syrien sein. Beim Großteil derer, die sich in diesen Tagen in ihren Herkunftsländern auf den Weg in Richtung Deutschland machen, handele es sich um Menschen aus instabilen afrikanischen Ländern wie dem Tschad, dem Kongo, Nigeria, dem Sudan, Eritrea, Äthiopien und Somalia sowie aus den nahöstlichen Konfliktherden um Pakistan, Afghanistan, dem Irak und latent terrorgefährdeten Ländern wie Ägypten.

Unterdessen warnt die Bundesanstalt für Arbeit in einer internen Einschätzung vor der Auffassung, dass deutsche Unternehmen einen größeren Teil der erwarteten Migrationsströme in den Ar-

beitsmarkt würden integrieren können. Allenfalls zehn Prozent der Einreisenden aus Afrika und Nahost hätten eine Qualifikation. Bei vielen, die bislang nach ihrem Asylantrag in Deutschland als Schulabgänger eingeordnet worden seien, habe sich herausgestellt, dass die einzige Schulbildung im Besuch einer Koran-Schule bestanden habe.

Da auf dem deutschen Arbeitsmarkt »fachspezifisches Wissen und Können« unabdingbar sei, müssten bis zu 90 Prozent der Asylbewerber als dauerhaft nicht vermittelbar geführt werden. Auch die wenigen hier eintreffenden Facharbeiter oder Akademiker hätten keine Ausbildung, die mit einer europäischen vergleichbar sei. Zudem scheiterten mehr als drei Viertel an der Sprachbarriere. Zusammenfassend erwartet das Kanzleramt nach allen dort vorliegenden Studien und internen Lageeinschätzungen, dass noch Millionen weitere Asylbewerber nach Deutschland kommen werden. Der sich schon jetzt abzeichnende starke Anstieg bei der Kriminalität werde zu einer Explosion von Straftaten führen, die die Innere Sicherheit zu einer Farce werden lassen.

Vielleicht sollte man in diesem Zusammenhang auch einmal über die geistigen Fähigkeiten derjenigen sprechen, die in großer Zahl zu uns gekommen sind, denn sie verfügen angeblich überwiegend über einen durchschnittlich sehr niedrigen Intelligenzquotienten (IQ). Der Chemnitzer Psychologieprofessor Heiner Rindermann (49) sorgt für Unmut bei Politik und Medien, weil er Asylbewerbern eine geringere Intelligenz als Deutschen bescheinigt. Die Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften und das Institut für Psychologie der TU distanzieren sich von seinen Aussagen. Rindermann schrieb im Magazin *Focus*: »Die Mehrheit der Einwanderer aus Südosteuropa, Vorderasien und Afrika weist kein hohes Qualifikationsprofil auf.«¹⁹¹ Selbst Flüchtlinge, die aus den Golfstaaten stammen und über ein Uni-Diplom verfügen, hätten lediglich einen Durchschnitts-IQ von 93 (in mathematischen und figuralen Aufgaben). Dazu Rindermann: »Ein Fähigkeitsniveau von einheimischen Realschülern.« Angebliche Ingenieure, die da kommen, sind demnach allenfalls so gebildet wie deutsche Realschüler.¹⁹²

Man spricht in Deutschland nicht gern darüber. Es ist ein Tabu, und falls es doch einer tut, dann hagelt es sofort Proteste. Der saarländische Innenminister Klaus Bouillon (CDU) hat diese Erfahrung machen müssen. Weil Asylbewerber häufig behaupten, die höchsten Schulabschlüsse gemeistert zu haben, aber keine Zeugnisse vorweisen können, wollte er 600 von ihnen zum Intelligenztest schicken. Sie sollten freiwillig mitmachen. Mittels des Tests sollte lediglich herausgefunden werden, ob man sie so gezielter an bestimmte Bereiche unseres Arbeitsmarktes heranführen könne.¹⁹³ Klaus Bouillon, zeitgleich auch Chef der deutschen Innenministerkonferenz, erlebte das, was man im Internet einen Shitstorm nennt. Petra Berg, Generalsekretärin der saarländischen SPD, erklärte: »Die Forderung schürt massiv Vorurteile und offenbart ein menschenverachtendes und diskriminierendes Menschenbild.« Intelligenz sei doch nichts Statisches, das man einfach so testen könne.¹⁹⁴

Dabei ist nicht zu leugnen, dass die Masse jener, die aus Nahost und Afrika in den deutschsprachigen Raum kommen, höflich ausgedrückt, keine großen schulischen Leistungen vorweisen kann. Ludger Wößmann vom Münchener ifo Institut sagt jetzt: »Vom Lernstoff her hinken syrische Achtklässler fünf Schuljahre hinter gleichaltrigen deutschen Schülern hinterher.«¹⁹⁵ Zwei Drittel können kaum lesen und schreiben. Und laut Handelskammer München brachen 70 Prozent der Azubis aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, die vor zwei Jahren eine Lehre begonnen hatten, diese wieder ab, weil ihnen der Stoff zu schwierig war. Unbestritten ist, dass die Klassenleistung mit vielen ausländischen Kindern sinkt. Genau diese Menschen bringen uns auch mehr Kriminalität.¹⁹⁶

Wüssten die Leser, wie dreist solche zugewanderten Kriminellen lügen und wie naiv wir diesen Menschen erst einmal alle Lügen glauben, dann würden sie wahrscheinlich schlaflose Nächte haben. Ein Beispiel: Ende 2015 traf im Landkreis Kassel ein somalischer Flüchtling ein, der in seiner Selbstdarstellung vor der Gewalt in seiner Heimat geflohen war. Angeblich, so der Somalier, hatte er in seinem Heimatland als »Atomphysiker« gearbeitet. Nun gibt es in

Somalia weder ein Kernkraftwerk noch Nuklearforschung oder einen Studiengang, der auch nur entfernt mit Atomphysik zu tun hätte. Die Mehrheit der Bürger dort sind vielmehr Nomaden, und wer nicht von der Landwirtschaft lebt, der kann als Pirat vor der Küste Fremde ausrauben. Das ist in Somalia eine derart normale »Berufstätigkeit«, dass nicht nur die deutsche Bundesmarine vor der somalischen Küste Handelsschiffe vor den dortigen Kriminellen schützen muss. Aus diesem Land kam nun unser angeblicher »Atomphysiker« und wurde einer Asylantenunterkunft im hessischen Nieste zugewiesen. Nach einer kurzen Eingewöhnungsphase wurde der »Atomphysiker« dann aktiv: In der Kasseler Innenstadt ging er mit gezücktem Messer auf Menschen los und forderte Geld. Wer nicht zahlte, der wurde abgestochen. Der »Atomphysiker« aus dem Land der kriminellen Piraten hat nun das große Los gezogen. Er wurde inhaftiert und bekommt jeden Monat trotz Haft 109 Euro in bar vom Landkreis Kassel ausbezahlt.¹⁹⁷ Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz steht nämlich auch inhaftierten Asylanten, die sich in Untersuchungs- oder Abschiebehäft befinden, der Geldbetrag zur Deckung des notwendigen persönlichen Bedarfs zu, den auch nicht-inhaftierte Asylanten erhalten. Deutsche Mithäftlinge des somalischen »Atomphysikers«, die im Gefängnis nicht arbeiten, bekommen nur 33 Euro Taschengeld im Monat. Wie man sieht, lohnt sich Kriminalität in Deutschland, wenn man aus einem Land der Piraterie und Halbnomaden kommt und nur immer schön lügt.

Weil es kein Konzept dafür gibt, wie die Innere Sicherheit bei den vorliegenden Szenarien gewährleistet werden kann, wird es - so die Einschätzung im Kanzleramt - in immer mehr Ballungsgebieten zu schweren Unruhen kommen, bei denen der Notstand ausgerufen werden müsste. Klaus Jürgen Bade, der wohl bekannteste deutsche Migrationsforscher, sieht das anders. Er sorgt derzeit international für Aufsehen, weil er schon jetzt von englischsprachigen Medien dahingehend zitiert wird, dass Europa sich im Kriegszustand gegen Flüchtlingsströme befinde.¹⁹⁸

Unterdessen ist die Bundeswehr nach Angaben aus dem Verteidigungsministerium erst einmal angewiesen worden, sich gemein-

sam mit anderen europäischen Armeen auf die Niederschlagung von Unruhen im Inland vorzubereiten. Als wichtigste Einheit gilt dafür die niederländisch-deutsche »Division Schnelle Kräfte« (DSK), die zuletzt beim Manöver »Red Griffin 2015« Gefechtssimulationen bei Aufständen in Ballungsgebieten übte und auch Erhebungen meuternder Soldaten niederschlagen muss. Zum Einsatz kommen soll auch die den meisten Deutschen völlig unbekannt, 250 Mann starke neue deutsche Polizeieinheit »BFE+« (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit plus). Diese wird derzeit in Blumberg bei Berlin aufgebaut und erhält schwere Standardwaffen wie die Bundeswehr. Die neue BFE+ wird bei der Bundesbereitschaftspolizei unter dem Deckmantel der »Terrorabwehr« aufgestellt.

So werden unsere Armeen unterwandert

Seit dem Jahre 2015 weisen ranghohe Militärs und Politiker öffentlich darauf hin, dass die deutsche Bundeswehr und das österreichische Bundesheer schnell von radikalen Muslimen unterwandert werden.

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) - also der Geheimdienst der Bundeswehr - warnt zunehmend lauter vor immer mehr radikalen Muslimen in den deutschen Streitkräften, die dort als Soldaten ihren Dienst verrichten. Christof Gramm, der Chef des Bundeswehrgeheimdienstes, erklärte schon im März 2015: »Wir sehen das Risiko, dass die Bundeswehr als Ausbildungscamp für gewaltbereite Islamisten missbraucht werden kann.«¹⁹⁹ Auf der Seite der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) kämpfen demnach schon jetzt Muslime, die ihr Kriegshandwerk bei der Bundeswehr gelernt haben. Der MAD-Geheimdienstchef warnt: Die Bundeswehr wird von radikalen Muslimen als Ausbildungscamp missbraucht.²⁰⁰

Die Bundeswehr spürt Woche für Woche mehr Druck von den Islamisten in den eigenen Reihen. Schon jetzt gibt es etwa getrennte Gabeln und Schöpflöffel für gläubige Muslime und »Ungläubige« in den Kantinen der Bundeswehr.²⁰¹ Zudem ist es nur noch eine

Frage der Zeit, bis die deutsche Bundeswehr einen Militär-Imam bekommt - wie er in Österreich schon üblich ist. Die Initiative Liberaler Muslime Österreichs (ILMÖ) hat in einem offenen Brief an den Wiener Verteidigungsminister Gerald Klug und auch die Deutschen davor gewarnt, dass radikale Muslimbrüder und Anhänger des Islamischen Staates sowohl die österreichische Armee als auch die deutsche Bundeswehr unterwandern.²⁰² Vor allem in Deutschland strömen demnach viele radikale junge Muslime in die Bundeswehr, um den Umgang mit schweren Waffen zu erlernen. Und die Militär-Imame gehören angeblich fast durchweg zum radikalen Islamlager. Die muslimische Initiative weist auch darauf hin, dass es im Islam und im *Koran* gar keine »Militär-Imame« gibt. Diese existieren nur in radikalislamistischen Staaten, in denen die Scharia herrscht. Interessanterweise hatte sich auf den Posten des Militär-Imams zuerst ein radikaler Türke mit gefälschten Zeugnissen aus Istanbul beworben, und, nachdem das aufgefliegen war, ein Syrer, der der radikalen Muslimbruderschaft angehörte.²⁰³

Die Initiative Liberaler Muslime Österreichs (ILMÖ) weist ebenso wie auch der deutsche Militärische Abschirmdienst (MAD) darauf hin, dass vor allem Anhänger der radikalislamistischen Muslimbruderschaft in allen Sicherheitsbehörden, bei der Polizei und auch in der deutschen Bundeswehr ganz gezielt ihre Sympathisanten unterbringen, die dort häufig schon an führenden Positionen sitzen. Da wurde beispielsweise ein Berliner Imam, der für die Polizei arbeitet, wegen sexueller Belästigung festgenommen. Auf Anweisung von Staatsanwaltschaft und Politik kam er schnell wieder frei, wurde jedoch anschließend sofort wieder inhaftiert. Abdel Kader D. sitzt jetzt in Untersuchungshaft, weil er, wie sich herausstellte, IS-Kämpfer für Syrien rekrutierte und zugleich radikale Islamisten in die Berliner Polizei einschleuste.²⁰⁴ Als er festgenommen wurde, mussten 400 Elitekämpfer die Aktion schützen.²⁰⁵ Sie müssen Beobachtern ein merkwürdiges multikulturelles Bild geboten haben, denn vor der Festnahme in der Berliner Moschee mussten sie ihre Schuhe ausziehen, um andere Moscheebesucher nur ja nicht zu »beleidigen«.

Das ist die eine Seite, die bei unseren Sicherheitskräften zu beobachten ist. Doch die Lage ist noch weitaus bedrohlicher, denn, und das ist die andere Seite, viele Asylbewerber werden auch in Kasernen einquartiert und leben dort gemeinsam mit den Soldaten. 80 Prozent der Asylbewerber sind männlich, unter 30 Jahre alt - und kampferfahren. In Australien haben solche kampferfahrenen, allein reisenden jungen Männer aus überwiegend nahöstlichen Staaten als Asylbewerber keine Chance. Ausnahmen gibt es nur, wenn sie nachweislich Christen sind und zusätzlich eine gute Berufsausbildung haben, nach der es in Australien auf dem Arbeitsmarkt auch eine größere Nachfrage gibt. Australien will so verhindern, dass junge Männer aus anderen Kulturkreisen zu einem Risiko für die Innere Sicherheit werden. In Deutschland geht man den umgekehrten Weg: Man quartiert Zehntausende junge, kampferfahrene Muslime jetzt sogar in Kasernen ein und fragt diese an der Landesgrenze weder nach deren Religion noch nach deren Berufsausbildung.

In 78 Liegenschaften der deutschen Bundeswehr (Kasernen und Standortübungsplätzen) waren mit Stand Mai 2016 schon rund 48 730 Asylbewerber untergebracht. In vielen Standorten nutzen Soldaten und Asylbewerber die Kasernen jetzt sogar »gleichberechtigt«. Die Bundeswehr nennt das Ganze in internen Papieren »Mitnutzung«²⁰⁶. Außerhalb der Dienstzeiten sind die fast ausschließlich aus islamischen Staaten stammenden und in zahlreichen Fällen kampferfahrenen männlichen Asylbewerber den Soldaten in den meisten Kasernen schon jetzt zahlenmäßig deutlich überlegen. Weil dort auch Waffen und Munition gelagert sind, schließt die Bundeswehrführung in internen Papieren nicht mehr aus, dass Kasernen handstreichartig von Asylbewerbern übernommen werden könnten und die Bundeswehr in die Lage käme, die eigenen Kasernen zurückerobern zu müssen.

Bundesweit tauchen in Lokalzeitungen jetzt immer öfter Überschriften wie »Flüchtlinge und Soldaten in einer Kaserne« auf. Ein Standort, wo das geschieht, ist etwa das südbadische Immendingen. Dort ist in der Oberfeldwebel-Schreiber-Kaserne das Artillerie-

bataillon 295 untergebracht. In vielen kleinen Bunkern lagert Munition für Maschinenpistolen, Maschinen- sowie Sturmgewehre. Zwischen den Munitionsdepots entsteht eine Aufnahmeestelle für 600 Asylbewerber. Nur ein mannshoher Bauzaun trennt Munitionsbunker und Asylbewerber voneinander.²⁰⁷ Die 600 Soldaten stehen künftig 600 Asylbewerbern gegenüber.

Möglicherweise kommen künftig noch mehr Asylbewerber. Die Soldaten sollen zwar an das Gute im Menschen glauben, doch wenn die Situation auch nur an einem der 78 Standorte, wo es schon solche Zwangseinquartierungen gibt, aus dem Ruder läuft, dann gibt es für Deutschland kein Sicherheitskonzept. Munitionsdepots, Waffen und Asylbewerber - nur durch einen Bauzaun getrennt, das kann man einem Normalbürger wohl kaum noch erklären. Die Warnschilder an den Außenzäunen mit der Aufschrift »Militärischer Sicherheitsbereich - Vorsicht Schusswaffengebrauch!« sind offenkundig nur noch Makulatur und müssten durch anderslautende ersetzt werden.

In den nachfolgenden Kasernen sind inzwischen zusammen rund 50 000 Asylbewerber untergebracht: in Baden-Württemberg in Sigmaringen (Graf-Stauffenberg-Kaserne), in Hardheim (Carl-Schurz-Kaserne) und in Immendingen (Oberfeldweibel-Schreiber-Kaserne). In Bayern gibt es sie in Roth (Otto-Lilienthal-Kaserne), in Neubiberg (in der Universität der Bundeswehr), in Cham (Nordgau-Kaserne), in Veitshöchheim (Balthasar-Neumann-Kaserne), in Feldkirchen (Gauböden-Kaserne) und Bad Reichenhall (Hochstaufen-Kaserne), in Berlin in Gatow (General-Steinhoff-Kaserne), in Brandenburg in Strausberg (Barnim-Kaserne), in Bremen (Scharnhorst-Kaserne), in Hamburg (Graf-von-Baudissin-Kaserne, Reichspräsident-Ebert-Kaserne und Kaserne Marineanlage Reiherdamm) sowie in Hessen auf dem Truppenübungslatz Schwarzenborn, in der Kaserne von Stadtallendorf und in der Bundeswehrfachschule in Kassel. Auch in Mecklenburg-Vorpommern werden Asylbewerber in Kasernen gebracht, etwa in Neubrandenburg (Fünf-Eichen-Kaserne), in Stavenhagen (Mecklenburgische-Schweiz-Kaserne) und in Schwerin (Feldweibel-Wohnheim), in Niedersachsen

in Bückeburg (Jägerkaserne), Celle (Immelmann-Kaserne), Wittmund (Truppenunterkunft), Schwanewede (Lützow-Kaserne), Bergen (Lager Oerbke und Camp Fallingbostel), in Nienburg (Clausewitz-Kaserne), Wunstorf (Bundeswehrflugplatz), Luttmersen (Wilhelmstein-Kaserne), Lüneburg (Theodor-Körner-Kaserne), Wilhelmshaven (Ebkeriege-Kaserne) und Diepholz (Fliegerhorst), in Nordrhein-Westfalen auf dem Truppenübungsplatz Senne, in Aachen (Theodor-Körner-Kaserne und Dr. Leo-Löwenstein-Kaserne), Eschweiler (Donnerberg-Kaserne), Geilenkirchen (Selfkant-Kaserne), Münster-Handorf (Lützow-Kaserne) und Ahlen (Westfalenkaserne). In Rheinland-Pfalz dürfen Asylbewerber in Baumholder das Truppenlager Aulenbach mitbenutzen. In Sachsen findet man Asylbewerber bei der Bundeswehr in Dresden (Graf-Stauffenberg-Kaserne), in Leipzig (General-Olbricht-Kaserne) und in Frankenberg (Wettiner-Kaserne), in Sachsen-Anhalt in Klietz (Truppenübungsplatz der Kaserne am See) und auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow, in Schleswig-Holstein in Putlos (Truppenübungsplatz) und in Heide (Wulf-Isenbrand-Kaserne) und in Thüringen auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf. Noch nie haben Leitmedien darüber berichtet, dass männliche, kriegserfahrene Asylbewerber aus den nahöstlichen Kampfgebieten offenbar systematisch an Bundeswehrstandorten in der Nähe von Waffen untergebracht werden.

Jede Sekunde kann die Lage in den Kasernen explodieren. Auch in der Öffentlichkeit ist zwischenzeitlich bekannt, dass unsere Politiker vor dem Hintergrund der drohenden Gefahr und des Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung sowie rapide sinkender Umfragewerte Eliteeinheiten angewiesen haben, sie und andere »wichtige Persönlichkeiten« im Ernstfall aus Unruhegebieten auszufliegen und zu vorbestimmten »Fluchtzielen« außer Landes zu bringen. Falls das System aufgrund des ungebremsten Zustromes von asylsuchenden Sozialhilfeempfängern aus Nahost und Nordafrika und den beginnenden Verteilungskämpfen zusammenbrechen sollte, dann wollen sie sich möglichst schnell absetzen können.

Wie keine andere Regierung zuvor will die derzeitige Bundesregierung Deutschland für immer verändern. Die unkontrollierte Massenzuwanderung und die schrittweise Beschränkung des Bargelds waren die ersten Schritte, als Nächstes sollen Ausländer in die Bundeswehr. Die Bundesregierung will jedenfalls die Rekrutierungsbasis für Kampfeinsätze im In- und Ausland nach Informationen aus dem Verteidigungsministerium deutlich erweitern. Bislang konnten nach Paragraph 37 des Soldatengesetzes nur Deutsche Soldaten werden, wenn sie Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind.

Weil die Bundesregierung aber annimmt, dass Deutsche bei den erwarteten schweren inneren Unruhen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen nicht auf Deutsche schießen und auch immer weniger dazu bereit sein werden, für die Kriegsziele der US-geführten NATO in fernen Ländern zu sterben, werden seit September 2015 intern und in aller Stille sämtliche Vorbereitungen dafür getroffen, um die entsprechenden Bestimmungen abzuändern.

In einem ersten Schritt soll die Regelung »Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes« durch »Unionsbürger im Sinne des Artikels 9 des EU-Vertrages« geändert²⁰⁸ und in einem zweiten Schritt auch auf Nicht-EU-Bürger erweitert werden. Dazu wären keine Verfassungsänderungen notwendig. Die Bundeswehr hat erhebliche Probleme, ihre Sollstärke von 185 000 Mann aufzubieten. Von derzeit 169 000 leisten kaum einmal 9000 den freiwilligen Wehrdienst. Die demografische Entwicklung, die im Inland drohenden schweren Unruhen sowie die von der Bundesregierung für Auslandseinsätze eingegangenen Verpflichtungen haben daher im Hintergrund zu völlig neuen Planungen geführt.

Schon bald will die Bundesregierung erkunden, ob und wie sie mit finanziellen Anreizen und einer verstärkten »interkulturellen Öffnung« vor allem in ärmeren EU-Staaten wie Bulgarien, Rumänien und Kroatien Soldaten für die Bundeswehr anwerben kann. Das größte Problem sieht man im Verteidigungsministerium nicht in der weitestgehend stillschweigenden Änderung deutscher Gesetze, sondern in den Gesetzen der Herkunftsländer künftiger deut-

scher Soldaten, die Militärdienste für fremde Staaten meist unter Strafe stellen. Im Falle von Asylbewerbern will man das umgehen, indem man ihnen zeitnah und unbürokratisch die deutsche Staatsbürgerschaft anbietet. So hat das Verteidigungsministerium erklärt, dass syrische Asylbewerber in einem ersten Schritt von der Bundeswehr ausgebildet werden könnten.

Im Klartext heißt das: In Deutschland könnte es nach der schon seit Jahren erfolgenden schleichenden Genehmigung von immer mehr Bundeswehreinheiten im Inland zu der Situation kommen, dass im Falle schwerer innerer Unruhen viele deutschstämmige Soldaten im Ausland eingesetzt sind, während Ausländer (also Söldner) damit beauftragt werden, aus Sicht der herrschenden Regierungsparteien für die Eliten gefährlich werdende Aufstände gewalttätig niederzuschlagen. All diese Pläne sind keineswegs neu - und sie wurden auch nicht in geheimen Sitzungen erarbeitet. Sie stammen ursprünglich vom Februar 2011, und es wurde damals in allen Medien offen darüber diskutiert. Selbst die linksalternative Berliner *taz* berichtete damals unter der Überschrift »Ausländer sollen mitmarschieren« über die Pläne, die Bundeswehr auch für Nichtdeutsche zu öffnen.²⁰⁹ Nunmehr werden diese Pläne umgesetzt, während die Öffentlichkeit sie längst vergessen hat und von alledem nichts mehr mitbekommt.

KAPITEL VII

Rette dich, wer kann: der Blick in den Abgrund

Der große Wutstau

»Bei Raubüberfall nicht schreien oder schimpfen.« So lautete im Jahre 2014 die Empfehlung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitungen* Deutsche, die sich im fernen Brasilien die Fußballweltmeisterschaft aus nächster Nähe anzuschauen gedachten und dabei Opfer einer Straftat werden konnten.²¹⁰ Jene Sicherheitshinweise, die man Deutschen damals zum Schutz vor Kriminalität in Lateinamerika gab, gelten inzwischen auch für immer größer werdende Teile Deutschlands, vor allem aber im Umfeld der Migrantenhochburgen: »Schmuck und Wertgegenstände nicht offen zu tragen, nach Einbruch der Dunkelheit besondere Vorsicht walten zu lassen und nachts möglichst nicht alleine unterwegs zu sein.«²¹¹ Kein Zweifel: Die Zustände, die wir vor wenigen Jahren noch mit der Dritten Welt und Hochburgen der Kriminalität verbunden haben, werden jetzt immer schneller auch vor unseren eigenen Haustüren Realität.

Schließlich machen Kriminalität und Gewalt heute Schule. Sogar auf dem Schulweg. Kein Schüler kann heute mehr sicher sein, dass ihm auf dem Weg zum Unterricht nicht die Kleidung oder das Mobiltelefon geraubt wird. Franz Baur, Schulleiter der Stuttgarter Königin-Katharina-Schule, schickte 2016 einen Rundbrief an die Eltern mit der Aufforderung, dass die Fünft- bis Zehntklässler das Schulgelände während der Mittagspause aus Sicherheitsgründen nicht mehr verlassen sollten. Die Polizei empfiehlt Stuttgarter Schülern, auf dem Weg nach Hause Gruppen zu bilden²¹² - und zwar aus Sicherheitsgründen, weil die Schulmädchen begrabscht und als Freiwild betrachtet und die Jungen nach Belieben geschlagen oder ausgeraubt werden. Es sind traumatische Erfahrungen, die Schüler nicht nur in Stuttgart machen. Nicht anders ist es in Viersen.²¹³

Oder in Zwickau, wo die Kinder der Grundschule 2016 von Migranten »angetanzt« wurden.²¹⁴ Auch dort dürfen die Schüler seit her nur noch in Gruppen zur Schule gehen. Schon die Jüngsten lernen also heute, dass sie in diesem, ihrem eigenen Land Angst haben müssen.

Den Erwachsenen ergeht es nicht anders. Tag für Tag erleben sie, wie die innere Ordnung zusammenbricht und immer mehr rechtsfreie Räume entstehen, wenn zum Beispiel Intensivstraftäter auch nach Dutzenden begangener Straftaten sofort wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Dabei bekommt der Durchschnittsbürger noch relativ wenig mit. Anders ist es bei Polizisten, die Tag für Tag erfahren müssen, dass das Recht nicht mehr durchgesetzt wird. So werden heute Migranten trotz rechtskräftiger Urteile in den meisten Fällen aus Deutschland nicht mehr abgeschoben. Der Bund Deutscher Verwaltungsrichter erklärt: Staat und Justiz verlieren ihre Autorität.²¹⁵

Am Karlsruher Hauptbahnhof wurde an Ostern 2016 einem hilfsbereiten Deutschen der Rucksack gestohlen. Der Mann hatte einigen Ausländern erklärt, wie man einen Fahrkartenautomat bedient. Danach fehlten ihm der Rucksack samt Notebook, zwei Festplatten und ein iPhone. Mit seinem Diensthandy konnte er das iPhone schnell orten und bis auf den Meter genau in die Nähe von Wiesloch-Walldorf verfolgen. Der Mann verständigte die Polizei. Eine Lokalzeitung berichtete, was anschließend geschah:

»>Perfekt<, dachte der Mann, >jetzt wissen wir, wo es ist.< Doch die Polizeibeamten bremsen ihn ein: >Das ist eine Flüchtlingsunterkunft, da können wir nichts machen<, bekam er zu hören. Und als er nachhakte, hieß es: >Da gehen wir nicht rein, so große Flüchtlingsunterkünfte sind für uns rechtsfreier Raum.<<²¹⁶

Aus der *Rhein-Neckar-Zeitung* erfuhren die erstaunten Leser also, dass Asylunterkünfte in Deutschland inzwischen »rechtsfreie Räume« sind. Während die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden, wenn sie mit dem Pkw die Geschwindigkeit um wenige Kilometer pro Stunde überschreiten, falsch parken oder für das Lagern von Brennholz im Vorgarten keine behördliche Sondergenehmigung

haben, gibt es offenkundig Mitbürger, bei denen man alle Augen zudrückt.

Die Polizei spricht in ihren Lagebildern heute ganz offen von »Angsträumen«, die unter den Augen der Politik entstanden sind.²¹⁷ Seit fast einem Jahrzehnt gehen Polizisten im Duisburger Norden »Streife im Angstraum«.²¹⁸ Die Politik hat inzwischen darauf reagiert - und den Beamten einen Maulkorb verpasst.

Sofern der Staat Kinder auf dem Schulweg oder hilfsbereite Menschen am Fahrkartenautomaten nicht mehr schützen kann, Polizisten Angst haben und Kriminelle die Bevölkerung tyrannisieren, dann entsteht logischerweise ein Wutstau - und zwar in jeder einzelnen Bevölkerungsgruppe. Auf den ersten Blick sind die Opfer zwar alle nur bedauerliche »Einzelfälle«. So zumindest will die Politik das Geschehen deuten und von der eigenen Unfähigkeit und Untätigkeit ablenken. Aber diese vielen Einzelfälle fügen sich zu einem großen Puzzle zusammen und ergeben ein Gesamtbild, das inzwischen für jede Altersgruppe und überall identisch ist. Wir nähern uns dem Zeitpunkt, an dem die Lage so explosiv werden wird, dass sie unbeherrschbar ist.

Der Unmut der Menschen, die immer stärker die Folgen der rapide steigenden Kriminalität, des Asyl-Tsunamis und des finanziellen Niedergangs zu spüren bekommen, bricht irgendwann offen hervor. Zunächst noch in friedlichen Demonstrationen, dann aber immer öfter auch in Krawallen und Straßenschlachten. Der gesellschaftspolitische Cocktail ist brandgefährlich. Dass soziale Spannungen sich über Nacht in spontanen Straßenschlachten entladen können, haben die zurückliegenden wochenlangen schweren Unruhen in Griechenland, Frankreich, Island und Ungarn gezeigt. Ob in Paris, London, Bochum, Hamburg, Berlin, Reykjavik, Riga oder Vilnius, in Athen oder Sofia: Die Unzufriedenheit hat in Europa ein Maß erreicht, das Regierungen gefährlich werden kann. Angesichts der düsteren Prognosen für die Weltkonjunktur, die nun erstmals seit 1945 in eine wirklich tiefe globale Rezession schlittern wird, warnen nun auch internationale Akteure wie der Internationale Währungsfonds vor schwersten Unruhen - auch in Westeuropa.

Der Arbeitsmarktfachmann Ronald Janssen vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) spricht sogar von einer »Explosion der sozialen Spannungen, wenn die sich vor allem nach den verhängten Russland-Sanktionen neu aufkeimende Wirtschaftskrise extreme Ausmaße« annehmen sollte.

Warum wir bürgerkriegsähnliche Zustände bekommen werden

Wer über solche Zustände offen spricht, der wird natürlich sofort in die rechte politische Ecke gestellt, denn schließlich gibt es auf der Welt immer noch Orte, wo die Zustände weitaus verheerender sind. Was also bringt uns die Zukunft in der eigenen Heimat? Antwort: Mord und Totschlag. Vielleicht sogar Bürgerkrieg. Oder gar Krieg. Warum? Weil Geschichte nun einmal Veränderung bedeutet, und dazu gehören immer wieder auch Kriege und Bürgerkriege, wie die Geschichte beweist. Alexander Meschnig, einer der bekanntesten deutschen Politikwissenschaftler und Politologen, warnt vor einem in Deutschland wegen der Asylkrise heraufziehenden Bürgerkrieg: »Bürgerkriegsähnliche Zustände in Städten, ethnische Segregation, Gewaltverhältnisse und gesellschaftliche Polarisierungen sind mehr als wahrscheinlich.«²¹⁹

Die gemeinnützige Berliner »Stiftung Neue Verantwortung« hat in einer Forschungsarbeit fünf Szenarien für Europa im Jahre 2030 entwickelt. Alle denkbaren Szenarien prognostizieren in 15 Jahren ein »Zwei-Klassen-Europa«, in dem die EU faktisch zerfallen ist. In einer apokalyptischen Zukunftsvision sprechen die Forscher von »Massenarbeitslosigkeit und Rezession« als langfristig anhaltenden Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Massenzuwanderung. Die Sozialkassen werden leer sein, die medizinische Versorgung wird teurer, und die Steuerlast wird deutlich steigen. Der soziale Zusammenhalt wird zerbrechen, die Einkommensspreizung wird extreme Werte erreichen. Was das bedeutet, muss man nicht lange erklären: das Gegenteil von Stabilität und Innerer Sicherheit.

Unsere Zukunftsversion in Deutschland ist nach Angaben dieser Wissenschaftler »apokalyptisch«²²⁰.

Daniel Stelter, deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Politikberater, hält die Kombination von Euro-Krise und Asyl-Tsunami für brandgefährlich. Er prognostiziert immer mehr schwere soziale Konflikte in der Europäischen Union, das Auseinanderbrechen der Euro-Zone und wegen der ungelösten Schuldenfragen schwere politische Konflikte zwischen den EU-Staaten.

Neben Asylantenströmen und der ungelösten Euro-Krise gibt es einen weiteren Grund dafür, besorgt in die Zukunft zu schauen: Vor dem Hintergrund der Zuwanderung aus Nordafrika und dem Nahen Osten hat Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime, sinngemäß vor möglichen Religionskriegen in Deutschland gewarnt. Er sei besorgt darüber, dass »religiöse Konflikte nach Deutschland getragen« würden.²²¹ Dem müsse entschieden durch Rückführungen jener entgegengetreten werden, die sich hier nicht integrieren wollten.

Es gibt nun einmal keine Garantie dafür, dass die bei uns von vielen Menschen für völlig selbstverständlich gehaltenen stabilen Verhältnisse der Vergangenheit auch in Zukunft so bleiben werden. Wir sind vielmehr Zeitzeugen eines spannenden Experiments. Politik und Medien spielen gerade mit allem, was wir haben: mit unserem Kontinent, unserem Land, unserer Kultur, unserem Eigentum, unserer Sicherheit, ja sogar mit unserem Leben.

Dieses Spiel, bei dem alle Aspekte unserer Sicherheit auf eine Karte gesetzt werden, wird den Bürgern im Hinblick auf die angeblichen Gewinnchancen in den schrillsten Tönen angepriesen. Überall dort, wo Politik und Leitmedien mit uns spielen, da lockt angeblich die »Bereicherung«. So wurde uns schließlich die Osterweiterung der Europäischen Union verkauft. So war es beim Abschied von der stabilen D-Mark. Und so ist es bei der Zuwanderung von Menschen aus dem Orient, aus Afrika und Osteuropa. Leider werden uns die Schattenseiten aus Gründen der Politischen Korrektheit verschwiegen.

Verdrängte Wahrheit: Jetzt kommt der erbarmungslose Verteilungskampf

Während Massen von Migranten nach Deutschland drängen und Gewerkschaften höhere Löhne fordern, bestellen Arbeitgeber große Mengen modernster Roboter. In wenigen Jahren wird jeder zweite bisherige Arbeitsplatz - vor allem bei den sogenannten »besseren« Berufen - automatisiert sein. Die Folgen werden einfach verdrängt.

Früher kannte man Roboter nur aus Fabriken. Sie schweißten oder hoben Bauteile auf Bänder. Bald werden sie jedoch Fahrzeuge lenken, Aktien handeln, Menschen in Altenheimen pflegen oder den Servicebereich in Restaurants übernehmen können. Die Beispiele für die neuen Einsatzgebiete füllen ganze Bibliotheken. Jeden Tag kommen neue Einsatzbereiche hinzu, denn Roboter werden immer besser. Sie agieren nicht nur immer zuverlässiger, sie werden auch immer kostengünstiger. Dort, wo früher Gastarbeiter Straßen fegten oder am Fließband einfache Handgriffe bei der Montage übernahmen, kommen heute längst automatisierte Maschinen zum Einsatz. Bei Waldarbeiten und immer öfter auch bei der Raumpflege ist es nicht anders. Der Beruf der klassischen »Putzfrau« wird gerade zunehmend von Reinigungsrobotern verdrängt. Roboter werden nicht nur Ladenkassen ersetzen, sondern auch Berufe wie den des Buchhalters oder Optikers. Auch der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich wird (allein schon aus Kostengründen) automatisiert werden.²²² Selbst im Krankenhaus werden viele Stellen wegfallen.²²³ Seit 2016 operieren Roboter genauer, präziser und ruhiger als jeder Mensch, und sie können anschließend auch die OP-Nächte sorgfältiger schließen, als es Menschen je zuwegebringen.²²⁴ Chirurgen aller Fachrichtungen geben ihre lebenslang bei Operationen gesammelten Erfahrungen derzeit an Softwarespezialisten weiter, die damit die Roboter programmieren. Somit ist es absehbar, dass auch diese Medizinspezialisten sich künftig für immer mehr Operationen überflüssig machen werden. Tatsache ist: Millionen Jobs werden jetzt nach und nach in fast allen Branchen wegfallen - und es werden keine neuen an ihre Stelle treten.²²⁵ Können Sie sich

vorstellen, was es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeutet, wenn Millionen Jobs wegfallen?²²⁶

Die brutale Folge: Millionen von Migranten, die im deutschsprachigen Raum auf Arbeitsplätze hoffen, werden in den nächsten Jahren Millionen Einheimischen gegenüberstehen, die ihren Job verlieren. Das sind keine düsteren Horrorperspektiven, sondern es handelt sich dabei um einen ganz nüchternen Blick in die Realität beziehungsweise Zukunft. Volkswirte bei der ING-Diba-Bank haben mit Daten einer Untersuchung amerikanischer Wissenschaftler ausgerechnet, dass hierzulande Roboter bis zu 18 Millionen Arbeitnehmer ersetzen könnten. Im Klartext: In den kommenden Jahren steht in Deutschland jeder zweite Arbeitsplatz auf dem Spiel. Ganze Berufssparten stehen auf der Kippe, schrieb die Schweizer *Handelszeitung* über die Prognose.²²⁷ Waren es bislang eher Geringqualifizierte, die um ihre Arbeitsplätze bangen mussten, so wird es jetzt und in naher Zukunft auch immer mehr höherqualifizierte Berufe, die sich durch Wiederholungen oder Vereinheitlichung bei Arbeitsabläufen auszeichnen, treffen, wie zum Beispiel Bankberater, Optiker oder Versandspezialisten. Die meisten Jobs werden aber in den Büros wegfallen.²²⁸ Der in den Köpfen vieler Menschen so sichere Bürojob wird zum existenziellen Gefahrenherd. Maschinen makein Häuser, sortieren Bibliotheken, entwerfen anstelle von Architekten Gebäude, übersetzen Texte, schreiben Gutachten, ersetzen Sekretärinnen und Call-Center. Sie reparieren Uhren und andere Geräte, mixen Drinks, regeln den Verkehr, planen Schwertransporte, steuern Kraftwerke und machen Werkbänke, an denen Menschen arbeiten, ebenso zur Seltenheit wie Menschen in Kanzleien und Labors.

Folgende Berufe werden in den nächsten zwei Jahrzehnten nach und nach durch Maschinen/Roboter ersetzt werden oder automatisiert: Taxifahrer, Chauffeure, Busfahrer, U-Bahn-Fahrer, Straßenbahnfahrer, Kuriere, Piloten, Lokführer, Kranführer, Baggerfahrer, Logistiker, Disponenten, Finanzanalysten, Finanzmathematiker, Buchhalter, Steuerberater, Controller, Wartungsfachleute, Installateure, alle Tätigkeiten im Verpackungswesen, alle Arbeiten im Labor, Fachleute für Diagnostik, Biologen, Operateure in der Medi-

zin, Bedienungen, Call-Center-Mitarbeiter, Makler, Landschaftsgärtner, Parkwächter und in der Landwirtschaft alles, was mit Düngen, Säen und Ernten zu tun hat. Verstehen Sie jetzt, dass immer weniger Steuerzahler für immer mehr Menschen aufkommen müssen? Und dass die Migrationsströme aus Nahost und Nordafrika das System zum Kollaps bringen werden? Verstehen Sie jetzt, dass auch IHRE Rente keineswegs sicher ist, wenn die Automatisierung so ablaufen wird (und daran gibt es nach derzeitigem Stand keine Zweifel), denn Maschinen werden keine Rentenbeiträge entrichten? Aber immer mehr Menschen wollen Sozialleistungen und Renten beziehen. Dummerweise haben unsere Politiker, und das verschärft die genannten Probleme noch zusätzlich, unsere künftige Arbeitskraft auch noch verpfändet und bürgen mit ihr für die gigantischen Schulden anderer bankrotter EU-Staaten, für die wir immer wieder finanzielle »Rettungspakete« geschnürt haben. Uns einheimische Bürger haben sie dabei völlig vergessen: Wir bürgen für alle, doch für uns bürgt niemand.

Auf einen Nenner gebracht, kann man hier festhalten: Alles, was eine Maschine besser kann als ein Mensch, wird in den nächsten Jahren auch durch Maschinen ersetzt werden. Gefragt ist nicht mehr körperliche Arbeit, sondern geistige Arbeit - also hohe Intelligenz. Die Frage, ob die Menschenmassen, die der deutschsprachige Raum in den vergangenen Jahren aus Regionen mit - höflich ausgedrückt - eher weniger Nobelpreisträgern importiert hat, in dieser hochtechnisierten neuen Welt auch nur den geringsten Beitrag für unsere Zukunft werden leisten können, mag sich jeder selbst beantworten.

Erschwerend kommt jetzt noch etwas anderes hinzu: Seit Jahrzehnten beschleunigte sich zwar der Vormarsch der Roboter, doch wurden in dieser Zeit immer noch mehr Stellen neu geschaffen, als von den Maschinen verdrängt werden konnten. Genau das ändert sich aber nun, denn aus der Schneise, die Roboter bisher in die Arbeitswelt geschlagen haben, wird nun ein Dammbbruch.

Vor dem Hintergrund dieser absehbaren Entwicklung drängen zum ungünstigsten Zeitpunkt jetzt Millionen Menschen in unsere

Sozialsysteme. Und Millionen, die aus fernen Kulturen zu uns kamen und auf eine Perspektive gehofft haben, werden unzufrieden sein, weil es diese Perspektive nicht geben wird - und das dauerhaft. Schließlich verfügen wir schon jetzt über mehr als 16 000 Fachleute für Dönerbuden. Der Markt ist gesättigt.

Am Ende stehen Millionen unzufriedene einheimische Arbeitslose Millionen unzufriedenen, zugewanderten Arbeitslosen gegenüber - und keine Seite hat eine Perspektive. Glauben Sie wirklich, dass das ein Plus für die Innere Sicherheit bedeutet? Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Solidargemeinschaft wird zerbrechen, und es wird zu brutalsten Verteilungskämpfen und Unruhen kommen, so wie es Gebiete geben wird, von denen man sich möglichst fernhalten sollte. Dann rächt es sich, dass man Unmengen junger, kräftiger, kampferprobter Männer aus anderen Kulturen importiert hat. Sie sind es aus ihren Heimatkulturen gewohnt, ihre Ansprüche mit roher Gewalt und dem Faustrecht durchzusetzen.

Nun muss man noch wissen, dass die vielen neuen Roboter, die auch gegen den Willen der Bürger kommen werden, die Zufuhr von Energie benötigen werden. Was wir brauchen, ist also eine immer höhere Energiesicherheit, bei der garantiert ist, dass die vielen Roboter, die in den Krankenhäusern, auf den Baustellen, in den Serviceunternehmen und Reparaturbetrieben eingesetzt werden, verlässlich mit Energie versorgt werden. Für diese hohe Energiesicherheit hat die Bundesregierung jedoch nichts getan, im Gegenteil. Wir bauen immer mehr Windräder und Solarenergieanlagen, die bei Windstille oder Dunkelheit keinen Strom produzieren. Die Pumpspeicherkraftwerke, die Deutschland beim Ausfall von Strom mit Energie versorgen könnten, reichen gerade einmal für 40 Minuten. Je mehr alternative Energieerzeuger wir bauen, umso mehr Pumpspeicherkraftwerke brauchen wir. Derzeit fehlen etwa 2000 - wobei wir in unserem dicht besiedelten Land ohnehin keinen Platz für sie haben. Also ignorieren wir das Problem. Wir wissen, dass wir für die nahe Zukunft eine immer höhere Energiesicherheit brauchen - und sorgen nicht vor. Wir verhalten uns wie ein walddreiches Land, dessen Regierung alle Flächen ohne Wiederaufforstung kahl

schlagen lässt, obwohl man weiß, dass in einer oder zwei Generationen mehr Holz gebraucht werden wird als jemals zuvor.

Was passiert eigentlich auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit, wenn das eintritt, was vor dem Hintergrund der deutschen Energiepolitik mittelfristig nicht mehr abzuwenden ist: ein längerer Stromausfall?

Ein längerer Stromausfall als GAU für die Innere Sicherheit

Der Autor Marc Eisberg beschrieb 2012 in seinem Buch *Blackout*, wie die Welt bei einem längeren Stromausfall ganz schnell zugrunde geht. Das Erschreckende daran: Das Buch ist alles andere als unrealistisch. Es wird in einem solchen Falle viele Dinge geben, die Städter schlicht nicht mitbekommen. Kühe etwa, die vor Schmerzen brüllen, denn wenn der Strom ausfällt, dann funktionieren auch die Melkmaschinen nicht. Und weil die Bauern manuell so viele Tiere auf einmal nicht melken können, schwellen die Euter der Kühe langsam an, bis sie platzen. Tausende werden qualvoll verenden. Es wird gleich darauf zurückzukommen sein.

In den Städten und Dörfern müssen die Menschen mit noch ganz anderen Problemen kämpfen: Als Erstes geht das Licht aus, dann brechen die Wasser- und die Nahrungsmittelversorgung zusammen, Krankenhäuser müssen den Betrieb einstellen, und die Kommunikation wird gestoppt. Supermärkte und Tankstellen schließen. In den Häusern versagen die Heizungen, in den Atomkraftwerken fallen die Kühlanlagen aus. Mit Waffen verteidigen die Menschen ihr letztes Brot. Nach einer Woche ohne Strom steht Deutschland schließlich vor dem GAU. Nein, das ist kein Horrorzenario. Das wird die Realität sein. Schauen wir sie uns Stück für Stück genauer an.

Christoph Unger vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz sagte bei einem Fachtreffen im Bundestag zu den Folgen eines jederzeit möglichen längeren Stromausfalls: »Wir haben heute Just-in-time-

Transport. Das funktioniert dann eben auch alles nicht mehr so, weil die Computer in den Unternehmen nicht mehr funktionieren, die Kommunikation ausfällt, und dann haben Sie im Geschäft vor Ort nicht mehr, was Sie normalerweise erwarten können: das frische Brot, die frischen Brötchen. Und irgendwann wird das dann schwierig mit der Versorgung der Bevölkerung.«

Der Technikfolgenabschätzungsbericht des Deutschen Bundestags beinhaltet ein eigenes Kapitel zum Thema »Lebensmittelversorgung«. Diesem zufolge werden inzwischen 90 Prozent der Lebensmittel in einigen wenigen großen Supermarktketten gekauft. Doch nicht nur in der Logistik der Lebensmittelindustrie bricht bei einem längeren Stromausfall sofort das Chaos aus, etwa bei der Milchviehhaltung. In dem Bericht heißt es: »Ein Ausfall oder eine Verschiebung der Melkzeit um wenige Stunden kann bei Kühen zu einer Euterentzündung und in der Folge zum Tod führen. Ein Ausweichen auf Handmelken ist nicht möglich, da dies viel Übung und Kraft erfordert.« Weiter stellt der Bericht fest: »In der Tierhaltung fallen Beleuchtung, Belüftung, Heizung und Fütterungsanlagen aus. (...) Mit zunehmender Dauer des Stromausfalls wird die Versorgung der Herden problematisch und kann teilweise nicht mehr geleistet werden. (...) [Sich] ausbreitende Erkrankungen, zum Beispiel der Atemwege, gefährden den Bestand ganzer Betriebe. Insgesamt ist - insbesondere in den Großbetrieben der Schweine- und Geflügelzucht - mit einem Massensterben des Viehs zu rechnen.«

Was geschieht parallel dazu im Lebensmittelhandel? Die Fachleute des Deutschen Bundestags halten folgendes Szenario für realistisch (Bundestagsdrucksache 17/5672): »In den Verteilzentren, deren Notstromversorgung nicht alle Funktionen aufrechterhalten kann, sinkt die Leistung im Warenumsatz stark ab. Darüber hinaus entstehen aufgrund der Verkehrssituation Verzögerungen im Vertrieb. Im Zeitraum von zwei bis acht Stunden wird die Möglichkeit eines mehrtägigen Stromausfalls in Betracht gezogen. Deshalb nehmen Filialen ohne Notstromaggregat (NSA) einen provisorischen Betrieb auf. Dazu sind zunächst eine Umstellung

auf Handkassen sowie später manuelle Bestandsführung und Nachbestellung erforderlich. Außerdem wird aufgrund der ausgefallenen Beleuchtung der Kassenbereich mit Taschenlampen oder Ähnlichem beleuchtet und als Verkaufstheke benutzt, an der das Personal Waren an die Kunden ausgibt. Zudem werden je nach der verbleibenden Ladenöffnungszeit Sonderangebote auf Tiefkühlwaren erwogen, da diese über Nacht verkaufsunfähig würden.«

Was passiert, wenn der Stromausfall länger als acht Stunden dauert? »Zwischen acht und 24 Stunden verkürzen die Filialen des Lebensmittelhandels ihre Öffnungszeiten in Abhängigkeit vom Tageslicht. In weiteren Lagern fällt die Notstromversorgung aus. Die für eine derartige Situation vorgesehenen Notfallpläne der Unternehmen sind nicht für großflächige Krisen konzipiert. Sie sind zumeist auf den Ausfall einiger Lager innerhalb einer Region oder auf den Ausfall eines einzigen Lagers zugeschnitten. Die hierzu vorgesehenen Maßnahmen, wie Schichtarbeit im Zwei- oder Dreischichtbetrieb an verbleibenden Standorten oder Genehmigung für Sonntagsarbeit und -fahrten für Lkw, können aufgrund der ausgefallenen Kommunikation und der allgemeinen Beeinträchtigung in weiteren Sektoren nur eingeschränkt realisiert werden. Im Verlauf der ersten Woche verändert sich das Kaufverhalten zunehmend, da der Stromausfall die normalen strombasierten Kochgewohnheiten einschränkt. Eine Zubereitung von warmen Mahlzeiten ist nur noch mit Campingkochern, Gasherden, Grills oder Kaminen möglich. Daher werden vor allem verzehrfertige Nahrungsmittel, wie Brot und Backwaren, Wurstwaren, Cerealien und Obst sowie Konserven, Grundnahrungsmittel wie Milch, Öl, Zucker und Wasser, aber auch Artikel wie Decken, Taschenlampen, Batterien und Kerzen gekauft. Aufgrund der gesteigerten Nachfrage, die spätestens nach Bekanntwerden der Stromausfalldauer durch intensive Vorratskäufe verstärkt wird, sind diese Produkte vielerorts ausverkauft. Die wenigsten Geschäfte des Lebensmittelhandels verfügen über nennenswerte Lagerkapazitäten. Eine Nachlieferung erfolgt nur vereinzelt, da der Umschlag in den Lagern eingeschränkt ist und der Treibstoff der Lieferfahrzeuge knapp wird. Deshalb leeren sich die

Regale innerhalb von zwei bis fünf Tagen. Vereinzelt werden Lebensmittel trotz unterbrochener Kühlkette abgegeben oder gelangen durch Diebstähle oder später durch Freigabe in Umlauf. Hiermit sind erhöhte gesundheitliche Risiken verbunden. Ohne eine weitere Belieferung der Region ist davon auszugehen, dass am Ende der ersten Woche die Vorräte in den Geschäften und Haushalten aufgebraucht sind. (...) Der Lebensmittelhandel erweist sich angesichts der erhöhten Nachfrage als das schwächste Glied« in der Versorgungskette. Durch ausgefallene Datenleitungen und EDV ist eine Kommunikation über Vorrat und Nachfrage zwischen Zentrale, Lager und Filiale nicht möglich. Aufgrund der defizitären Versorgung der Bevölkerung wird von den Behörden erwogen, Lagerbestände verfügbar zu machen und für Krisen vorgehaltene Reserven zu aktivieren. Allerdings rechnen die Verantwortlichen dennoch mit drastischen Versorgungsengpässen bei wichtigen Grundnahrungsmitteln, aber auch bei besonderen Produktgruppen wie Babynahrung. Eintreffende Meldungen über gehäufte Todesfälle in Pflegeheimen und vereinzelt auftretende Auseinandersetzungen um Lebensmittel rücken die Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch ausgreifende örtliche Unruhen in das Bewusstsein der Behörden. (...) Um Lebensmittellieferungen, ausgegebene Essensrationen oder knappe Lebensmittel in den wenigen noch betriebenen Filialen entbrennen Streitigkeiten und heftige, oft körperliche Auseinandersetzungen, die nicht immer von den Ordnungskräften geregelt werden können. Personen, wie Alte, Kranke oder Kleinkinder, deren Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist oder die auf besondere Lebensmittel angewiesen sind, leiden besonders unter der Situation. Schließlich wird auch die Versorgung der lokalen, insbesondere aber der aus angrenzenden Regionen eingesetzten Kräfte zum Problem. Eine Stabilisierung der Versorgung mit Lebensmitteln und die Gewährleistung ihrer gerechten Verteilung unter der Bevölkerung entwickeln sich zu vorrangigen Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängen das Überleben zahlreicher Menschen und der Erhalt und die Sicherung der öffentlichen Ordnung ab.«²²⁹

Was Sie gerade gelesen haben, stammt nicht aus der Feder eines Autors von Horrorbüchern, sondern vom Deutschen Bundestag. Der beschreibt ganz nüchtern, was bei einem längeren Stromausfall beim Thema »Lebensmittelsicherheit« auf die Bundesbürger zukommt. Doch es geht noch weiter, denn der Bundestagsbericht befasst sich auch mit der Trinkwasserversorgung im Falle eines längeren Stromausfalls. Dazu heißt es dann: »Bei der Förderung des Wassers kommen in Wasserwerken elektrische Pumpen verschiedenen Typs zum Einsatz. Zur Sicherung einer fortlaufenden Wasserförderung ist eine ständige Überwachung und Regelung zum Beispiel des Drucks, der Drehzahl und des Durchflusses notwendig. Dies erfolgt über Fernwirkanlagen oder über Mess-, Steuer- und Regelungstechnik (MSR-Technik) vor Ort. In der Wasseraufbereitung wird unter Berücksichtigung der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) das Rohwasser zu Trinkwasser veredelt. Dazu gehören einerseits die Reinigung, Enthärtung, Entsalzung, Enteisung, Entmanganung und Entkeimung und andererseits die Justierung von Eigenschaften wie dem pH-Wert. (...) In der Wasseraufbereitung bilden elektrische Pumpen, die das Wasser durch die einzelnen Verarbeitungsstufen führen, einen integralen Bestandteil. Ebenso essenziell sind die Überwachungs-, Kontroll- und Steuerungseinrichtungen. Zudem sind elektrische Komponenten in den Absatz- und Sandfangbecken, den mechanischen Flockungsanlagen, Mischern, Schlammräumern und Flotationsanlagen, Luftverdichtern und Schaumräumern im Einsatz. (...) Wird Ozon zur Desinfektion verwendet, ist durch die notwendigen Ozongeneratoren ein hoher Bedarf an elektrischer Energie vorhanden. (...) Der Betrieb der Wasserversorgung ist ohne elektrische Energie auf Dauer nicht möglich. Es kann lediglich eine vergleichsweise kurze Zeitdauer von wenigen Stunden bis zu einem Tag durch Hochbehälter, sofern diese im Netz vorhanden sind, zur Druckerzeugung überbrückt werden. Die Speichervolumina, die auf den Tagesverbrauch des Versorgungsgebiets und der Löschwasserreserve ausgelegt sind, differieren von Versorger zu Versorger. (...) Bei Ausfall dieser Pumpen ist grundsätzlich ein Betrieb mit verringertem Druck möglich.

Allerdings verringert sich dadurch möglicherweise die Verfügbarkeit des Wassers im Verteilungsnetz (zum Beispiel obere Stockwerke in Hochhäusern werden nicht mehr erreicht). Bei zeitweisem Verlust des Netzdrucks ist die Gefahr von Lufteinschlüssen im Netz oder von Schäden durch Druckstöße gegeben. Bei einem längeren Stromausfall ist die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung essenziell. In welchem Umfang und über welchen Zeitraum die leitungsgestützte Versorgung mit Trinkwasser aufrechterhalten werden kann, hängt von vielen Bedingungen ab, nicht zuletzt von der Versorgung mit Treibstoff für die Notstromerzeugung. (...) Eine Unterbrechung der Wasserversorgung wirkt sich umfassend auf das häusliche Leben aus: Die Körperpflege ist in gewohntem Umfang nicht durchführbar, das Zubereiten von Speisen und Getränken ist nur eingeschränkt möglich, das Spülen von Geschirr und andere Raumreinigungsarbeiten sind nicht oder nur eingeschränkt machbar, Waschmaschinen stehen still und die Toilettenspülung ist ohne Funktion. Pflanzen können nicht mehr gegossen werden. Mit fortschreitender Dauer des Ausfalls ist mit einer Verschärfung der Probleme zu rechnen. Saubere Kleidung gibt es bald nicht mehr, Toiletten sind möglicherweise verstopft und die Körperhygiene wird weiter abnehmen. Die Gefahr der Ausbreitung von Krankheiten steigt zum Beispiel durch die Vermehrung von Krankheitsüberträgern, Parasiten und Schädlingen, die deshalb auch häufiger in Wohnräume eindringen können. Wasser bekommt unter solchen Umständen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine derart basale Bedeutung, dass dessen Bereitstellung zu den wichtigsten Aufgaben im Katastrophenfall gehört. Die Bedeutung alternativer Wasserquellen steigt stark an.«²³⁰

Nun existiert im deutschsprachigen Raum selbstverständlich ein staatliches System der Notbevorratung für extreme Krisenzeiten, wenn die Innere Sicherheit angespannt ist. Im Katastrophenfall (etwa bei großräumiger Verstrahlung nach einem islamistischen Terroranschlag auf einen Reaktor oder bei bürgerkriegsähnlichen Zuständen) hat der Staat die Möglichkeit, Lebensmittelgrundvorräte zu verteilen, und er kann die Zuteilung von Saatgut, Dünge-

und Futtermitteln regeln. Klar ist: Falls aufgrund einer Krise nicht mehr genügend Lebensmittel zur Verfügung stehen, dann ist Schluss mit dem Schlaraffenland der übervollen Regale. Der Staat setzt dann fest, was dem Bürger an Fleisch, Wurst, Brot und anderen Nahrungsmitteln in einem bestimmten Zeitraum zusteht. Dafür wurde ein System der Lebensmittelkarten vorbereitet. Doch Organisation und Zuteilung benötigen Zeit. Falls morgen aus irgendeinem Grund die Regale in den Supermärkten leergekauft sind, dann vergehen mindestens zwei Wochen, bis man im Notfall eine Lebensmittelkarte verwenden kann, für die man dann eine Grundration an Nahrungsmitteln bei einer Verteilstelle bekommt. Viele Menschen wissen das nicht. Weitaus gravierender noch: Sie wollen es gar nicht wissen.

In Deutschland gibt es etwa 150 von der Bundesregierung gemietete Depots, die in der Theorie über das ganze Land verteilt sind. Ihre Standorte sind geheim. Schließlich sollen sie im Krisenfall nicht geplündert werden. Seit 1997 existiert die staatliche Vorgabe, dass diese Lager in der Nähe von Ballungsgebieten und Mühlen, aber nicht in Nachbarschaft von Militäreinrichtungen oder großtechnischen Anlagen liegen sollen. In einem dicht besiedelten Land wie Deutschland konnten diese Vorgaben jedoch nicht berücksichtigt werden. Schließlich gab es noch einen ganz anderen Punkt, der das geheime Konzept zerstörte: Im Umfeld von Ballungsgebieten sind die großen Lagerräume auf Dauer viel zu teuer. Die Wahrheit lautet: Die meisten Lebensmitteldepots der Bundesregierung wurden in unmittelbarer Nähe zu Kernkraftwerken oder Erdölraffinerien angemietet und sind teilweise mehr als 100 Straßenkilometer von Ballungsgebieten oder Verarbeitungsbetrieben entfernt. In der Region Rhein/Neckar und Stuttgart gibt es beispielsweise kaum staatlich angemietete Lagerflächen, und die für alle Deutschen eingelagerten Vorräte an Kondensmilch befinden sich bei vier milchverarbeitenden Betrieben in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Offiziell dürfen die Lebensmittel maximal zehn Jahre eingelagert werden. Danach müssen sie durch frische ersetzt werden. Doch der Staat ist pleite. Man spricht nicht darüber, dass

man die Notvorräte schon seit Jahren nicht mehr austauscht. Sollten Sie im Krisenfall also Hunger und Durst haben, dann bekommen Sie - wenn überhaupt - uralte Waren, und die lagern meist so weit entfernt, dass man sich im Zweifelsfall besser selbst hilft.

Im Klartext heißt das: Bund und Länder haben bis heute weder ein Regelwerk für ernsthafte Versorgungskrisen noch verfügen sie über die wichtigsten frischen Lebensmittel, um die Bevölkerung ausreichend zu versorgen.

Was aber wird überhaupt eingelagert? Es sind überwiegend Rohprodukte, beispielsweise in Form der »Bundesreserve Getreide« (BRG). Dabei handelt es sich um Weizen, Roggen und Hafer. Daraus soll dann im Notfall Mehl gemahlen und Brot gebacken werden. Bis jeder Bundesbürger im Ernstfall aus dieser Reserve ein Brot bekommen hat, vergehen allerdings viele Wochen. Schließlich verfügen wir nicht mehr flächendeckend über Mühlen, die das Getreide sofort und in der Nähe des Verbrauchers mahlen könnten. Die meisten Bürger dürften auch nicht wissen, dass das eingelagerte Getreide von der Bundesrepublik komplett auf Kredit finanziert wurde. Wird es im Notfall von den Bürgern verbraucht, dann müssen sie später diese Lebensmittelpende als Steuerzahler finanziell begleichen. Muss man das wirklich verstehen?

In den Ballungsgebieten existiert auch eine »Zivile Notfallreserve« (ZNR). Die Bewohner der Städte sollen im Krisenfall wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag bekommen, etwa Reis, Erbsen oder Linsen. Nicht ein Lager für die Stadtbewohner befindet sich jedoch in Stadtnähe. Bei der letzten Überprüfung stammten die meisten Produkte, die alle zehn Jahre gegen Neuware ausgetauscht werden sollten, aus dem Jahre 1995. Seither hat sich daran aus Gründen der Finanznot nichts geändert. Zudem wurden auch nie jene Mengen eingelagert, die nach den Vorgaben gebunkert werden müssten. Ein weiteres Problem: Die Lebensmittel- und Milchkarten werden im Notfall durch 12000 Mitarbeiter ausgeteilt, sobald die Bundesregierung entscheidet, dass ein Notfall vorliegt. Das klingt zunächst einmal gut. Doch Deutschland hat 82 Millionen Einwohner, und wenn 12 000 Mitarbeiter Lebens-

mittelkarten verteilen, dann ist jeder von ihnen für weit mehr als 8000 Bundesbürger zuständig. Die Staatsmitarbeiter aus den Bezirksämtern werden also sofort überfordert sein. Zudem hat die Vergangenheit gezeigt, dass in Krisensituationen Lebensmittelmarken meistbietend verkauft anstatt verteilt werden. Man muss also damit rechnen, dass die meisten Menschen in Notzeiten absolut egoistisch handeln werden. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie schnell die Bürger eine warme Mahlzeit bekommen können.

Wer auf die Notfallreserven vertraut, dem ist nicht mehr zu helfen. Man muss in diesem Zusammenhang ebenfalls wissen, dass wir aus diesen Notreserven auch Menschen in Krisengebieten helfen. Lässt die Bundesregierung bei einem Erdbeben Lebensmittel in eine Krisenregion fliegen oder Flüchtlinge irgendwo in Nahost oder Nordafrika verköstigen, dann nimmt sie diese einfach aus den Depots der Notreserven - ohne sie sofort wieder zu ersetzen. Die gute Tat wird medial groß verbreitet und kommt beim Wähler gut an. Dass er im Ernstfall selbst der Dumme ist und hungern muss, das verschweigt ihm die Bundesregierung.

Zwischendurch sei bemerkt, dass die Deutschen sich im Krisenfall ganz sicher nicht auf Lebensmittelspenden aus anderen europäischen Staaten verlassen können, denn dort hat man die Notfallversorgung für die eigene Bevölkerung im Zuge der Finanzkrise schon längst in aller Stille abgeschafft: Frankreich und Italien besitzen beispielsweise nicht ein einziges Vorratslager mit Lebensmitteln für ihre Einwohner. Unter den 27 EU-Staaten verfügen nur noch Ungarn und die Tschechische Republik wenigstens ansatzweise über eine staatliche Bevorratung für Notfälle. In Großbritannien gibt es für 65 Millionen Einwohner nicht ein einziges Gramm an Lebensmitteln in staatlichen Lagern. »Wenn es geheime Lebensmittellager gibt, sind sie so geheim, dass ich nichts davon weiß«, sagte dort der Sprecher des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums, das für Nahrungsmittelsicherheit verantwortlich ist.

Ein vernünftig zusammengestellter privater Lebensmittelvorrat hilft heute ebenso wie vor 100 Jahren, Krisensituationen mit angespannter innenpolitischer Sicherheitslage leichter zu überstehen.

Zudem ist es hilfreich, wenn man weiß, wie man sich und seine Familie ernährt, wenn für eine unbestimmte Zeit nichts mehr wie gewohnt funktioniert.

Sie wissen jetzt, dass Millionen von Menschen in diesem Land wegen der fortschreitenden und nicht mehr zu verhindernden Automatisierung arbeitslos werden. Sie wissen, dass es keine Energiesicherheit gibt, weil wir im Ernstfall keine Speicherkapazitäten für die benötigte Energie haben. Sie wissen, welche Folgen ein längerer überregionaler Stromausfall, der mehr als 40 Minuten anhält, haben wird. Und Sie wissen, dass wir uns weder auf unsere Sozialsysteme noch auf angebliche Notfallreserven verlassen können. Zeitgleich leben Millionen von Menschen in diesem Land, die aus anderen Kulturkreisen stammen und von uns völlig verschiedene Vorstellungen haben und von uns vor allem Arbeitsplätze und Absicherung erwarten. Was kommt da für ein explosives Gemisch zusammen? In puncto Innere Sicherheit sieht die Zukunft jedenfalls nicht gut aus.

CIA-Bericht: die dunklen Seiten der Flüchtlingsströme

Vor vielen Jahren hatte der amerikanische Geheimdienst CIA Studien zur Frage erstellen lassen, auf welche Herausforderungen sich Europa und die Vereinigten Staaten in der nächsten Generation würden einstellen müssen. Es ging dabei um ein Heer von jungen Menschen in Schwellenländern und Staaten der Dritten "Welt, für die es keine Arbeit und keine Zukunftsperspektiven geben wird. Man muss heute nicht lange darüber spekulieren, was in den damals geheimen Prognosen zu lesen war, denn die CIA-Studien sind inzwischen längst freigegeben. Einer der Berichte stammte aus dem Jahre 2001 und befasste sich mit zu erwartenden Migrationsströmen und einem Überschuss an jungen Männern in bestimmten Ländern, die irgendwann aus ihrer Heimat ausziehen und andere Nationen für sich beanspruchen würden. Der Bericht *Long-Term*

Global Demografic Trends: Reshaping the Geopolitical Landscape enthält auf 97 Seiten immerhin 26 Mal Ausführungen zum Stichwort »youth bulge«²³¹, was man in etwa mit »Jugendüberschuss« übersetzen kann. Der auf den ersten Blick harmlos wirkende Begriff ist heute von zentraler Bedeutung für unsere Innere Sicherheit - auch im deutschsprachigen Raum. Wie wir noch sehen werden, folgen einem verharmlosend »Jugendüberschuss« genannten demografischen Problem der »Überflüssigen« unweigerlich Unruhen, Bürgerkrieg und Terror. Wir werden gerade Zeugen dieser Entwicklung.

Fakt ist: Europa erlebt demografische Veränderungen. Die Alterspyramide ist eindeutig: Weil immer mehr ältere Menschen immer weniger Kindern aus der eigenen Bevölkerung gegenüberstehen, freuen sich viele darüber, dass mit den Flüchtlingsströmen aus Nahost und Nordafrika vor allem junge Menschen in großer Zahl aus einer Altersgruppe zu uns kommen, die hierzulande schließlich eher selten geworden ist. Die CLA sieht das anders. In dem schon erwähnten CLA-Bericht *Long-Term Global Demografic Trends: Reshaping the Geopolitical Landscape*²³² und einem weiteren aus dem Jahre 1995 (*The Challenge of Ethnic Conflict to National and International Orders in the 1990s: Geographie Perspectives*²³³) wird nicht nur prognostiziert, dass junge Männer aus Nahost und Afrika in unvorstellbaren Massen in Richtung Europa aufbrechen werden. Es wird vor allem auch daraufhingewiesen, dass diese Entwicklung eine gewaltige Herausforderung für die Innere Sicherheit darstellt und auf Dauer nicht friedlich verlaufen kann.

Anders ausgedrückt: Wir werden jetzt sehr schnell eine afrikanische Bevölkerungsexplosion erleben - und zwar in Europa. Denn zusätzlich zu den orientalischen Migrantenströmen werden immer mehr Afrikaner kommen. Hintergrund: Die Weltbevölkerung wird nach einer neuen Berechnung des US-Forschungsbüros PRB (Population Reference Bureau) bis zum Jahre 2050 um 2,5 Milliarden auf dann rund zehn Milliarden Menschen steigen.²³⁴ Während die Zahl der Europäer drastisch zurückgehen wird, explodiert demnach die Bevölkerung Afrikas. Allein in Nigeria werden dann 400 Millionen Menschen leben, so viel wie in den USA. Und ein Großteil des

afrikanischen Bevölkerungszuwachses werde dann nur in Europa eine Überlebenschance haben. Dieses Szenario wird nicht schlagartig im fernen Jahre 2050 Realität, sondern läuft von nun an ab - und zwar Monat für Monat. Es werden Massen junger Afrikaner kommen, und viele von ihnen werden wie jene aus Nahost kriegserfahren sein.

In der Wissenschaft ist inzwischen unbestritten, dass ein hoher Anteil junger Männer in einer Bevölkerung zu starken Konflikten bis hin zu Kriegen führt. Man streitet sich unter Wissenschaftlern zwar noch über die Gründe dafür, aber die Tatsache an sich wird nicht mehr geleugnet. Die einen sehen die Gründe für die mit vielen jungen Männern stark ansteigende Kriminalität und das enorme Konfliktpotenzial in der begrenzten Aufnahmekapazität von Arbeitsmärkten mit nachfolgenden Verteilungskämpfen. Andere wie der französische Konfliktforscher Gaston Bouthoul sprechen davon, dass es sich um ein natürliches Phänomen für die Auslese der Entwicklung von Gesellschaften handle. Dieser Streit ist hier unwichtig, festhalten wollen wir nur: Sofern eine größere Zahl junger Männer in einer Gesellschaft keine Aussicht darauf hat, in dieser eine angemessene Position zu finden, dann steht ihr aus historischer Erfahrung der Konfliktforscher nur der Weg der Gewalt offen. Dazu gehören Gewaltkriminalität ebenso wie Unruhen bis hin zum Krieg.

Auch nach Auffassung des deutschen Wirtschaftswissenschaftlers und Soziologen Gunnar Heinsohn bringt ein Jugendüberschuss in Form junger Männer, die keine Arbeit bekommen und nicht integriert werden können, die besten Voraussetzungen für Bürgerkrieg, Völkermord und Terrorismus mit sich. Wer dieses Problem ignoriert oder leugnet, der legt eine Lunte an ein immer größer werdendes Fass mit Sprengstoff. Für die Innere Sicherheit bedeutet ein Überschuss junger Männer, die keine Arbeit finden werden und deshalb auch nicht integriert werden können, den absoluten GAU.

Optimisten sehen diese Problematik völlig anders. Sie behaupten, dass man diese jungen Menschen nur gut ausbilden und in den Arbeitsmarkt integrieren müsse, denn dort würden sie schließlich

dringend benötigt. Dummerweise ist das leider nicht die Realität, denn die unmittelbare Zukunft lautet: Automatisierung, Digitalisierung und Virtualisierung. Im Klartext: Immer mehr Arbeit wird automatisiert und von Robotern übernommen. Es geht hier nicht darum, ob wir das gut oder schlecht finden. Wir werden gar nicht gefragt. Einen Taxifahrer, der uns von der Wohnung zum Flughafen fährt, wird es schon in wenigen Jahren wegen selbstfahrender Autos nicht mehr geben.²³⁵ Stattdessen benötigen wir Systemtechniker und Softwarespezialisten, die die dahinterstehenden Systeme warten können.

Immer mehr Berufe werden in der unmittelbaren Zukunft komplett überflüssig: Innerhalb von nur fünf Jahren werden nach Auffassung des Bundesarbeitsministeriums in Deutschland viele Berufe von Robotern übernommen. Am deutlichsten und schnellsten wird es demnach Übersetzer treffen. Die immer besseren Übersetzungsprogramme werden diesen Beruf schon innerhalb von drei Jahren weitgehend überflüssig machen. Bis dahin sollen in öffentlichen Gebäuden auch Putz- und Saugroboter viele Arbeitsplätze wegfallen lassen, und Grünflächen werden aus Kostengründen schon bald mit Rasenmärobotern gepflegt.

Auch eine große Zahl von (jungen) Migranten, die sich in ihrem Leben als Taxifahrer durchgeschlagen hat, steht in ein paar Jahren ohne Job und Zukunft da. So wird es mit vielen einfachen Berufen sein. Auch als Döner-Fachverkäufer haben junge Migranten keine Chance mehr. Hierzulande existieren schon weit mehr als 16000 Dönerbuden, der Markt ist nun einmal gesättigt. Dasselbe gilt für die Billiglohn-Arbeitsplätze bei McDonald's, auch sie werden jetzt schnell komplett wegfallen, denn der Bürgerbräter erprobt schon (ebenso wie die Mitbewerber) die Filialen der nahen Zukunft, in denen es kein Personal mehr gibt. Alles wird automatisiert. Man teilt einem Roboter mit, welche Speisen und Getränke man wünscht - und erhält diese dann auf einem interaktivem Tablett mit Touchscreen serviert, auf dem man sich während des Verzehrs individuell unterhalten lassen und auch nachbestellen kann.²³⁶ Halten wir also fest: Im Lande gibt es ein Heer von jungen Menschen,

das keine Zukunft hat und von keinem gebraucht wird. Dass das so ist, hat vor allem mit seiner Qualifikation zu tun, denn bei seinen Mitgliedern handelt es sich ganz sicher nicht um Herzchirurgen und Atomphysiker, sondern um eher einfach strukturierte Mitmenschen.

Viele Regierungen der Welt, in denen es eine große Zahl solcher junger Männer gibt, schaffen sich derartige Probleme vom Hals, indem sie diesen Bevölkerungsgruppen eine angeblich heroische Aufgabe zuteilen: Man schickt sie für die jeweilige Nation, für die Ehre und/oder als Märtyrer auf die Schlachtfelder - vor allem in Form sogenannter »Abnutzungskriege«. Es klingt zynisch, ist aber Realität: In Abnutzungskriegen entledigen sich Herrscher seit Jahrtausenden ihres Überschusses an 15- bis 24-Jährigen. Der auf den Sechs-Tage-Krieg folgende und vom ägyptischen Staatschef Nasser angestrebte Abnutzungskrieg zur angeblichen Rückeroberung des Sinai (er endete 1970 ohne Geländegewinne) war ein typisches Beispiel. Und wenn die iranischen Mullahs Massen von Kleinkindern singend und mit Blumen geschmückt als lebende Minenräumer über Minenfelder entlang der irakischen Grenze schickten, dann stand auch dahinter das Ziel, sich eines extremen Geburtenüberschusses möglichst schnell zu entledigen. Heute saugen wir diesen Geburtenüberschuss einfach in uns auf - mit allen absehbaren Folgen für unsere Sicherheit und die Europas.

Die Eliten bereiten sich vor - goodbye Deutschland!

Sofern Sie die vorangegangenen Kapitel aufmerksam gelesen haben, dann werden Sie sich fragen, ob und wie man sich vor dieser möglichen Entwicklung schützen kann. Die einen lagern einige Kisten Mineralwasser, ein paar Kilogramm Kartoffeln, Dosenfleisch und Toilettenpapier im Keller oder in der Garage ein. Ganz anders agieren die Superreichen. Auch sie sehen, was da auf uns zukommt. Doch sie sorgen ganz anders vor für den Tag, an dem alles zusammenbrechen wird.²³⁷

Sie lassen sich aus alten Munitionsbunkern hochmoderne Überlebensbunker mit dem besten Komfort bauen. Einer dieser Bunker steht im thüringischen Rothenstein.²³⁸ Nie zuvor haben Reiche so viel Geld für Sicherheit ausgegeben. Sie haben jetzt Angst vor dem Rest der Menschheit und vor dem, was sich politisch und gesellschaftlich gesehen zusammenbraut. Wer es sich leisten kann, der lebt schon heute freiwillig hinter Gittern in sogenannten »Gated Communities«²³⁹. Hierbei handelt es sich um hermetisch abgeschlossene Viertel mit einer eigenen Infrastruktur. Davon gibt es nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland und selbst in Polen immer mehr. Das erste dieser neuen deutschen Hochsicherheitsviertel war der Aachener Barbarossapark.²⁴⁰ Nachfolganlagen existieren in München, Potsdam, Berlin, Münster und Leipzig. Wer nicht dazugehört, für den heißt es am Eingangstor: Stopp, umdrehen!

Das ist aber nur die erste Stufe der Abschottung, denn die wirklich Reichen bauen Überlebensbunker mit Hightech-Sicherheitssystemen. Das ist längst kein Nischenmarkt mehr. Inzwischen lebt eine ganze Industrie von solchen geheimen Bauprojekten, damit die High Snobiety auch bei schweren sozialen Unruhen oder im Bürgerkrieg in Prunk und Protz der Katastrophe trotzen kann. Terrorismus, Epidemien, globale Finanzkrise, Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung, Sonneneruptionen, Kometeneinschlag oder Flutwellen - das Elend lässt sich im Luxusbunker mit Vorräten für fünf Jahre eben doch besser ertragen. Vor allem, wenn man dort auf nichts verzichten muss: Swimmingpool, Kino, Hydrokultur-Garten, Fischzucht, Wellnessbereich, Hundepark, Bibliothek, Schule und natürlich jeweils auch eine Klinik.

So ein Endzeitbunker kommt auch nach Thüringen. Deutschlands Superreiche sollen, wie bereits erwähnt, in einem umgebauten Munitionslager bei Rothenstein überleben. Die Ausstattung übertrifft dort sogar den amerikanischen Standard. Es wird nicht bloß ein Bunker, sondern eine Arche Noah unter der Erde. Der Unternehmer Robert Vicino aus Kalifornien baut mit seiner Firma Vivos im Osten Deutschlands an diesem utopischen Paradies.²⁴¹ In

den Tiefen des thüringischen Felsgesteins, wenige Kilometer südlich von Jena, entsteht »Vivos Europa One«. Dort gibt es bereits eine unterirdische Industrieanlage aus dem Zweiten Weltkrieg. In dem Areal, das so groß ist wie 43 Fußballfelder, lagerte die DDR Munition für den Ernstfall. Die geplanten Luxusapartments sollen 232 Quadratmeter groß sein. Das ist aber nicht das Highlight. Neben einem Zoo wird dort auch eine Gen-Datenbank entstehen; aus ihr sollen Pflanzen, Tiere und Menschen nach der Katastrophe neu konstruiert werden.

Thüringen liegt zentral in Deutschland, im Ernstfall gelangt der Geldadel in weniger als zwei Stunden mit dem Hubschrauberservice in seine abgeschotteten Luxusapartments unter der Erde. »Vivos Europa One« ist atombombensicher, kann luftdicht verschlossen werden, es gibt Brunnen und sogar ein eigenes Heizkraftwerk. Die Anlage wird vollkommen autark sein.²⁴² Theoretisch kann dort die große Endzeitsause endlos lange weitergehen, sogar mit eigenem Weinkeller. Die gigantische Arche bei Rothenstein wird Platz für 6000 Menschen bieten und etwa eine Milliarde Euro kosten. Nach dem Zusammenbruch des derzeitigen Systems gelten für die Insassen sogar eigene Rechtsverordnungen und ein Tribunal, das wie ein Schnellgericht arbeiten soll. Die Fahrkarte in eine glückliche Gefangenschaft bekommen laut Vivos aber nur »Familien mit hohem Eigenkapital« - natürlich.²⁴³ Auch im Rothenstein-Bunker wird Sicherheitspersonal die Insassen vor ungebetenen Gästen schützen, die sich im Ernstfall für das riesige Vorratslager interessieren.²⁴⁴

Nun haben natürlich die wenigsten das Geld, um für die eigene Familie einen Bunker bauen zu lassen oder sich in einem der gerade erwähnten Luxusbunkerapartments einzumieten. Die große Masse hat stattdessen Angst, und der intelligentere Teil packt irgendwann die Koffer und stimmt mit dem Möbelwagen ab. Wie einst zu DDR-Zeiten versuchen die Intelligenzen vor dem sich ausbreitenden Elend ins Ausland zu fliehen, dorthin, wo sie eine private wie berufliche Perspektive haben. Zurück bleiben die Gutmenschen und eine sich rasant vermehrende, zugewanderte geistige Unter-

Schicht, die sich in Parallelgesellschaften mit anderen Wertvorstellungen vermehrt und immer neue Unruheherde schafft.

Was soll man als ethnischer Deutscher noch tun, wenn diese Entwicklung auch noch von der Politik gefördert wird? Man geht einfach. Deutschland verliert im Wettbewerb um die besten Köpfe. Das belegen alle Studien. Von Jahr zu Jahr wird es gravierender. 40 000 Führungskräfte (!) kehren Deutschland pro Jahr (!) den Rücken. Immer mehr intelligente Deutsche haben also die Nase voll. Deutschland wird ausgerechnet in den Reihen jener, die den Großteil der Steuern erbringen müssen, zum Auswanderungsland. Zuwanderer kommen nur noch aus bildungsfernen Ländern, und sie zahlen kaum Steuern - wenn überhaupt. Die Intelligenten sagen »Goodbye Deutschland!«. Schon jeder vierte Deutsche spielt mit dem Gedanken, seine Heimat zu verlassen und auszuwandern. Im vergangenen Jahr haben 165 000 bis 175 000 Menschen Deutschland den Rücken gekehrt. Die meisten von ihnen waren jung und hatten eine akademische Ausbildung. Sie sahen keine Zukunft mehr in ihrer Heimat. Das vom deutschen Steuerzahler mit ihrer Ausbildung in die Zukunft investierte Geld verschwand so wie Schwarzgeld über die Landesgrenzen.

Wer zurückbleibt, der muss Krisenvorsorge betreiben. Er muss sich darauf vorbereiten, dass er Zeiten erleben wird, die für unsere Vorfahren völlig normal waren: unsichere Zeiten, in denen es weder soziale Absicherungen durch den Staat noch Rechtssicherheit oder Innere Sicherheit gab. Der Nahe Osten und Teile Nordafrikas erleben gerade eine Zeit, die wir in Europa von 1618 bis 1648 als den »Dreißigjährigen Krieg« durchmachen mussten.²⁴⁵ Auch Europa droht ein neuer »Dreißigjähriger Krieg«. Das sehe ich genauso wie der ehemalige CLA-Top-Agent Robert Baer, den ich vor einigen Jahrzehnten als Stationsleiter der CIA in Nahost und später auch in Newport bei Los Angeles in den USA traf.

Baer sieht Europa ebenso wie andere führende Analysten der Geheimdienste als leichte Beute für den islamischen Terror und zugewanderte Kriminelle. Auch befürchtet er, dass beide Gruppen sich im Flüchtlingsstrom wie die »Fische im Wasser« nach Europa

einschleusen. Baer sagt uns einen 30-jährigen asymmetrischen Krieg mit immer neuen Kampfzonen vorher, in dessen Verlauf sich in Europa ein neuer Faschismus breitmachen dürfte, weil die EU irgendwo auf der Strecke zusammenbrechen und die Demokratie über Bord geworfen wird.

Man muss kein Schwarzmaler sein, um zu erahnen, dass es leider so kommen wird. Wie Sie zu Beginn meiner Ausführungen sehen konnten, gibt es historisch gesehen kein Beispiel dafür, dass zahlreiche kulturell verschiedene Gruppen auf Dauer in einem Staat friedlich und demokratisch zusammengelebt haben. Es sei denn, jede Gruppe hat(te) - wie in der Schweiz - ein Sprach- und Kulturgebiet für sich. Weil das aber hierzulande innerhalb der dicht besiedelten Flächen nicht der Fall ist, werden nun die Abläufe einsetzen, die ich aus verhaltensbiologischer Sicht beschrieben habe. Der Staat wird mit immer mehr Überwachung und Repression reagieren (müssen) - und am Ende stehen Diktatur und Unterdrückung. Wer diese Entwicklung noch beschleunigen will, der muss den Parteien, die das alles vorantreiben, nur weiter schön brav seine Wählerstimme geben oder aber als NichtWähler der Entwicklung einfach nur zuschauen. Noch aber haben wir die Chance, an den Wahlurnen aufzustehen und jenen, die uns Bürger heute schon »Pack«, »Ratten« und »Mischpoke« nennen, die Rote Karte zu zeigen. Im Klartext: Man kann diese Entwicklung einfach abwählen.

Falls Sie sich weiter über die Entwicklung informieren wollen, dann abonnieren Sie den wöchentlichen Informationsdienst Kopp Exklusiv (<http://www.kopp-exklusiv.de>) und folgen Sie mir auf Twitter - @UdoUlfkotte - undFacebook.

Teil II

Stefan Schubert

KAPITEL VIII

Deutschland. Hier spricht die Mafia türkisch

Vom Flüchtling zum Berufskriminellen

Der islamistische Terror und die anhaltende Flüchtlingskriminalität haben die bereits existierenden Parallelwelten und die gescheiterte Integration der ersten Einwanderungswelle nach Deutschland in den Hintergrund gedrängt.

Dabei ist ein Blick in die Vergangenheit erforderlich und aufklärend zugleich, um die bedrohliche Entwicklung innerhalb Deutschlands in den nächsten Jahren einschätzen zu können. Denn in Deutschland spricht die Mafia schon seit zwei Jahrzehnten nicht mehr italienisch, sondern türkisch, libanesisch und immer öfter arabisch.

Lebten 1960 ganze 1500 Türken in der Bundesrepublik, sind daraus nach aktuellen Zahlen des Auswärtigen Amtes¹ drei Millionen Türkischstämmige geworden. Neben dem Döner importierte diese Einwanderungsbewegung auch den Islam, den Stellvertreterkrieg gegen die Kurden und die Kriminalität von Familien-Clans nach Deutschland. Ein Blick auf die aktuellen Zustände in den Städten lässt erst erahnen, welche dramatischen Auswirkungen die derzeitige Einwanderung von über 800 000² allein reisenden, muslimischen Männern auf die staatliche Ordnung und das gesellschaftliche Leben in Deutschland haben wird. Und diese 800 000 Männer stellen lediglich eine Bestandsaufnahme bis Mai 2016 dar.

Sofern bei ARD und ZDF über bestehende Parallelwelten und deren gescheiterte Integration überhaupt einmal gesprochen wird, sitzt dort nicht etwa ein türkischer Intensivtäter mit Anabolika in den Armen, sondern die attraktive wie gebildete Nazan Eckes. Es sind Flüchtlingsbiografien, die es nicht in die Talkshows des Staatsfernsehens schaffen und doch massenhaft stattfinden. Die »Mhalla-

miye-Kurden«, eine arabischsprechende Volksgruppe, stammen aus bis zu 50 Dörfern in Südostanatolien (Türkei). In den 1920er-Jahren wanderten viele als Wirtschaftsflüchtlinge in den Libanon aus. In den Jahren 1975 bis 1990 siedelten sie von dort aus in drei Wellen nach Deutschland um, vor allem nach Berlin, Bremen und Essen. So entstanden beispielsweise die Berliner Clan-Strukturen mit der Einwanderungswelle der 1980er-Jahre, als 20 000 »libanesisch-Kurden« in die Bundesrepublik einreisten.³ Darunter befanden sich Kurden aus der Türkei, dem Libanon und dem Norden Syriens. Gezielt hatten sie ihre wahre türkische Herkunft verschleiert, indem sie unmittelbar nach der Einreise ihre Ausweisdokumente vernichteten. Polizisten fanden damals an den Flughäfen Frankfurt/Main und Berlin-Schönefeld Zehntausende türkische Pässe, die von dieser Gruppe vorsätzlich weggeworfen worden waren. Die so von bezahlten Schleusern instruierten »Flüchtlinge« führen mit dieser simplen Masche den deutschen Staat seit Jahrzehnten an der Nase herum. Da sie bei der anschließenden Befragung etwas arabisch sprachen, um ihre türkische Herkunft zu verschleiern, stellten ihnen die Behörden neue Pässe aus, in denen die Staatsangehörigkeit als »ungeklärt« vermerkt wurde. Diese Lügen schützten selbst ausländische Intensivtäter und Mörder vor einer zwingenden Abschiebung. Der Staat belohnte dieses kriminelle Verhalten anschließend auch noch mit der sogenannten Altfallregelung und erklärte Tausende von ihnen zu deutschen Staatsbürgern. Was auch den beabsichtigten Nebeneffekt erzeugt(e), dass die Straftaten dieser Bevölkerungsgruppe nicht mehr unter »Ausländerkriminalität« erfasst wurden und werden, sondern als »deutsche« Straftaten in die Statistiken wander(te)n. Obendrein finanzierte die Regierung aus den Sozialkassen oft deren gesamten Lebensunterhalt, was neben den illegalen Einkünften aus der Kriminalität als Haupteinnahmequelle dieser Gruppe gilt. Auch hier wird eine Parallele zur heutigen chaotischen Situation deutlich. Jeder arabische Einwanderer will aufgrund von Merkels Vorzugsbehandlung nur noch ein Syrer sein, verschleiert seine wahre Herkunft und entledigt sich seiner Ausweisdokumente oder kauft sich einfach gefälschte syrische Papiere.

Eine spätere Abschiebung, nach abgelehntem Asylantrag oder nach schweren Straftaten, scheint damit dauerhaft ausgeschlossen. Es ist bereits heute abzusehen, dass aufgrund des aktuellen Versagens der Politik eine Reihe von weiteren ethnisch strukturierten Banden Deutschlands Bevölkerung drangsalieren wird. Insbesondere dürften Nordafrikaner aus den Maghreb-Staaten - Marokko, Algerien und Tunesien - sowie Schwarzafrikaner, die sich besonders in Berlin schon zu Banden mit mehreren Hundert Mitgliedern zusammengeschlossen haben und neben dem Drogenhandel mit einer Reihe brutaler Raubüberfälle und Sexattacken aufgefallen sind, hierunter fallen.

Aus der angesprochenen Einwanderungswelle der 1980er-Jahre entwickelten sich die Clan-Strukturen, die heute einen großen Teil der Berliner Unterwelt beherrschen.⁴ In der aktuellen Flüchtlingswelle strömen auch weitere Mitglieder dieser kriminellen Clans nach Deutschland, sodass die Araber-Clans gleich mehrfach von der Flüchtlingskrise profitieren. Die Sicherheitsbehörden beobachten nämlich eine weitere gefährliche Entwicklung: Kriminelle Araber-Clans aus Berlin rekrutieren gezielt Flüchtlinge für ihre Drecksarbeit. Die Intensivtäter mit Hartz IV und eigenem Porsche müssen hierzu nur einmal mit ihrem Geldbündel wedeln.⁵ Neben dem eigentlichen Schleusergeschäft haben die Hintermänner zudem Immobilien für Flüchtlingsunterkünfte als lukratives Geschäft entdeckt. Wobei sich auch gleich noch ihre Gewinne aus dem Drogenhandel, aus der Zuhälterei und der Schutzgelderpressung gewinnträchtig waschen lassen.

Familien-Clans profitieren in Form von riesigen Gewinnen vom Flüchtlingsstrom

Über Strohmänner haben die Clans bereits eine große Anzahl von eher heruntergekommenen Immobilien in Berlin gekauft, die vorher mithilfe rabiater Methoden »entmietet« wurden. So wurden in einer verfallenen 20-Quadratmeter-Wohnung fünf syrische Flücht-

linge einquartiert. Regulär wäre die Wohnung wohl kaum für mehr als 300- Euro zu vermieten gewesen, so jedoch kassierte der Clan unglaubliche 3700 Euro pro Monat. Bis zu 50 Euro pro Nacht und Flüchtling verteilt der Berliner Senat Steuergelder, egal an wen. Die Behörden schauen lieber mit beiden Augen bewusst weg, als neue Unterkünfte finden zu müssen. Die Missstände sind lange bekannt, selbst bei der SPD sind sie schon angekommen, doch ändern tut sich nichts. Der SPD-Innenexperte Tom Schreiber des Berliner Abgeordnetenhauses bleibt ein einsamer Rufer, wenn er die Bankrotterklärung des Rechtsstaates anprangert. »Die Verbrecher verdienen sich eine goldene Nase. Der Staat fördert mit Steuergeldern die organisierte Kriminalität.« Auch Heinz Buschkowsky meldet sich bei dem Thema zu Wort. »Das Geschäft mit den Flüchtlingen ist inzwischen wohl einträglicher als der Handel mit Drogen.«⁶

In einer Studie zur Paralleljustiz, die vom Berliner Justizsenator im Dezember 2015 vorgestellt wurde, wurde offiziell eingeräumt, dass die Araber-Clans ein »Klima der Angst« geschaffen haben.⁷ In der Studie werden ganz offen Neukölln, Wedding, Moabit und Kreuzberg als Machtbastionen der kriminellen Clans genannt. Als eine ihrer Taten wird die Ermordung des Friedensrichters Bassam Alian in Charlottenburg genannt; er war zwischen die Fronten zweier verfeindeter arabischer Clans geraten. Der Dezernatsleiter Jacob vom OK (Organisierte Kriminalität) des Landeskriminalamtes spricht von 18 bis 20 Familien, die jeweils 50 bis 500 Mitglieder umfassen, sodass das straffällige Problemklientel fast 10 000 Personen beträgt. Allein in Berlin. Mit dem Drogenhandel, der Erpressung von Schutzgeld und Einbrüchen würden die Familien Millionengewinne erwirtschaften, die sie derzeit mit Immobilien für Flüchtlinge reinwaschen. So ist ein Fall bekannt geworden, in dem in einer Drei-Zimmer-Wohnung zehn Erwachsene und Kinder einquartiert wurden. Der Gewinn allein aus dieser Wohnung beläuft sich für den Clan auf 15 000 Euro. Jeden Monat. Bezahlt aus Steuergeldern.⁸

Das kriminelle Dienstleistungsangebot der Clans umfasst auch Luxus-Schleusungen per Flugzeug für ganze Familien, Kostenpunkt:

90 000 Euro.⁹ Steuerfrei, cash und per Vorkasse, versteht sich. Vor allem Syrer und Libanesen wurden von dem bestens organisierten Netzwerk geschleust, meist diente der Flughafen Istanbul als Drehscheibe. Die von Erdogan erpresste Visafreiheit für 80 Millionen Türken wird diese Vorgehensweise extrem verstärken. Die Schleuser nutzten auch die offenen Grenzen des Schengen-Raumes aus, da die Illegalen zum Teil in Frankreich und Dänemark zwischengeparkt wurden, bis es weiterging. Zuvor wurden die Flüchtlinge mit falschen Papieren ausgestattet und dann weiter nach Deutschland geflogen oder einfach in den Bus gesetzt. Die teuerste, aber auch mit weitem Abstand bequemste Variante der illegalen Einreise ist die Schleusung per Flugzeug. Verlangt wurde stets Vorkasse; sollten die gefälschten Papiere auffliegen, lag das finanzielle Risiko allein bei dem Flüchtling. Beschwerden oder gar ein 14-Tage-Umtauschrecht existieren in der kriminellen Parallelwelt nicht. Nur sehr selten gelingt der kaputtgesparten Polizei ein erster Ermittlungserfolg gegen die Clans, wie im November 2015. Morgens um 6:02 Uhr schlugen die Eisenrammen der Spezialkräfte insgesamt 24 Wohnungen auf. Federführend war die Bundespolizei, die mit 571 Beamten im Einsatz war. Aufgrund der Gefährlichkeit und Bewaffnung der Clan-Mitglieder wurde auch die GSG 9 eingesetzt. Beschlagnahmt wurden Computer, gefälschte Ausweise, fünf Kilogramm Sprengstoff, Laservisierereinrichtungen für Gewehre, Pistolenmunition, 12 000 Euro Bargeld und zwei Macheten, davon eine offensichtlich mit Blut an der Klinge. Der Schwerpunkt dieses Schleusernetzwerkes liegt in Essen, wo ein 24-jähriger Deutsch-Libanese verhaftet wurde. Dieser blieb auch die einzige Festnahme an diesem Tage. Zwar wird gegen insgesamt 17 Angehörige des Clans wegen gewerbsmäßiger Einschleusung von Ausländern und Urkundenfälschung ermittelt, die verbleibenden 16 Beschuldigten wurden jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

Clan-Parallelwelten nach über 30 Jahren in Deutschland

Die weiblichen Mitglieder der Clans leben meist abgeschottet in den eigenen vier Wänden und tragen einen Schleier. Ihnen fällt vor allem die Aufgabe zu, ein Kind nach dem anderen zur Welt zu bringen, so wie die 44-jährige Nadja K. aus Essen, die bereits 14 Kinder hat. Der Staat zahlt dieser Familie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mehr als 2800 Euro monatlich.¹⁰ Der Erzeuger hat sich vor vier Jahren ins Ausland abgesetzt, da er keinerlei Lust verspürte, eine längere Haftstrafe anzutreten. Familien mit 15, 16 Kindern sind in diesem Kulturkreis eher die Regel als die Ausnahme, genauso wie der Fall, dass der Cousin seine Cousine heiratet. Allein in Bremen leben 2600 Mhallamiye-Kurden in 31 Großfamilien. Über die Hälfte von ihnen, 1466, sind bereits straffällig geworden, unter ihnen befinden sich 207 Vielfachtäter und 66 Schwerekriminelle.¹¹ Die Straftaten reichen vom einfachen Diebstahl bis hin zum Mord. Allein mit dem Drogenhandel soll der Miri-Clan in Bremen jährlich 50 Millionen Euro umsetzen.

In Essen wohnen bis zu 5000 Clan-Mitglieder mit Mhallamiye-Hintergrund. Es sind besonders diese Familien, die ganze Stadtviertel in die viel zitierten No-go-Areas verwandelt haben. Aus dem Clan heraus wird niemand abgeschoben, weder als abgelehnter Asylbewerber, was der Großteil der gesamten »Libanon-Kurden« ist, noch als schwerkrimineller Straftäter. Deutsche Politiker unternehmen keinerlei Anstrengungen, dieses Staatsversagen endlich zu durchbrechen.

An spektakulären Verbrechen sind diese Familiengeschichten nicht arm: vom bewaffneten Überfall auf ein internationales Pokerturnier in Berlin über das Monopol am Drogenhandel in bestimmten Regionen und Rotlichtmilieus bis hin zu Auftragsmorden. Die Libanesen-Clans mischen überall mit.

Der Berliner Islamwissenschaftler Ralph Ghadban sieht in den gefestigten Stammesverhältnissen die Hauptursache für die gescheiterte Integration. »Die tribalen Strukturen führen dazu, dass die

Mitglieder eines Stammes alle außerhalb ihrer Familien als Feinde betrachten.« Auch untereinander tragen diese Großfamilien ihre Streitigkeiten gewaltsam aus. Immer wieder eskalieren Streitigkeiten Einzelner zu Schießereien und Massenschlägereien mit bis zu 100 Beteiligten, die mit Messern, Knüppeln und Totschlägern aufeinander eindreschen. Im libanesischen Milieu sind Selbstjustiz und Blutrache weit verbreitet. Selbst Auftragsmorde werden begangen, die Täter sitzen schon im nächsten Flieger in die Türkei und den Libanon, wenn die Polizei noch bei der Tatortaufnahme ist.¹² Auch der islamische Hintergrund der Familien verschärft die Situation. Faris A. schoss Abdul L. in Essen-Katernberg als Zeichen seiner Macht gezielt in den Fuß. Nur wenige Wochen später rächte sich der Bruder des Opfers mit einem Schuss ins Bein und bezichtigte sich völlig ohne Schuldbewusstsein dieser Tat, da ihm nach islamischem Recht die Vergeltung erlaubt sei.

Sollte es doch einmal nach kriminellen Taten zu Gerichtsverhandlungen kommen, enden diese meist mit Freisprüchen der Beschuldigten. Zeugen werden eingeschüchtert oder gekauft und schweigen vor Gericht und ziehen ihre Aussagen wie Anzeigen zurück. Bei den wenigen Gerichtsverhandlungen, die stattfinden, entwickelt sich oft ein erbärmliches Bild des Rechtsstaates: Die Zuschauerbänke sind mit Familienangehörigen voll besetzt, die schreien und johlen und nicht davor zurückschrecken, selbst jetzt noch Richter, Staatsanwälte und Zeugen zu bedrohen und einzuschüchtern. Kürzlich saßen drei Brüder wegen gefährlicher Körperverletzung auf der Anklagebank und drohten dem Staatsanwalt: »Wir wissen, wo Ihr Sohn verkehrt.«

KAPITEL IX

Deutschlands Städte verkommen zu No-go-Areas

Der Begriff der No-go-Area wurde zuerst in der Militärterminologie verwendet, um im Vietnam-Krieg feindliche Regionen als militärische Sperrgebiete zu deklarieren. Die Kriegszonen im 21. Jahrhundert bleiben dagegen auf den ersten Blick unsichtbar und befinden sich doch inmitten deutscher Städte.

Ein hoher Ausländeranteil und eine hohe Arbeitslosigkeit, Gewalt* und Straßenkriminalität, soziale Verwahrlosung und verfallende Immobilien charakterisieren diese Viertel. An die Stelle des staatlichen Gewaltmonopols sind islamische Friedensrichter und Blutrache getreten. Während die Polizei und Behörden zurückweichen, wachsen die No-go-Areas beständig und beeinträchtigen das Leben von immer mehr Bürgern nachhaltig und negativ.

Die Soldaten in diesem Krieg, die auf der Seite des Staates stehen, tragen Polizeiformen, Sig-Sauer-Pistolen und Maschinenpistolen von Heckler und Koch - und doch meiden sie diese Stadtteile. Verkehrskontrollen, Personalienüberprüfungen oder gar Festnahmen werden in No-go-Areas nur im absoluten Notfall durchgeführt. Denn diese an sich normalen polizeilichen Maßnahmen bergen dort die Gefahr, gewalttätige Ausschreitungen und Unruhen, an denen Hunderte Angehörige türkisch-libanesischer Familien-Clans beteiligt sind, auszulösen. Dies ist eine weitere Besonderheit dieser rechtsfreien Räume: Es existiert in der gesamten Republik nicht eine No-go-Area, die durch eine deutsche Großfamilie zu verantworten wäre. Oder haben Sie schon einmal von kriminellen Hubers aus München oder den Müllers aus Dortmund gehört, die mit Hunderten Brüdern, Cousins und Onkels einen ganzen Stadtteil terrorisieren? Die Abou-Chakers aus Berlin-Neukölln¹³ und den Miri-Clan aus Bremen kennt hingegen jeder Hauptschüler; sie gelten im kriminellen Milieu sogar noch als vorbildstiftend, da sie

zeigen, wie man auch ohne Arbeit an schnelles Geld und große Autos gelangt.

Geheime Analyse: Türkisch-libanesisische Mafia teilt sich Deutschland auf

Es ist bei der Schwere der Taten, die diese berufskriminellen Strukturen regelmäßig begehen, eine Verharmlosung, wenn man sie als Familien-Clans bezeichnet. Wer Mord, Totschlag, Schutzgelderpressungen und 50-Millionen-Euro-Heroin-Deals zu verantworten hat, bei dem handelt es sich zweifellos um eine Mafia.¹⁴ Was die Zustände in Nordrhein-Westfalen betrifft, so sind die türkische und die libanesisische Mafia dort dominierend, haben sie es doch geschafft, ganze Stadtteile gezielt in No-go-Areas zu verwandeln, um dann, von der Polizei ungestört, ihren kriminellen Geschäften nachgehen zu können.

Einer der größten Drogendeals Deutschlands wurde vor dem Landgericht Essen abgeurteilt und fand doch im Sommer 2015 weitestgehend ohne eine Berichterstattung der Mainstream-Medien statt. Dabei barg der verhandelte Fall genügend Stoff für Sondersendungen oder gar einen True-Crime-Drogen-Krimi. Offiziell schien der angeklagte Libanese bestens integriert, zumal er mit seinem florierenden Gemüsehandel geschäftlich erfolgreich war. Doch hinter dieser Geschäftstätigkeit, die eine gute Tarnung darstellte, wurden kriminelle Dimensionen und Machenschaften aufgedeckt, die eher an Kolumbiens Drogenboss Pablo Escobar erinnerten als an eine No-go-Area im schäbigen Teil des Essener Nordens. Das Mitglied eines polizeibekanntes Familien-Clans nutzte die Fassade seines Gemüsehandels, um in Tomaten- und Gurkengläsern, die per Lastwagen aus dem Iran kamen, Rauschgift ins Ruhrgebiet zu schmuggeln. Vor Gericht konnten ihm nur zwei Schmuggelfahrten nachgewiesen werden, doch allein diese Taten sprengen sämtliche Dimensionen. Bei der ersten Fahrt wurden 200 Kilogramm Heroin ins Ruhrgebiet verbracht, bei der zweiten

Schmuggeltour 330 Kilogramm. Den Straßenverkaufswert der Ware bezifferte die Polizei auf 50 Millionen Euro. Wobei hinzufügen ist, dass diese Summe auch noch höher hätte ausfallen können - je nachdem, ob man bereit ist, besonders skrupellos zu agieren, indem man die Drogen mittels chemischer Stoffen streckt. Der Libanese wurde zu elf Jahren Haft verurteilt, doch zum Jubeln waren weder der Staatsanwaltschaft noch den polizeilichen Ermittlern zumute. Denn weder seinem mitangeklagtem Bruder noch anderen Hintermännern konnte die Beteiligung an dem riesigen Heroin-Händler-Ring nachgewiesen werden. Die libanesische Omertà erwies sich wieder einmal als vom deutschen Rechtsstaat nicht zu knacken, denn bei diesen Clan-Strukturen würde ein Zeuge nicht nur gegen seine Komplizen aussagen, sondern auch gleich noch gegen seinen Bruder, Cousin, Neffen und Vater.¹⁵

Duisburg-Marxloh - ein besonderer Fall

Der Duisburger Stadtteil Marxloh hat in den vergangenen Monaten traurige Berühmtheit erlangt. Das Viertel zählt zu den ärmsten in ganz Deutschland, 16 Prozent der knapp 20 000 Einwohner sind arbeitslos, und 64 Prozent verfügen über ausländische Wurzeln. Gewalt und Kriminalität seitens libanesischer Familien-Clans sind hier keine Ausnahme, sondern die Regel, das heißt: an der Tagesordnung. Aus den Reihen besorgter Polizisten wurde der *Erfahrungsbericht Nord* aus dem Polizeipräsidium Duisburg der Öffentlichkeit zugespielt, der behördlich dokumentiert, wie eng die Zusammenarbeit verschiedener Clans mittlerweile ist.¹⁶ Obwohl die drei tonangebenden Libanesen-Clans immer wieder blutige Auseinandersetzungen untereinander ausfechten, haben sie eine Vereinbarung getroffen und Teile der Ruhrgebietsmetropole unter sich aufgeschlüsselt. Im Stadtteil Marxloh sind deutsche Bürger schon seit geraumer Zeit zur Minderheit geworden. Wer immer es sich leisten konnte, ist weggezogen. Zurück blieben nur die abgehängte deutsche Unterschicht, Alleinerziehende und Rentner, die die Libane-

sen-Mafia quasi zu Geiseln in ihrer No-go-Area umfunktioniert hat. Die Polizei kann ihnen nicht helfen. Wann immer es den Hintermännern passt, lassen sie ihre Fußtruppen in den Straßenzügen Angst und Schrecken verbreiten, Streifenwagen attackieren und Polizisten angreifen.

Doch was steckt hinter diesen Gewaltausbrüchen?

Vielleicht sind die Aufläufe jener 100 Männer, die tagsüber normalerweise in den Hinterzimmern des Viertels herumhängen, keine spontanen Unruhen, wie es vorschnell in den Medien heißt, sondern ein taktisch veranlasster Schachzug seitens der Paten, wenn der Streifenwagen zu dicht an einem Stützpunkt der Mafia entlanggefahren ist. Schließlich müssen die 50 Kilogramm Heroin irgendwo verkaufsfertig gestreckt und portioniert werden. In dem Viertel wimmelt es zudem vor Waffen, beinahe jedes Mitglied dieser Clans ist im polizeilichen Fahndungssystem POLAS mit einem Warnhinweis für einschreitende Polizisten versehen: »+++ bewaffnet +++ gewalttätig +++«

Waffenkammern? Schwarzgelddepots? Zwangsprostituierte? Dazu Unterkünfte und Verstecke für illegale Einwanderer? Welcher Standort wäre geeigneter, all dies zu organisieren und zu verstecken, als die rechtsfreien Räume einer No-go-Area? Mitten in der Stadt und doch in einer anderen Welt. Unerreichbar für Polizisten und Staatsanwälte.

In dem geheimen Lagebericht werden auch die Profile der Täter aus den Reihen der Clans analysiert. Danach sind sie ausschließlich männlich, jung, meist in den Jahren zwischen 1990 und 1998 geboren und verfügen über die libanesische Staatsangehörigkeit. Bei den Geschäftsfeldern scheinen die Clans eine arbeitsteilige Vorgehensweise abgesprochen zu haben. So fällt der C.-Clan allein wegen seiner dominanten Rolle im Drogengeschäft polizeilich auf. Hingegen ist der Y.-S.-Clan, der größte von Duisburg, für Straftaten nach dem halben Strafgesetzbuch bekannt: Regelmäßige Raub- und Eigentumsdelikte stellen die Grundlage seiner Maßnahmen zur Geldbeschaffung dar, dazu gesellen sich unzählige Anzeigen wegen Schutzgelderpressungen, Körperverletzungen und Schlägereien. Al-

lein 35 Mitglieder des Y.-S.-Clans wurden schon zu Haftstrafen verurteilt, zum Teil wegen Totschlags, schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung.

Zu einem Umdenken hat der meist kurze Gefängnisaufenthalt diese Intensivtäter jedoch nicht veranlasst. Offen verhöhnen die Clan-Angehörigen Polizei und Justiz und sorgen selbst noch in den Gerichtssälen für Angst und Schrecken, wenn sie Zeugen einschüchtern. Der »Rechtsstaat« belohnt dieses Verhalten anschließend mit milden Urteilen.

Der dritte im Bunde der Duisburger Verbrecherallianz ist der K.-S.-Clan, der vor allem mit Straßengewalt und -kriminalität auffällt: Schutzgelderpressungen, Geschäfts- und Wohnungseinbrüche, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Belästigungen von Anwohnern.

Der politisch korrekteste aller Innenminister, Ralf Jäger, weigerte sich trotz dieser Tatsachen, in NRW No-go-Areas überhaupt erkennen zu wollen, und bürstete das von der Opposition und Polizisten geforderte landesweite Lagebild »kriminelle Familien-Clans« ruppig ab. Das wäre ja schließlich irgendwie diskriminierend, so der SPD-Mann. »Aus polizeilicher Sicht verbiete sich eine solche Kategorisierung«, sind seine exakten Worte, die er bei dem Versuch, sein abermaliges Versagen zu vertuschen, benutzte.¹⁷

In diese Viertel traut sich die Polizei nicht mehr

Falls nach Gewaltexzessen und schlagzeilenträchtigen Straftaten die Politiker der Bevölkerung vorspielen wollen, dass alles gar nicht so schlimm und die Lage unter Kontrolle sei, müssen in solche Viertel bewaffnete Polizeihundertschaften für die Kamerateams der TV-Sender einrücken. Streifenpolizisten sind dort überfordert und können nichts mehr ausrichten. Das Problem dabei ist, dass die Hundertschaften schon vor der Flüchtlingskrise vollkommen überlastet und gefrustet waren und bundesweit Millionen an Überstunden vor sich herschoben.¹⁸ Bei derartigen Show-Veranstaltungen

handelt es sich um reine Symboleinsätze für die Medien, die aufgrund der Personalknappheit der Polizei ohnehin nicht lange aufrechterhalten werden können. Zudem fehlen die Hundertschaften dadurch an anderer Stelle, zum Beispiel bei Schwerpunkteinsätzen gegen reisende Einbrecherbanden.

Das seit ewigen Zeiten vor allem rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen droht schon in nächster Zukunft vollends in Gewalt und Chaos unterzugehen, da das dortige Innenministerium weiterhin auf eine Politik der Deeskalation setzt. Was nichts anderes bedeutet, als allein aus ideologischen Gründen die Ausmaße der Ausländerkriminalität zu verschweigen, zu zensieren und diesbezüglich insgesamt untätig zu bleiben. Der Umfang und das Vorgehen dieser Schweigekartelle werden später noch ausführlich zu beschreiben sein.

Neben Köln finden besonders im Bergischen Land in Wuppertal und Solingen regelmäßig größere Ausschreitungen seitens ethnischer Clans statt, die einhergehen mit einem Anstieg der Gewalt- und Straßekriminalität. Darüber hinaus musste das Innenministerium im Rahmen einer Anfrage eingestehen, dass auch in Bochum, Stadtlohn und Mülheim Angehörige von kriminellen Clans polizeilich in Erscheinung getreten sind und ganze Stadtteile für sich reklamieren.¹⁹ Hervorzuheben ist auch ein in Leverkusen existierendes Geflecht von verschwägerten Roma-Sippen, die in ihrer Gesamtheit als Großfamilie Goman bekannt wie auch berüchtigt sind.²⁰ Sie sind vor allem als sogenannte Schockanrufer aufgefallen, die hauptsächlich Senioren um Zehntausende Euros erleichtert haben. Pro Einzelfall, versteht sich. Offiziell lebt der Großteil der Sippe von staatlichen Leistungen, während ihre Mitglieder so dreist sind, selbst zu Behördenterminen in großen Karossen vorzufahren, die auf Strohmänner zugelassen sind. Die Beweislast liegt beim überforderten Staat.²¹

Neben Duisburg-Marxloh sind in Nordrhein-Westfalen eine Reihe von weiteren No-go-Areas entstanden: In Essen sind die nördliche Innenstadt, Altendorf sowie Altenessen betroffen,²² in Gelsenkirchen die Alt- wie Neustadt, und die Dortmunder Nord-

Stadt gilt als Territorium der Araber- und nicht minder gefährlichen Bulgaren-Clans. In diesen Vierteln haben die kriminellen Clans und die Untätigkeit der Politik das Leben Hunderttausender Bürger und Steuerzahler zerstört. In der Dortmunder Nordstadt schließt der türkische Bäcker selbst am helllichten Tage hinter jedem Kunden die Tür ab, und wenn jemand in der Nordstadt abgeholt werden soll, dann warten die Abholenden in ihren Autos mit laufendem Motor vor dem betreffenden Gebäude. Sich (angst-)frei in der Öffentlichkeit bewegen oder ein unbeschwertes Einkaufen ist für Otto Normalbürger hier unmöglich geworden. Zu groß ist die Gefahr, Opfer einer Straftat, beraubt oder grundlos geschlagen zu werden. »Ist schon ein hartes Getto«, diktiert einer der Jungs vor dem Wettbüro einem Reporter ins Notizbuch.²³ Der Bereich ist mit Zigarettenskippen und Schalen aufgebissener Kerne übersät. Die Gosse kriecht förmlich die Fassaden der Häuser hinauf und verwandelt ein weiteres Gebäude in eine Schrottimmoblie. Das Viertel war noch nie besonders gut beleumdet, aber als nach dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 auch noch die Armutseinwanderung von Roma- und Sinti-Clans einsetzte, breitete sich die Kriminalität rasant aus, und der gesamte Stadtteil kippte um. Die fehlenden Polizeikontrollen an den Ostgrenzen und die völlig übereilten EU-Osterweiterungen haben die Kriminalität in Deutschland extrem verstärkt.²⁴ Und das trotz eines damaligen Dauerfeuers seitens der politisch-medialen Elite, dass diese von Kritikern vorausgesehenen Entwicklungen reine Panikmache seien und diese geistigen Brandstifter nur mit den Ängsten der Leute spielen würden - eine bis heute standardisierte Vorgehensweise, um unliebsame Kritiker mundtot zu machen und sie in eine politische Ecke zu drängen, wo sie nicht hingehören.

Nachfolgend nur ein Beispiel von vielen. Der brandenburgische Europaminister Kurt Schelter (CDU) erhielt im Juli 2001 im linksliberalen *Tagesspiegel* Platz für einen Artikel, der allen Ernstes mit »Weniger Kriminalität nach Ost-Erweiterung« überschrieben war.²⁵ Die damalige Schlagzeile war, aus der zeitlichen Distanz heraus betrachtet, eine dreiste Lüge und belegte einmal mehr, dass

Journalisten und Politiker schon vor Jahren jeglichen Bezug zur Wahrheit und zur Realität verloren hatten.

Auf die heutigen Zustände an den Ostgrenzen Deutschlands werde ich im Verlauf des Buches noch ausführlich eingehen.

Multikriminelles Berlin-Kreuzberg

Das KottbusserTor ist die Bezeichnung für eine platzartige Straßenkreuzung und einen U-Bahnhof im Berliner Ortsteil Kreuzberg. Das Areal lässt sich als eine trostlose Betonwüste, deren Menschen gegenwärtig von einer regelrechten Kriminalitätswalune überrollt werden, beschreiben.

In Berlin-Kreuzberg, das ständig als Ideal für eine bunte Republik herangezogen wurde, ist der Multikulti-Traum inzwischen zum wahren Albtraum mutiert. Das behaupten nicht etwa böse Rechtspopulisten, sondern das alteingesessene Kreuzberger Milieu höchstselbst: also Grün-Alternative, türkische Gewerbetreibende, Schwule, Künstler, Ex-Hausbesetzer und linke Steinewerfer. Ein Paradoxon am Rande: Die tägliche Straßen- und Gewaltkriminalität hat derartige Ausmaße erreicht, dass die eben Genannten nun lauthals nach einem starkem Staat und mehr Polizei rufen und neuerdings sogar zur Selbstjustiz übergehen.²⁶ Im April 2016 spitzte sich die Lage zu, der Cafebesitzer Ergon Y. beobachtete die Gewalteskalation über den gesamten Tag hinweg. Demnach umzingelte eine Bande von kriminellen Antänzern am helllichten Tage eine junge Frau, die mit ihrem Kinderwagen unterwegs war. Die Situation wurde für sie so bedrohlich, dass sich die Händler der Obst- und Gemüsestände, die das Ganze beobachteten, gezwungen sahen einzugreifen und der Frau und ihrem Baby zu Hilfe eilten. Nur kurze Zeit später geriet ein betagter Rentner in das Visier der skrupellosen Bande, die dem Mann die Brieftasche entwendete. Diesmal schritten ein Imbissbesitzer und seine Kollegen ein, entrisen den Dieben das Portemonnaie und gaben es dem Rentner zurück.

Daraufhin rottete sich eine Gruppe Marokkaner und Algerier unter Einsatz ihrer Smartphones zusammen.²⁷ Dass Gäste der Außengastronomie Ziel von Diebstählen geworden und Belästigungen durch Drogenhändler ausgesetzt sind, ist hier mittlerweile Alltag geworden. Dreist und provozierend sei aber an diesem Tage, so Ergon Y., ein Dealer in den Imbiss stolziert und hätte die Gäste bedrängt, von ihm Drogen zu kaufen. Als der Besitzer dann sein Hausrecht ausübte und den Dealer zum Verlassen seines Lokales aufforderte, eskalierte die Situation. »Ich war Zeuge, wie urplötzlich mehrere Leute versucht haben, auf den Wirt loszugehen, und ihn tätlich angegriffen haben.« Bis die Polizei eintraf, entstand eine heftige Massenschlägerei mit 40 Beteiligten. Der Imbissbesitzer erlitt leichte Verletzungen, wohingegen dem provokanten Dealer mehrere Knochenbrüche zugefügt wurden.

Die Migrantenbanden aus Afrika verfügen derweil über keinerlei Hemmungen mehr. Auf einer Versammlung des Bezirksamtes Kreuzberg reckte ein anderer türkischer Ladenbesitzer sein Handy mit einem Foto in die Höhe. »Eine Schwangere ist darauf zu sehen, zusammengekrümmt auf dem Boden liegend. Der Mann hat sie fotografiert, kurz nachdem sie von Antänzern ausgeraubt worden war«, schrieb die *Süddeutsche*. Selbst Behinderte und Blinde wurden hier schon bestohlen.

Am Kottbusser Tor laufen bei Tag Mäuse und Ratten umher. Manche dort befindlichen Örtlichkeiten sind so zugekotet, dass die Behörden einzelne Bereiche abriegeln mussten. Blutige Heroinspritzen liegen auf dem Boden und in den Kinderspiel-Sandkästen der angrenzenden Sozialbausiedlungen. Kinder und Frauen verlassen dort mittlerweile nur noch die Wohnungen, wenn dies unumgänglich ist. Den Frauen drohen neben dem Diebstahl ihres Geldes und ihres Smartphones sexuelle Belästigungen sowie Grapschattacken auf den Busen und den Intimbereich. »Das, was in Köln passiert ist, ist nichts. Das passiert hier jeden Tag, jeden Tag. Messerstechereien vor unseren Augen und Mord war auch schon«²⁸, so ein Ladenbesitzer. Die Dönerbuden-Besitzer und Drogeriefilialisten melden Umsatzeinbrüche aufgrund dieser Entwicklung.

Mit der Flüchtlingskrise explodierte die Kriminalität

Den genauen Zeitpunkt, wann der »Kotti« kippte, kennt hier jeder. Als Angela Merkel im September 2015 Deutschlands Grenzen öffnete, kapitulierte der Rechtsstaat. Statt der angeblich ausnahmslos »traumatisierten Kriegsflüchtlinge« reisten Islamisten und Zehntausende Kriminelle nach Deutschland ein. Die Eliten verfielen auch diesmal wieder in ihre alten Rollenbilder, verschlossen, wie seit Jahrzehnten schon, beide Augen und Ohren vor der Ausländerkriminalität, die sich jetzt in Form der Flüchtlingskriminalität zeigte.

Der Migrationsforscher Ralph Ghadban sprach angesichts dieser Kriminalitätswalze hingegen Klartext: »Die Clan-Mitglieder betrachten alles außerhalb ihres Clans als Feindesland, wo sie ihre Raubzüge durchführen. Für diese aggressive Haltung pflegen sie den Hass gegen ihre Opfer und verachten alles Deutsche.«²⁹ Diese Haltung, der Hass auf Deutsche, insbesondere auf deutsche Frauen, ist auch bei den Hunderten von schwarzafrikanischen Dealern im Viertel zu beobachten. Diese drängen von ihrem einstigen Hauptquartier im Görlitzer Park immer weiter nach Kreuzberg vor. In Berlin sorgte Anfang April 2016 der Erlebnisbericht einer Romi R. (27) aus dem Prenzlauer Berg für Entrüstung. Diese schilderte ihre Erlebnisse auf dem Nachhauseweg vom Gastro-Viertel des RAW-Geländes über die Warschauer Straße. Eine linksliberale Berliner Tageszeitung druckte das beklemmende Beweisstück einer gescheiterten Politik ab, das ich hier in einigen Passagen wiedergebe.³⁰

»Ich kam nachts gegen zwei Uhr aus dem Club >Matrix< in der Warschauer Straße und wollte nach Hause. Ein Typ folgte mir und fragte, ob ich Drogen kaufen wollte. Ich habe ihn gebeten, mich in Ruhe zu lassen. Er ging mir hinterher und kam mir so nahe, dass ich seinen Atem auf meiner Haut spürte. Ich schrie. Er nannte mich eine Rassistin, weil ich mit ihm, einem Schwarzen, keinen Sex wollte. Weil er immer aggressiver wurde (...), floh ich in den Dönerladen (...), dort bat ich die Verkäufer, für mich die Polizei zu rufen. Die haben sich glatt geweigert, sagten, sie wollten keinen

Ärger. (...) Draußen sammelte der Typ seine Dealerfreunde. Einer kam rein und schrie mich an - ich sei eine dreckige Schlampe, sie würden mich mit dem Messer draußen aufschlitzen, sobald ich den Laden verlasse. Und noch mehr schlimme Sachen. Ich floh hinter den Tresen. Niemand half mir. Niemand sagte etwas. Die Leute bissen in ihre türkische Pizza und schauten woanders hin. (...) 20 Minuten nach meinem Anruf kamen die Polizisten. Sie lächelten. Ob ich Anzeige gegen Unbekannt erstatten wolle? (...) Und das krassste: So viele Männer schauten einfach zu. Als ich ihnen in die Augen sah, blickten sie zur Seite.«

Es ist eine Schilderung, die wütend macht: wütend auf die Täter. Wütend auf die Kuscheljustiz. Und wütend auf die politisch Verantwortlichen, die angesichts solcher Zustände nur Phrasen und Beschwichtigungen von sich geben. Als oberster Beschwichtiger fällt einmal mehr ein SPD-Funktionär unangenehm auf. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, wurde dieser Tage wie folgt zitiert: »Es sind keine rechtsfreien Räume.«³¹

Gangland Deutschland

Auch aus Teilen Baden-Württembergs berichten Polizeibeamte, dass sie in bestimmten Gegenden von Ludwigsburg, Konstanz, Pforzheim, Ulm und Stuttgart erst auf ausreichend Verstärkung warten, bis sie auf einen Notruf reagieren. Neben den ethnischen Clans sind es besonders rockerähnliche Gruppierungen, die zu über 90 Prozent aus Ausländern bestehen, die einzelne Straßenzüge in Kriegsgebiete verwandelt haben.³² Es sind Gruppierungen wie die United Tribuns, die von bosnischen Zuhältern und Menschenhändlern gegründet wurden und bundesweit über mehrere Tausend Mitglieder und Unterstützer verfügen und sich beispielsweise im Krieg mit der kurdischen Red Legion befinden. Mit den türkisch-dominierten Black Jackets kämpfen sie ebenfalls um Territorien und Gelder aus dem Rotlichtmilieu. Die Liste der Straftaten, derer sie überführt und für die sie abgeurteilt wurden, ist lang und

besorgniserregend: Mord, Totschlag, Vergewaltigungen, Zwangsprostitution und Menschenhandel sowie Schießereien und Angriffe mit Macheten und Äxten. Dazu Brandanschläge auf verfeindete Clubhäuser, und selbst zu einer Entführung mit anschließender Folterung ist es bereits gekommen. Und nein, bei den beschriebenen Zuständen handelt es sich um keine solchen aus Mexiko, sondern diese Zustände sind längst auch in Deutschland an der Tagesordnung. Nur kommen sie in den allermeisten Fällen über eine lokale Berichterstattung nicht hinaus.

In Bremen herrscht schon seit Jahren ein mhallami-libanesischer Familien-Clan, bundesweit als Miri-Clan bekannt, über weite Teile der kriminellen Szene der Hansestadt und Norddeutschlands.³³ Seine Mitglieder leben größtenteils von Sozialhilfe und gelten als nicht integrierwillig und -fähig. »Eine Familie, tief verstrickt ins Verbrechen«, titelte *Die Welt*.³⁴ Deren über 15 000 Mitglieder haben sich auch in Berlin und Essen angesiedelt und sind auch dort für eine Häufung von schweren Straftaten verantwortlich. Fast die Hälfte der gesamten Sippe in Bremen ist bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten, darunter auch Intensivtäter mit weit über 100 begangenen Straftaten. Wie beispielsweise Mustafa B., der bis zu seinem Unfalltod schon 147 Einträge in der polizeilichen Datenbank angehäuft hatte. Der Verbrechens-Clan kann im rot-grün regierten Bremen nahezu unbehelligt seinen Geschäften nachgehen. Polizeiliche Sonderkommissionen oder eine Null-Toleranz-Strategie gegen diese Kriminalitätswelle haben im Stadtstaat Bremen, ebenso wenig wie in NRW und Berlin, weder der Innensenator noch der Ministerpräsident gefordert, geschweige denn umgesetzt. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die beschriebenen Zustände jetzt bundesweit ausbreiten. Es gibt kaum noch Städte oder Regionen, die nicht von solchen Entwicklungen betroffen sind. Es existiert jedoch eine Ausnahme: Ostdeutschland meiden die Clans sprichwörtlich wie der Teufel das Weihwasser. Der Berliner Dezernatsleiter weiß unter anderem aus persönlichen Gesprächen, weshalb sich das so verhält. Demnach ist es den muslimischen Clans im Osten der Republik schlicht zu fremdenfeindlich und zu

rassistisch, sodass sie ihren kriminellen Geschäften ausschließlich in Westdeutschland nachgehen. Aus dieser Perspektive betrachtet, ergibt sich ein interessanter Ost-West-Unterschied, der viel Raum für wissenschaftliche Studien und eine gesellschaftliche Debatte bieten würde: Begünstigt eine grenzenlose Willkommenskultur die Kriminalitätsentwicklung? Und schützt im Gegenzug Einwanderungskritik und lautstarker Protest die Bürger vor dieser Kriminalität?

Polizei: Libanesen-Clans haben uns den Krieg erklärt

Während die Clans also Ostdeutschland meiden, haben sich die kriminellen Großfamilien aus dem Libanon, der Türkei, Bulgarien und Rumänien im tiefroten Nordrhein-Westfalen gemütlich eingerichtet. Die sich ausbreitenden No-go-Areas waren einmal als »Parallelgesellschaften« bekannt.³⁵ Sie verwandeln sich jedoch gerade zügig zu einem richtigen Staat im Staate.³⁶ Nun braucht, wie wir wissen, jeder Staat eine Regierung, um zu herrschen. Die libanesischen Großfamilien haben jetzt eine solche überregionale »Regierung« gegründet und dem Reststaat Deutschland gleich mit »einem Krieg der Libanesen«³⁷ gedroht. Berlin, Bremen, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, die Zahl der Städte, die unter der Gewalt und Kriminalität libanesischer Familien-Clans leiden, wird beständig größer. Die Clans weiten ihre Schreckensherrschaft kontinuierlich aus, oft nur begrenzt durch die reklamierten Gebietsansprüche eines konkurrierenden Clans. Doch damit ist jetzt Schluss. Die Libanesen-Clans haben sich organisiert und zusammengeschlossen. Verharmlosend haben sie die neu entstandene Struktur »Familienunion« getauft. Unmittelbar nach Gründung dieser »Regierung« im Frühsommer 2015 kam es zu schweren Gewalttaten. So wurde beispielsweise am 31. Mai in Duisburg-Marxloh ein 29-Jähriger inmitten eines Wohngebietes erschossen, und eine schwangere Frau erlitt einen lebensgefährlichen Bauchschuss. Anschließend kam es zu mehreren öffentlichen Zusammenrottungen der Libanesen mit

jeweils mehr als 100 Männern, die als Machtdemonstration gedacht waren und ganz offen der Einschüchterung der Polizei und der normalen Bevölkerung dienten. Es existiert ein geheimer, 17-seitiger Lagebericht des Einsatztrupps (ET) der Polizei für den Innenausschuss des Düsseldorfer Landtags. Der Bericht ist so brisant, dass die Politik ihn unter Verschluss hält. Lediglich einzelne Passagen sind bis jetzt bekannt geworden. So heißt es dort: »(...) die Straße wird faktisch als eigenes Hoheitsgebiet angesehen. Außenstehende werden zusammengeschlagen, ausgeraubt und drangsaliiert. Straftaten gehören zur Freizeitbeschäftigung.«

Über Autorität verfügen die Polizei und die Justiz in Bezug auf die Libanesen schon lange nicht mehr, was angesichts der verweichelichten Reaktionen des Rechtsstaates über viele Jahre hinweg auch nicht verwundert: Es gibt immer mehr Straftaten, die nicht angezeigt und verfolgt werden, und Zeugenbeeinflussungen, die ungesühnt bleiben, gehören inzwischen zur Normalität. Das Jugendstrafrecht wird auch noch bei 21-jährigen Intensivstraftätern angewendet. In diesem Zusammenhang muss festgestellt werden, dass wir über ein Strafrecht verfügen, das seinen Namen nicht mehr verdient. Denn es straft nicht, sondern es belohnt Berufskriminelle auch noch mit einer dritten und vierten Bewährungschance. Hinzu kommt eine personell ausgemergelte Polizei, die bei den täglichen »Hurensohn«-Beleidigungen lieber weghört als konsequent einschreitet. Man erspart sich so neben der vergeblichen Schreiarbeit und den persönlichen Drohungen auch die Rassismusanschuldigungen von politischen Vorgesetzten und Medien. Widersetzt man sich dieser Entwicklung, folgt das sofortige Karriereende, was auch zur Folge hat, dass man sich in den nächsten Jahren ausführlich mit den Tiefen des Disziplinarrechts auseinandersetzen muss. Natürlich bei einer gleichzeitig verhängten Beförderungssperre. Und das alles wegen einer Personalienfeststellung nach einer Beleidigung.

Diese politisch verschuldeten Hintergründe bilden die eine Säule der Entstehung von No-go-Areas, während die andere Säule von der muslimischen Macho-Kultur der Libanesen und ihrem krimi-

nellen Treiben geprägt wird. Die Ermittlungstruppe der Polizei bestätigt, dass ein einzelner Clan mittlerweile in der Lage ist, »durch einen Telefonanruf kurzfristig mehrere Hundert Personen mobilisieren zu können«. Deren männliche Mitglieder sind meist im Alter zwischen 15 und 25 Jahren und »beinahe zu 100 Prozent« polizeibekannt. Vor allem wegen Körperverletzung, Raub und Diebstahl. Nach Duisburg-Marxloh ist jetzt der Gelsenkirchener Süden mit gleich vier Stadtteilen unter den Einfluss der Libanesen geraten. Dort wurde bereits mit einer mit Nägeln bestückten Dachlatte auf eine Polizistin eingeschlagen, und es musste ein Warnschuss abgegeben werden, weil der Einsatz von »Pfefferspray keine Wirkung erzielte«. Der schon erwähnten neu gegründeten Familienunion wird in einem internen Polizeibericht eine Mitschuld an der Gewalteskalation gegeben. In dem Bericht wird diese neue »Regierung« »als Exekutivorgan einer bestehenden Parallel-/Selbstjustiz kurdisch-libanesischer Großfamilien im westlichen Ruhrgebiet« beschrieben.³⁸ Wie die Familienunion ihre Regierungsfunktion auszuüben gedenkt, mussten Gelsenkirchener Polizisten erfahren, als zwei Führungslibanesen die Südwache betraten, darunter Walid S., der sich ernsthafterweise »Integrationsbeauftragter der Union« nennt. Die Libanesen beschwerten sich lauthals beim Leiter der Polizeiwache Süd, Ralf Feldmann, über eine angeblich zu harte Festnahme eines Libanesen am Vortag. Die Polizei verfasste über diese Begegnung einen Geheimbericht mit folgenden Zitaten: Das Duo habe der Polizei gedroht, dass sie »einen Krieg mit den Libanesen nicht gewinnen« könne, da die Libanesen zu viele seien. Nicht nur in Essen und Duisburg, sondern »das würde auch für Gelsenkirchen gelten, wenn wir wollen«.

Als die Polizei diesen skandalösen Auftritt öffentlich machte, wollte die Familienunion davon natürlich nichts mehr wissen und dementierte die Darstellung der Polizei, die jedoch bei ihrer Schilderung blieb.³⁹ Zudem soll Walid S. bereits vorher mit Auseinandersetzungen bis nach Berlin gedroht haben, da die Macht des in Gelsenkirchen wohnenden »Patrons« weit über das Ruhrgebiet hinausgehe und eben bis nach Berlin reiche. In dem vertraulichen

Polizeibericht wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dies »nicht einfach lapidar dahergesagt worden ist, sondern aufgrund von Körpersprache, Gestik und Mimik augenscheinlich als Drohung gemeint war«. Der Gelsenkirchener Polizeichef versuchte nun verbal gegenzusteuern und drohte eine Aufstockung der Polizeikräfte an, um die Geschäfte der Clans zu stören. Doch die Clan-Chefs winkten nur abwertend ab. Das Land NRW habe »eh kein Geld«, um so viele Polizisten einsetzen zu können. Bei einer Konfrontation mit den Libanesen sollten sie sich keiner Illusion hingeben, denn die Kräfteverhältnisse seien eindeutig: »Die Polizei würde unterliegen.«

KAPITEL X

Der nordafrikanische Sex-Mob von Köln

Schwere Straftaten seitens nordafrikanischer Täter wurden in den Mainstream-Medien erst nach den massenhaften sexuellen Übergriffen in Köln, Hamburg, Stuttgart und weiteren Städten thematisiert. Der letzte Tag des Jahres 2015 ist mittlerweile als »Schwarzer Silvester« in die Erinnerung der Bevölkerung eingegangen, als ein unkontrollierter Mob, bestehend aus über 1000 Nordafrikanern, allein in Köln regelrechte Jagdszenen auf junge Frauen veranstaltete und sie sexuell attackierte. Die Bilanz dieser Nacht war beschämend und machte zugleich unfassbar wütend. Es wurden allein bei der Staatsanwaltschaft Köln 1527 Anzeigen erstattet, davon 529 Sexualstraftaten betreffend. Die weiteren Schwerpunkte lagen bei Raub-, Eigentums- und Körperverletzungsdelikten. Bis Anfang April 2016 wurden 153 Tatverdächtige ermittelt.⁴⁰ Wobei festzuhalten bleibt, dass »ermittelt« noch lange nicht »verurteilt« bedeutet, was ganz besonders für Nordrhein-Westfalen gilt. Die 153 Tatverdächtigen bezogen sich auf 149 Ausländer, von denen 68 als Asylbewerber registriert waren. Weitere 18 hielten sich illegal in Deutschland auf, und 47 verfügten nicht einmal über einen geklärten Aufenthaltsstatus. Vier unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und zehn Täter mit einer Aufenthaltsgenehmigung rundeten die Täterprofile ab. 103 der Tatverdächtigen stammten aus Marokko und Algerien. Bis Mai 2016 wurde auch nicht nur ein einziger Sextäter zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

In einem Bericht des Innenministeriums wurde zudem deutlich, dass sich auch in Düsseldorf vergleichbare Szenen abgespielt hatten. Eingegangen waren dort 177 Strafanzeigen, in 118 Fällen handelte es sich dabei um Sexualdelikte. Von bisher 16 Tatverdächtigen verfügten 15 über eine ausländische Herkunft, acht davon waren Asylbewerber.

Neben den sexuellen Übergriffen starteten die Täter eine gewaltige Raub- und Diebstahlserie, die vor allen Geldbörsen und teuren Smartphones galt. Der Mainstream, das NRW-Innenministerium, die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sowie der Kölner Polizeipräsident versuchten die Geschehnisse anfänglich zu verschweigen und kleinzureden. Auch das Staatsfernsehen von ARD und ZDF berichtete zuerst nicht über die Vorkommnisse und beteiligte sich einmal mehr an dem Schweigekartell. Denn dass Flüchtlinge zu Tausenden nach Deutschland eingereist waren, vor allem muslimische männliche Flüchtlinge, um gezielt Straftaten zu begehen und westliche Frauen als Freiwild anzusehen, diese Realitäten durften in der von Angela Merkel verordneten Willkommenskultur natürlich nicht existieren. Letztlich aber half alles nichts: Die durch Ausländer begangenen Delikte waren so zahlreich, dass eine weitere Vertuschung unmöglich wurde. Selbst das linkslastige Medienportal *Meedia.de* musste letztlich das aufgeflogene Schweigekartell eingestehen, ohne dies natürlich direkt beim Namen zu nennen. In dem Artikel »Köln und die verzögerte Berichterstattung: der Fehler im System«⁴¹ musste es zudem das völlige Versagen der millionenschweren Redaktionen von *Tagesschau* und *heute* benennen und gleichzeitig den Autoren von *Kopp Online* bestätigen, als einer der Ersten bundesweit darüber berichtet zu haben. Angesichts derartiger Versäumnisse und ihrer viel zu späten Bekanntgabe möchte man den linksorientierten Kollegen am liebsten ein lautes »Willkommen in der Realität!« zurufen. Doch leider dauerte deren Schamphase nur wenige Wochen, und sie fielen danach in ihr seit Jahrzehnten gepflegtes Verhaltensmuster zurück: Verschweigen. Relativieren. Verharmlosen. Und falls dies alles noch immer nicht den gewünschten Erfolg erzielt, mündet ihr einziger Beitrag zur Problemlösung in die versuchte Diffamierung derjenigen, die die vertuschten Informationen ans Licht der Öffentlichkeit gebracht haben.

Das SPD-Schweigekartell bei der Arbeit

Dem Mainstream aus Politik und Medien setzte sein Versagen in Bezug auf den Sex-Mob schwer zu. Vielleicht nicht einmal so sehr das Versagen als solches, sondern dass es öffentlich wurde. Freilich wiesen die Verantwortlichen brüskiert die Auffassung zurück, dass überhaupt ein Schweigekartell existiere, derartige Behauptungen seien schlichtweg Verschwörungstheorien und Ähnliches, war allerorten zu lesen. Doch dann geschah im April 2016 etwas Bemerkenswertes; es war nur ein couragierter Schichtleiter der Kölner Kriminalpolizei vonnöten, und das Schweigekartell wurde mit dem sprichwörtlichen rauchenden Colt erwischt: Politische Beamte im Innenministerium, Innenminister Ralf Jäger (SPD), Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), ARD, ZDF⁴² sowie der Rest der Mainstream-Presse, sie alle beteiligten sich an den Vertuschungen, bis heute.

Aufgeflogen war das Schweigekartell bei dem Versuch der Aufarbeitung der Vorkommnisse von Köln durch den Untersuchungsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtages. Dort wurde es gleich zu Beginn brisant für den Innenminister, förderten nämlich die ersten Untersuchungen zutage, dass Jägers Innenministerium Druck auf die eingesetzten Polizisten ausübte, um schon am 1. Januar 2016 die wahren Ausmaße des Kölner Sex-Mob-Skandals zu verschleiern. An diesem Tag klingelte um 13:30 Uhr auf der Kölner Kriminalwache das Telefon, und Kriminalhauptkommissar Jürgen H. wurde Zeuge dieses Telefonats, als er den Dienstgruppenleiter im Spätdienst ablösen wollte. Am anderen Ende der Leitung befand sich ein Beamter des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) aus der Kommunikationszentrale der Landesleitstelle - wenn Sie so wollen, das Epizentrum des Reichs des Bösen. Hier sitzen die politisch Korrekten in Führungspositionen, die handverlesenen Komplizen von Jäger.

Keine zehn Minuten vor dem Anruf hatte der Dienstgruppenleiter eine »WE-Meldung« an das Düsseldorfer Innenministerium abgeschickt. Eine WE-Meldung, ein »Wichtiges Ereignis«, lässt

überall die Alarmglocken schrillen und erreicht jeden politischen Entscheidungsträger im Ministerium. Die Kölner WE-Meldung vom 1. Januar 2016, 13:21 Uhr, war wie folgt überschrieben:

»Vergewaltigung, Beleidigung auf sexueller Basis, Diebstahldelikte, Raubdelikte begangen durch größere ausländische Personengruppe.«⁴³ Weiter hieß es:»(...) Die Frauen wurden hierbei von der Personengruppe umzingelt, oberhalb der Bekleidung begrapscht, bestohlen, und Schmuck wurde entrissen. In einem Fall wurden einem 19-jährigen deutschen Opfer Finger in die Körperöffnungen eingeführt. Die Tätergruppe wurde einheitlich von den Opfern als Nordafrikaner im Alter zwischen 17 und 28 Jahren beschrieben.«

Die WE-Meldung dokumentierte einen Skandal im Skandal, denn somit wurde amtlich, dass das politische Düsseldorf, entgegen seiner Verlautbarungen, schon am 1. Januar um 13:21 Uhr über die unglaublichen Ausmaße unterrichtet wurde, dass es »solche Taten durch große Gruppen in dieser Massivität, in diesem Ausmaß in Deutschland, in ganz Europa, noch nicht gegeben hat«.

Doch die Sorge der SPD-Verantwortlichen galt nicht den missbrauchten und vergewaltigten Frauen, sondern dass die Kölner Realitäten den von oben verordnetem Flüchtlingskult ad absurdum führen würden. So erreichte schon neun Minuten nach Abschicken der WE-Meldung den Schichtleiter Joachim H. der Anruf aus dem Ministerium. Dieser kann nur als Druck und direkte Aufforderung zur Zensur gewertet werden. Denn Jägers LZPD forderte den Beamten unverblümt auf, den Begriff der Vergewaltigung aus seiner WE-Meldung zu streichen. Dann wurde es laut, wie der *Kölner Express* berichtete. Der erfahrene Kriminalpolizist, der den ganzen Tag mit der Anzeigenaufnahme von jungen, traumatisierten Frauen verbracht hatte, widersetzte sich dem politischen Druck: »Nein, man werde nichts stornieren und die Vergewaltigung bleibe drin. Schließlich sei das vaginal und anale Einführen von Fingern, wie bei Sands S. geschehen, ja eben genau das.«

Das Telefonat wurde von dem ablösenden Dienstgruppenleiter der Kölner Kriminalwache, Jürgen H., bezeugt. Der politische Beamte am anderen Ende der Leitung erhöhte den Druck auf die

couragierten Beamten. Dies sei »ein Wunsch aus dem Ministerium«, wurde die offene Drohung zitiert.⁴⁴ Die Beamten blieben nicht nur standhaft, sondern machten diesen politischen Druck, der einer Zensur der Ereignisse in Köln entsprach, auch offiziell. Sie schrieben zu dem Vorgang einen Vermerk mit der Überschrift »Stornierungswunsch WE-Meldung vom 1.1.2016«, der am selben Tag die Kripo-Vize-Chefin Heidemarie Wiehler erreichte und schließlich am 10. Januar den Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann. Doch hier endete der mutige Widerstand der Kölner Polizei. Erst der Innenausschuss des Landtages stieß auf diesen Skandal und machte ihn öffentlich. Doch damit war er noch nicht beendet, ganz im Gegenteil: Anstatt dass Hannelore Kraft nun umgehend Innenminister Jäger seines Amtes enthob, sperrte die SPD-Ministerpräsidentin am 13. April 2016 alle Unterlagen zum Kölner Sex-Mob, die den Verantwortlichen gefährlich werden konnten. Die Ministerpräsidentin informierte die Öffentlichkeit nicht über ihre weitgehenden Zensur- und Vertuschungsmaßnahmen, erst durch die Beschwerde der CDU-Obfrau Ina Scharrenbach wurde dies deutlich. Sie listete die fehlenden Akten auf: »Es fehlten die Mail-Kommunikation der Ministerpräsidentin, des Innenministers und des Regierungssprechers sowie zahlreiche Vermerke, Besprechungsprotokolle, handschriftliche Aufzeichnungen und Nachweise über Telefonverbindungen.«⁴⁵ Die Staatskanzlei der Ministerpräsidentin, die, wie Jäger, öffentlich eine schonungslose Aufklärung versprochen hatte, schickte lediglich ein kurzes Memo, das die Aktenunterschlagung mit einer abwegigen Begründung notdürftig zu begründen versuchte mit der Behauptung, dass eine Offenlegung angeblich »die Funktionsfähigkeit der Regierung« beschränken würde. Das war's.

Nach diesen umfangreichen Zensurmaßnahmen folgten kein medialer Aufschrei, keine Sondersendungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und keine Schlagzeilen bei *Spiegel*, *Bild* und Co. Der mediale Arm des Schweigekartells blieb stumm.

Diese Eingriffe in die polizeiliche Arbeit, das Umschreibenlassen von Anzeigen und Berichten, sind bei der Polizei alltäglich geworden. Dies geschieht innerhalb von kleinen Dienststellen ebenso wie

in Polizeipräsidiën. Der Druck auf jeden einzelnen Polizisten ist so groß, dass jeder weiß, was von ihm erwartet wird in Bezug auf das, was er schreiben darf und was nicht. Ansonsten drohen Strafversetzungen oder schlechte Bewertungen durch Vorgesetzte, wobei Letztere langjährige Beförderungssperren nach sich ziehen und das faktische Aus der Karriere im Staatsdienst bedeuten. Genau aus diesem Grund sind die geschilderten Hintergründe, die das Ausmaß der Vertuschungsmaßnahmen in Bezug auf den Kölner Sex-Mob betreffen, umso bemerkenswerter. Hierbei handelt es sich um einen der wenigen Fälle, bei dem es gelungen ist, die Vorgehensweise des Schweigekartells lückenlos zu dokumentieren.

Kriminalität nordafrikanischer Täter wird zensiert

In den Tagen und Wochen nach den Sex-Mob-Attacken in Köln taten dann auch alle politisch Verantwortlichen völlig überrascht und gaben vor, über das Ausmaß der Kriminalität seitens der Nordafrikaner erstaunt zu sein. Ob dies eine weitere Lüge darstellte oder der eigenen Unfähigkeit geschuldet war, mag jeder für sich selbst entscheiden. Schließlich treiben die Kriminellen aus dem Maghreb schon seit Jahren ihr Unwesen in Deutschland. Verantwortliche Minister schauen untätig zu oder - exakter formuliert - aus Gründen der Political Correctness bewusst weg.

Lediglich eine Hauptkommissarin erstellte eine vertrauliche Lageanalyse namens *Casablanca*. Benannt nach der größten Stadt Marokkos, wurde die von 2200 bekannten nordafrikanischen Tätern, die allein in Düsseldorf aktiv sind, verursachte Kriminalität erfasst. Die einstmalige mondäne Fassade der Landeshauptstadt hat starke Risse bekommen, oder - um bildlich im Thema zu bleiben - die Schaufensterscheiben sind von Einschusslöchern durchsiebt. Nur zwei Kilometer von der Luxusmeile Königsallee entfernt ist durch die unkontrollierte Masseneinwanderung nordafrikanischer Männer aus Marokko, Algerien und Tunesien in kürzester Zeit ein

»Klein-Marokko« entstanden, in dem selbst tagsüber gedealt, geraubt und geschlagen wird. Die dort bis jetzt lebenden integrierten Ausländer prangern offen den Kontrollverlust des Staates an und schildern ihre Ohnmacht angesichts des Versagens der verantwortlichen Politiker. Ein türkischer Supermarktbesitzer berichtete, dass sich keine Frau mehr in seinen Laden traue, selbst türkische Nachbarinnen, die ein Kopfruch tragen, wurden durch die ständig Herumlungernden sexuell belästigt - auch am Tage. Wenn Anwohner die Nordafrikaner zur Rede stellten, rotteten sich diese augenblicklich zusammen, warfen Steine und zogen ihre Klappmesser.

Die mittlerweile in NRW herrschenden Zustände erinnern eher an Dritte-Welt-Länder, die ohne eine funktionierende Polizei auskommen müssen. Selbst ein Rockerkrieg wurde hier in Wohngebieten mit Kalaschnikows und Handgranaten ausgetragen. Und unter Jägers Ägide avancierte das tiefrote Nordrhein-Westfalen zur Machtbastion von Salafisten und islamistischen Terroristen. Jeder Terrorismusvorfall des Jahres 2016 weist eine Verbindung zu Nordrhein-Westfalen auf, wie beispielsweise die Pariser Anschläge mit 130 Toten und 352 Verletzten⁴⁶ oder der Anschlag am Jahrestag von *Charlie Hebdo*, den ein Asylbewerber aus Nordrhein-Westfalen ausführte. Der Islamist griffⁿ mit einem Schlachterbeil und einer umgeschallten Bombenattrappe Polizisten an und wurde erschossen. Er lebte mit nicht weniger als 20 verschiedenen Identitäten unbehelligt von der Polizei in Recklinghausen.⁴⁷ Auch die Anti-Terror-Razzia im Februar 2016 gegen eine algerische IS-Zelle führte die Spezialeinheiten wieder einmal nach Nordrhein-Westfalen, und zwar ins saarländische Attendorn. Alle diese Vorkommnisse lösten beim Innenminister keinerlei zusätzliche Maßnahmen aus. Jägers größte Kraftanstrengung scheint darin zu liegen, das wahre Ausmaß der Flüchtlingskriminalität zu verschleiern. So traf man sich bereits am 23. Oktober 2014 und sprach über unhaltbare Zustände in immer größer werdenden Teilen von Nordrhein-Westfalen. Bereits damals wussten die Verantwortlichen, dass die in Flüchtlingsheimen lebenden Nordafrikaner, die »Nafri«, exzessiv Alkohol konsumierten, grundlos Bürger angriffen, Passanten und

Frauen anpöbelten und Geschäfte ausraubten. Dagegen unternommen wurde seit Jahren nichts. Weder wurden Sonderkommissionen gegründet oder Großrazzien gestartet noch die Voraussetzungen für eine konsequente Strafverfolgung geschaffen. Im Gegenteil: Es wurde vereinbart, dies alles zu verschweigen, denn sonst hätten die bösen Rechtspopulisten schließlich recht und das tolle Flüchtlingsmärchen damals schon erste Risse bekommen.

Nordafrikanische Sex- und Intensivtäter bleiben unbehelligt

Im benachbarten Köln wurden die Aktivitäten der »Nafri« schon seit Januar 2013 polizeilich erfasst, aber natürlich bis zu den Kölner Sex-Mob-Ereignissen geheim gehalten. Allein bei der Kölner Polizei werden 18 311 Nordafrikaner geführt, denen 22 000 Straftaten zugeordnet werden. Bedenkt man, dass bei diesen Kriminalitätsbereichen eine sehr hohe Dunkelziffer existiert, weil die Bevölkerung längst nicht mehr jede Straftat anzeigt, gelangt man schnell in den Bereich einer sechsstelligen Zahl von Straftaten - sie werden allein durch diese Tätergruppe im Großraum Köln begangen. Die Dreistigkeit und die kriminelle Energie der Nordafrikaner hat längst Ausmaße angenommen, die man nur noch mit einem kollektiven Staatsversagen erklären kann. Die Zahl der Körperverletzungen explodiert, auch die sogenannte »Antanz«-Masche kommt immer mehr in Mode. Im Jahre 2014 wurden einzelnen Intensivtätern noch 92 Straftaten zugerechnet, 2015 waren es bereits 129. Dabei handelte es sich nur um die angezeigten Delikte. Während die Opfer oft jahrelang Verletzungen an Leib und Seele auskurieren müssen, bleibt die Kriminalitätswave der »Nafri« für die Täter folgenlos. Oder haben Sie schon einmal etwas zu mehrjährigen Gefängnisstrafen für diese Täter gehört? Nein? Ich auch nicht. Die Folgen dieses Staatsversagens gipfelten vorläufig in der Zusammenrottung von 1000 kriminellen Nordafrikanern an Silvester in Köln. Sie betrachteten die Bevölkerung als schutzlose Beute, die nach

Belieben beraubt, geschlagen und sexuell missbraucht werden kann
- völlig unbehelligt von der Polizei.

Wenig glaubwürdig: Merkel verkündet einmal mehr, kriminelle Asylanten abzuschieben

Nicht dass Angela Merkel plötzlich das Schutzbedürfnis der eigenen Bevölkerung in den Sinn gekommen wäre, schließlich ist der Politik das Problem der nordafrikanischen Intensivtäter seit Jahren bekannt. Aber die Ausmaße des Schwarzen Silvesters und die Aufdeckung der systematischen Vertuschung der Flüchtlingskriminalität hatten die Bevölkerung in Aufruhr versetzt. Selbst das anfängliche Verschweigen des Ausmaßes der arabischen Sex-Mob-Attacken in Merkels Haussender ZDF war nun keine erfolversprechende Variante mehr, denn die alternativen Medien und sozialen Netzwerke hatten dem Mainstream längst den Rang abgelaufen. »Widerwärtig« nannte die Kanzlerin nach Tagen des Abtauchens die Geschehnisse von Köln. Es seien »kriminelle Taten, die Deutschland nicht hinnehmen wird«, so Angela Merkel weiter. Eine politische Mitverantwortung in Bezug auf diese abscheulichen Taten übernahm sie natürlich nicht, obwohl die Kanzlerin, ohne jegliche juristische Legitimation, die illegale Masseneinwanderung erst ermöglicht hatte, indem sie die deutschen Grenzen Hunderttausenden muslimischer Männer öffnete - und zwar entgegen dem deutschen Grundgesetz, europäischen Staatsverträgen wie Dublin und Schengen und einem Dutzend deutscher Gesetze und Verordnungen bezüglich der illegalen Einreise. In der Mainzer CDU-Erklärung wurde im Januar 2016 gefordert, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, nämlich dass Asylanten, die schon während ihres Asylverfahrens straffällig und verurteilt werden, bereits bei Bewährungsstrafen abzuschieben sind. Dies ist allerdings bis heute nicht der Fall. Straftaten, die Asylbewerber in Deutschland begehen, haben keinerlei Auswirkungen auf deren Asylverfahren. Man schüttelt zwar ungläubig den Kopf, aber so ist es.⁴⁸ Aus diesem

Grund geben sich auch die gesamten Kriminellen Nordafrikas als unbegleitete Minderjährige aus. Diese gelten als besonders schutzbedürftig, und deren Betreuung kommt den Steuerzahler obendrein noch deutlich kostenintensiver zu stehen. Dass diese »Minderjährigen« zum Teil mit Vollbart, tiefer Stimme und breitem Kreuz herumlaufen und eher wie 25- denn wie 15-Jährige wirken, scheint die politisch Verantwortlichen nicht weiter zu stören.

600 000 abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben

So verbleiben die Straftäter in Deutschland, rauben, stehlen, belästigen und vergewaltigen auch weiterhin und kommen obendrein noch in den Genuss der deutschen Sozialsysteme.^{49,50} Dem Vorstoß Merkels und der CDU fehlt damit jegliche Glaubwürdigkeit, und die ersten Linkspopulisten der SPD wie Maas und Stegner warnten sogleich vor »Schnellschüssen«, die mit ihnen nicht zu machen seien. Der Vorstoß Merkels erinnerte an den Oktober 2015, als bekannt wurde, dass sich 600 000 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland aufhalten und Kosten in Milliardenhöhe verursachen.⁵¹ Darüber hinaus blockieren die abgelehnten Asylbewerber Hunderttausende Wohnungen und Unterkünfte, die ihnen gar nicht mehr zustehen. Der Staat und die Justiz verlieren auch hier jegliche Autorität, wenn trotz rechtskräftiger Urteile Hunderttausende Ausländer nicht abgeschoben werden. Dieses kritisierte unlängst auch der Vorsitzende des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter, Robert Seegmüller, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.⁵² Dabei stammt die Zahl der 600 000 abgelehnten Asylbewerber schon aus dem Januar 2015 und dürfte damit aktuell längst die Millionengrenze überschritten haben. Das Politikmagazin *Cicero*⁵³ berichtete über diese Zahlen am 22. Januar 2015. Wörtlich hieß es: »In Deutschland halten sich aktuell mehr als 600 000 Ausländer auf, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder deren Flüchtlingsschutz abgelau- fen ist. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf

eine Anfrage des Bundestagsvizepräsidenten Johannes Singhammer (CSU) hervor, die dem Magazin *Cicero* vorliegt. Das Ministerium beruft sich dabei auf Zahlen des Ausländerzentralregisters.«

Auch damals versprach Merkel konsequente Massenabschiebungen, beispielsweise mit Transall-Maschinen der Bundeswehr. Natürlich eröffneten sogleich ARD und ZDF ihre Nachrichtensendungen mit markigen Bildern von startenden Bundeswehrflugzeugen. Doch trotz einer millionenfachen Einwanderung und Hunderttausender abgelehnter Asylbewerber sind die angekündigten Massenabschiebungen ausgeblieben. Nicht eine Transall-Maschine hat sich diesbezüglich in die Lüfte erhoben.

KAPITEL XI

Bürger und Polizei werden vom Staat im Stich gelassen

BKA-Lagebericht: Ausländerkriminalität steigt

Während die Kriminalität allerorten drastisch steigt, hat das Bundeskriminalamt nun erste Daten analysiert. Der Begriff »Internationale Bandenkriminalität« hört sich im ersten Moment nach Hollywood und Pablo Escobar an. Doch das täuscht, denn sie betrifft jetzt auch den Alltag von Millionen Menschen in Deutschland. Hinter den Tätergruppen bei Autodiebstahl, Wohnungseinbrüchen, Raub und Rauschgiftkriminalität stecken immer häufiger feste Strukturen. Darauf weist der BKA-Lagebericht 2014 zur Organisierten Kriminalität hin.⁵⁴ Die Nachrichtenflaggschiffe des öffentlichen Fernsehens haben entsprechend darüber berichtet. Aber natürlich nicht, ohne die Daten verfälscht wiederzugeben. Den Schlagzeilen der TV-Anstalten zufolge besteht in diesem Bereich die größte Gruppe mit 36,1 Prozent aus deutschen Staatsangehörigen. Ein genauer Blick auf die BKA-Analyse zeigt, dass davon 10,1 Prozent eine »abweichende Geburtsstaatsangehörigkeit« besitzen. Das ist die behördliche Umschreibung für eingebürgerte Ausländer. Somit verbleiben also 26 Prozent deutsche Täter. Was bedeutet: 74 Prozent aller Straftaten werden durch ausländische Staatsangehörige und Ijersonen mit Migrationshintergrund begangen. Aus diesen Fakten dem Gebührenzahler eine Schlagzeile zu fabrizieren, dass Deutsche die kriminell auffälligste Gruppe in ihrem Heimatland seien, hat mit einer seriösen Berichtserstattung nicht das Geringste gemein. Und dies ist noch höflich formuliert. Während der Anteil deutscher Straftäter sinkt, erhöht sich entsprechend der Anteil ausländischer Banden. Würden zudem die Taten der Rockerkriminalität nicht in diesem Bereich erfasst, dann wären die statistischen Ausschläge noch gravierender ausgefallen. Bei 10,9 Prozent

der Täter handelt es sich um Litauer, die vor allem im Bereich der Eigentumskriminalität ältere Menschen mit Schockanrufen drangsaliiert haben. Es folgen Türken und Polen, wobei polnische Täter besonders bei Kfz-Delikten aufgefallen sind. Darunter fallen Straftaten wie Einbrüche in Tiefgaragen, bei denen entweder wertvolle Fahrzeuge komplett gestohlen oder auf Bestellung teure Ausstattungsteile abmontiert werden. So werden Navigationsgeräte aus der Konsole entfernt, Airbags aus der Innenverkleidung gerissen, und immer öfter werden Autos auf Steine aufgebockt und Reifen samt teurer Felgen abgeschraubt. Den offenen Ostgrenzen sei Dank. Heute gestohlen - morgen in Polen, wie es der Volksmund formuliert. Die Anzahl polnisch beherrschter OK-Gruppen ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich angewachsen. Somit werden auch die Straftaten in diesem Bereich weiter stark ansteigen. Auch der in den vergangenen Monaten zu registrierende massive Zuzug aus Bulgarien und Rumänien lässt sich bereits in der Analyse ablesen. Der Anteil rumänischer Tatverdächtiger hat sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Vor allem die Einwohner westdeutscher Städte, beispielsweise im Ruhrgebiet, sind hier Opfer rumänischer Einbrecher-Clans, die oft über einen Sinti- und-Roma-Hintergrund verfügen. Albaner, Russen, Georgier und Serben runden das Bild ab. Italiener sind in der Statistik ebenfalls stark vertreten, dabei handelt es sich um Mafiosi der Ndrangheta, Cosa Nostra und Camorra. Normale Bürger haben jedoch meist zu deren Taten keinerlei Berührungspunkte, da die kriminellen Aktivitäten vornehmlich aus Kokainschmuggel und Geldwäsche bestehen. Angehörige der Balkanländer, die monatelang 40 Prozent der Flüchtlinge ausmachten, sind insbesondere bei der Eigentums- und Gewaltkriminalität aufgefallen, dementsprechend erwarten auch dort Sicherheitsexperten eine starke Zunahme von Straftaten. Die kriminellen Trends sind eindeutig: Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil ausländischer Tatverdächtiger enorm gestiegen, bei Rumänen sogar um 216 und bei Georgiern um 203 Prozent. Jede einzelne dieser Banden ist für Tausende Straftaten verantwortlich. Und dabei handelt es nur um erkannte Gruppierungen und ihnen zugeordnete Taten. Die

Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Meist bestehen die Banden aus zehn bis 50 Personen. Aus der Sicht der Bürger ist besonders besorgniserregend, dass die Massenkriminalität von internationalen Banden mit organisierten netzwerkartigen Strukturen begangen wird. Der Wohnungseinbrecher von heute ist in erster Linie nicht mehr der herumstreuende Rauschgiftsüchtige, der eine günstige Gelegenheit nutzt, sondern ein brutaler Gangster, der gezielt Straftaten begeht, um seinen aufwendigen Lebensstil und den seiner Hintermänner zu finanzieren. Solche Täter werden als Kriminelle ausgebildet. Es sind in der Vergangenheit bereits Einbruchsschulen in Polen und Rumänien aufgefliegen. Die Männer wissen, dass bei den meisten Wohnungstüren und Fenstern ein stabiler Schraubenzieher zum Aufhebeln ausreicht. Ihnen werden in Lehrgängen die Besonderheiten unterschiedlicher Tür- und Fensterbeschläge vermittelt und die Schwachstellen von Fensterrahmen erklärt. Sie kundschaften Objekte aus, erkennen Einbruchmöglichkeiten von Wohnanlagen und Tiefgaragen.

Bürger sind gezwungen, sich zu schützen

Die wichtigste Frage lautet: Wie können sich normale Bürger gegen diese »Fachkräfte« schützen? Helfen Mauern, Überwachungskameras und private Sicherheitsdienste? Ja, jede Maßnahme hilft. Um das Haus oder die eigene Wohnung zu schützen, müssen nicht unbedingt hohe Geldbeträge investiert werden. Einbrecher gehen meist aus Angst vor der Entdeckung den Weg des geringsten Widerstands. Stabile und doppelt verschlossene Türen mit Querriegelschloss, Fenster mit einbruchshemmenden Sicherheitsbeschlägen und widerstandsfähigen Rahmenkonstruktionen schrecken ab. Auch werden Einbruchsversuche in der Regel nach fünf Minuten abgebrochen. Am Abend und nachts eignen sich Licht und Strahler mit Bewegungsmeldern zur Abschreckung. Auch ein anschlagender Wachhund sorgt in der Regel für den Abbruch des Einbruchsversuchs. Einen wirksamen Schutz bildet zudem eine funktionie-

rende Nachbarschaft, die sofort verdächtige Personen und Fahrzeuge meldet. Und wenn sich viele Nachbarn zusammenschließen, dann könnte auch die Bestreifung durch einen privaten Sicherheitsdienst bezahlbar werden.

Die Immobilienwirtschaft hat längst das Thema »Sicherheit« als zukunftsweisenden Aspekt für die Werterhaltung und **-Steigerung** einer Immobilie erkannt. Für viele Einbruchopfer ist es meist ein heftiger Schock und ein traumatisches Erlebnis, wenn sie in den eigenen vier Wänden beraubt werden. Die Polizei ist bei der Einbruchswelle leider keine Hilfe mehr. Personell ausgeblutet und in der Flüchtlingskrise restlos verheizt, wird die Alltagskriminalität nur noch verwaltet. Wer die Gefahr verringern will, Opfer dieser kriminellen Banden zu werden, ist gezwungen, private Schutzmaßnahmen zu treffen.

Kriminalität wird immer brutaler

Eines ist hingegen gewiss: Straftaten werden extrem zunehmen, und immer mehr Bürger werden zu Opfern werden. Wie die Kriminalität im konkreten Einzelfall aussieht, ist vor gar nicht allzu langer Zeit erschütternd deutlich geworden. Im bayrischen Meiling im Landkreis Starnberg wurde ein älteres Ehepaar Opfer einer brutalen Räuberbande aus Rumänien. Die sieben Männer begingen arbeitsteilig die Taten, sie reisten dazu völlig unkontrolliert aus Rumänien über die Grenzen nach Deutschland, Österreich und in die Schweiz ein. Im Auto gleich mit dabei: Knüppel, Messer und eine Axt. Die feigen Täter hatten sich auf wehrlose Rentner spezialisiert, die sie in deren Häusern überfielen und schwer misshandelten. Manchmal beging die Bande sogar Raubüberfälle an zwei hintereinanderliegenden Tagen. Die erschütternden Fakten sprechen für sich:

- 28. Juni 2015: In Alland in Niederösterreich drangen vier Rumänen durch das Badezimmerfenster in das Haus eines 72-Jährigen ein. Mit Fäusten und Tritten wurden er und

seine Frau so heftig malträtiert, dass der Mann Gesichtsfrakturen und Rippenbrüche erlitt. Beute: ein vierstelliger Euro-Betrag.

- 18. Juli 2015: Wieder in Niederösterreich. Nachdem sie um drei Uhr nachts unbemerkt in das Haus einer alleinstehenden 69-Jährigen eingebrochen waren, überraschten die vier Täter die Frau im Bett und fügten ihr mit Faustschlägen und Tritten schwere Verletzungen zu. Beute: ein zweistelliger Euro-Betrag und ein Ehering.
- 26. August 2015: Amstetten in Niederösterreich. Wieder drangen vier Täter nachts in das Haus einer alleinstehenden 72-jährigen Frau ein. Während sie ihr Mund und Nase zuhielten, schlugen sie die Wehrlose auf brutalste Weise mit Knüppeln zusammen und bedrohten sie dabei zusätzlich mit Messern. Die Frau erlitt zahlreiche Frakturen und Platzwunden im Gesicht, zudem Rippenbrüche. Beute: ein dreistelliger Euro-Betrag und Silberschmuck.
- 31. August 2015: eine weitere rücksichtslose Raubtat in Oberösterreich.
- 6. September 2015: In Niederösterreich wurde eine 87-Jährige zu Hause überfallen und schwer misshandelt.
- Bereits einen Tag zuvor waren die Rumänen in Deutschland aktiv gewesen, im Landkreis Starnberg bei München brachen sie in das Haus eines Rentnerpaares ein. Der 72-jährige Mann wurde durch lautes Hundegebell gewarnt und schaute im Garten nach dem Rechten. Die Räuberbande schlug brutal mit Eisenstangen und Holzprügeln auf ihn ein und zerzte ihn zurück ins Haus. Auch die 67-jährige Ehefrau wurde sofort angegriffen und durch Schläge schwer verletzt. Damit sie keine Hilfe alarmieren konnten, sperrten die Rumänen anschließend die Schwerverletzten in eine Abstellkammer und blockierten die Tür mit einem schweren Tisch. Erst nach zwei Tagen fand der Postbote die beiden Opfer. Die Frau wurde mit schwersten Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Für den 72-Jährigen kam jede Hilfe zu spät. Er

war bereits an den ihm zugefügten Verletzungen verstorben.⁵⁵

Die Beschwichtigungen, um nicht zu sagen die Lügen der Politik, dass die offenen Grenzen, trotz des immensen Wohlstandsgefälles, keinerlei Gefahren für die einheimische Bevölkerung bergen würden, stellen sich in der Realität als ideologische Phrasen heraus.

Wegen der Flüchtlingskrise kapitulieren Polizisten vor der Kriminalität

Frustriert, ausgebrannt und überfordert. Das war der Zustand vieler Polizeibeamter im Lande, bevor die Flüchtlingsströme der Polizei kaum zu bewältigende zusätzliche Einsätze aufbürdeten. Die Lage gerät gerade außer Kontrolle. Bis zu einer Stunde - dies sind keine Wartezeiten beim Arztbesuch - müssen immer mehr Bürger auf das Eintreffen der Polizei warten, nachdem sie den Notruf 110 gewählt haben. Das sind 60 dramatische und teils lebensgefährliche Minuten, bis das rettende Sirenengeheul nahende Hilfe ankündigt. Diese Umstände betreffen nicht mehr nur strukturschwache Regionen, deren Einwohnerzahlen in der Vergangenheit gesunken sind. Der polizeiliche Personalnotstand hat längst die Großstädte in Westdeutschland erreicht: Bonn, Köln, Düsseldorf - bis zu 45 Minuten Wartezeit können auch hier verstreichen, bis die Polizei in NRW anrückt. Auf diese katastrophalen Zustände hat vor Kurzem ein Innenexperte im Düsseldorfer Landtag hingewiesen. In den Bundesländern hat in den vergangenen Jahren eine Reform die nächste gejagt. Oftmals wird sie der Bevölkerung mit teuren Kampagnen von Werbeagenturen mit Titeln wie »Strukturreform« oder »Polizei 2020« verkauft.⁵⁶ Eines haben diese Reformen gemeinsam: Landespolitiker versuchen ihre defizitären Haushalte auf Kosten der Inneren Sicherheit zu sanieren. Während die Steuerlast stetig steigt, lässt der Staat seine Bürger in Stich.

Früher war es normal, dass die Polizei an Verbrechenschwerpunkten verstärkt Streife fuhr, Präsenz zeigte und Stichkontrollen

durchführte. Das ist vorbei. Während die Einbruchszahlen in Ballungszentren explodieren, werden die Aufklärungsquoten immer kleiner und nehmen somit beängstigende Ausmaße an. Gewerkschaftsvertreter der Polizei schlagen Alarm und fordern Tausende zusätzliche Stellen und den massiven Einsatz gegen international operierende Einbrecherbanden. Wobei der Begriff »international operierende Einbrecherbanden« ein politisch korrektes Synonym für Einbrecher-Clans aus Bulgarien und Rumänien ist, deren Mitglieder meist einen Roma- und Sinti-Hintergrund aufweisen. Hinzu kommen ausländische Tätergruppen aus der Türkei und Nordafrika. Der Ruf nach Einsätzen der Bereitschaftspolizeien gegen die Massenkriminalität verhallt leider auch vergeblich, denn diese häufen aktuell weiter Hunderte Überstunden an bei dem Versuch, des Flüchtlingschaos Herr zu werden. Einhergehend mit stetig steigenden Flüchtlingszahlen und -heimen wächst der Widerstand in der Bevölkerung in Bezug auf das planlose Agieren der Merkel-Regierung. Demonstrationen gegen diese Politik mehren sich und müssen mit immensem Personalaufwand vor reisenden Krawalltätern der links- wie rechtsradikalen Szene geschützt werden. Zudem häufen sich in immer kürzer werdenden Abständen Gewaltausbrüche unter den Asylbewerbern: Iraker gegen Syrer, Syrer gegen Afghanen, Afghanen gegen Pakistanis, Moslems gegen Christen. Oftmals reicht der viel zitierte kleine Funke, um ethnische und religiöse Konflikte ausbrechen zu lassen, in deren Verlauf Männer mit Eisenstangen, Knüppeln und Messer aufeinander losgehen und Schwerverletzte zu beklagen sind. Zudem wird in nicht wenigen Fällen das halbe Inventar des Heimes zerlegt. Dieses Verhalten ist der Bevölkerung naturgemäß nur schwer zu vermitteln, sodass Polizeipräsidenten sofort mehrere Hundertschaften in Marsch setzen, um die Unruhen zu beenden. Polizeintern werden diese als »politische Einsätze« bezeichnet. Geld und Aufwand spielen dabei keinerlei Rolle mehr.

Staatsversagen

Die Zahlen der Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2015 sind erschreckend. Für das mit beinahe 18 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen gleichen sie gar einem sicherheitspolitischen Offenbarungseid. Danach verzeichnen Wohnungseinbrüche ein drastisches Plus von 18 Prozent. Die dramatische Zunahme bedeutet ganz konkret 62 262 Fälle, in denen Bürger Opfer einer Straftat in ihren eigenen vier Wänden geworden sind, nur in NRW. Diese Zahlen bedeuten ein neues Rekordhoch. Deutschlandweit wurden über 167 000 Wohnungseinbrüche verzeichnet.⁵⁷

Während die Bevölkerung einer nie da gewesenen Steuer- und Abgabenlast ausgesetzt ist, kündigte Innenminister Jäger nicht etwa ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Kriminalitätsbekämpfung an, sondern verlangte, »(...) dass die Menschen ihre vier Wände besser schützen«. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) attackierte ihn daraufhin in ungewohnter, deutlicher Form, und die gesamte Opposition verlangte einmal mehr seinen Rücktritt.⁵⁸

Den wegen der Silvesterübergriffe schwer angeschlagenen Innenminister droht nun gar eine offene Revolte des einflussreichen Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Ungewöhnlich scharf griff die Interessenvertretung der Kriminalbeamten Jäger in einer eigens veröffentlichten Erklärung an: »Die Kripo in NRW ist nicht mehr einverstanden mit dem Kurs des Innenministers und fühlt sich nachhaltig im Stich gelassen. Angesichts dieser dramatischen Kriminalitätsentwicklung der Bevölkerung vermitteln zu wollen, sie müsse selbst auf sich aufpassen, ist nicht nur eine Zumutung, sondern auch ein kriminalpolitischer Stockfehler.«⁵⁹

Solch ein Affront, seinem obersten Dienstherrn öffentlich das Vertrauen zu entziehen und ihn obendrein auch noch Unfähigkeit zu attestieren, dürfte einmalig in der jüngeren deutschen Polizeigeschichte sein.

Aber in der Tat, die Kriminalitätsentwicklung, die Jäger seit seinem Amtsantritt 2011 zu verantworten hat, ist dramatisch. Bis

ins Jahr 2015 sind die Wohnungseinbrüche um 39 Prozent gestiegen, die der Taschendiebstähle um 34 Prozent. Viele dieser Taten werden nordafrikanischen Gruppen und deren »Antanz-Masche« angelastet. Und wie der CDU-Innenexperte Biesenbach feststellte, wird nicht einmal jede zweite Straftat der insgesamt 1,5 Millionen angezeigten Delikte überhaupt aufgeklärt. Bei Wohnungseinbrüchen wird nur jede siebte Tat geklärt, bei Taschendiebstählen sogar nur jede 15. Mit diesen desaströsen Zahlen liegt NRW bundesweit auf dem letzten Platz. »Das ist das Dorado für Kriminelle«, so die Abrechnung des Innenexperten.

Wie desaströs die Verhältnisse in NRW geworden sind, belegte der FDP-Innenexperte Lürbke mit juristischen Insiderinformationen.

**»Nur einer von 100 Einbrechern landet hinter
Schloss und Riegel«⁶⁰**

In Nordrhein-Westfalen liegen 29 der 76 deutschen Großstädte. Der Ballungsraum Rhein-Ruhr im Zentrum des Landes gehört mit seinen zehn Millionen Bewohnern zu einer der 30 größten Metropolregionen der Welt. Aufgrund der fortschreitenden Urbanisierung des gesamten Landes ist mittels der Kriminalitätsentwicklung von NRW abzulesen, was auf den Rest der Republik in den nächsten Jahren zukommen wird. Auch der Flüchtlingsstrom, der unter anderem aus Hunderttausenden allein reisenden Männern besteht, wird diese Kriminalitätsentwicklung deutlich verschärfen, liegt doch bereits jetzt der Anteil ausländischer Straftäter um ein Vielfaches höher als der ausländische Bevölkerungsanteil von rund 10,5 Prozent. So handelt es sich laut der NRW-Kriminalitätsstatistik des Jahres 2015 bei 166 760 Tatverdächtigen um Ausländer. Dies stellt einen Zuwachs um 18,8 Prozent dar.⁶¹ Täter mit Migrationshintergrund und einem deutschen Pass werden in der Statistik des NRW-Innenministeriums nicht gesondert aufgeschlüsselt, sodass sie unter »deutsche« Täter fallen. In vielen Polizeistatistiken wird dies so gehandhabt, sodass das Vorgehen der rot-grünen Landesre-

gierung einen weiteren Manipulationsverdacht nährt, das wahre Ausmaß der Ausländerkriminalität kleinzurechnen und zu verschleiern. Aber auch so spricht die Nationalität der ermittelten Tatverdächtigen eine eindeutige Sprache. Migranten sind demnach für 38 Prozent aller Mord- und Totschlagdelikte verantwortlich, bei Raubstraftaten sind es 41 Prozent, bei Wohnungseinbrüchen 48,5 Prozent, und bei Taschendiebstählen liegt die Quote ausländischer Tatverdächtige bei 80,2 Prozent. Wohlgemerkt: Bei all diesen Zahlen handelt es sich nur um angezeigte und aufgeklärte Straftaten! Bei Gewaltdelikten liegt der Anteil ausländischer Straftäter bei 34,2 Prozent und bei Vergewaltigungen bei 32,1 Prozent.

Um es einmal klar zu benennen: Das eindeutige Fazit nach der Analyse dieser Studie besagt, dass Ausländer deutlich krimineller sind als Deutsche. Und wenn sich Politikfunktionäre in öffentlich-rechtliche Talkshows setzen und das Gegenteil behaupten, ist dies eine Lüge. Das behaupten nicht ich oder böse Verschwörungstheoretiker, sondern die NRW-Kriminalitätsstatistik 2015 aus dem roten Innenministerium.⁶²

Innenministerium warnt vor schweren Unruhen

In einer vertraulichen Analyse des Ministeriums für Inneres NRW heißt es »(...) die öffentliche Ordnung in Nordrhein-Westfalen ist akut gefährdet und langfristig nicht gesichert«. Der ministerielle Offenbarungseid strotzt vor Brisanz: Er spricht von Kämpfen zwischen türkisch-arabischen Clans mit neuen Sippen aus Südosteuropa, vornehmlich Roma und Sinti aus Bulgarien und Rumänien.⁶³ In dem Bericht werden »Angsträume«⁶⁴ benannt, die Anwohner und Gewerbetreibende aufgrund von Übergriffen wahrnehmen und diese Gegenden und öffentliche Verkehrsmittel meiden. Als Hauptgrund benennt der Bericht die hohe Arbeitslosigkeit der Zuwanderer, die ohne jegliche Qualifikation auf dem deutschen Arbeitsmarkt anhaltend nicht zu vermitteln sind und im Umkehrschluss ihren Lebensunterhalt mit Sozialleistungen und Kriminalität be-

streiten.⁶⁵ Zudem weisen viele Gebäude einen hohen Wohnungsleerstand auf, die sich dadurch in kurzer Zeit in die sogenannten »Schrottimmobilien« verwandeln. Der unveränderte hohe Zuzug aus Südosteuropa infolge der Freizügigkeit innerhalb der EU wird die Probleme in absehbarer Zeit dramatisch verschärfen. Der Migrantenanteil an den betroffenen Grundschulen liegt bereits jetzt zwischen 80 bis 95 Prozent. Die politisch Verantwortlichen in diesem Land schauen seit zwei Jahrzehnten zu, wie Straßenzug um Straßenzug das staatliche Gewaltmonopol abgeschafft wurde. Tausende Polizeistellen wurden gestrichen, Reviere geschlossen und Streifenwagen ausgemustert. Zusätzlich werden die Polizeibeamten an der Front durch Bürokratie und Politische Korrektheit gegängelt und durch vorgesetzte Verwaltungsbeamte mundtot gemacht. Die Karriere eines Polizisten ist schlagartig beendet, wenn er Missstände anprangert. Polizeibeamter in NRW zu sein bedeutet mittlerweile, zwischen der Gewalt ausländischer Familienbanden und rotem Behördenfilz aufgerieben zu werden.

Auch mit einem stets verleugneten weiteren Aspekt räumt die vertrauliche Analyse für den Innenausschuss auf. Anstatt der ausufernden Gewaltkriminalität der Clans kompromisslos entgegenzutreten, setzte Innenminister Jäger andere Schwerpunkte seiner Arbeit. So meinte er eine Gefahr für die Sicherheit des Landes darin erkennen, dass einige Polizeireviere noch vornehmlich mit Männern besetzt waren, die nach dem Dienst ein Bier zusammen tranken. Diesen Korpsgeist zu brechen sieht die Politik als eine ihrer ausdrücklich erklärten Hauptaufgaben an. Um dies zu forcieren, wurden fortan bevorzugt Frauen im Polizeidienst eingestellt. Die Frauenquote in den neuen Jahrgängen hat sich mittlerweile bei 50 Prozent eingependelt. Diese Entwicklungen, die in den Landtagsitzungen freudig beklatscht wurden, stellten sich in der Praxis jedoch als folgenschwer heraus. In den dunklen Straßen von Duisburg, Essen, Dortmund und Gelsenkirchen herrschen überwiegend Clans aus muslimischen Ländern wie dem Libanon, der Türkei und den Palästinensergebieten, die ihr mittelalterliches Frauenbild auch nach Deutschland importierten. Die Polizistinnen, meist aus bür-

gerlichen Vorstadtidyllen stammend, treffen nun auf testosterongesteuerte Straftäter, die oftmals unter Einfluss von Anabolika und Drogen stehen. Der Bericht spricht »von einer hohen Aggressivität und Respektlosigkeit, die insbesondere beim Einschreiten von weiblichen Polizeibeamten entsteht«. Die Zusammenrottungen verhindern polizeiliches Arbeiten, das die Funktionsfähigkeit der gesamten Polizei betrifft. »Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist bereits nachhaltig negativ beeinträchtigt.« Die rechtsfreien Räume breiten sich beständig aus, Duisburg-Marxloh ist nur die Spitze des Eisberges, die vertrauliche Analyse nennt weitere umgekippte Stadtteile: Rheinhausen, Hochheide, Hamborn, Beek, Lohheider und Uettelsheimer See, Laar, Hochfeld und Altstadt/Dellviertel sowie die schon beschriebene Dortmunder Nordstadt, den Essener Stadtteil Altenessen und Teile Gelsenkirchens. Nachfolgend sind einige Geschehnisse dokumentiert, die sich längst nicht mehr auf das Wochenende und die Abendzeit konzentrieren, sondern auch unter der Woche am Tage passieren, da die Männer dieser Milieus keinerlei Beschäftigung nachgehen, so die Analyse.

In Duisburg-Marxloh griffen im Juni 2015 zwei Libanesen zwei Streifenbeamte an, die lediglich Personalien von Unfallbeteiligten aufnahmen. Eine Polizistin wurde zu Boden gestoßen, der Kollege musste die Dienstwaffe ziehen, um einen 15-köpfigen Mob in Schach zu halten. Als nach der Alarmierung endlich zehn Streifenwagen heranrasten, stand den Beamten eine Übermacht von 100 Libanesen gegenüber.

Bei Einsätzen gegen libanesische Familien-Clans in Essen-Altenedorf musste die unterbesetzte Polizei regelmäßig Verstärkung aus den Nachbarstädten anfordern.⁶⁶ Diese Städte sind dann gezwungen, gänzlich ohne Polizei auszukommen, die Bürger sind der steigenden Kriminalität damit schutzlos ausgeliefert. Anfang August 2015 prügelten in Gelsenkirchen zwei verfeindete Familien auf offener Straße mit Eisenstangen und Baseballschlägern aufeinander ein. Wenige Tage später, wieder in Essen, lieferten sich 100 Angehörige einer Roma-Großfamilie im Vorfeld eines Gerichtsprozesses eine Massenschlägerei. Strafrechtliche Folgen hatte keiner der Be-

teiligten zu fürchten, in den Stadtteilen herrschte das Gesetz der Mafia, die Omertà. Opfer, Nachbarn und Zeugen wurden eingeschüchtert und bedroht, bis auch sie schwiegen. Falls es doch einmal zu Verurteilungen kommt, erkennen viele Richter Milderungsgründe, wie eine fehlende Integration, und ethnische Besonderheiten, wie den Zwang, die Familienehre wieder herzustellen, an. Über Geldauflagen und Bewährungsstrafen gehen die meisten Urteile nicht hinaus. Ein Duisburger Wachtdienstleiter berichtete von einer sich immer schneller drehenden Gewaltspirale. Regelmäßig würden seine Kollegen »geschlagen, getreten und mit Flaschen beworfen«, dazu beleidigt, bespuckt und mit dem Tode bedroht. Bei »jungen Migranten« bestehe ein normales Wochenende darin, »Bullen aufzumischen«. Insbesondere Bereiche mit hohem Migrantenanteil entgleiten völlig, wegen der »katastrophalen Personalsituation ist Stärke zeigen nicht möglich«, da immer mit einem Minimum an Kräften gearbeitet werden müsse.

Deutschland droht die Gettoisierung und Islamisierung

Der ehemalige Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, ist einer der letzten Klartext sprechenden Politiker der Republik. Seinem Realitätssinn, nach 15-jähriger Amtszeit in dem Problemstadtteil, haben die weltfremden Ideologen in den Talkshow-Karussells nichts entgegensetzen. Dies allein schützt ihn, um nicht neben seinem Parteigenossen Thilo Sarrazin auf dem medialen Scheiterhaufen verbrannt zu werden. In einem großen Welt-Interview⁶⁷ räumte der Pragmatiker mit den Phrasen der Politikfunktionäre auf. Das »Wir schaffen das« von Angela Merkel nannte er eine »Durchhalteparole«. Auch für Merkels Behauptung, »dass 70 Prozent der Syrer wieder nach Hause gehen«, hatte er nur Spott übrig. »Dies ist die gleiche Fehleinschätzung wie zur Rückkehr der Gastarbeiter der 60er-Jahre. Ein Placebo zur Volksberuhigung.«

Der SPD-Mann rechnet nicht mit einem dauerhaften Absinken der Flüchtlingsströme. Im Gegenteil: Durch den Familiennachzug und auf EU-Prognosen gestützt geht er von bis zu zehn Millionen Flüchtlingen bis zum Jahre 2020 aus. »Das ist eine ganz unaufgeregte Rechnung anhand der vorliegenden Fakten.« Auch hinsichtlich der negativen Auswüchse, die entstehen, weil der nach Deutschland kommende Flüchtlingsstrom zu über 80 Prozent aus allein reisenden Männern besteht, nimmt Buschkowsky kein Blatt vor den Mund. »(...) Es genügt ein falsches Wort oder ein schiefer Blick, um eine Prügelei auszulösen. Die Mehrheit reagiert brutal.«

Zusätzlich zehn Millionen Flüchtlinge mit eigener Islam-Partei

»Christen werden gemobbt. Sie dürfen nicht mehr in die Küchen, weil sie dort Schweinefleisch zubereiten. Salafisten kommen in die Unterkünfte und verteilen Lebensmittel - aber nur an Glaubensbrüder.« Die stattfindende Islamisierung belegt Heinz Buschkowsky anhand von Beispielen. »Hausmeister sollen keine Glühbirnen in der Sporthalle wechseln, wenn Mädchen darin turnen; Lehrer keine Leberwurst auf den Pausenbrotten haben, um nicht die religiösen Gefühle zu verletzen. Der Weihnachtsmarkt wird zum Wintermarkt, um die Muslime nicht zu beleidigen. In der Schulbibel tragen kleine Mädchen Kopftuch.« Er sieht bereits »(...) den Kampf um die Dominanz im öffentlichen Leben« toben.

Diesen Kampf um die gesellschaftliche Leitkultur in Deutschland sieht Buschkowsky in den nächsten Jahren eskalieren. »Die Zahl der Muslime wird sich verdreifachen oder vervierfachen. Ihr politisches und gesellschaftliches Gewicht wird also zunehmen. Irgendwann werden sie politische Parteien gründen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. (...) Da sind der Ruf des Muezzin und islamische Feiertage bereits Nebenkriegsschauplätze.« Um zu verhindern, dass ganze Stadtteile umkippen und umgehend in No-go-Areas verwandelt werden, unterstützt Buschkowsky die

hochumstrittene Praxis, Asylbewerber dezentral und durchmischt unterzubringen. »Das bedeutet, preiswerter Wohnraum muss auch in bürgerlichen Wohnvierteln errichtet werden müssen. Da wird nicht immer Freude aufkommen. Ich unke, das wird scheitern. Viel heuchlerische Zustimmung, aber am Ende steht dann doch wieder die Gettoisierung der Flüchtlinge. Die Beispiele gibt es überall. Von Schweden bis England, von Kiel-Gaarden bis Dortmund-Nord.«

An dieser Stelle möchte ich Herrn Buschkowsky energisch widersprechen, denn aufgrund der Unterbringung von Flüchtlingen in bürgerlichen Wohnvierteln wird die gesamte dortige Bevölkerung in Geiselhaft für eine katastrophale Politik genommen. Deren Vertreter berauschen sich an ihrem eigenen Flüchtlingskult und leben ihren moralischen Größenwahn bei ARD und ZDF aus, um dann mit der Limousine in ihre Villa an der Außenalster zu verschwinden. Diese Gated Communities bleiben aber 80 Prozent der Bevölkerung verwehrt,⁶⁸ die Mittel- und Unterschicht muss somit allein die negativen Folgen der illegalen Masseneinwanderung schultern. Aufgrund dieser Praxis entsteht dann nicht ein Großgetto am Stadtrand, sondern es bilden sich ein Dutzend kleinerer Gettos über die ganze Stadt verteilt. Auch in vorher gutbürgerlichen Vierteln ist man gegen diese Willkür politischer Entscheidungsträger machtlos.

Für die meisten Menschen ist ein Immobilienkauf die größte Anschaffung ihres Lebens; er erfolgt in der Regel wohlüberlegt. Manche suchen Jahre, um den geeigneten Standort zu finden. Aspekte wie Infrastruktur, Ärzte, Supermärkte, Bäckereien, der Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr und vorhandene Parkplätze bilden neben der Raumaufteilung und natürlich dem Preis der Immobilie die Hauptkriterien. Verständlicherweise legen viele Menschen zudem Wert auf eine angenehme und vor allem friedliche Nachbarschaft. Möchte ich dort wohnen? Können hier meine Kinder ungestört und vor allem sicher aufwachsen? Möchte ich dort auch noch in zehn oder 20 Jahren leben? Anschließend wird mit der Bank verhandelt und der Finanzierungs- und Tilgungsplan über 20 oder 30 Jahre vereinbart. Dann aber entsteht von einem

Tag auf den anderen in unmittelbarer Nähe der eigenen Immobilie ein Containerdorf oder demnächst gleich eine komplette Siedlung, bevorzugt für Flüchtlinge gebaut, ohne lästige Bauvorschriften und aus den eigenen geleisteten Steuergeldern finanziert. Natürlich entstehen so Wut und Frustration im bürgerlichen Milieu, und das völlig zu Recht.⁶⁹

Die Pariser Banlieues werden bei Diskussionen oft als Beispiel einer gescheiterten Integrationspolitik genannt. Alle Jahre wieder kommt es in ihnen zu schweren Unruhen. Immigranten, Kriminalität, Drogenhandel wie -konsum beherrschen dort das Straßenbild. Nicolas Sarkozy wollte als Innenminister diese Vorstädte einmal »mit dem Kärcher« von Kriminellen säubern. Der Aufschrei in den Medien war entsprechend, bei den Pariser Bürgern stieß diese Äußerung jedoch auf große Zustimmung. Sie wählten ihn kurze Zeit darauf zum Staatspräsidenten. Wie ich aus persönlichen Gesprächen weiß, haben die Pariser Bürger ein viel differenzierteres Bild zu den Banlieues, als es die Medien vermitteln. Jeder, der es wirklich schaffen will, schafft es auch, er bildet sich stetig fort und arbeitet sich hoch, ist dort die vorherrschende Meinung. Das Scheitern der Integration mit dem Wohnort zu begründen bezeichnen viele Pariser zutreffend als reine Ausrede. Zahlreiche Bürger sind sich sehr wohl hinsichtlich der Vor- und Nachteile der Vorstädte bewusst. Was sie vor allem schätzen, ist, dass ihre angestammten Wohnquartiere von vergleichbaren Zuständen weitestgehend verschont geblieben sind. »Lieber dort draußen als hier mitten unter uns«, lautet das Credo. Deutschland musste aufgrund des Versagens der Bundesregierung innerhalb weniger Monate über eine Million Einwanderer, davon über 80 Prozent junge Männer, mit Wohnraum versorgen. Diese wurden und werden zum Teil seitens der rot-grünen Landespolitiker und Bürgermeister ohne Rücksicht auf Verluste inmitten der Wohngebiete einquartiert. Deutschland steht damit am Anfang einer flächendeckenden Gettoisierung.

Steuerzahler muss 1,5 Billionen Euro für Flüchtlinge aufbringen

Auch der zweite und damit letzte verbliebende Realist der einstmaligen Volkspartei SPD hat sich in die kontrovers geführte Flüchtlingsdebatte eingeschaltet. Der ehemalige Berliner Finanzsenator und Bestsellerautor Thilo Sarrazin holte seinen spitzen Bleistift hervor und berechnete die künftigen Kosten der unkontrollierten Masseneinwanderung. Er prognostizierte die Folgekosten der Flüchtlinge für Staat und Steuerzahler auf unfassbare 1,5 Billionen Euro. Dabei handelt es sich um eine unglaubliche Zahl. Eine Billion, das sind 1000 Milliarden - eine Zahl, die aus einer eins und zwölf Nullen besteht. Wie immer, wenn sich Thilo Sarrazin Berechnungen zuwendet, sind ihm politische Vorgaben oder gar Denkverbote völlig fremd. Er geht in seiner Untersuchung von 1,1 Millionen Flüchtlingen aus. Das heißt, dass die 1,5 Billionen Euro lediglich bis zum Stichtag 31. Dezember 2015 gelten. Ab dann werden die Kosten darüber hinaus ansteigen. Die Rechnungen von Thilo Sarrazin gehen von einem natürlichen Ableben der Flüchtlinge in 60 Jahren aus und umfassen Folgekosten für den Staat und den Steuerzahler.

»Deutschland überfordert sich selbst«

Wie jeder Mensch mit klarem Verstand fordert Sarrazin - wie beispielsweise in der *Passauer Neuen Presse*⁷⁰ - eine Schließung der deutschen Grenze für Flüchtlinge und sieht in Merkels Flüchtlingspolitik den Hauptgrund dafür, dass »die Lage dabei allmählich außer Kontrolle gerät«. Zudem führt er an, dass sich unter den 1,1 Millionen Flüchtlingen des Jahres 2015 über 800 000 junge Männer befunden haben. Die Bevölkerungsstruktur erfährt dadurch einen radikalen Wandel, da in der Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen dieser Entwicklung lediglich fünf Millionen deutsche Männer gegenüberstehen. »Die Zusammensetzung der Bevölke-

rung ändert sich dramatisch«, resümiert Sarrazin. Der ehemalige Finanzinvestor verweist auf Studien seriöser Wissenschaftler, wonach bis zu 80 Prozent der Migranten ohne jegliche Qualifikation sind und auf dem deutschen Arbeitsmarkt dauerhaft keine Chance haben werden. Um es etwas zugespitzt auf den Punkt zu bringen: Was da kommt, sind Schulabbrecher und Analphabeten statt Fachkräfte. Die Wut steigt in einem hoch, wenn man sich an die monatelange Propaganda der Altparteien und der Mainstream-Medien aus dem Sommer 2015 erinnert, deren Berichte stets mit den angeblich massenhaft ins Land strömenden syrischen Kinderärzten begannen.

KAPITEL XII

Neben Clans organisieren sich Migranten auch in Rockerclubs

»Osmanen Germania« wollen Deutschland erobern

»Wir kommen und übernehmen das ganze Land«, so rappt und boxt ein Muskelprotz der »Osmanen Germania« in die Kamera. Diese türkische Gruppierung hat sich in letzter Zeit geradezu explosionsartig ausgebreitet. Ihre Machtbastion besitzt sie in NRW, dem »Paradies für Kriminelle«, wie es CDU-Innenexperte Peter Biesenbach formulierte.⁷¹

Im April 2015 wurde die Gruppierung in Hessen gegründet, und sie verfügt Schätzungen zufolge über 700 bis 1000 Mitglieder. Allein in Deutschland sind über 20 Standorte bekannt, sogenannte Chapter: Aachen, Berlin, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, Münster, Kassel, Ulm, Stuttgart und Frankfurt. Da es Türken mit einem Hang zum großen Auftritt in ganz Europa gibt, die das schnelle Geld aus dem Türsteher- und Rotlichtmilieu anzieht, existiert bereits in Schweden die erste europäische Außenstelle. Die Osmanen bezeichnen sich selbst nicht als einen Motorradclub wie beispielsweise die Heils Angels, sondern als einen Boxclub. Dies ist vor allem der Zusammensetzung ihrer Mitglieder geschuldet, die ausnahmslos in der Kampfsport- und Bodybuilder-Szene rekrutiert werden. Ansonsten kopieren sie das Organigramm und das Auftreten der gefürchteten Rocker eins zu eins. Sie tragen schwarze Kutten mit einem dreiteiligen Aufnäher, und als Gang-Logo dient ein martialisches Bild eines verummten osmanischen Kriegers.⁷² Obwohl innerhalb der Gruppierung viele Nationalitäten vertreten sind, handelt es sich eindeutig um eine türkisch dominierte Bande. In ihrem Selbstverständnis haben sie eine Stellungnahme auf ihrer Facebook-Seite veröffentlicht, in der

sie gleich eine ganze Anzahl von Ländern als zugehörig zum Osmanischen Reich erklären. So ist dann in der Szene auch immer wieder der Vorwurf zu vernehmen, wie etwa aus Kreisen von Mitgliedern der kurdischen Red Legion, dass es sich bei den Osmanen um einen Zusammenschluss von nationalistischen und faschistischen Türken handele. Wie ich in meinem Buch *Gangland Deutschland*⁷³ ausführlich dokumentiert habe, findet bereits seit Jahren ein blutiger Stellvertreterkrieg zwischen Kurden- und Türken-Gangs aus dem Rotlichtmilieu auf Deutschlands Straßen statt.⁷⁴ Selbst vor Mord schrecken diese Gruppierungen nicht zurück - wie im Stuttgarter Raum, wo ein Rollkommando der Red Legion, die wiederum eine Verbindung zur kurdischen Terrororganisation PKK unterhält, ein Mitglied der Black Jackets erstochen hat. Bei den Black Jackets handelt es sich um eine weitere türkisch-nationalistische Gruppe, die im Rotlichtmilieu aktiv ist. Die Politik lässt diese Gruppen seit Jahren gewähren, erst nach einer Häufung schwerster Gewalttaten, die von Mord über Folterungen bis hin zu Vergewaltigungen von jungen, in der Regel deutschen Frauen reichten, die durch Diskothekentürsteher der Gangs zu Prostituierten abgerichtet wurden, setzten die Innenminister Polizeihundertschaften in Marsch. Doch unmittelbar nach den Einsätzen und Schlagzeilen ließ man die ausländischen Gangs wieder weitestgehend unbehelligt, sodass sie in aller Ruhe ihre kriminelle Expansion vorantreiben konnten.

Mit »Allahu akbar« in den Kampf ums Rotlichtmilieu

Die Osmanen Germania weisen freilich jegliche kriminellen Aspekte ihrer Gruppierung zurück. Als einen Beleg dafür ziehen sie eine ihrer 13 Regeln heran, nach denen bei ihnen offiziell ein Alkohol- und Drogenverbot besteht. Doch dies dürfte lediglich ihrem islamischen Hintergrund geschuldet sein. So wird im eingangs erwähnten Rap-Video ein »Allahu akbar« in die Kamera geschrien, und es existieren Gruppenbilder der Gang vor einer Moschee der DITIB, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. Da-

bei handelt es sich um Erdogans Islambehörde, die auch für eine anhaltende Islamisierung der drei Millionen Türkischstämmigen in Deutschland verantwortlich ist. Dass es sich bei den Osmanen um eine weitere kriminelle Gruppierung aus dem Rockermilieu handelt, wurde Ende Januar 2016 deutlich. Da marschierten in Deutschland Hunderte Mitglieder in verschiedenen Städten auf. In der Szene wird so der Machtanspruch auf eine Stadt erhoben und damit einhergehend ein deutlicher Anteil an Einnahmen aus der Türsteher- und Rotlichtszene eingefordert. Neben Neuss wurde in Duisburg ein solcher Aufzug gestoppt, und es wurden 97 Osmanen polizeilich überprüft. In einem vertraulichen Bericht des Innenministeriums für den Landtag NRW hieß es dazu: »Zu einem Großteil dieser Personen liegen bereits kriminalpolizeiliche Erkenntnisse - vorwiegend wegen Rohheits- und Betäubungsmitteldelikten - vor.«

Rechtsfreie Räume durch Migrantenbanden

Neben den etablierten Rockerclubs wie den Heils Angels und den Bandidos sind es vor allem rockerähnliche Gruppierungen mit Migrationshintergrund, die für die ansteigende Zahl von Gewalttaten im Milieu verantwortlich sind. Sei es seitens der vom Miri-Clan dominierten Mongols MC, die erst kürzlich auf der Reeperbahn mehrere Schießereien auslösten, oder die von bosnischen Zuhältern und Menschenhändlern gegründeten United Tribuns. Ausländische Kriminelle dominieren die meisten Rotlichtmilieus in deutschen Städten. Die Osmanen Germania stoßen in eine sowieso schon von blutigen Verteilungskämpfen geprägte Szene vor, was nur in eine weitere Gewalteskalation münden kann. So zeigen sich die Mitglieder in dem Video auch größtenteils ver mummt und halten immer wieder Waffen in die Kamera. Dazu tönt die Stimme aus dem Off: »Wir übernehmen das ganze Land. Bis zum letzten Tropfen Blut kämpfen Krieger ohne Angst.« Dazu stürmten osmanische Reiter im Kampfgetümmel durchs Bild, die ihren Gegnern den Hals durchhieben.⁷⁵

In der aufgeheizten Debatte um Flüchtlingskriminalität und die erhöhte Terrorgefahr durch Islamisten kommt der SPD dieses Sichtbarwerden der lange verschwiegenen Kriminalitätsform von angeblich gut integrierten Türken mehr als ungelegen. So geriet Innenminister Jäger im Düsseldorfer Landtag einmal mehr unter Druck. Der CDU-Innenpolitiker Golland nannte den vertraulichen Bericht erschreckend. Er verlangte von Jäger eine Antwort darauf, wie es möglich sei, dass die Osmanen sich innerhalb kürzester Zeit so »hemmungslos« in Nordrhein-Westfalen ausbreiten konnten. Dies sei »ein Beleg dafür, dass es in NRW rechtsfreie Räume gibt und Jäger die Sicherheitslage nicht im Griff hat«, so Golland weiter. Der Innenminister hatte sein jahreslanges Versagen als Deeskalationspolitik verkauft, dabei habe die »weiche Linie« dieses Problem nur verstärkt.⁷⁶

Hamburgistan - Stellvertreterkriege auf Deutschlands Straßen

Zuerst bekriegten sich Kurden-Gangs, salafistische Gruppen und türkische Nationalisten nur auf Facebook und YouTube. Aus diesen Anfängen sind inzwischen schlagkräftige Banden gewachsen. Sie sind in der Lage, kurzfristig Hunderte Anhänger zu mobilisieren. Die ausgetauschten Beleidigungen sind längst Morddrohungen und Hinrichtungsvideos gewichen. Die Situation auf Deutschlands Straßen droht weiter zu eskalieren.

»Ich fühlte mich wie in Hamburgistan«⁷⁷, beschrieb ein Anwohner die Szenerie im bunten Stadtteil St. Georg. Mehrere Hundert Kurden lieferten sich gegen 400 Salafisten eine stundenlange, blutige Straßenschlacht. Mitten auf der Straße im Feierabendverkehr wurde vor der Al-Nour-Moschee ein Mann mit einer Machete am Bein verletzt, ein weiterer wurde mit einem langen Dönerspieß in den Bauch gestoßen. Die Polizei benötigte bis tief in die Nacht die Hilfe von Hundertschaften aus benachbarten Bundesländern, einschließlich Wasserwerfern und Panzerwagen, um die Situation wie-

der unter Kontrolle zu bekommen.⁷⁸ Am Ende mussten 14 Verletzte abtransportiert werden. Die später beschlagnahmten Waffen reichten von Eisenstangen über Totschläger, Messer, Dönerspieße und Radkreuze bis hin zu Schraubenziehern, Flaschen und Steinen, mit denen auch Polizisten attackiert wurden. Die Schlacht um die kurdische Stadt Kobane und die dortigen Gräueltaten des Islamischen Staates verursachten im abendlichen Hamburg bürgerkriegsähnliche Szenen, denn die Hamburger Salafisten sympathisierten ganz offen mit der Terrormiliz und gingen bewaffnet auf die Kurden los. Die Ausschreitungen sind auf YouTube anzusehen.⁷⁹

Für Außenstehende wirkte dies angesichts der Gräueltaten des IS im syrisch-kurdischen Grenzgebiet wie eine explosive und vor allem spontane Entladung von Gewalt. Doch in den sozialen Netzwerken war diese Entwicklung deutlich abzusehen. Salafistische Gruppen, wie die um den Hassprediger Pierre Vogel, instrumentalisieren seit Jahren Facebook und Co. für ihre Zwecke. Seit Monaten tobt dort bereits ein erbitterter Propagandakrieg gegen kurdische Gruppen, die sich in zahlreichen Gangs organisiert haben, wie den Red Legion und Sondame, und selbst die kurdisch-syrische Armee YPG ist in Deutschland aktiv. Mitglieder des in Köln gegründeten kurdischen Rockerclubs Median Empire MC beteiligen sich direkt an Kriegseinsätzen gegen den IS und posten diese auf ihrer Facebook-Seite.⁸⁰ Oftmals fliegen junge Kurden aus Deutschland für einige Woche zum Kämpfen nach Syrien und kehren dann hierher zurück, wo sie auf Salafisten treffen, die offen für den Islamischen Staat werben und Gelder und Kämpfer rekrutieren. Aufgrund der veränderten Bevölkerungsstruktur im Land zieht somit jeglicher Konflikt des Nahen Ostens auch gewalttätige Auseinandersetzungen in Deutschland nach sich.

Auf den Facebook-Seiten dieser Gruppen existieren keinerlei Hemmungen mehr: »Bin dabei ... Salafisten jagen!!!«, »Tod und Hass den Salafisten, sollen alle in der Hölle schmoren«, »Diese Unmenschen sollten lebendig verbrannt werden«, und ein Femo Ö. schreibt: »Eure Leute schlachten die Kurden in Syrien und im Irak ab, denkt ihr, wir werden euch Salafisten hier in Ruhe lassen? ...

Für eure Frauen haben wir besondere Sachen vor.« So verwundert es dann auch nicht, dass sich diese Gruppen in den sozialen Netzwerken in aller Ruhe organisieren und sich die Gewalttaten häufen.

In Bremen wurde einem Muslim mit der Axt auf den Kopf geschlagen und ihm so eine blutige Wunde zugefügt. Im niedersächsischen Celle griff zuerst eine Gruppe Jesiden zwei *Koran*-Verteiler an, die eilig ein tschetschenisches Rollkommando alarmierten, das inmitten der beschaulichen Stadt eine Straßenschlacht auslöste. 23 Beteiligte mussten anschließend medizinisch versorgt werden, darunter auch Schwerverletzte. In Stuttgart-Stammheim griff ein wegen Mordes angeklagtes Gang-Mitglied der Red Legion einen salafistischen Gefängnishäftling an und verletzte diesen. Er selbst wird beschuldigt, an dem gemeinschaftlichen Mord an einem türkischen Black Jackets beteiligt gewesen zu sein.⁸¹ Nachdem in Herford Salafisten einen jesidischen Gastwirt angegriffen hatten, folgte umgehend die Vergeltung. In Bielefeld griffen schwarz gekleidete Mitglieder einer weiteren Kurden-Gang, der G-Wara-Bruderschaft, zwei Salafisten der Lies-Koran-Aktion an und verletzten diese mit Schlägen und Tritten schwer.⁸²

Sofort nach den ersten Luftschlägen Erdogans gegen PKK-Stellungen und -Dörfer in Nordsyrien bildete sich auch in Deutschland eine weitere Front, die zwischen türkischen Nationalisten und den Kurden-Gangs verläuft. Denn auch türkische Nationalisten haben sich längst in rockerähnlichen Gruppierungen wie den Osmanen Germania und dem Turkos MC zusammengeschlossen.⁸³ Die Kurden-Gangs bezichtigen diese Gruppen, aus türkischen Faschisten zu bestehen, die ein osmanisches Reich ohne jegliche Kurdenrechte anstreben. Jegliche Kampfmeldung, Todesnachricht oder Beerdigungszeremonie aus den Kriegsgebieten erreicht über die sozialen Netzwerke live Deutschland und birgt die Gefahr, hier weitere Unruhen auszulösen. Auf der Facebook-Seite des Turkos MC wurde ein privates Video von türkischen Militärangehörigen gepostet. Es zeigte diverse PKK-Kämpfer in den Bergen, wie sie offenbar von türkischen Artilleriegranaten zerfetzt wurden. Das Video erhielt über 100 »Gefällt-mir«-Klicks.

Bundesjustizminister Maas, der Facebook so lange öffentlich unter Druck setzte, bis das soziale Netzwerk gegen rechtsradikale Hetze vorzugehen begann, scheint mit den menschenfeindlichen Hasskommentaren von Salafisten und Kurden-Gang-Mitgliedern hingegen kein Problem zu haben, denn diese hat er bis dato mit keiner Silbe erwähnt.

Am Ostermontag 2016 folgte in Aschaffenburg⁸⁴ eine erneute Gewalteskalation, als 600 vornehmlich nationalistische Türken mit Flaggen durch die Stadt marschierten und von über 30 eigens angereisten Kurden angegriffen wurden. Bei den Türken immer vorne mit dabei: Fahnen der berüchtigten rechtsextremen Grauen Wölfe,⁸⁵ die scheinbar jetzt auch über eine eigene Rockergruppe verfügen. Die Gruppierung Turan e. V. postet auf ihrem Facebook-Account entsprechende türkisch-nationalistische Beiträge.⁸⁶ Die Turan-Rocker verfügen schon über mehrere Ableger in Deutschland, sodass sie am gleichen Tage auch durch Duisburg marschierten. Die unkontrollierte Einwanderung und der Multikulti-Wahn der Eliten haben Deutschland zum Schlachtfeld für ein halbes Dutzend Stellvertreterkriege verwandelt. Und mit der millionenfachen Einwanderung aus dem Irak und aus Syrien hat uns Angela Merkel zusätzlich den jahrhundertealten mörderischen, inner-islamischen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten nach Deutschland importiert.

»Kamikaze Riders MC« - eine neue Form des islamistischen Terrorismus

Das Albtraumszenario sämtlicher Sicherheitsbehörden ist eingetreten: Teile der kriminellen und von Migranten dominierten Rocker- und Gang-Szene vermischen sich mit terroristischen Gruppen. Auch Deutschland ist von dieser Entwicklung bereits betroffen. In ganz Europa war in den vergangenen Jahren ein rasantes Wachstum von rockerähnlichen Gruppierungen und Street-Gangs zu beobachten. Einen der Schwerpunkte bildet(e) dabei Deutschland mit von

Migranten dominierten Gangs wie United Tribuns, Satudarah oder den kurdischen Median Empire. Einerseits fühlen sich die jungen Männer von dem oft ethnisch begründeten Zusammenhalt angezogen, andererseits vom offen zu Schau gestellten Lifestyle aus Bodybuilding und dem schnellen Geld aus dem Rotlichtmilieu. Viele Mitglieder starten mit der Bande im Rücken eine umfängliche kriminelle Karriere, es häufen sich Verurteilungen wegen Drogenhandels, Zwangsprostitution, Waffen- und Menschenhandels bis hin zum Mord. Insofern verwunderte die Gründung der Kamikaze Riders MC in Brüssel nicht wirklich.

Brüssel ist eine typische Millionenstadt in Europa, die einen hohen muslimischen Bevölkerungsanteil aufweist und immer tiefer in der Kriminalität und in den unhaltbaren Zuständen von No-go-Areas versinkt. Diese Zustände abseits der Glaspaläste der EU-Kommissare waren bereits vor Jahren Thema bei *Kopp Online*.¹ Die Terrorserien in Frankreich in den Jahren 2015 und 2016 wiesen stets einen Bezug zu Brüssel auf, und schließlich belegten die Terroranschläge vom März 2016 endgültig, dass Brüssel zur Islamistenhochburg ganz Europas geworden ist. Danach häuften sich Medienberichte über den umgekippten Stadtteil Molenbeek, wo selbst weltweit gesuchte Terroristen ohne Probleme monatelang untertauchen konnten. Vollends untergegangen ist dagegen, dass bei der Aufdeckung des Islamistennetzwerks von Brüssel auch Mitglieder einer Motorrad-Gang verhaftet wurden. Die Gründungsmitglieder der Kamikaze Riders MC sind Said Saouti, der bereits eine Haftstrafe wegen Einbruch- und Waffendelikten verbüßte, sowie Abdelouafi Elouassaki und dessen zwei Brüder, die als Einwanderer in Brüssel leben. Die Clubmitglieder, allesamt marokkanischer Herkunft, fahren keine schweren Harley Davidsons, sondern hochmotorisierte japanische Rennmaschinen, mit denen sie rücksichtslos im Pulk inmitten des Stadtverkehrs und über Autobahnen rasen. In Deutschland forderten solche illegalen Rennen schon mehrere Tote, allein in Köln wurden innerhalb kurzer Zeit drei völlig unbeteiligte Bürger totgerast.⁸⁸ Auf YouTube posieren die Kamikaze Riders neben ihren Maschinen und vor BMWs und

Audis in ihrem Gang-Outfit: Die marokkanische Flagge wird zur Vermummung benutzt. Stolz wird die »Kill«-Tätowierung auf der Faust in die Kamera gereckt, und man sieht Said Saouti in Großaufnahme.⁸⁹ Er hat sich mittlerweile einen typischen Salafistenbart wachsen lassen. Said Saouti, der 2013 nach dem Unfalltod von Abdelouafi die alleinige Führung der Kamikaze Riders übernommen hat, ist seit Jahren als ein gefährlicher belgischer Salafist bekannt. So dauerte es nicht lange, bis auf einer Facebook-Seite der Kamikaze Riders immer häufiger islamistische Fotos prangten, darunter eines von einer mit Kalaschnikows bewaffneten zehnköpfigen Kampfeinheit, die mit dem Abzeichen des Islamischen Staates versehen ist. Saouti gilt als bekennender Islamist. In den sozialen Netzwerken verbreitet er Kampfaufrufe von Abdullah Azzam, der als Vater des islamischen Dschihad und Mentor von Osama bin Laden gilt. Unter seinem Kampfnamen »Said Abu Shahid« postet er auf YouTube islamistische Propaganda, und auf seiner Facebook-Seite leistet Saouti schließlich den Treueschwur auf den Islamischen Staat. Dabei ist er modisch mit einer Schlumpfjacke von Adidas gekleidet, während im Hintergrund die schwarze Flagge der Kopfabschneider steht.⁹⁰

Nur kurze Zeit später verstärkten sich die Terroraktivitäten der Brüsseler Gang. Houssien und Hakim Elouassaki gelten ebenso wie der Kamikaze-Boss Saouti neben ihrer Stellung in der Motorrad-Gang zudem als Führungsfiguren der Sharia4Belgium. Dies ist eine Terrororganisation, die erklärtermaßen beabsichtigt, in unserem Nachbarstaat ein islamistisches Land herbeizubomben und dort die Scharia einzuführen. Über das Sharia4Belgium-Netzwerk, das wie keine andere Organisation die Radikalisierung von Muslimen in Belgien betreibt, setzten sich die Brüder nach Syrien ab und beteiligten sich an Kampfhandlungen aufseiten des IS.⁹¹ In deren Verlauf wurde Houssien getötet, während sein Bruder mit einer Schusswunde überlebte und nach Belgien zurückkehrte, um seine Verletzung in einem Krankenhaus versorgen zu lassen. Hakim wird zudem verdächtigt, an Ermordungen und Vergewaltigungen in Syrien beteiligt gewesen zu sein. Über einen Anwalt ließ er die An-

schuldigungen zurückweisen.⁹² Der 30-jährige Rockerboss Said Saouti wurde am 31. Dezember 2015 von schwer bewaffneten Spezialkräften in einer groß angelegten Anti-Terror-Aktion festgenommen, genauso wie ein weiteres Führungsmitglied der Kamikaze Riders, Mohammed Karay.⁹³ Beiden werfen die Behörden eine ganze Reihe von terroristischen Straftaten vor: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (Islamischer Staat), Rekrutierung und Schleusung von Kämpfern nach Syrien und Vorbereitung von Terroranschlägen in Belgien. Nach weiteren Mitglieder der Gang wird gefahndet, beziehungsweise es wird gegen sie ermittelt.

Facebook-Salafist und YouTube-Rockerdub-Terrorist

In der Nachbetrachtung dieser rasanten terroristischen Entwicklung wirkt die Gründung des Kamikaze Riders MC wie eine bewusst gewählte neue Rekrutierungsmethode von Salafisten, um auf die populäre Schiene von Rockerclubs aufzuspringen. Dazu bedienten sie sich professionell der sozialen Netzwerke und waren besonders aktiv auf Facebook und YouTube. Ein teuflisches Vorgehen, das die junge männliche Zielgruppe bestens anspricht.

Das Ganze ist aber auch ein Albtraumszenario, das sich jederzeit in Deutschland wiederholen kann. Eine der größten Gefahren birgt der Zugang dieser Szene zum riesigen Waffenarsenal der Organisierten Kriminalität. Auch in Deutschland gab es bereits eine Vielzahl von Beschlagnahmungen im Rocker- und Gang-Milieu. Von Sturmgewehren über Handgranaten bis hin zu Sprengstoff war alles dabei. Diese Entwicklung hatte ich in meinem Terror-Thriller *Der Konvertit*⁹⁴ berücksichtigt - die dortige Kalaschnikow für einen Terroranschlag auf eine Bundeswehrkaserne stammte aus den geschilderten Gang-Kreisen.

Zudem ist Deutschland bereits mit einer Motorrad-Gang an diesem barbarischen Krieg beteiligt, dem Median Empire MC, einem Rockerclub, dem hauptsächlich Kurden angehören. In seiner

Gründungsstadt Köln eskalierte sofort die Lage, als er sich Scharmützel und einen Schusswaffenanschlag mit den Heils Angels um eine Vormachtstellung im Milieu und in der Türsteherszene lieferte. Unter ihrem iranischstämmigen Präsidenten Azad, einem ehemaligen Aktivist der terroristischen PKK, der zuvor auch Mitglied im vom Miri-Clan dominierten Mongols MC war, legte sich diese Rockergruppe eine eigene politische Agenda zu. Diese besteht darin, bedrohte Kurden zu unterstützen, ausdrücklich auch mit Waffengewalt und Kriegseinsätzen. Während die Gräueltaten des IS in kurdischen Gebieten nicht enden, ist auf einschlägigen Internetseiten der Kurdenrocker eine ständig steigende Militanz zu beobachten. Sie reicht von anfänglichen Demonstrationen in türkischen Grenzgebieten bis hin zu Kalaschnikow-behangenen Patrouillenmärschen und reinen Kriegseinsätzen innerhalb der YPG, einer in wenigen Jahren entstandenen De-facto-Armee im kurdisch besiedelten Nordsyrien. Eine Zusammenarbeit mit der PKK bestreitet die kurdische Miliz zwar, nichtsdestotrotz verstummen diese Vorwürfe nicht. Die Rekrutierung in Deutschland geschieht hauptsächlich über Facebook, wo pausenlos Front-News gepostet werden und dazu aufgerufen wird, sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen. Das aktuell beworbene Projekt besteht in der Aufstellung einer eigenen Median Empire Army innerhalb der YPG. Die Rocker aus Köln schreiben ferner auf Facebook davon, »IS-Ungeziefer« zu jagen und: »Während andere labern, sind unsere Jungs an der Front und kämpfen.« Auch wird auf ihrer Seite ein Angriff auf Ibrahim Abou-Nagie in Deutschland gefeiert, als dieser von bisher unbekanntem Kurden niedergeschlagen und per Rettungswagen in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste. Abou-Nagie gilt als aggressiver Salafist und Radikalisierer, der zudem hinter der *Koran*-Verteilungsaktion »Lies« steht.

So verständlich und unterstützenswert der Kampf der Kurden gegen den IS auch ist, so fordern diese Aktivitäten jedoch weitere Unruhen zwischen Kurden und Salafisten auf Deutschlands Straßen geradezu heraus. Die ohnehin schon angespannte Sicherheitslage wird dadurch weiter verschärft. Die Bundesregierung sieht

trotz dieser Entwicklung keinen Grund zu handeln, »(...) so lange die Kämpfer nicht offiziell die als Terrororganisation eingestufte PKK unterstützen«, beantwortete ein Regierungssprecher eine entsprechende Nachfrage.

Andy Neumann, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, sprach anlässlich eines Interviews unabhängig von der drohenden Zuspitzung eine weitere Gefahr an: »Wie werden wir mit den >Rückkehrern< umgehen? Es handelt sich bei ihnen immerhin um potenziell gewaltbereite Straftäter, die dann, ausgestattet mit paramilitärischer Kampferfahrung, wieder nach Deutschland einreisen.«⁹⁵ So umschreibt man wohl die Angst vor der Entstehung einer neuen Mafia im Lande, in diesem Fall einer durch einen brutalen Kriegseinsatz völlig verrohten Mafia. Die geschilderten Gang-Aktivitäten sind in Deutschland bereits weit fortgeschritten, eine Trendwende ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil, es ist eine dynamische Zunahme und gesteigerte Militanz zu erwarten. Einen Vergleich zu amerikanischen Großstädten benötigt man schon seit Jahren nicht mehr, es reicht, die gewalttätigen Aktivitäten von ethnischen Gangs in Malmö, Göteborg, London und einem Dutzend anderer europäischer Großstädte zu betrachten.

Während die Innenminister damit beschäftigt sind, Kriterien für polizeiliche Statistiken zu überarbeiten, werden diese Gangs im Zuge einer steigenden Einwanderung und durch anhaltende salafistische Propaganda problemlos wachsen und sich unaufhörlich ausbreiten. Diese kriminellen Banden der neuesten Generation eint neben ihrer ethnischen und religiösen Gemeinsamkeit erstmalig eine politische Agenda, die bis hin zum islamistischem Terrorismus reicht.

Deutsche Polizei: Frust, Überforderung und Reputationsverlust

Bundesweite Zensur bei Flüchtlingskriminalität wird enttarnt

Erst das »Schwarze Silvester«, von dem fast ein Dutzend deutsche Städte betroffen war, hat das Lügengebäude der politisch-publizistischen Eliten zum Einsturz gebracht. Die Mehrheit der Bevölkerung hat sich daraufhin von diesem politischen System abgewendet. Die Menschen sind es leid, für dumm verkauft, gegängelt, ausgegrenzt und diffamiert zu werden, und dies alles nur, weil sie eine entgegengesetzte Meinung zum linken Mainstream vertreten. Auch Umfragen, wie die »Lügenpresse-Studie des Bayrischen Rundfunks« vom 2. Mai 2016, belegen diese Entfremdung. Die Studie des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid hatte ergeben, »dass 60 Prozent der Bevölkerung die Meinung vertreten, dass Medien vorgegeben wird, worüber und auf welche Art sie berichten sollen«⁹⁶. Zudem vertraten 65 Prozent die Ansicht, dass Journalisten nicht veröffentlichen dürfen, was sie wirklich denken. Dies alles ist äußerst bemerkenswert, denn immerhin handelte es sich um eine Studie, die von TNS Emnid auf Bestellung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens erstellt wurde!

Auch innerhalb der Polizei wächst der Widerstand gegen die Political Correctness, die ein ganzes Land in Geiselhaft genommen hat. Immer mehr Beamte brechen ihr Schweigen und enttarnen so ein bundesweites System, das systematisch Straftaten von Flüchtlingen vertuscht hat.

Den Stein ins Rollen brachte ein hochrangiger Beamter aus Frankfurt am Main, der ausgerechnet im »Refugees welcome«-Boulevardblatt sein Schweigen brach:⁹⁷ »Bei Straftaten von Tatverdächtigen, die eine ausländische Nationalität haben und in einer

Erstaufnahmeeinrichtung gemeldet sind, legen wir den Fall auf dem Schreibtisch sofort zur Seite.« Der politische Wasserkopf überlässt beim Verschweigen des wahren Ausmaßes der Flüchtlingskriminalität nichts dem Zufall und hat klare Zensurregeln angeordnet, schließlich sind die politischen Beamten nur zu diesem Zweck von SPDGRÜNECDU auf diese hoch bezahlten Posten gehievt worden.

»Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden«, so der Beamte weiter. Und da sich die Mainstream-Medien darauf festgelegt haben, Muttis Flüchtlingskult kritiklos zu beklatschen, bleiben solche Anfragen weitestgehend aus. So ist über die Jahre ein System des vorausseilenden Gehorsams entstanden. Der Journalist Ulrich Ende beschreibt es trefflich in einer Stellungnahme auf seiner Facebook-Seite:⁹⁸

»Gerade im öffentlich-rechtlichen Umfeld ist die richtige parteiliche Orientierung ein sicherer Weg der Karriere. Wer etwas anderes behauptet, redet nicht redlich. Es sind genau diese Menschen ohne inhaltliche Skrupel, die in den Hierarchieebenen das Klima des offenen Denkens in Ketten legen. Deswegen macht heute wie schon vor 20 oder 30 Jahren der vorausseilende Gehorsam innerhalb des Systems blind für die wirklichen Probleme. Dann gibt es im öffentlich-rechtlichen System noch das wirtschaftliche Moment. Ein freier oder fester freier Mitarbeiter bietet den Redaktionen nur jene Themen an, von denen er sicher sein kann, dass sie wegen der Inhalte auch angenommen werden. So entwickelt sich schleichend eine inhaltliche Ausrichtung, nach der im System der Fernsehsender nur die Wirklichkeit ankommt, die dort gehört werden will. Also wird ein die CDU wählender Reporter seiner Grün wählenden Redakteurin mit geheuchelter Überzeugung deren Lieblingsthemen anbieten. Schließlich muss der Mann sein Essen bezahlen. Dieser Sachverhalt ist in jeder öffentlich-rechtlichen Kantine das Lieblingsthema. Im richtigen Leben heißt das vorausseilender Gehorsam.

In den politischen Parteien ist es nicht anders. Ich kenne keinen Politiker, der seine Reden nicht nach den Opportunitäten seiner Parteikarriere ausrichtet. Es handelt sich also in vielen Fällen um Fensterreden, die gar nicht an die Wähler gerichtet sind, sondern an die Parteioffiziere, deren Aufgabe es ist, die Jasager für die Funktionsstellen zu selektieren, damit das Regieren einfacher ist.«

Problemmoderator Claus Kleber - Jahresgehalt 480 000 Euro

Anstatt dass Claus Kleber jeden Tag drei Gebete zum Himmel schickt, dass er ein Jahresgehalt von 480000 Euro" dafür einstreicht, dass er Pressemitteilungen Merkels den Gebührenzahlern als Nachricht verkauft, missbraucht er das 8,3 Milliarden Euro teure Staatsfernsehen auch noch zur persönlichen Profilierung. Weltmännisch und intellektuell soll es wahrscheinlich wirken, wenn er mit übergeschlagenen Beinen vor dem Nachrichtentresen sitzt, seinen Dackelblick aufsetzt und beteuert, keinerlei Anrufe aus dem Kanzleramt zu erhalten, die ihn instruieren. Und obwohl die ZDF-Nachrichten tagelang die Sex-Mob-Attacken von Köln versuchten totzuschweigen¹⁰⁰, existiere selbstredend beim ZDF kein System der Vertuschung.

Genau, Clausi, dafür werden ja schließlich regelmäßig die Intendanten ins Kanzleramt vorgeladen. Falls der Clausi mal wieder die ganze Welt ungerecht findet, wäre es sicher hilfreich, wenn sich eine Garderobenfrau mal eine Minute Zeit nimmt und dem Claus den Passus über den vorauseilenden Gehorsam vorliest. Ein perfektes System bedarf keinerlei Kontrolle mehr von außen, es kontrolliert sich selbst.

Innenminister und Polizeipräsidenten - die Politikkommissare der SPD

Das Problem mit den Jasagern ist, dass diese beim Hochbuckeln auf der Parteikarriereleiter und beim Beachten der Regeln der Politischen Korrektheit letztlich die Bürger dieses Landes im Stich lassen und diese der Kriminalität völlig schutzlos ausliefern. So hat der NRW-Politikkommissar Ralf Jäger, wie bereits geschildert, das einstmals stolze Ruhrgebiet zu einer einzigen No-go-Area verkommen lassen. So wurde die Gewalt der schwerkriminellen Libanesen-Clans mithilfe der Zensur oder, wenn nichts anderes mehr half, mittels des Einsatzes der Nazi-Keule, mit der alle Kritiker diffamiert wurden, totgeschwiegen. So weigert sich Jäger bis heute, Lagebilder über kriminelle Clans anfertigen zu lassen; das würde sich »aus polizeilicher Sicht verbieten«, sagte der Innenminister und meinte damit, dass deren Fazit konträr dem SPD-Parteiprogramm gegenüberstehen würde.¹⁰¹

Wie im Falle Nordrhein-Westfalens mussten jetzt auch hessische Behörden eingestehen, dass Innenminister ebenso wie das Bundesinnenministerium auf einer Tagung bei Bonn¹⁰² restriktive Anordnungen an hohe Beamte in den Polizeibehörden erlassen hatten, Straftaten von Flüchtlingen bewusst nicht zu veröffentlichen. Im Gegenteil, diese Anzeigen und Informationen sollten als »nicht pressefrei« eingestuft werden. In Nordrhein-Westfalen betrifft diese Zensur sämtliche Vorfälle in Flüchtlingsheimen - es sei denn, bei den Vorfällen würde es sich um Anschläge von Neonazis handeln, so die *Bild* drei Tage nach dem widerlichen Sex-Mob-Attacken von Köln.¹⁰³

Eine Polizistin spricht Klartext: »Wir haben uns Kriminalität importiert«

Tania Kambouri ist eine mutige Frau, nicht nur, weil es zum Tagesgeschäft der 32-jährigen Streifenpolizistin gehört, sich mit

arabischen Familien-Clans und Intensivtätern herumzuschlagen. Mit ihrem Buch *Deutschland im Blaulicht. Notrufeiner Polizistin* legte die Beamtin auch den Finger in die Wunde ihrer politisch korrekten Vorgesetzten. Darin geht die Polizeikommissarin aus Bochum mit straffälligen Migranten und besonders mit muslimischen Einwanderern hart ins Gericht.

»Verpiss dich, du Schlampe«, Beleidigungen wie diese erlebt sie beinahe täglich, meist in gebrochenem Deutsch hervorgebracht und begleitet von aggressiver Körpersprache und einer verächtlichen Mimik. Der mangelnde Respekt vor der Polizei im Allgemeinen und vor Frauen in Uniform im Besonderen wird an diesem Beispiel greifbar. In den Problemvierteln und No-go-Areas der Großstädte herrschen muslimische Männer, die ihr antiquiertes Welt- und Frauenbild in Deutschland auch mit Gewalt verbreiten. Die Beamtin, die griechische Wurzeln hat, schildert in ihrem Buch erschreckende Szenen. Sie wird während ihres Dienstes aufs Übelste angemacht, provoziert und angegangen; sie und ihre Kollegen sind in den Straßen einem wütenden Mob hilflos ausgeliefert, da sie sich stets in der Unterzahl befinden. Erst kürzlich wurde sie verletzt: Bei einer Personenkontrolle wurde ihr mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Frau Kambouri erlitt eine schmerzhaft Einblutung im Auge. Sie wurde bereits mehrfach im Dienst verletzt. An vorderster Front oft beteiligt: junge muslimische Männer. Nach ihrem Bucherfolg hatte die Polizeikommissarin in einem viel beachteten Interview nachgelegt. Die politisch Korrekten schäumten vor Wut und formierten sich. Der Druck auf die Bochumer Polizistin nahm zu.

Es war eine eher unbedeutende Sendung des Kulturradios im Saarländischen Rundfunk¹⁰⁴, die in den Medien die Runde machte und für Furore sorgte. Gleich zu Beginn der knapp 50-minütigen Sendung bemängelte Frau Kambouri, dass ihre Kollegen auf der Straße »keinen Rückhalt von der Justiz und Politik haben und sich hilflos fühlen«. Sie berichtete von Parallelwelten der Migranten in immer mehr Städten wie Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und Bochum, die zunehmend von Clans beherrscht werden, die ihren Machtbereich stetig ausbreiten. Die dort lebenden Migranten sind

nicht nur integrationsunfähig und -willig, sondern sie lehnen den Staat, der sie ernährt, schlichtweg ab, oder es sind die, wie es Frau Kambouri umschrieb, die »die deutsche Gesellschaft, den deutschen Staat nicht akzeptieren«. In dem Gespräch ging der Interviewer auch auf die Traumtänzer in den Medien und der Justiz ein, die sich weigern, die kulturelle und religiöse Prägung der Männer aus dem Nahen Osten wahrzunehmen. Denn es ist diese falsche Toleranz einer nicht sanktionierenden Politik und Justiz, die das Machoverhalten und die Kriminalität dieser Männer befeuert, da sie dies als Schwäche des Staates erkennen und brutal ausnutzen. Die griechischstämmige Polizistin berichtete weiterhin von bereits Achtjährigen, denen beigebracht wurde, keinerlei Respekt vor der Polizei im Besonderen und den Deutschen im Allgemeinen zu zeigen, da sie mit diesem Verhalten durchkämen. Diese Verhaltensweise sei kein Zufall, sondern die Kinder lernten es direkt in den Parallelwelten der Migrantenviertel, dort sei dies Alltag.

Der Kontrollverlust des Staates wird sichtbar

Auch die nächsten Sätze dürften ihrem obersten Dienstherrn wie Watschen vorgekommen sein. »Wir sind immer weniger, und die Situation hat sich in den letzten fünf Jahren so zugespitzt, dass die Sicherheit in vielen Bereichen nicht mehr gewährleistet werden kann.« Weiterhin beschrieb sie das Arbeitstempo von Streifenpolizisten, die am Tag zig Straftaten bearbeiten müssten und folglich oft mehr als eine Stunde benötigten, bis sie am nächsten Tatort seien, da sie aufgrund der Personalknappheit zuerst mehrere aufgelaufene Einsätze abarbeiten müssten. Doch dann seien die Täter bereits über alle Berge verschwunden, und die Bürger regten sich dementsprechend zu Recht auf - wobei gleichzeitig deren Angst und Unsicherheit wachse.

Auch mit dem weltfremden Argument der politisch Korrekten, massenhaft Bewerber mit Migrationshintergrund einzustellen, um so angeblich die Ausländerkriminalität besser in den Griff zu be-

kommen, räumte die Praktikerin auf. Sie selbst verfüge ja auch über einen solchen Hintergrund, aber wenn sie auf das entsprechende Klientel treffe, sei ihre Abstammung nicht hilfreich, sondern sie werde im Gegenteil dort als »Verräterin« beleidigt, da in den Vierteln nach der Devise gelebt werde: »Wir Ausländer gemeinsam gegen die Deutschen«.

Auch die von rot-grünen Landesregierungen durchgedrückte Frauenquote von bis zu 50 Prozent kassierte sie gleich mit ein. Sie forderte mehr Männer in den Streifenwagen und umschrieb die Verweiblichung des Polizeidienstes als »nicht praktikabel«, da sie meist auf männliche Straftäter trafe und, selbst wenn es gelinge, körperlich gegen diese zu bestehen, sie bei Maßnahmen durch Vorschriften an ihre Grenzen stieße. So könnten Polizistinnen zwar einen männlichen Messerstecher festnehmen, ihn aber nicht anschließend durchsuchen. Diese Aussagen reichten bestimmt schon aus, um die Gutmenschen rot anlaufen zu lassen. Doch dann fragte einer der vor Ort anwesenden Zuschauer nach dem Thema, das ihm am meisten auf der Seele brenne: die massenhafte Einwanderung und ihre Folgen. Für die Folgen, so eine andere Zuschauerin, reiche ein Blick über die offenen Grenzen, in die Vorstädte vieler westlicher Metropolen: Unruhen, Plünderungen, Kriminalität und Gewalt gegen Frauen seien dort längst an der Tagesordnung.

»Viele Polizisten werden mundtot gemacht«, sie bekämen, so Tania Kambouri, von ihren Vorgesetzten einen Maulkorb verpasst. »Äußere dich nicht dazu!«, heiße es dann. Über die Zustände in den Unterkünften sagte sie: »Da gibt es Probleme, da werden auch Kinder prostituiert in den Flüchtlingsunterkünften¹⁰⁵, was auch nicht gesagt wird. (...) Das ist Fakt, dass so etwas passiert. Nur ich denke, man möchte das Volk nicht aufhetzen. (...) Nur irgendwann wird es ans Tageslicht kommen, und dann gibt es einen großen Knall.«

Fälschen der Kriminalitätsstatistik bei Migranten

Die Polizeikommissarin benannte auch das stets bestrittene Problem des Fälschens der Kriminalitätsstatistik durch das Nichtaufführen des Migrationshintergrunds der Täter:

»So werden die Statistiken gefälscht. Das heißt, wir haben nur 20 bis 30 Prozent Probleme mit Migranten, das stimmt nicht. Die haben den deutschen Pass und gelten dann in der Statistik als Deutsche. "Wenn Sie dann aber mal die Namen lesen. Egal, ob die Akten bei der Justiz oder der Polizei, es sind mindestens zwei Drittel, wenn nicht sogar mehr, die Migrationshintergrund haben.« Weiterhin berichtete die Polizistin von einer Flut von Leserbriefen, die sie nach Erscheinen ihres Buches erreicht habe und die alle von den gleichen Erfahrungen, wie sie die Polizistin gemacht hatte, berichteten. Lehrer, Kindergärtnerinnen, Krankenschwestern und Justizbeamte müssten aber auf Druck ihrer Vorgesetzten Vorgänge verschweigen, und sie würden sich aufgrund der Angst um den Verlust ihres Arbeitsplatzes, einhergehend mit der Vernichtung ihrer bürgerlichen Existenz, diesem Zwang fügen. »Das ist deren Kultur, das müssen wir respektieren« - so die Anordnungen der Vorgesetzten. Dies sind die sattsam bekannten Vorgehensweisen linker Ideologen, die allein aufgrund ihrer rot-grünen Parteizugehörigkeit auf hoch bezahlte Posten gehievt wurden und mittlerweile eine ganze Gesellschaft gängeln. Hand in Hand mit dem Großteil der Medien verschweigen und verharmlosen sie das Offensichtliche und versuchen jeden zu brandmarken, der sich diesem Mainstream nicht weiter beugen will.

Massiver Druck auf die couragierte Polizistin

Um die Deutungshoheit, und damit die Möglichkeit der Vertuschung, über das Thema der Flüchtlingskriminalität wiederzuerlangen, wurde anschließend massiver Druck auf Frau Kambouri ausgeübt. Öffentlich bekannt wurde dies durch das Bochumer

Polizeipräsidium, das bestätigte, dass die Polizeikommissarin zum Rapport einbestellt wurde. »Frau Kambouri wurde in einem vertrauensvollen Gespräch durch Vorgesetzte daraufhingewiesen, dass sie sich künftig zu dienstlichen Themen zurückhaltender äußern soll«, so die Bochumer Polizei.¹⁰⁶

Dass sich auch Polizeigewerkschaftler an diesen behördlichen Einschüchterungen beteiligen, sagt viel über das Klima aus, in dem Polizisten in Deutschland ihren Dienst versehen müssen. Völlig inakzeptabel hat sich der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), André Schulz, verhalten, der gegen die Bochumer Polizeikommissarin öffentlich ein Disziplinarverfahren einforderte. Hier scheinen dem Gewerkschaftsfunktionär seine zahlreichen Talkshow-Einladungen der vergangenen Zeit zu Kopf gestiegen zu sein. Wurde in den vergangenen Monaten ein Interviewpartner oder Talkshow-Gast zum Thema »Polizei und Flüchtlingskriminalität« ausgewählt, fiel immer wieder die Wahl auf die Bochumer Polizistin, und Herr Schulz hatte das Nachsehen. Ein Schelm, wer persönliche Eifersüchteleien hinter dem Angriff vermutet. Zudem ist zu beobachten, dass André Schulz im vergangenen Jahr eine erstaunliche Wandlung durchgemacht hat. Während er zur Bekämpfung der Rockerkriminalität den Law-and-Order-Mann markierte, bestehen seine (aktuellen) Beiträge zur Flüchtlingskriminalität beinahe ausschließlich aus Verharmlosungen und Verständnis für die Täter. So ist der Mann bei den Polizisten auf der Straße, die tagtäglich mit derartigen Einsätzen konfrontiert werden, nicht unumstritten, manche unterstellen ihm gar, sich für einen lukrativen Posten in einem SPD-Innenministerium anzubiedern. Die einfache Streifenbeamtin aus Bochum scheint sich hingegen schon länger auf der Abschussliste des BDK-Mannes zu befinden, und die Schlagzeile ihres letzten Interviews, »Zahlen zu Flüchtlingskriminalität sind gefälscht«¹⁰⁷, nutzte er als Steilvorlage, um sie persönlich anzugreifen und öffentlich dienstrechtliche Maßnahmen gegen die Kollegin zu fordern. Auf seiner Facebook-Seite¹⁰⁸ verlinkte der Bundesvorsitzende des BDK den Artikel und kommentierte diesen wie folgt:

»Wer steuert und instrumentalisiert die Kollegin eigentlich die ganze Zeit? Schon die Aussagen in ihrem Buch zu Ausländern sind wenig reflektiert, nur bedingt sachlich und tendenziös, im Ergebnis grenzwertig. Woher stammt eigentlich die Expertise der jungen Streifenbeamtin für ihre wenig fundierten Aussagen? Warum bringen die Medien immer wieder solche tendenziösen Aussagen? Warum ist der nordrhein-westfälische Innenminister bisher (schon zu ihrem Selbstschutz!) noch nicht eingeschritten? Wann gibt es eigentlich das erste Disziplinarverfahren? Fragen über Fragen ...«

Dass die allgemeine Kriminalstatistik seit Jahren politisch instrumentalisiert wird, ist bei Experten völlig unbestritten. Sie dient der Politik vor allem dazu, der Bevölkerung eine Sicherheit zu suggerieren, die mit der Realität im Lande nichts mehr gemein hat. In der Debatte über die Flüchtlingskriminalität wurde bereits eine Vielzahl von Fällen von Zensur und Manipulation aufgedeckt.

Die systematische Vertuschung von durch Asylbewerber begangenen Straftaten

Zunächst wiesen Ministerpräsident Ramelow (Die Linke) und sein Innenminister Poppenhäger (SPD) die Anschuldigungen empört zurück. Doch die thüringische Lokalzeitung *Freies Wort* war in den Besitz einer brisanten E-Mail gelangt, die genau diese Vorwürfe belegte.

Der tausendfach zitierte syrische Kinderarzt bleibt die absolute Ausnahme, selbst Genossen bestätigen inzwischen, dass ein großer Teil der Einwanderer ohne jegliche Schul- und Berufsausbildung ist, darunter befindet sich ein erheblicher Anteil von Analphabeten. Experten bezeichnen 70 Prozent der anfänglichen 1,2 Millionen Einwanderer als unqualifiziert und damit chancenlos auf dem Arbeitsmarkt. Diese werden direkt in die Sozialsysteme immigrieren und dort dauerhaft verbleiben. Die zusätzlichen Kosten für Sozialleistungen, allein in den nächsten Jahren, veranschlagt selbst Sozialministerin Nahles auf sieben Milliarden Euro.¹⁰⁹ Bei *Spiegel On-*

*line*¹¹⁰ wurden massive Steuererhöhungen wegen der Masseneinwanderung angekündigt und auf eine steigende Altersarmut hingewiesen. Alles in allem Tatsachen, die während des von oben verordneten Festivals zur Willkommenskultur im Sommer 2015 als geradezu ketzerisch galten. Nun fällt die nächste Lüge der Politik in sich zusammen.

Die Kriminalität wird im Umfeld von Asylbewerberheimen nicht ansteigen, wurde und wird von politisch Verantwortlichen gebetsmühlenartig verbreitet. Auf Basis dieser Behauptung soll der Bau von Flüchtlingswohnungen und ganzen Siedlungen mitten in gewachsenen Quartieren der Mittel- und Unterschicht vorbereitet werden. Politiker und ihre Helfershelfer in den Redaktionsstuben besitzen dazu noch die Dreistigkeit, diese Unterkünfte allgemein als Sozialwohnungen zu bezeichnen, die jetzt, nach Jahrzehnten des Stillstandes, auch angeblich für einheimische Einkommensschwache und Alleinerziehende errichtet würden. Da fühlt sich die alleinerziehende deutsche Mutter mit ihrer 13-jährigen Tochter sicherlich gut aufgehoben sowie von der Politik wahrgenommen und verstanden zwischen Hunderten schwarz- und nordafrikanischen Männern.

Aber kommen wir zurück zur Straftatenhäufung im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften. Schaut man sich Kriminalstatistiken einmal ohne ideologische Scheuklappen an, ist eines offensichtlich: Männliche Täter im Alter von 18 bis 40 Jahren dominieren jede Statistik, dies ist weltweit identisch. Daten von Eurostat belegen,¹¹¹ dass in Deutschland Männer bis zu 77 Prozent der Flüchtlinge ausmachen. Wir werden also in nächster Zukunft eine Million Männer in unseren Städten haben, die weder Deutsch sprechen noch als Unqualifizierte in der Lage sein werden, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, noch verfügen sie über irgendeine Aufgabe, die sie zu erfüllen haben, weshalb sie folglich den gesamten Tag herumlungern werden. Um es vorsichtig zu formulieren: Die Kriminalitätsstatistiken werden explodieren. Es sei denn, wie jetzt in Thüringen geschehen, man weist die Polizei an, Straftaten durch Asylbewerber systematisch zu verschleiern, wie die süd-

thüringische Tageszeitung *Freies Wort* enthüllte.¹¹² Die dort zitierte E-Mail der Landespolizeidirektion Nordhausen ordnete genau dieses an.¹¹³ In diesem Bundesland dürfen »keine Pressemeldungen« über Einsätze in Unterkünften mehr veröffentlicht werden. Wörtlich heißt es, dass bei »Einsätzen in den Unterkünften, die keine Außenwirkung erzielen, keine Pressemeldungen gefertigt« werden.

Also nur, wenn es nicht zu verleugnen ist, dass Hundertschaften mit Blaulicht anrückten und eine gezielte Presseanfrage gestellt wurde, solle dies bestätigt werden. Jeder andere Einsatz solle verschwiegen werden. Genau diesen schwerwiegenden Vorwurf hatte der Chef der Gewerkschaft der Polizei, Kai Christ, öffentlich erhoben. In der *Thüringer Allgemeinen* wiederholte er seine Anschuldigungen gegen das Innenministerium und erklärte, dass die Polizei jeden Tag in Flüchtlingsunterkünften aktiv werden müsste: »(...) in jede Unterkunft, fast jeden Tag. Diese Straftaten werden systematisch verschwiegen.«¹¹⁴ Zitatende.

Laut BKA: 275 000 Straftaten durch Asylbewerber 2015

Das wahre Ausmaß der Flüchtlingskriminalität sprengt jegliche Befürchtungen und gibt Kritikern und besorgten Bürgern nun offiziell recht. Dabei ist die Arbeitsweise der BKA-Studie vom Februar 2016 noch unseriös sowie tendenziös und wirkt wie direkt aus dem Kanzleramt bestellt. Denn weder Tatverdächtige noch angezeigte Strafanzeigen werden hier aufgeführt, sondern nur aufgeklärte Straftaten von Asylbewerbern.

Manipulierte Studie und »aufgeklärte Straftaten«

Hinter der Formulierung »aufgeklärte Straftaten« verbirgt sich eine weitere Vertuschungsaktion seitens der Politik von gigantischem Ausmaß. Man sollte annehmen, dass eine aufgeklärte Straftat einen

rechtskräftig verurteilten Straftäter voraussetzt, dem ist aber nicht so. Die Polizei ist angehalten, allein bei einem ermittelten Tatverdächtigen von einer »aufgeklärten« Straftat zu sprechen, ganz unabhängig davon, ob er je von einem deutschen Gericht verurteilt wird oder es überhaupt zu einer Anklage kommt.¹¹⁵ Die suizidale Politik von CDU, SPD und Grünen hat nicht nur diese Verbrechenslawine verursacht, sondern ist auch verantwortlich für 275 000 Opfer dieser Straftaten. Die Lageübersicht des BKA für das Jahr 2015 — *Kriminalität im Kontext von Zuwanderung*¹¹⁶ - scheint unmittelbar aus der Hexenküche der politischen Korrekten zu stammen. Selbst der Titel ist schon irreführend und falsch, denn das Bundeskriminalamt verwendet den Begriff »Zuwanderung« im Zusammenhang mit Asylbewerbern. Wobei nach allgemeinem Duktus Zuwanderer keine Asylsuchenden sind, sondern Migranten, die zum Arbeiten nach Deutschland einreisen.¹¹⁷ Bevor die Studie die Bundesbehörde verlassen hat, scheint noch die Sprachpolizei von Heiko Maas eingeschritten zu sein. Kriminalität und Asylbewerber in einem Satz zu verwenden, dies entspricht zwar immer öfter der Realität, verhält sich aber konträr zur politischen Meinung der Parallelwelt von Berlin-Mitte. Ich beschäftige mich schon seit Jahren mit polizeilichen Kriminalitätsstatistiken und bin daher Manipulationen und Taschenspielertricks leidlich gewohnt. Beispielsweise fand eine brutale Raub- und Überfallserie mit mehr als zwei Dutzend Tätern und Opfern Eingang in die Kriminalitätsstatistik - allerdings nur in Form einer einzigen Tat! Beim Auffliegen der Manipulation sprach die zuständige Polizeibehörde von einem Versehen, da es sich um die gleiche Tätergruppe gehandelt habe. So wurden 28 Raubüberfälle kurzerhand zu einer einzigen Tat deklariert. Wer nähere Hintergründe dazu wissen möchte, der kann diese in meinem Sachbuch *Gangland Deutschland* nachlesen.

Oder wie dieser Tage ein Polizeibeamter resignierend schilderte, dass seine Anzeige zu einem versuchten Tötungsdelikt (ein Asylbewerber hatte einem Mitbewohner sein Messer in den Brustkorb gerammt) vom zuständigen Staatsanwalt zu einer gefährlichen Körperverletzung heruntergestuft wurde. So blieb die Tathandlung

zwar die gleiche, jetzt aber wurde in der Kriminalitätsstatistik ein Tötungsdelikt weniger aufgeführt.

Das erstellte Lagebild des BKA ist vor allem dazu geeignet, die Flüchtlingskriminalität kleinzurechnen. Denn völlig untypisch werden hier nur aufgeklärte Straftaten, die durch Flüchtlinge begangen wurden, aufgezählt. Hunderttausende Anzeigen gegen Unbekannt, bei denen Flüchtlinge nicht als Tatverdächtige ermittelt wurden, bleiben in dieser »Studie« damit völlig außer Betracht. So wird in Deutschland sowieso nur jede zweite Straftat aufgeklärt¹¹⁸, bei Wohnungsdiebstahl beträgt die Aufklärungsquote sogar nur mager 15,9 Prozent¹¹⁹. Das bedeutet, dass 84,1 Prozent der 152 123 Einbrüche aus dem Jahre 2014¹²⁰ ungeklärt geblieben sind und demnach auch keinen Eingang in die BKA-Studie gefunden haben, obwohl Flüchtlinge bei Eigentumsdelikten überproportional vertreten sind. Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2015 zeigte schon 167 136 Wohnungseinbrüche an, was eine Steigerung von zehn Prozent bedeutet.¹²¹ Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) hat sich diese Kriminalstatistik genauer vorgenommen, im Besonderen die Hintergründe zu »aufgeklärten Straftaten« und der angeblichen Aufklärungsquote von 15,9 Prozent. Anhand von 2500 Fällen aus fünf Großstädten errechnete das Institut die Aufklärungsquote anhand der Verurteilungen, und die liegt nun bei desaströsen 2,6 Prozent.¹²² Diese Zahlen belegen ein eklatantes Staatsversagen. Polizeibehörden werden durch die verantwortlichen Politiker zur Manipulation und Täuschung der Bevölkerung gezwungen. Ein Skandal, den die Bevölkerung nicht erfährt, denn der Mainstream schweigt dazu.

»Lügenpresse« beim Lügen erwischt?

So ist es nicht verwunderlich, dass die Studie für das verwendet wurde, wofür sie augenscheinlich eigens erstellt worden war: der Bevölkerung zu suggerieren, die Kriminalität steige nicht proportional zur stattfindenden Masseneinwanderung an. So verwendete

der Axel-Springer-Verlag denn auch die Überschrift: »Mehrheit begeht keine Straftaten«¹²³. Auf die vielen Ungereimtheiten des BKA-Berichts wurde mit keiner Silbe eingegangen. Die sich immer wieder als Qualitätsmedien selbst lobende publizistische Elite versagte hier total oder schaute aus Gründen politischer Opportunität bewusst weg. So wurden die dort genannten 208 000 aufgeklärten Straftaten als Beweis für eine geringe Kriminalitätsrate der Flüchtlinge im Allgemeinen weiterverbreitet. Auch unterließen es einige Medien, beispielsweise der zum Bertelsmann-Konzern gehörende Nachrichtensender n-tv¹²⁴, darauf hinzuweisen, dass drei rot-grün regierte Bundesländer schlicht dem BKA keine Daten übermittelt hatten. Hatte hier die Redaktion schlampig gearbeitet? Oder war die »Lügenpresse« beim Lügen erwischt worden? Entscheiden Sie selbst.

Alle durch Flüchtlinge begangenen Straftaten in diesen Bundesländern, die nach dem »Königsteiner Schlüssel«¹²⁵ 25 Prozent aller Asylbewerber aufnehmen mussten, fielen bei der BKA-Studie somit völlig unter den Tisch. Gerade Nordrhein-Westfalen mit seinen rechtsfreien Räumen ist aber mittlerweile zu einem einzigen großen Kriminalitätsschwerpunkt verkommen. Die Zahlen dieses Bundeslandes haben keinen Eingang in die BKA-Studie gefunden, genauso wenig wie der widerliche Sex-Mob von Köln mit über 1500 angezeigten Straftaten, worunter 529 Sexualdelikte waren.

Man muss kein Pessimist sein, wenn man davon ausgeht, dass 95 Prozent dieser Taten niemals abgeurteilt und somit auch bei der nächsten BKA-Studie unterschlagen werden dürften. Wenn man das Straftatenaufkommen aus Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen mit ein- und das Ganze dann hochrechnet, dann kommt man auf die 275 000 Straftaten¹²⁶ durch Asylbewerber, die ich in meiner Überschrift verwendet habe. In der BKA-Statistik sind auch 28 vollendete Tötungsdelikte durch Asylbewerber aufgelistet (nach meiner Hochrechnung wären dies dann 36 Fälle). Das bedeutet: Jeden Monat werden durch Flüchtlinge drei Menschen ermordet. Haben Sie dazu je etwas in den Medien gelesen oder gar bei ARD und ZDF gesehen? Ich nicht.

275 000 Delikte bedeuten: Jeden Tag werden 750 Straftaten von Asylbewerbern begangen. Und das sind nur die aufgeklärten Verbrechen. Es wird gemordet, vergewaltigt, sexuell bedrängt, geraubt, geschlagen, gestochen und dem Bürger die Wohnung aufgebrochen - Tag für Tag.

275 000 Straftaten bedeuten auch 275 000 Opfer. Oder mehr. Die illegale Masseneinwanderung des Jahres 2015, die durch die Bundesregierung begünstigt und geduldet wurde, verschlang nicht nur Milliarden an Steuergeldern. Es bleibt auch festzustellen, dass in Deutschland dadurch mindestens 275 000 Menschen Opfer einer Straftat wurden, die es ohne die Flüchtlinge nicht gegeben hätte.

Polizei droht gewaltiger Reputationsverlust

Maßnahmen, die an eine Bananenrepublik erinnern, peitschen dieser Tage politisch Verantwortliche in kürzester Zeit durch. Die Zwei-Klassen-Polizei wird in Deutschland durch die Hintertür eingeführt. Eine Friseurin benötigt zum Berufsabschluss drei Jahre Ausbildungszeit, auch ein Lagerist, der neuerdings Fachkraft Lagerlogistik heißt, braucht 36 Monate, bis er ausgelernt hat. Das Bundesinnenministerium plant hingegen, die Ausbildung der Bundespolizisten drastisch von 30 auf 18 Monate zu verkürzen. Das Ganze ist ein sicherheitspolitischer Offenbarungseid der Merkel-Regierung und wirkt wie ein weiterer panischer Akt des Aktionismus.

In der Beurteilung der Pläne des Bundesinnenministeriums, um jeden Preis 3000 Notpolizisten auf die Straße zu bringen, sind sich die Experten einig. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter warnt eindringlich vor einem »peinlichen Rohrkrepiere« und sieht »die Reputation der gesamten deutschen Polizei infrage gestellt.«¹²⁷ Eine Polizeiausbildung ist anspruchsvoll. Bereits am Eignungsauswahlverfahren scheitern die meisten Bewerber: Strafrecht, Strafverfahrensrecht, Polizei-, Verwaltungs- und Verkehrsrecht bilden nur den Grundstock polizeilichen Wissens. Es reicht nicht aus, Paragraphen

auswendig herunterzuleiern, der Polizist muss Situationen blitzschnell analysieren, sie rechtlich würdigen und anschließend Maßnahmen durchsetzen, die oftmals gravierend in die Rechte von Bürgern eingreifen. Häufig bleiben ihm dafür nur Sekunden: Wann darf ich meine Anordnungen mit Zwang durchsetzen? Reichen die Umstände aus, die Wohnung des Staatsbürgers gegen seinen Willen zu betreten? Ist es jetzt an der Zeit, den Schlagstock oder gar die Schusswaffe einzusetzen? Darf ich gezielt schießen, um Schlimmeres zu verhindern?

Viele Rechtsexperten sehen in einer Polizeiausbildung daher auch die Ansprüche mit denen eines »kleinen Jurastudiums« vergleichbar. Dazu gesellt sich die körperliche Komponente der Ausbildung: Dienstsport, Einsatztraining, Selbstverteidigung und nicht zuletzt die Waffen- und Schießausbildung, die extrem zeitintensiv, aber dringend erforderlich ist. In Zeiten der Handykameras, wo jede Maßnahme im Nachhinein von Journalisten an ihren Redaktionstischen seziert wird, müsste nicht eine Beinahe-Halbierung der Ausbildungszeit beschlossen werden, sondern es wäre erforderlich, gerade jungen Beamten mehr Zeit und Fortbildungen zu ermöglichen.¹²⁸

Eindringlich haben Polizeigewerkschafter und Sicherheitsexperten auf die wachsende Kriminalität hingewiesen und seit Jahren mehr Stellen und bessere Ausstattung gefordert. Die Politiker haben abgewiegelt und Phrasen gedroschen, die Rechnung müssen nun verheizte Polizisten und Bürger bezahlen, denn in Zeiten des von Merkel angerichteten Flüchtlingschaos sind bei einzelnen Polizeieinheiten 16-Stunden-Schichten eher die Regel als die Ausnahme geworden. Einsätze gegen die Alltagskriminalität, gegen mobile Tätergruppen, die über die offenen Ostgrenzen einreisen, oder gegen türkisch-libanesischen Familien-Clans, die einen Straßenzug nach dem anderen in eine No-go-Area verwandeln, bleiben auf der Strecke.¹²⁹ Der Steuerzahler wird von planlosen Politikern schutzlos der Kriminalität ausgeliefert und nimmt öffentliche Straßen und bestimmte Bus- und Straßenbahnlinien immer häufiger als »Angsträume« wahr.

Innerhalb der Polizei brodelt es aufgrund der aktuellen Zustände gewaltig. Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, ist ein Freund des offenen Wortes, anlässlich eines Interviews erklärte er freimütig zum Thema »Gewalt durch Asylbewerber«: »Nein, die Öffentlichkeit erfährt nicht alles. Die Lageberichte der Polizei erfolgen intern, und die Öffentlichkeit bekommt nur einen Bruchteil davon mit, um sie nicht unnötig in Schrecken zu versetzen.« Das muss man erst einmal verdauen - eingeräumte Zensur durch Behörden und Innenminister.¹³⁰ Weiterhin bestätigte Wendt, dass die Beamten im gesamten Bundesgebiet mit der Flüchtlingskrise beschäftigt seien. »Wir sprechen hier über die größte Herausforderung der Polizeigeschichte seit 1945.« Der Polizeigewerkschaftler widersprach auch Artikeln der meisten Mainstream-Medien, die die Gewaltausbrüche in den Flüchtlingsunterkünften als spontane und einzig der Enge zugeschriebene Taten gedeutet wissen wollten. Vielmehr komme es an vielen Stellen »sehr gezielt und gut vorbereitet nahezu täglich zu ethnischen oder religiös motivierten gewaltsamen Auseinandersetzungen«. Auch für die Gutmenschen, die nicht zuletzt sich selbst an den Bahnhöfen beklatscht hatten, fand er deutliche Worte: »Hier braut sich was zusammen, vor dem die Bevölkerung mehr und mehr Angst bekommt. Wenn unsere Einsatzkräfte mitten in solchen Schlägereien schlichten müssen, liegen diejenigen, die den Flüchtlingen applaudiert und Stofftiere verteilt haben, in ihren Betten.«¹³¹

Die Bundespolizei stellt fetzt jeden ein

Noch vor den Pariser Anschlägen wurden der Bundespolizei 3000 zusätzliche Stellen bewilligt, um wenigstens den Versuch zu unternehmen, Merkels chaotische Flüchtlingspolitik zu meistern. Nach den neuerlichen Anschlägen von Paris und Brüssel und der real gewordenen Angst vor islamistischem Terror wurden die 3000 Flüchtlingshelfer über Nacht zu Anti-Terror-Polizisten umetikettiert. Doch es droht ein dramatischer Qualitätsverlust bei der deutschen Poli-

zei, denn die Behörden finden zu wenig geeignete Bewerber und haben deswegen das Anforderungsprofil drastisch herabgesenkt. Es droht eine Zwei-Klassen-Polizei in Deutschland. 16000 Stellen wurden in nicht einmal zehn Jahren¹³² abgebaut und unzählige Wachen geschlossen. Jetzt, in einer Lage des permanenten Ausnahmezustandes, wo, wie Mitte November 2015 in Hannover geschehen, ganze Innenstädte geschützt werden mussten, da das Fußball-Länderspiel von Deutschland und den Niederlanden wegen einer konkreten Anschlagsgefahr abgesagt worden war,¹³³ fällt der Politik plötzlich auf, dass in Deutschland Tausende Polizisten fehlen.

Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft Wendt beziffert den sofortigen Bedarf auf 20000 zusätzliche Polizisten, um die Folgen der Flüchtlingskrise und des islamistischen Terrors unter Kontrolle halten zu können.¹³⁴ Die Polizei ist mit ihrer prekären Personalsituation allerdings nicht allein. Beim BND, dem Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt sieht es ähnlich aus. In diesem politisch verschuldeten Chaos ist Geld plötzlich kein Problem mehr, es wurde genauso im Schnelldurchgang bewilligt wie die Tausenden zusätzlichen Planstellen. So wurden auch dem Bundesnachrichtendienst (BND) 225 und dem Bundesamt für Verfassungsschutz 250 zusätzliche Stellen bewilligt. Doch nachdem die Mainstream-Medien jeden Vorfall in Sicherheitsbehörden zu einem angeblich peinlichen Skandal aufgebauscht haben, ist die öffentliche Reputation der Behörden dahin. Es fehlen daher massenweise geeignete Bewerber, die heutige Jugend scheint im Staatsdienst keine wünschenswerte Lebensperspektive mehr zu erkennen. Zudem befindet sich ein großer Teil der Generation »Playstation« sportlich gesehen nicht im Bestzustand. Um die öffentlichen Versprechen des Bundesinnenministers überhaupt noch halbwegs zu erfüllen, ist die Bundespolizei gezwungen, ihre Einstellungskriterien abermals massiv zu senken. Darüber hinaus ist die Bundespolizei zu einem Schritt bereit, den noch vor sechs Monaten niemand für möglich gehalten hätte. Wie berichtet wurde, wird die Ausbildungszeit der Bundespolizei per Unterschrift drastisch von 30 auf 18 Monate verkürzt. Es gibt jetzt den neuen Job »Polizist im

Schnelldurchgang«. Das belegt einmal mehr die Hilflosigkeit der Regierung.

Ein Rekrutierungsteam der Bundespolizei tourt gegenwärtig durch das Land und wirbt mit einer PowerPoint-Präsentation in Berufsinformationszentren und bei Jobmessen um Bewerber. »Speed-Dating« nennt man das. Um die 3000 angekündigten Stellen besetzen zu können, wird allerdings ein Vielfaches an Bewerbern benötigt. Die Berliner Polizei geht beispielsweise von einer Bewerbungsquote von 1:10 aus, um die offenen Stellen adäquat besetzen zu können. Im Klartext: Selbst bei abgesenkten Voraussetzungen scheitern noch neun von zehn Bewerbern. 20 bis 30 Prozent versagen beim Deutsch- und beim Sporttest und 20 bis 25 Prozent weitere an der ärztlichen Untersuchung.¹³⁵ Der Leiter der Berliner Polizeischule hatte erst unlängst die »zunehmend schlechtere Allgemeinbildung« und eine »sinkende Leistungsbereitschaft« bemängelt. Selbst Abiturienten würden »massenhaft« beim Deutschtest scheitern. Die großen Lücken sollen jetzt einfach mit Migranten geschlossen werden. In Berlin besteht schon ein Drittel der Bewerber für den mittleren Polizeidienst aus Migranten, von denen am Ende immerhin 23 Prozent eingestellt worden sind. Dazu hat sich bei den Einstellungen eine Frauenquote von 40 bis 50 Prozent verfestigt. Der Polizist der Zukunft ist also weiblich und hat einen Migrationshintergrund. »Zustände wie beim WDR«, raunte mir letztes ein Beamter zu.

Der Bundespolizei reicht selbst diese Einstellungspraxis nicht aus, um die 3000 Stellen besetzen zu können, sodass Innenminister de Maizière eine weitere drastische Absenkung der Anforderungen beschloss: Ein Bewerber kann beispielsweise ab sofort über einen Body-Mass-Index von 35 verfügen.¹³⁶ Das sind bei einer Körpergröße von 1,70 Meter 100 Kilogramm Körpergewicht. Ein BMI von 35 entspricht gemäß der WHO-Tabelle »Adipositas Grad 1«. Die Übersetzung des lateinischen Begriffs »Adipositas« ist eindeutig - Fettleibigkeit.

Vor nicht allzu langer Zeit musste der Bewerber für den Polizeidienst auch das Deutsche Rettungsschwimmabzeichen in Bronze

vorweisen, jetzt reicht es aus, 200 Meter zu schwimmen, ohne unterzugehen. Die Zeit, in der die genannte Strecke zurückgelegt wird, spielt dabei keine Rolle mehr. Auch die tägliche Schreibarbeit wird unter der Absenkung des Niveaus leiden. In meinen Anfangsjahren hatte ich noch Strafanzeigen per Schreibmaschine und Durchschlagpapier gefertigt. Nach dem zweiten Rechtschreibfehler setzte mein Dienstgruppenleiter ein Lächeln auf und zerriss die Anzeigen - ganz egal, ob wir uns in einer Nachtschicht befanden oder es kurz vor Dienstende war. Die Bundespolizei erlaubt ihren Bewerbern jetzt 24 Rechtschreibfehler in einem Diktat von 200 Wörtern. Nein, das ist keine Satire - es ist bittere Realität und wird bereits angewendet. In Deutschland herrschen mittlerweile sicherheitspolitische Zustände wie in einer Bananenrepublik, wo ein Minister kurzerhand per Dekret die Berufsvoraussetzungen einfach um 50 Prozent absenkt.

Ganz wichtig ist der polizeilichen Führung jedoch das äußerliche Erscheinungsbild des Beamten, mal abgesehen von dem Übergewicht natürlich. So darf er weiterhin keine Tätowierungen im sichtbaren Körperbereich tragen, wie zum Beispiel die beliebten Ganzarm-Tätowierungen. Als dieses bei einer der Speed-Dating-Präsentationen im Berufsinformationszentrum an der Berliner Friedrichstraße erklärt wurde, standen zehn der 70 Anwesenden prompt auf und verließen den Raum. Von den anfänglich 70 Interessierten bewarben sich am Ende lediglich zwei bei der Bundespolizei. Kurz nach diesen Erfahrungen mit der Realität und der Tattoo-Vorliebe der heutigen Generation wurden die Kriterien erneut entschärft. Die Bundespolizei akzeptiert seit dem November 2015 auch Anwärter mit sichtbaren Tätowierungen.¹³⁷

Ausländer werden gezielt als Polizisten angeworben

Obwohl die Amtssprache auch im Jahre 2016 noch Deutsch ist, werden mit Flyern in fremdländischen Sprachen und mit Anzeigen in ausländischen Zeitungen gezielt Migranten für den Polizeidienst angeworben.¹³⁸ Viele rot-grüne Landesregierungen haben die An-

Werbung von Polizisten mit Migrationshintergrund ausdrücklich in ihren Regierungsprogrammen verankert.^{139,140} Die von oben verordnete Willkommenskultur machte auch vor den Polizeidienststellen nicht halt.¹⁴¹ Jetzt sind die politischen Eliten der Argumentation verfallen, dass möglichst viele Ausländer innerhalb der Polizei ein Beweis für gelungene Integration seien.¹⁴² Dass diese propagierte Sicht nichts mit der Realität zu tun hat, wird systematisch vertuscht. Nur gelegentlich durchbrechen einzelne Geschichten die Schweigespirale. Wie dies bei der Bochumer Polizei die Kommissarin Tania Kambouri tat, die als griechischstämmige Frau oft auf Türkisch oder Arabisch angesprochen wurde. Straftäter versuchten sie so zu beeinflussen, getreu dem Motto »Wir Ausländer gegen die Deutschen«. Da sie diese Aufforderung schroff ablehnte und strikt auf Deutsch antwortete, wurde sie anschließend von den Männern als Verräterin beleidigt und als Autorität umso mehr abgelehnt.

In NRW wurde der Fall von drei Türken bekannt, die innerhalb einer Streifenschicht, die aus 15 Beamten bestand, eine eigene Gruppe bildeten. Während des Dienstes und auf der Wache sprachen sie ausnahmslos Türkisch miteinander, sodass sich die deutschen Kollegen ausgegrenzt fühlten und den Verdacht hegten, dass die drei Türken auch über sie lästerten. Trotz mehrfacher Aufforderungen sprachen die Türken weiterhin nur Türkisch miteinander. Es dauerte einige Zeit, bis die Vorgesetzten endlich einschritten und die Türken auf unterschiedliche Dienststellen versetzten.

Diese »Einzelfälle« ergeben einen erschreckenden Gesamteindruck. Unfähige Politiker in Bund und Ländern haben in nur wenigen Monaten fertiggebracht, das ehemals angesehene Berufsbild eines Polizeibeamten nachhaltig zu zerstören.

Die Polizei benötigt mehr Männer vom Schlage eines Edward Snowden

Das Klima innerhalb der Polizei ist rauer geworden. Konnten sich ideologisch handelnde Innenminister bisher darauf verlassen, dass

Maulkorberlasse und Vertuschungen durch Polizeivorgesetzte zwar widerstrebend, aber dennoch vom Polizisten auf der Straße befolgt wurden, ist seit den Attacken des Sex-Mobs in Köln vieles anders geworden. Verschlussachen und interne Dokumente werden nun an Medien durchgegeben und enttarnen eine Lüge nach der anderen seitens der politisch Verantwortlichen. Die Polizei als Institution hat unter den Vorkommnissen des vergangenen Jahres schweren Schaden genommen. Seit dem Beginn der Flüchtlingskrise versuchen insbesondere rot-grüne Landesregierungen, das Ausmaß der Flüchtlingskriminalität zu vertuschen und zu bagatellisieren. Auf dem Rücken der Beamten und wider besseren Wissens werden Pressemitteilungen zensiert, Straftaten verheimlicht und polizeiliche Lagemeldungen manipuliert, wie etwa die jahrelange Vertuschung der Kriminalität von nordafrikanischen Intensivtätern in Nordrhein-Westfalen, die Anweisung, die Herkunft nordafrikanischer Täter zu streichen, der aufgeflogene Skandal einer bundesweiten Zensur von Flüchtlingskriminalität und der Druck auf Journalisten in Schleswig-Holstein beweisen.

In letzterem Fall berichteten die *Kieler Nachrichten*¹⁴³ von massiven Einschüchterungen durch die Landespolizei, damit die Polizisten keine Straftaten von Asylbewerbern meldeten, worunter sich Taten wie sexueller Missbrauch von Kindern, Vergewaltigungen und 125 Körperverletzungsdelikte befanden. Seit dem 1. September 2015 erstellt das Landeskriminalamt in Schleswig-Holstein tägliche, wöchentliche und künftig auch monatliche Kriminalitätsbilder mit sogenannter Flüchtlingsrelevanz. In kürzester Zeit wurden im Zuge dieser Maßnahme 733 Straftaten erfasst, in denen Asylbewerber als Täter oder auch als Opfer in Erscheinung getreten waren. Doch machen wir uns nichts vor: Wäre auch nur ein Asylbewerber Opfer einer Straftat geworden, hätte den nachfolgenden medialen Aufschrei niemand überhören können. Die Gesamtzahl der Straftaten bedeutet über ein Dutzend von ihnen jeden Tag. Erfasst wurden:

- 378 Fälle von Eigentumsdelikten
- 125 Körperverletzungen

- sechs Anzeigen wegen Verdachts des sexuellen Missbrauchs von Kindern und
- drei wegen Vergewaltigung oder sexueller Nötigung.¹⁴⁴

Dies sind die offiziellen Zahlen. Polizeiliche Studien zeigen, dass die Dunkelziffer nicht angezeigter Straftaten um das Fünffache höher liegt als die tatsächlich erfasste Kriminalität.¹⁴⁵ Doch bleiben wir bei den wasserdicht belegten 733 Straftaten, denn diese sind erschütternd genug. Die meisten der Fälle, die selbst die Führung der Landespolizei als »relevante Ereignisse« einstufte, wurden der Öffentlichkeit bewusst verschwiegen. Die Polizeiführung, durchsetzt mit rot-grünen politischen Beamten, erstellte nun zwei Arten von polizeilichen Lagebildern: einen zensierten und manipulierten Bericht für die Öffentlichkeit, den man örtlichen Medien zur Verfügung stellte, und einen internen Bericht mit dem wahren Ausmaß der Flüchtlingskriminalität. Letzterer wurde jedoch als zu brisant für den gemeinen Steuerzahler erachtet und daher als »Verschlussache - nur für den Dienstgebrauch« eingestuft. Die *Kieler Nachrichten* waren an diese Berichte gelangt und hatten sie trotz massiver Einschüchterungen veröffentlicht. So wies die Redaktion beispielsweise darauf hin, dass in dem veröffentlichten Lagebericht zwar penibel drei abgebrochene Außenspiegel an geparkten Autos aufgelistet wurden, nicht aber der körperliche Angriff eines Afghanen auf seine nach muslimischem Recht angetraute Frau am selben Tag. Er schlug ihr in der Innenstadt mehrfach ins Gesicht. Der Vorfall wurde der Öffentlichkeit verschwiegen.¹⁴⁶

Wie sich aus den verheimlichten Lagebildern ergibt, wurde ebenso unterschlagen, dass Polizeieinheiten in den Flüchtlingsunterkünften Rendsburg und Albersdorf Auseinandersetzungen beenden mussten und in der Erstaufnahme in Lübeck »tumultartige Szenen« herrschten, an denen bis zu 150 Personen beteiligt waren. Aufgrund von Wartezeiten bei der Abwicklung bestimmter Maßnahmen und dabei zu registrierender Personen, die sich vordrängten, eskalierte die Situation. Polizei und Sicherheitsdiensten schafften es nicht, die Lage zu beruhigen. Nur mithilfe von zufällig anwesenden acht Bundeswehrsoldaten gelang es schließlich, die

Situation unter Kontrolle zu bringen. In dem für die Öffentlichkeit zensierten Bericht kommentierte das LKA den Vorfall wie folgt: »(...) dass die Lage vor Ort ohne die Kräfte der Bundeswehr nicht zu bewältigen [gewesen] wäre«.

In Neumünster musste die Bereitschaftspolizei aus Eutin anrücken: In einer Röntgenpraxis ging es 100 Flüchtlingen nicht schnell genug, sodass die Menschenmenge Arztpraxis, Flure und Treppenhäuser besetzte. Die alarmierten Polizeieinheiten mussten den gesamten Praxisbereich schließlich räumen. Auch dieser Vorfall wurde zensiert und der Öffentlichkeit vorenthalten. In Kiel wurde eine Augenärztin beleidigt und bedroht. Ein 31-jähriger Flüchtling, der seinen zweijährigen Sohn zur Behandlung begleitete, beschimpfte die Medizinerin als »unrein«¹⁴⁷. Deshalb brach die 53-Jährige die Behandlung ab und wurde daraufhin von dem Mann terrorisiert.

Bei der Polizeiführung veranlasste die Berichterstattung über die durch sie betriebene Zensur keinerlei Umdenken, im Gegenteil, sie verstrickte sich immer tiefer in Widersprüche. So sei es allein »technischen Gründen« geschuldet, dass in der Statistik mit Flüchtlingsrelevanz, die über 733 Straftaten in der Zeit vom 1. September bis zum 20. Oktober berichte, nicht aufgeschlüsselt sei, ob Flüchtlinge als Täter oder Opfer geführt würden. Dies entspricht eindeutig nicht den Tatsachen - das weiß jeder Polizeischüler besser. In jeder Strafanzeige werden Tatverdächtige wie Opfer mit Personendaten aufgelistet: Name, Staatsangehörigkeit, Ausweisdokument und Wohnanschrift (in diesen Fällen eine Flüchtlingsunterkunft). Daraus eine Statistik zu erstellen, wie viele Flüchtlinge einer Straftat verdächtigt werden, ist selbst oben genannter Polizeischüler, ausgestattet mit Papier und Bleistift, in der Lage. Diese Zensurmaßnahmen und Manipulationen erinnern fatal an die bekannt gewordenen Vorwürfe gegen die Regierung des rot-rot-grün regierten Thüringens. Beide Bundesländer eint zudem die höchst umstrittene Anordnung eines Winterabschiebestopps für abgelehnte Asylbewerber. Es drängt sich geradezu der Eindruck auf, dass systematisch ein bundesweites Netz installiert wurde, um eine Berichterstattung über Straftaten von Asylbewerbern zu verhindern.

Während die Jakob Augsteins dieser Republik jedem Kritiker und Mahner in Talkshows Phobien und eine pauschale Fremdenfeindlichkeit unterstellen und eine erhöhte Kriminalität im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften als Verschwörungstheorien von geistigen Brandstiftern diffamieren, zensieren ihre Helfershelfer die Statistiken. Eine Berichterstattung über diesen Skandal habe ich weder beim *Spiegel*, in der *Bild*, bei der *Süddeutschen* noch in der ARD oder beim ZDF entdecken können.

Noch einen Tag vor der geplanten Berichterstattung wurde die Redaktion der *Kieler Nachrichten* aus der Führung der Landespolizei unter Druck gesetzt. Die Journalisten wurden massiv eingeschüchtert, nicht über die wahren Zustände in Schleswig-Holstein zu berichten und damit die Existenz von zensierten und manipulierten Lagebildern zu enthüllen. Die ideologisierten Polizeiführer schreckten auch nicht davor zurück, den schlimmsten, völlig abstrusen Vorwurf zu erheben, dem man dieser Tage in Deutschland ausgesetzt sein kann: »Sie zündeln!«¹⁴⁸

Polizeiliche Datenlecks offenbaren Politikversagen

Anstatt die Transparenz polizeilicher Arbeit zu unterstützen, fallen gerade linke Innenminister durch einen inquisitorischen Eifer auf, Polizisten, die über die wahren Zustände berichten, zu enttarnen und damit beruflich wie existenziell zu vernichten. Diese Beamten haben nämlich im Land der politisch Korrekten etwas geradezu Frevelhaftes getan: Sie haben geholfen, die Wahrheit ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Der Frust innerhalb der Polizei ist enorm gestiegen, und einzelne Beamte sind sich jetzt bewusst geworden, über welche entscheidende und brisante Dokumente sie verfügen. Als nach den widerlichen Sex-Mob-Attacken von Köln die Vertuschung und Bagatellisierung von durch Ausländern begangenen Straftaten im SPD-Innenministerium ihren gewohnten Verlauf nahm, platzte einem

Beamten offensichtlich der Kragen. Ein führender Polizist ließ den Einsatzerfahrungsbericht¹⁴⁹ einer Hundertschaft, die im Bereich des Kölner Doms eingesetzt war, an die Öffentlichkeit durchsickern, und die gesamte politische Führung stand als Lügner erwischt da. Hatte sie doch starrköpfig und wider besseren Wissens versucht, die Täterschaft von nordafrikanischen Flüchtlingen zu vertuschen. Lediglich der völlig überforderte Polizeipräsident wurde geschasst, natürlich mit feudalen Pensionsansprüchen versehen. Danach startete die Kölner Polizei ganz offen die Jagd auf Polizeibeamte, die das wahre Ausmaß des Sex-Mobs von Köln offenbarten und damit die Lügen der Politiker entlarvten. Beamte der Domstadt berichteten anonym von einem gestiegenen Druck innerhalb der Behörde und dem Erlass eines Maulkorbes durch Vorgesetzte.¹⁵⁰ Hätten diese Ereignisse in Russland stattgefunden, hätten die Reschkes, Klebers und Hayalis dieser Republik Sondersendungen abgehalten und mindestens Wirtschaftssanktionen gefordert. So aber blieb der Mainstream stumm. Schließlich handelte es sich dabei nur um deutsche Whistleblower, die auch noch die Frechheit besaßen, Wahrheiten aufzudecken, die konträr zum eigenen rotgrünen Weltbild verliefen. Mit »Lügenpresse« hatte das natürlich rein gar nichts gemein, schließlich stand und steht man ja für Qualitätsjournalismus.

Was die selbst ernannten Qualitätsmedien sich immer noch weigern wahrzunehmen, ist, dass sie ihr Meinungsmonopol und ihre Deutungshoheit für immer verloren haben. Das Internet ist wahrlich eine revolutionäre Erfindung. Soziale Netzwerke und unabhängige Medien wie *Kopp Online* - statt transatlantischer Lobbyvereinigungen - informieren nun wahrheitsgemäß, der Bürger hat jetzt endlich die freie Auswahl. Auch wenn die ehemaligen Meinungsmacher nun auf jede ihnen nicht genehm erscheinende Meinung verbal einprügeln, handelt es sich dabei lediglich nur noch um Rückzugsgefechte, denn niemand interessiert sich mehr für solcherlei Diffamierungen. »Rechts« ist ein veralteter Kampfbegriff von faulen Journalisten und Berufspolitikern, die argumentativ nichts mehr beizusteuern haben und daher versuchen, die Über-

bringer unliebsamer Wahrheiten zu diffamieren. Dem Großteil der Bevölkerung ist das längst bewusst. So schicken die Wähler nunmehr völlig zu Recht die Gabriel-Partei unter die 20-Prozent-Marke. Und wenn Facebook sich jetzt mithilfe des Bertelsmann-Konzerns zur Zensurbehörde von Bundesinnenminister Heiko Maas umfunktionieren lässt, wird das zuallererst auf das Unternehmen Facebook selbst zurückfallen. Zunächst wird der US-Konzern an Image verlieren, und früher oder später werden ihm immer mehr Nutzer und Werbekunden den Rücken kehren. Natürlich gibt es einen Unterschied zwischen Meinungsfreiheit und strafrechtlich relevanter Hetze, aber diesen durch das Grundgesetz geschützten Bereich zu überprüfen obliegt in einer funktionierenden Demokratie einzig und allein den Staatsanwälten und Gerichten und nicht einem US-Multi und einem deutschen Medienkonzern. Diese Gewaltenteilung hat der kleine Mann aus dem Saarland wissentlich ausgehebelt und der Politikverdrossenheit im Lande damit weiteren Vorschub geleistet.

Bremens Polizeichef spricht Klartext

Auch aus den eigenen Reihen wurden dem Schweigekartell Risse zugefügt. Offen klagte der Bremer Polizeipräsident Lutz Müller die rot-grüne Landesregierung an, eine heile Welt zu verkaufen. Während die Straftaten steigen würden und beispielsweise der Miri-Clan seit Jahrzehnten ungestört seinen kriminellen Geschäften nachgehen könne, wurde die Polizei systematisch handlungsunfähig gespart. Allein für (angeblich) minderjährige Flüchtlinge werde in Bremen mehr Geld ausgegeben als für die gesamte Polizei.

»Wir betreiben in Bremen Sicherheitsarbeit nach Kassenlage, nicht nach Bedarf«¹⁵¹, kritisierte der Polizeipräsident Lutz Müller die rot-grüne Landesregierung im *Weser-Kurier*. Eine Aussage, die jeder normale Bürger sofort unterschreiben kann. Während die eingetriebenen Steuern von einer Rekordsumme zur nächsten eilen, wurde die Bremer Polizei regelrecht kaputt gespart. Beförderungs-

stau, mangelhafte Ausrüstung und veraltete Dienststellen gehören in Bremen zum Polizeialltag. Unvergessen auch der Auftritt von SPD-Innensenator Maurer auf der Personalratsversammlung. Dort saß er abgehoben auf dem Podium und nahm teilnahmslos die Klagen seiner ihm unterstellten Männer und Frauen entgegen: Aufgrund von Personalmangel war die Zahl unbearbeiteter Strafanzeigen von 6000 auf 6500 geklettert. Allein bis Dezember 2015 hatten Bremer Polizisten 307 000 Überstunden angehäuft, doch die Personalsituation war so prekär, dass keine Gelegenheit blieb, die Mehrarbeit durch Freizeit wieder auszugleichen. Auf der Strecke blieben so die Gesundheit der Polizisten, ihr Familienleben und sämtliche sozialen Kontakte außerhalb der Polizeiwelt.

Besonders die kriminelle Energie der angeblich minderjährigen Flüchtlinge verursachte eine Vielzahl von Einsätzen. Ein Personalrat wurde diesbezüglich deutlich: »Viele behaupten, sie seien 15 oder 17. Und dann stehen sie dir mit Vollbart gegenüber. Wir fordern Maßnahmen zur korrekten Altersbestimmung.« Was natürlich in der heilen Welt von Rot-Grün nicht passiert(e). Laut wurde es, als ein weiterer Personalrat darauf hinwies, dass Bremen regelmäßig die wenigsten abgelehnten Asylbewerber abschiebe und nicht einmal dort seinen Verpflichtungen nachkomme. Darauf erklärte der SPD-Innensenator Mäurer in seiner ihm eigenen arroganten Art: »Wir setzen darauf, dass sie freiwillig Bremen verlassen.« Daraufhin brachen Hunderte Polizisten in lautes Hohngelächter aus.¹⁵²

Rot-Grün nutzt Flüchtlingskrise, um Wahlklientel zu versorgen

Das kleine Bundesland Bremen steht mit dieser Entwicklung exemplarisch für ganz Deutschland. Rot-grüne Politiker stammen vorwiegend nur noch aus drei Berufszweigen: der vor allem juristischen öffentlichen Verwaltung, dem Sozialbereich und der Lehrerschaft. Und genau in diese Bereiche fließen die zu verteilenden Gelder in überproportionaler Form. Während die Wähler SPD und

Grüne zunehmend abstrafen und damit hoch bezahlte Mandate und zu besetzende Posten verloren gehen, wird die Flüchtlingskrise genutzt, um das Wahlklientel mit gut bezahlten Vollzeitstellen zu versorgen. Als Gegenleistung der so Versorgten werden der Bevölkerung eine heile Welt vorgegaukelt und störende Realitäten wegzensiert. Nur: In Zeiten sozialer Netzwerke und alternativer Medien ist das Kartell der Verschweiger ins Hintertreffen geraten. Anstatt dass die Genossen ihre Politik kritisch zu hinterfragen beginnen, schlagen sie wild um sich: Zensur, Sperrungen und Diffamierungen statt Argumente, müsste das neue SPD-Parteiprogramm eigentlich lauten.

In Bremen ist die Klientelpolitik von Rot-Grün nun offensichtlich geworden: Während die Sozialbehörde im kommenden Jahr allein für (angeblich) minderjährige Flüchtlinge 160 Millionen Euro eingeplant hat, erhält die gesamte Polizei der Stadt Bremen nur 141 Millionen Euro.

Ein Blick in die Zukunft

Flüchtlingsmassen destabilisieren Deutschland

Wie bereits geschildert, führen die stattfindenden Völkerwanderungen in den Zielländern zu einer drastischen Steigerung der Kriminalität mit einer einhergehenden Islamisierung, die islamistische Terroristen für ihre Zwecke zu nutzen wissen. Zugleich polarisiert sich eine Gesellschaft in einer nicht für möglich gehaltenen Schnelligkeit, in deren weiterer Eskalationsvariante sich gewalttätige Ausschreitungen und Anschläge auf Unterkünfte sowie den politischen Gegner häufen. Ein Blick auf die Welt um uns herum lässt für die Zukunft nichts Gutes erahnen. So befinden sich laut der UNO-Flüchtlingshilfe so viele Menschen wie noch nie auf der Flucht, nämlich 60 Millionen.¹⁵³ »Das Ausmaß der weltweiten Vertreibung stellt alles bisher Geschehene in den Schatten«, sagt UNO-Flüchtlingskommissar António Guterres. Eine Unterscheidung zwischen Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtlingen nehmen die Vereinten Nationen in diesem Zusammenhang nicht vor. Die große Masse dieses Stromes zieht es nach Europa und dort vor allem nach Deutschland.¹⁵⁴ Es handelt sich um die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Bundesregierung weigert sich trotz dieser erkennbaren bedrohlichen Umstände zu handeln und eine effektive Grenzkontrolle und -Sicherung wieder einzuführen, obwohl eine Mehrheit der Deutschen (58 Prozent) dies ausdrücklich fordert.¹⁵⁵ Dabei ist eine Festung Europa und, wenn diese aufgrund mangelnden politischen Willens scheitert, eine Festung Deutschland unausweichlich. Schließlich häufen sich die Anzeichen, dass sich große Teile der Bevölkerung des afrikanischen Kontinents mit Ziel Europa in Bewegung setzen. Davor warnen nicht etwa böse Verschwörungstheoretiker, sondern halten Sie sich fest: die Bundesregierung!

Auf der Internetseite *Bundesregierung, de*¹⁵⁶ ist ein Interview mit Entwicklungsminister Gerd Müller veröffentlicht worden, das der bisherigen Flüchtlingsdebatte eine neue Dimension verleiht. Das Kabinettsmitglied wie auch Potsdamer Klimaforscher prophezeien darin ein geradezu apokalyptisches Ausmaß an Klimaflüchtlingen, die sich künftig in Richtung Europa aufmachen werden: 200 Millionen Afrikaner. Zunächst dreht sich das Interview um Hunger, Kinderarbeit und fair angebaute Bananen. Natürlich werden dabei die Rolle der EU-Funktionäre und die Profitgier multinationaler Konzerne bei der Ausbeutung der Landwirtschaft und der Rohstoffe Afrikas nicht angesprochen. Stattdessen fordert der Minister, weitere Steuermilliarden in die bereits gescheiterte Entwicklungshilfe zu stecken. Zum Ende des Gesprächs lesen sich die Ausführungen des Bundesministers wie die Vorboten eines europäisch-afrikanischen Krieges:

»(...) Allein in Afrika fliehen derzeit 18 bis 20 Millionen Menschen vor den Folgen des Klimawandels. Die Erderwärmung macht es in Subsahara-Afrika an vielen Orten unmöglich, die Böden noch zu bewirtschaften. Die Potsdamer Klimaforscher warnen: Wenn wir die Erderwärmung nicht auf zwei Grad begrenzen, werden aus den 20 Millionen Klimaflüchtlingen bald 100 oder 200 Millionen.«

Alle Sicherheitsbehörden warnen in Geheimpapier vor unkontrollierbaren Unruhen durch Masseneinwanderung

BKA, BND, Bundespolizei und Verfassungsschutz, die gesamten Spitzen deutscher Sicherheitsbehörden zeigen sich entsetzt über das Agieren deutscher Politiker in der Flüchtlingskrise. »Der Zuzug von Menschen aus anderen Weltteilen wird zur Instabilität unseres Landes führen«, so die Feststellung eines Spitzenbeamten, der mit Sicherheitsfragen vertraut ist. Ein Geheimpapier, das seit geraumer Zeit innerhalb der Führungsebenen aller Sicherheitsbehörden zirkuliert, wurde im November 2015 öffentlich. Die Lektüre des

Berichts löst erst Gänsehaut und dann Wut aus. Er belegt, dass die politischen Eliten des Landes, die Hand in Hand mit einer gleichgeschalteten Medienmaschinerie agieren, sich an ihrem eigenen Flüchtlingskult berauscht haben. Auf der Strecke bleibt dabei ein ganzes Volk, das sich immer mehr von diesem Staat abwendet. Die Sicherheitsexperten hatten die *Welt am Sonntag*¹⁵⁷ ausgewählt, um ihre eindringliche Warnung publik zu machen. Es ist ein anonymes Geheimpapier, das innerhalb der Spitzenbeamtschaft der Behörden zirkuliert und unterschriftslos von einer Hand zur anderen weitergereicht wurde. Darin wird auf die bereits bestehenden Parallelwelten und No-go-Areas in Deutschland hingewiesen. Die Integration Hunderttausender illegaler Einwanderer sei unmöglich, stattdessen »importieren wir islamischen Extremismus, arabischen Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis«, ist dort zu lesen.

Gefahr eines Bürgerkrieges

Auch auf die Polarisierung der Gesellschaft geht das Papier ein sowie auf die Unterdrückung der Mehrheitsmeinung¹⁵⁸ der Bevölkerung, die diese millionenfache Einwanderung klar ablehnt. »Wir produzieren durch diese Zuwanderung Extremisten, die bürgerliche Mitte radikalisiert sich, weil sie diese Zuwanderung mehrheitlich nicht will und ihr dies von der politischen Elite aufgezwungen wird.« Die Schlussfolgerung des Spitzenbeamten ist nachvollziehbar. Jeder hat sie in der einen oder anderen Form auch schon bei sich selbst festgestellt. »Wir werden eine Abkehr vieler Menschen von diesem Verfassungsstaat erleben.« Die Warnungen von Führungsbeamten des Bundeskriminalamtes, der Bundespolizei, des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes sind alarmierend und könnten nicht eindringlicher sein. Dass diese Mahnungen anonym erfolgen müssen, belegt einmal mehr, wie vergiftet die Atmosphäre in Berlin ist und wie die Demokratie von einem

Gesinnungsblock aus SPD, Grünen und CDU okkupiert wurde. Jeder, der sich diesem Flüchtlingsirrsinn widersetzt, wird diffamiert und seiner gesellschaftlichen und beruflichen Existenz beraubt. Zudem verfügen die Chefs der Sicherheitsbehörden über Einblicke in das wahre Ausmaß von Flüchtlingskriminalität und gewaltsam ausgetragenen ethnischen Konflikten, die der Bevölkerung systematisch verschwiegen werden.

Was meinen Sie, wie die Stimmung im Lande aussehen würde, wenn jeder Steuerzahler den gleichen umfassenden Zugang zu Informationen wie die Chefs der Sicherheitsbehörden besäße? Umso aufschlussreicher ist daher die Analyse des Geheimpapiers, das direkt von den Schreibtischen der Geheimnisträger stammt und frei ist von jeglicher ideologischer Zensur und Manipulation. Ich bin bei Weitem kein Pessimist, aber die Schlussfolgerungen aus diesem Papier sind bedrückend. Um die Zukunft dieses Landes ist es nicht gut bestellt. Es droht schlimmer zu werden, als bisher befürchtet. Es folgen realistische Einschätzungen über bevorstehende Unruhen, die einen erschrecken und wehmütig werden lassen: »Die deutschen Sicherheitsbehörden sind und werden nicht in der Lage sein, diese importierten Sicherheitsprobleme und die hierdurch entstehenden Reaktionen aufseiten der deutschen Bevölkerung zu lösen.« Diese Feststellung des Spitzenbeamten beinhaltet nichts Geringeres als die Prophezeiung eines nahenden Bürgerkrieges.

Deutschland und Europa im Visier des islamistischen Terrors

Mehrheit der Deutschen sieht eine direkte Verbindung zwischen Islam und Terroranschlägen

Dabei fällt die »Mehrheit« in diesem Fall deutlich aus, zwei Drittel (61,8 Prozent) sehen diesen direkten Zusammenhang laut einer Umfrage des INSA-Instituts vom 30. März 2016.¹⁵⁹ Noch mehr, nämlich fast 64 Prozent, haben das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden vollends verloren und trauen ihnen nicht zu, Europa vor weiteren islamistischen Terroranschlägen zu schützen. In den Talkshows weigern sich die Politik- und Verbandsfunktionäre nach wie vor, diese Zusammenhänge einzugestehen oder wenigstens offen zu diskutieren, stattdessen flüchten sie sich weiter in ihre Phrasen. Dabei hat sich die Mehrheit der Bevölkerung bereits ihre eigene Meinung gebildet, und zwar unabhängig von und konträr zu den Eliten im Land, wie die Meinungsumfrage belegt.

Unabhängige Sicherheitsexperten haben vor den gegenwärtigen Entwicklungen seit Jahren gewarnt. Doch sie wurden als Spinner abgetan, als Verschwörungstheoretiker verspottet und, wenn auch dies nichts mehr half und um sie mundtot zu machen, als islamophob und Schlimmeres gebrandmarkt. Genauso wie eine stetig steigende Ausländerkriminalität ist die islamische Radikalisierung seit Jahren in Deutschland zu beobachten. In Frankreich und Belgien findet diese bereits seit Jahrzehnten statt mit der Folge der Entstehung einer immer schneller und immer tödlicher werdenden Terrorspirale.

Wohingegen politisch Verantwortliche aus Gründen der Political Correctness weiterhin bewusst wegschauen: Sie lassen radikale Moscheen und Kulturvereinigungen weitestgehend ungestört islamistische Hetze verbreiten und verweigern sich einer wahrhaften De-

batte über die Verträglichkeit des politischen Islam mit einer offenen westlichen Gesellschaft. Denn das Fazit würde den politischen Anschauungen der Eliten und dem propagierten Multikulti-Kurs zuwiderlaufen, ihn ad absurdum führen. So gleichen sich die Bilder und Abläufe in immer kürzeren Abständen: Anschläge, Tote, Solidaritätsbekundungen à la »Je suis Charlie«, »Pray for Paris« und »Je suis Bruxelles«; danach folgen Razzien, Sondersendungen und Talkshows, und schließlich läuten die Appelle von Berufspolitikern den letzten Akt der Abarbeitung ein, indem sie behaupten, dass »freie Gesellschaften stärker als Terror sind«. Wie beispielsweise von Angela Merkel am 22. März 2016 verkündet.¹⁶⁰ Auch hier irrt die Kanzlerin natürlich: Freie Gesellschaften sind nicht stärker als der islamische Terrorismus, sondern sie stellen eine leichte Beute für ihn dar, wie der CIA-Mann Robert Baer trefflich feststellte. Wir stehen auch nicht auf dem Höhepunkt dieser Terrorserie, sondern erst an ihrem Anfang. Der Bestsellerautor und ehemalige CIA-Agent Baer gilt als einer der tiefsten Kenner der islamistischen Terrorszene, und den Schlüssen, die er angesichts der Ereignisse der zurückliegenden Zeit in einem im November 2015 mit ihm geführten Interview für das Online-Portal *heise.de* zog, stimme ich vollumfänglich zu: »Wir sollten von einem dreißigjährigen Krieg ausgehen, asymmetrisch, mit immer neuen Kampfzonen, auch innerhalb der westlichen Welt, der unsere Art zu leben nachhaltig verändern wird.«¹⁶¹ Weiterhin benannte er die Gefahr, dass Terrorkommandos im Flüchtlingsstrom versteckt und unerkannt nach Europa einreisen und dann besonders Metropolen angreifen könnten. Und er erwähnte die Krisenherde in unmittelbarer Nachbarschaft und die ungesicherten Grenzen als weitere Gefahrenverstärker dieser Entwicklung. Der Experte sollte recht behalten.

Der Islamische Staat greift Europa an

Die Straßen von Paris wurden durch islamistische Terroristen am 13. November 2015 ein weiteres Mal in ein Kriegsgebiet verwandelt.

delt und haben Frankreich bis tief ins Mark erschüttert. Nach der Terrorserie vom 7. Januar 2015, als das Satiremagazin *Charlie Hebdo* und ein jüdischer Supermarkt Ziel von islamistischen Attacken wurden, bei denen insgesamt 19 Personen starben, bezeichneten die einheimischen Kommentatoren die neuerliche Anschlagserie gar als Frankreichs 9/11. In einer koordinierten Aktion wurden sechs Ziele im Zentrum der Stadt durch Selbstmordattentäter und durch den Einsatz von Kalaschnikows angegriffen. Die Opferzahlen konnten erst im Laufe der nächsten Tage endgültig angegeben werden. Es waren 130 Tote und 352 Verletzte, darunter 97 Schwerverletzte, zu beklagen. Bei der Terrorwelle starben acht Terroristen, wovon sich sieben als Selbstmordattentäter in die Luft sprengten. Laut bestätigten Meldungen des belgischen Senders »RTBF Info« hatte sich der Islamische Staat zu den Anschlägen bekannt und weitere Drohungen gegen Rom, London und Washington ausgesprochen. Die Mörder hatten ausschließlich unschuldige Bürger attackiert, die ihren Freitagabend in einem der Gastronomieviertel der Innenstadt genossen oder ein Musikkonzert besucht hatten. Auch auf das Freundschaftsspiel zwischen der deutschen Nationalmannschaft und der Frankreichs im Stade de France wurden Bomben- und Selbstmordattentate verübt. Daraufhin verhängte der französische Präsident Hollande den Ausnahmezustand über das gesamte Land und stattete die Polizei, das Militär und die Geheimdienste mit Sondervollmachten aus. Auch während der Drucklegung dieses Buches im Juni 2016 bleibt der verhängte Ausnahmezustand in Kraft. Die zunächst angeordnete Schließung von Flughäfen und Bahnhöfen wurde zurückgenommen, als diese von starken Polizei- und Militäreinheiten gesichert worden waren. NATO-Generalsekretär Stoltenberg bot unmittelbar nach den Anschlägen den Einsatz des Militärbündnisses an.

Wie schutzlos westliche Metropolen diesem asymmetrischen Krieg ausgeliefert sind, wurde im Anschluss deutlich, als die Pariser Bevölkerung über alle Nachrichtenkanäle aufgefordert wurde, sich in ihren Wohnungen einzuschließen und diese nicht zu verlassen. In den Bahnhöfen wurden Züge gestoppt und evakuiert und die

Métro und der öffentliche Nahverkehr lahmgelegt. Über Stunden hinweg herrschten Panik und Chaos in Paris, da weitere Anschläge befürchtet wurden und keinerlei Klarheit über die Anzahl der Terroristen herrschte.

Bewusst hatten die Attentäter die große Bühne gewählt und während der Live-Übertragung des Freundschaftsspiels zwischen Frankreich und Deutschland mehrere Anschläge vor dem Stadion Stade de France verübt. Dazu zündeten die Selbstmordattentäter direkt vor dem Stadion Nagelbomben. Die Detonationen waren auf den Zuschauerrängen körperlich zu spüren sowie mehrere Bombenexplosionen bei der TV-Übertragung zu hören. Auch die Besucher einer nahe gelegenen McDonald's-Filiale wurden Ziel eines Selbstmordanschlags. Rund um das Stadion kamen vier Menschen ums Leben, dabei handelte es sich um drei Selbstmordattentäter. Das Fußball-Länderspiel wurde nicht unterbrochen und die Zuschauer erst nach dem Abpfiff über die in unmittelbarer Nähe tobende Terrorwelle informiert, was zur Folge hatte, dass danach teilweise Panik unter ihnen ausbrach.

Im 10. Arrondissement schlug ein mobiles Terrorkommando zu, das in einem schwarzen Seat durch das Restaurantviertel fuhr und aus dem Auto heraus wahllos mit Kalaschnikows auf dessen Gäste schoss. Im Café »Le Carillon« und dem Restaurant »Le Petit Cambouge« wurden 15 Menschen getötet und zehn verletzt. Danach setzte das Terrorkommando seine Fahrt fort und hielt sieben Minuten später an einer anderen Straßenkreuzung, wo es sofort wieder das Feuer auf wehrlose Passanten eröffnete. Vor einem Restaurant stieg ein Attentäter sogar aus dem Wagen, um Verletzte und unter die Tische Geflüchtete einzeln zu exekutieren. Eine Ladehemmung des Sturmgewehrs verhinderte hier jedoch weitere Opfer. Die Terrorfahrt durch Paris dauerte über 15 Minuten, die Täter konnten sogar entkommen und stellten das Tatfahrzeug einfach vier Kilometer entfernt ab. Das Kommando des Islamischen Staates hatte gezielt mobile Lagen herbeigeführt, um das ausgelöste Chaos noch zu verstärken und den Spezialeinheiten einen Zugriff unmöglich zu machen. Noch Tage und Wochen später versuchten die Ermittler

den einzelnen Taten und Tatorten die entsprechenden Täter zuzuordnen. Dabei waren die Terroristen nicht einmal verumumt, was den geplanten Selbstmordcharakter der Terrorwelle bestätigte. Nur wenige Gehminuten von den Redaktionsräumen des Satiremagazins *Charlie Hebdo* entfernt kam es zum schwerwiegendsten Angriff, als drei Terroristen die Konzerthalle Bataclan stürmten, in der eine kalifornische Heavy-Metal-Band ein Konzert gab, und die 1500 Besucher als Geiseln nahmen. Die Attentäter schossen sofort aus dem Konzertgraben heraus in die Menschenmenge und riefen dabei laut Augenzeugen »Allahu akbar« und »Ihr büßt jetzt für das, was ihr Syrien antut«. Über zehn Minuten lang feuerten die drei Terroristen mit ihren Sturmgewehren und warfen zusätzlich Handgranaten auf die dicht gedrängt stehenden Besucher. Dann gingen die Islamisten dazu über, verletzte Besucher hinzurichten. Die Terroristen seien »sehr ruhig, sehr entschlossen« vorgegangen, berichteten Zeugen, als die am Boden liegend schutzsuchenden Besucher erschossen wurden. Insgesamt feuerten die Attentäter, wie erwähnt, über zehn Minuten lang in die Menschenmenge und luden dabei mehrmals ihre AK 47 nach. Als die Polizei von einzelnen Geiseln über deren Handys von den Massenhinrichtungen erfuhr, leitete die Spezialeinheit GIGN eine Notstürmung ein, dabei brachten zwei Terroristen ihre Sprengstoffwesten zur Detonation. Ein weiterer wurde erschossen und löste noch im Fallen ebenfalls seine Bombe aus. Der Einsatz der Spezialeinheit kam zu spät. Allein im Bataclan-Theater ermordeten die Islamisten 89 Menschen. Am Tatort befindliche Polizisten sprachen von einem »regelrechten Gemetzel«.

Die Pariser Terroristen mischten sich unter den Flüchtlingsstrom

Wer meinte, dass die Toten von Paris zu einem Umdenken bei deutschen Politikern und ihren Helfershelfern in den Redaktionsstuben führen würden, wurde wieder einmal eines Besseren belehrt.

Was nicht sein darf, findet nicht statt. Jedenfalls nicht in den deutschen Mainstream-Medien. Mit allen Mitteln wurde versucht, das Offensichtliche zu vertuschen, nämlich den kausalen Zusammenhang zwischen der Pariser Terrorserie und Merkels unkontrollierten Flüchtlingsmassen. Wer in diesen Zeiten unabhängig informiert sein will, ist auf ausländische wie alternative Medien angewiesen. Die *Neue Zürcher Zeitung*¹⁶² und *Le Monde*^m berichteten über neueste französische Ermittlungsergebnisse, denen zufolge bis zu fünf der islamistischen Attentäter über Griechenland nach Frankreich gelangten und nicht etwa zwei, wie in deutschen Zeitungen zu lesen war. Die Ermittlungen der französischen Behörden sind dabei bei Weitem noch nicht abgeschlossen, selbst Mitte 2016 waren noch nicht alle Attentäter identifiziert. Umso beunruhigender sind die von *Le Monde* veröffentlichten Ermittlungsergebnisse. Damit ist belegt, dass der islamistische Terrorismus Merkels Politikversagen der offenen Grenzen als die Achillesferse der gesamten europäischen Sicherheitsarchitektur ausgemacht und gnadenlos für seine Zwecke verwendet hat - und auch künftig verwenden wird. Deshalb hatte der französische Präsident 'Hollande bereits mehrfach bei Merkel interveniert, dass Deutschland seinen Verpflichtungen zur Grenzsicherung nachkommen solle, doch vergeblich. Denn damit hätte Merkel eingestehen müssen, dass die Terroranschläge von Paris ohne Deutschlands offene Grenzen so nicht hätten geplant und ausgeführt werden können. Und das wäre dann ein nicht mehr zu leugnender Fakt gewesen, dass die Flüchtlings- und die Anti-Terror-Politik längst miteinander vermischt sind. Genau diesen Eindruck versuchen deutsche Regierungsmitglieder mit allen Mitteln zu verhindern, wie die *Neue Zürcher Zeitung* in ihrem Artikel »Eine Debatte, die es nicht geben darf«¹⁶⁴ zutreffend berichtete:

»Politiker und Journalisten versuchen mit erstaunlicher Vehemenz, der Debatte aus dem Weg zu gehen, was die Anschläge, deren Hintergründe und die Strategie der Terroristen für die Flüchtlingspolitik bedeuten. Innenminister de Maizière, der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, Politiker von Regierung und Opposition sehen es als ihre Pflicht an, vor einer >Vermischung< der Fragen zu warnen.

Selbst der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer kritisierte seinen Finanzminister Markus Söder für dessen Einlassung, Paris ändere alles, auch die Ausgangslage für die Politik der offenen Grenzen von Bundeskanzlerin Angela Merkel.«

Trotz unfähiger deutscher Entscheidungsträger sind die Fakten unbestritten, auch wenn Politik und Medien diese beharrlich verschweigen. Nachfolgend sind die fünf Attentäter aufgeführt, die, im Flüchtlingsstrom getarnt, völlig unbehelligt nach Frankreich einreisen konnten:

1. Der Pass auf den Namen Ahmad al-Mohammed wurde gefälscht. Dieser Sachverhalt ist allerdings von zweitrangiger Bedeutung, denn der Inhaber dieses Passes reiste Anfang Oktober auf der griechischen Insel Leros ein und wurde dort als Flüchtling registriert. Seine dort genommenen Fingerabdrücke waren identisch mit denen des Selbstmordattentäters, der sich in der Nähe der Fußballnationalmannschaften Frankreichs und Deutschlands am Stade de France in die Luft sprengte. In nur zwei Tagen reiste der Islamist 733 Kilometer und wurde in der serbischen Stadt Presevo erneut als Flüchtling registriert. Europaweit sind die Sicherheitsbehörden wegen der Hintergründe der Reise alarmiert, da der Attentäter diese auf der Balkanroute mit einem bis jetzt nicht identifizierten Komplizen angetreten hatte, der sich danach immer noch, bewaffnet, im Grenzbereich von Frankreich, Belgien und Deutschland aufhalten könnte.¹⁶⁵

2. Der marokkanischstämmige Belgier Salah Abdeslam soll für die Einreise nach Griechenland seine persönlichen Ausweisdokumente benutzt haben, so die französischen Ermittlungsergebnisse. Abdeslam war einer der Kalaschnikow-Angreifer, der die Restaurantbesucher ermordete. Abdeslam gelang die Flucht aus Paris, und er konnte erst am 20. März 2016 in der Islamistenhochburg Brüssel-Molenbeek festgenommen werden.

3. Einer der Selbstmordattentäter aus dem Konzertsaal Bataclan, Samy Amimour, war nach seinem Syrien-Aufenthalt »wahrscheinlich über Griechenland« eingereist, berichtete *Le Monde* aus Ermittlerkreisen.¹⁶⁶

4. Auch der Drahtzieher der Terroranschläge, Abdelhamid Abaaoud, benutzte problemlos die Griechenland- und später die Balkanroute, wie der französische Journalist des *Le Figaro* und Nahostexperte Georges Malbrunot¹⁶⁷ von marokkanischen Geheimdienstkreisen erfuhr. Auch die gut unterrichtete Website *Saferoom News* bestätigte die Einreise einer ganzen Terroristengruppe über Griechenland nach Frankreich.

5. Und schließlich berichtete die *Washington Post*¹⁶⁸ über einen fünften Pariser Terroristen, der die Griechenland-Route genutzt hatte. Dieser sei später bei der Razzia auf die vermutete konspirative Wohnung Abaaouds in Saint-Denis festgenommen worden.

Der Islamische Staat hatte somit gezielt ein ganzes Angriffsteam von Terroristen auf die Flüchtlingsrouten geschickt, um die chaotische Völkerwanderung für die Schleusung der Selbstmordattentäter zu nutzen. Befürchtungen und Warnungen, die seit Monaten von Politik und Medien ausnahmslos als Verschwörungstheorien oder geistige Brandstiftung gebrandmarkt wurden, waren so wahr geworden. Erstaunlich ist, dass selbst heute, nach dem Bekanntwerden dieser Erkenntnisse, kaum ein Wort der Einsicht oder der Reue oder gar der Übernahme einer politischen Mitverantwortung für die 130 ermordeten Pariser Bürger zu vernehmen ist. Die politisch-publizistischen Eliten nehmen lieber neuerliche Anschläge in Kauf, als von der ausgegebenen Staatsdoktrin »Wir schaffen das« auch nur einen Deut abzuweichen. Bei den Opfern handelt es sich ja auch »nur« um normale Bürger, wie etwa Fußballfans oder Besucher eines Rockkonzerts oder Menschen, die in einem Restaurant zu Abend aßen. Wie würde wohl die staatliche Reaktion aussehen, wenn die islamistischen Selbstmordattentäter die Politiker selbst ins Visier nähmen? Gleichzeitig das Berliner Konrad-Adenauer- und das Willy-Brandt-Haus in einer koordinierten Aktion angriffen und Heiko Maas mit einer Kalaschnikow niedermetzeln würden?

Es würde keine Stunde dauern, und die Bundeswehr würde mit gepanzerten Fahrzeugen in den Städten und an der Grenze aufmarschieren und diese umgehend schließen. Städte und Autobahnen würden abgeriegelt und nur durch hermetisch gesicherte Kontroll-

posten zu passieren sein. Es würde in wenigen Tagen damit begonnen werden, einen Grenzzaun zu errichten, und Hunderte bekannte islamistische Gefährder würden in unbefristeten Präventionsgewahrsam genommen, radikale Moscheen geschlossen und radikale Prediger ausgewiesen werden.

Solange aber nur der gemeine Bürger vom islamistischen Terror betroffen ist, erklingen aus Berlin weiterhin Durchhalteparolen, und die Polizei wird in einer reinen Symbolpolitik verheizt.

IS baut Terrororganisation in ganz Westeuropa auf

Der anerkannte australische Terrorexperte David Kilcullen analysierte das Vorgehen der Terrormiliz und kam zu einem erschreckenden Ergebnis: Die Anschläge von Paris waren der Beweis einer »strukturierten Organisation«, die sich von dem bisherigen Vorgehen islamistischer Gruppen, wie beispielsweise Al-Qaida, grundlegend unterscheidet. Die Terrorserie in Paris und Brüssel, die Razzien in Saint-Denis und im Brüsseler Migrantenviertel waren die Vorboten eines städtischen Guerillakrieges. Der Experte sprach von einer »paramilitärischen Untergrundorganisation, die der IS in ganz Westeuropa aufbaut«¹⁶⁹.

Bei Kilcullen handelt es sich um einen ehemaligen Pentagon-Berater, der unter anderem US-General David Petraeus im Irakkrieg assistierte. Der Australier verglich den IS mit Untergrundorganisationen wie der RAF, der IRA und der ETA, die ganz Europa über Jahrzehnte hinweg mit einer blutigen Terrorspur überzogen hatten. Weiterhin erläuterte der Experte, dass Al-Qaidas Modus operandi bisher stets vergleichbar geblieben wäre: Terroristen bauten ein Team für einen Anschlag auf, schickten dieses mit einem gezielten Auftrag in ein anderes Land, »und alle sterben«. Einschließlich dieser Terrorzelle, vor der nach einem begangenen Anschlag entsprechend keine Gefahr mehr ausgehe. Das Pariser Handlungsmuster, mit konspirativen Wohnungen, Waffenverstecken und

untergetauchten Attentätern, ändere aber alles. Die logische Schlussfolgerung aus diesen Erkenntnissen bedeute, dass sich die Bürger in Westeuropa und damit auch in Deutschland auf ein Leben im permanenten Kriegszustand einrichten müssten. Deutschland habe sich zu einer Drehscheibe der Dschihadisten entwickelt. Attentäter, die über die Balkanroute nach Paris und Brüssel gelangten, und eine Festnahme in Bayern, wo den Behörden ein professioneller Waffenschmuggler mit Sturmgewehren und Sprengstoff zufällig ins Netz ging, waren Belege dafür. Die Auswertungen seines Navigationsgerätes ergaben, dass er nach Paris wollte und in der Vergangenheit bereits mehrfach diese Route mitten durch Deutschland genommen hatte. Auch der Hintermann und Chefplaner des Pariser Anschlages vom 13. November, Abdelhamid Abaaoud, konnte mehrfach ungehindert nach Deutschland ein- und ausreisen und aufgrund der offenen Grenzen des Schengen-Raumes beliebig zwischen Frankreich, Belgien, Griechenland und Syrien pendeln.¹⁷⁰

An Waffen und Geld fehlte es den Islamisten nicht, sodass es für sie leicht war, ihre Netzwerke in Westeuropa zu gründen. *Die Welt* zitierte einen griechischen Terrorspezialisten, der das EU-Mitgliedsland als »Transitbereich des Terrors« bezeichnete und von zahlreichen Waffen- und Munitionsfunden bei Flüchtlingen berichtete. Auch würde der Islamische Staat gezielt Frauen zum Schmuggel größerer Geldbeträge einsetzen, demnach wurde eine Syrerin mit 300 000 Euro erwischt. Zur Herkunft des Geldes verweigerte die Muslimin jegliche Auskunft.¹⁷¹ Zudem seien die Bombenbauer des IS in Westeuropa mittlerweile bestens militärisch geschult. Die professionellen Selbstmordwesten von Paris wurden mit dem teuflischen Sprengstoff TATP hergestellt. Die Abkürzung steht für Triacetontriperoxid, ein Gemisch aus Haushaltsmitteln, Wasserstoffperoxid, Aceton und Säure. Aufgrund seiner verheerenden Wirkung und Unberechenbarkeit nennen Experten TATP auch »Satans Mutter«.

Strukturen des Islamischen Staates in Deutschland

Die Warnungen des Terrorexperten David Kilcullen wurden am 16. Februar 2016 schneller als gedacht Realität. Salafisten in Bremen, die sich dem Islamischen Staat angeschlossen hatten, wurden in den frühen Morgenstunden Ziel eines groß angelegten Einsatzes von Spezialeinheiten. Zugleich bestätigte der Brandenburger Verfassungsschutzchef, dass sich im Umkreis von Berlin eine 70-köpfige Gruppe von Asylbewerbern aus Tschetschenien organisiert hatte, die dem Islamischen Staat den Treueschwur leistete. Was die beiden Fälle aus Bremen und Brandenburg gemeinsam hatten, waren ihre Verbindungen zum Islamischen Staat im Irak und in Syrien und dass sie Flüchtlingsunterkünfte als Hauptrekrutierungsbasis nutzten.

In Bremen wurden zehn Privatwohnungen gestürmt und Unterlagen beschlagnahmt, auch eine Hinterhofmoschee im Stadtteil Walle wurde durchsucht.¹⁷² Nach Widerstandshandlungen wurde ein Mann festgenommen. Die Islamisten hatten sich im »Islamischen Förderverein Bremen e.V.« zusammengeschlossen. Laut Behörden sollte es sich dabei um eine Nachfolgeorganisation der bereits zuvor verbotenen salafistischen Struktur »Kultur- und Familienverein (KuF)« handeln. Dieser Verein betrieb eine Moschee in Bremen-Gröpelingen, die offiziell *Koran-* und Arabisch-Unterricht anbot, doch in Behördenkreisen als Rekrutierungsort für Kämpfer des Islamischen Staates bezeichnet wurde. Der kleine Stadtstaat gilt übrigens als eine Hochburg des Salafismus in Deutschland, bis jetzt sind den Bremer Behörden 360 Anhänger namentlich bekannt geworden. Jeder Bremer, der sich der Terrormiliz anschloss und zum Morden nach Syrien geschleust wurde, hatte zuvor die vereins-eigene Moschee besucht.

70 Asylbewerber gründen Außenstelle des Islamischen Staates in Brandenburg

Noch besorgniserregender klangen die Nachrichten aus Brandenburg: Dort hatte der Brandenburger Verfassungsschutzchef Carlo Weber erstmalig bestätigt, dass sich 70 Islamisten der Terrormiliz angeschlossen hatten.¹⁷³ Gleichzeitig hisste der Behördenchef die weiße Fahne vor der konkreten terroristischen Bedrohung, da weder die Polizei noch der Verfassungsschutz personell und technisch in der Lage sei, diese Gruppe angemessen zu überwachen. So würden innerhalb des Verfassungsschutzes nur 90 Beamte zur Verfügung stehen, die darüber hinaus weder in der Lage seien, Skype-Gespräche übers Internet abzufangen noch Whats-App-Meldungen mitzulesen.

Politisch zu verantworten hat dieses Versagen eine Regierungskoalition aus SPD und Die Linke. In der Nähe von Berlin, mit Hunderten möglichen Anschlagzielen, konnte diese tschetschenische Gruppe offenbar ungehindert in Flüchtlingsunterkünften ihre dschihadistische Rekrutierung durchführen, sodass sie innerhalb kürzester Zeit auf bis zu 70 Männer anwuchs. Viele der in Brandenburg als Asylbewerber Lebenden waren den Behörden bereits als radikal-islamistische Salafisten bekannt, aber durch ihren vollzogenen Anschluss an die Terrormiliz und den Treueid auf Terrorchef Abu Bakr al-Baghdadi stellte das Ganze nunmehr eine extrem gefährliche Eskalation der ohnehin kritischen Situation dar. Aufgrund der finanziellen Möglichkeiten des IS, seines Waffenarsenals und seiner militärisch geschulten Kämpfer dürfte die Terrorgefahr für den Großraum Berlin eine neue Stufe erreicht haben. Während Politik und Mainstream-Medien schwiegen, hatten die Tschetschenen Fakten geschaffen und die erste Außenstelle des Islamischen Staates¹⁷⁴ auf deutschem Boden gegründet.

Konkrete Terrorgefahr durch Zelle des Islamischen Staates

Die Indizien für den Aufbau einer paramilitärischen Untergrundarmee des Islamischen Staates in Deutschland nehmen ständig zu. Über mehrere Wochen hinweg war beispielsweise eine Zelle des Islamischen Staates in Deutschland überwacht worden. Als deren Kommandeur galt ein 35-jähriger Algerier, der in Syrien militärisch ausgebildet worden war und in einem Erstaufnahmелager für Flüchtlinge in NRW lebte.¹⁷⁵ Es wurde davon ausgegangen, dass vier Männer und eine Frau zu der Zelle gehörten. Als diese sich in Berlin treffen wollten, um konkrete Anschläge zu planen, schlugen die Spezialeinheiten der Polizei zu. Insgesamt waren 450 Polizisten an der Anti-Terror-Aktion im Februar 2016 beteiligt. Die Nachrichtenagentur dpa meldete nach Erkenntnissen aus Sicherheitskreisen, dass ein von der Terrormiliz Islamischer Staat gesteuerter Anschlag geplant war. Neben vier Wohnungen und zwei Arbeitsstellen in Berlin wurde in Hannover ein Flüchtlingsheim durchsucht, auch das Erstaufnahmелager für Flüchtlinge in Attendorn im Sauerland war Ziel der Durchsuchungen der Sicherheitskräfte geworden. Dort lebte der Hauptverdächtige, ein Algerier. Des Weiteren wurden zwei Männer aus Algerien und eine Frau festgenommen. Gegen die Terrorverdächtigen lagen bereits Haftbefehle vor. Es gelang der Polizei jedoch nicht, alle Verdächtigen festzunehmen; so sollen ein 31-Jähriger in Berlin und ein 26-Jähriger in Hannover untergetaucht sein und sich auf der Flucht befinden. Bei den Männern soll es sich um bekannte Mitglieder der Terrormiliz handeln. Aus diesem Grund sollen nach ersten Informationen algerische Behörden die Männer auch zur Festnahme ausgeschrieben haben. Bei der Razzia wurden unter anderem Computer, Mobiltelefone und Aufzeichnungen sichergestellt, die Auswertungen dauern an. Die Behörden ermitteln »wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat«.

Weitere Berliner IS-Terrorzelle reiste über die Flüchtlingsroute ein

Eine moderne Turnhalle im sauerländischen Attendorn wurde unter anderem eigens für Farid A. (35) geräumt und mit viel Steuergeldern und personalintensivem Einsatz als Erstaufnahmelager für Flüchtlinge hergerichtet. Mit baulichen Maßnahmen wurde versucht, so gut wie möglich Privatsphäre zu schaffen, damit sich der syrische Bürgerkriegsflüchtling, seine vollverschleierte Ehefrau und seine zwei Kinder wohlfühlen konnten. Das Problem dabei war: Bei Farid A. handelte es sich nicht um einen syrischen Bürgerkriegsflüchtling, sondern um einen Militärkommandanten des Islamischen Staates. Er wurde zudem verdächtig, an Gräueltaten beteiligt gewesen und gezielt nach Deutschland geschickt worden zu sein, um Terroranschläge zu verüben. Wie beim Islamischen Staat üblich, nahm er in dessen Wirkungsbereich einen neuen Kampfnamen an. Farid nannte sich dort »Abu Al-Jarah Al-Jazairi« - »Der Schlächter aus Algerien«. Dies alles war den deutschen Behörden unbekannt. Wie sollte es auch anders sein? Ein Bundespolizist war erst kurz vorher im Fernsehen interviewt worden und hatte erklärt, dass sich bis zu 600 000 Einwanderer in Deutschland befänden, die über die Balkanroute eingereist und weder polizeilich kontrolliert noch einer Identitätsfeststellung unterzogen worden seien.

Die polizeiliche Personalienfeststellung im durch die Bundesregierung verursachten Asylchaos sah seit Monaten ungefähr so aus: Ein nicht vereidigter, in der Regel arabischstämmiger Dolmetscher fragte den Einwanderer nach seinem Namen und seiner Nationalität. Pässe führten die Hunderttausenden Migrantentrotz eines Dutzends Grenzüberquerungen größtenteils nicht mehr bei sich. Diese wurden absichtlich vernichtet, entweder um eine neue Identität anzunehmen oder aber, um nach einem abgelehnten Asylgesuch abschiebesicher in Deutschland und seinem Sozialsystem verbleiben zu können. Wenn der Migrant bei der Befragung angab, er heiße Ali Baba und sei ein syrischer Bürgerkriegsflüchtling aus Aleppo, und der Dolmetscher nickte, dann stellte ihm der deutsche

Beamte ein amtliches Passersatzdokument unter dem Namen Ali Baba aus. Das war es dann auch. Ein Abgleich mit den Daten der 16 Bundesländer fand ebenso wenig statt wie mit europäischen Behörden oder gar den nordafrikanischen Herkunftsländern.

Deutsche Sicherheitsbehörden tappten mal wieder im Dunkeln

Im Staatsfernsehen von ARD und ZDF wurden jetzt dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Lorbeeren zugeschoben, die Terrorzelle ausfindig gemacht und überwacht zu haben. Doch dies traf nicht zu, der deutsche Dienst wurde erst vom algerischen Geheimdienst darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Flüchtling Farid A. in Wirklichkeit um einen gesuchten Terroristen handelte. Der Verfassungsschutz leitete diese Erkenntnisse dann lediglich an deutsche Medien weiter. Auch die in der Presse daraufhin veröffentlichten Bilder des Flüchtlings dürften aus der erwähnten algerischen Quelle stammen. Auf ihnen posierte »Der Schlächter« zum einen mit Kalaschnikows und Sprengstoff, zum anderen konnte man ihn inmitten hingeschlachteter Menschen sehen. Auch existierten Bilder von Farid, die ihn beim Essen mit Planern und Hintermännern der Pariser Terrorattacken zeigten. Ein weiteres Mitglied der Berliner Terrorzelle, Abbas A. (25), wurde in einer Flüchtlingsunterkunft bei Hannover festgenommen. Auch er kam im Flüchtlingsstrom versteckt nach Deutschland. Abbas A. galt als Verbindungsmann in die Terroristenhochburg Brüssel-Molenbeek.¹⁷⁶ Von dort aus reisten die islamistischen Terroristen nach Belieben durch ganz Europa, begingen ihre Morde und tauchten anschließend dort wieder unter. Schengen sei Dank. Für die Kommunikation benutzte die Berliner Terrorzelle eine verschlüsselte Chat-Software, die die deutschen Behörden nicht entziffern konnten. Laut einem Ermittler wird die jüngst aufgeflogene Terrorzelle als höchst professionell eingeschätzt. Sie war, was ihre Organisationsfähigkeit, ihre Vorgehensweise, ihren militärischen Background und die Kontakte zur IS-Terroristen-

Spitze anbetraf, bislang in Deutschland beispiellos. Und sie war den deutschen Behörden völlig unbekannt. Erst der algerische Geheimdienst musste den deutschen Inlandsgeheimdienst darauf hinweisen, wer dort tatsächlich im Flüchtlingsstrom mit eingereist war.

Ein sicherheitspolitischer Offenbarungseid nach dem anderen

Im Februar 2016 wurde ein weiterer Flüchtling in Rheinland-Pfalz als IS-Kommandeur und potenzieller Selbstmordattentäter enttarnt und festgenommen. Auch in diesem Fall waren die deutschen Behörden völlig ahnungslos gewesen. Erst nachdem ein Nachrichtenmagazin Hinweisen von syrischen Aktivisten nachgegangen war und den Terroristen quasi auf dem Silbertablett serviert bekommen hatte, ordnete der Generalbundesanwalt die Festnahme an. Die Aktivisten hatten den Flüchtling als Bassam identifiziert. Er hatte aufseiten der Terrormiliz IS in einer Einheit in al-Kasra als Militärkommandeur gekämpft. Der Flüchtling aus dem rheinhessischen Sankt Johann sollte direkt für den Tod Dutzender Menschen in Deir al-Sor und Umgebung verantwortlich sein. Zudem sollte sich der Fanatiker freiwillig als Selbstmordattentäter gemeldet haben. Auch die Wohnung eines Bekannten ließ der Generalbundesanwalt durchsuchen. Der Tatvorwurf bis jetzt: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.¹⁷⁷ Auch Bassam nutzte die Türkei und die Balkanroute zur problemlosen Einreise nach Deutschland. Die Reise trat der Islamist mit mehreren Zehntausend Dollar Bargeld an, die, so die Vermutung in Sicherheitskreisen, zur Finanzierung von Terroranschlägen gedacht waren.

In den französischen Medien sorgte zur gleichen Zeit die Veröffentlichung einer Zeugenaussage zu den Pariser Anschlägen für mächtigen Wirbel. Dabei handelte es sich um eine Bekannte des Chefplaners und Finanziers der Pariser Terrorattacken, Abdelhamid Abaaoud. Sie verriet durch ihre Aussage erst das Terrorversteck der Zelle, die weitere Anschläge plante, und rettete dadurch Hunderten

Menschen das Leben. Um ihre Identität zu schützen, benutzte sie das Pseudonym Sonia. Abaaoud, der nachweislich beliebig nach Deutschland ein- und ausreiste, machte ihr gegenüber eine besorgniserregende Aussage, die bisher beinahe keine deutsche Berichterstattung nach sich zog.¹⁷⁸ Demnach nutzte zusammen mit dem Chefplaner der Pariser Terrorserie vom 13. November 2015 ein 90-köpfiges Terrorkommando des Islamischen Staates den syrischen Flüchtlingsstrom, um unerkannt nach Frankreich und Deutschland einzureisen. Wörtlich wurde die glaubwürdige Zeugin wie folgt zitiert: »Er hat mir erklärt, dass er ohne Ausweispapiere in Begleitung von Syrern, Irakern, Franzosen, Deutschen und Engländern eingereist sei, 90 seien sie gewesen.« Unter Berufung auf westliche Geheimdienstkreise meldete das *Wall Street Journal*, dass bis zu 60 IS-Kämpfer aus Abaaouds Gruppe nach Europa gelangt und unter anderem in Frankreich und Deutschland untergetaucht seien.¹⁷⁹

Nach diesen Informationen befinden sich noch heute bis zu 60 unentdeckte Terroristen in Frankreich, Belgien und Deutschland, die der Islamische Staat mit einem Terrorauftrag nach Westeuropa geschickt hat. Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass es sich bei ihnen um Mitglieder nur eines einzigen Netzwerkes handelt, das als Reisegruppe getarnt innerhalb des Flüchtlingsstroms untertauchte.

Politik lässt radikale Moscheen seit Jahren unbehelligt

Die durchgeführten Razzien täuschten über ein gigantisches Versäumnis der vergangenen Jahre hinweg und fanden auch nur statt, weil konkrete Terroranschläge aus diesen Moscheen heraus entweder begangen oder geplant worden waren. Man sollte annehmen, dass die zahlreichen islamistischen Anschläge deutsche Innenminister endlich zum Handeln bewegen würden, doch weit gefehlt. Die Politiker scheuen aus Gründen der Political Correctness die Kon-

frontation mit salafistischen Organisationen und radikalen Moscheen.

Im Juni 2015 richtete ein Terrorist des IS ein Blutbad am Strand eines tunesischen Urlaubshotels an, indem er mit einer Kalaschnikow 38 Urlauber, darunter 30 britische Staatsangehörige, erschoss. Nur drei Tage später ließ der tunesische Ministerpräsident 80 Moscheen schließen, die »Propaganda verbreiten und zum Terrorismus aufrufen«. Dabei war der Zeitablauf sehr bemerkenswert: Nach nur drei Tagen inmitten des größten Terrors waren die tunesischen Sicherheitsbehörden in der Lage, 80 dschihadistische Moscheen zu benennen und diese durch Sondereinheiten stürmen und schließen zu lassen. Für gewöhnlich herrschen am ersten Tag nach einem Anschlag überall polizeilicher Notstand und Chaos, alle Bemühungen sind auf die Beendigung des Anschlages gerichtet. Am zweiten Tag beginnen die Fahndung nach eventuellen Mittätern und die Sicherung von möglichen weiteren Anschlagzielen. Am dritten Tag einen landesweiten Großeinsatz durchzuführen und 80 Moscheen zu durchsuchen ist ein logistischer Kraftakt und nur möglich, wenn die Gebetshäuser den Sicherheitsbehörden bereits lange als islamistische Brutstätten bekannt gewesen sind, die man trotzdem bis dahin völlig unbehelligt ließ.

In Deutschland befinden wir uns in einer vergleichbaren Situation. Bei persönlichen Gesprächen mit Staatsschützern ist jeder Polizist in der Lage, islamistisch-extremistische Moscheen und Kulturvereinigungen in seinem Revier aufzuzählen. In deutschen Großstädten kommt man schnell auf ein Dutzend Moscheen, deren Predigten mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes nicht vereinbar sind. Die Polizisten sammeln Beweise, observieren Moscheen, fotografieren radikale Prediger, die aus dem Ausland eingeflogen werden, und beobachten, wie die Gebetshäuser polizeibekanntes Al-Qaida- und IS-Statthaltern Räume für Spendensammlungen und zur Rekrutierung von Kämpfern zur Verfügung stellen. Das Resultat dieser bundesweiten Propaganda-netzwerke ist leidlich bekannt: Orientierungslose Männer konvertieren zum Islam und beteiligen sich gemeinsam mit Angehörigen

der dritten Gastarbeitergeneration an Gräueltaten in Syrien oder begehen Terroranschläge in Europa. Die Akten nehmen unterdessen ihren behördlichen Weg, bis sie in die Büros der Innenminister gelangen. Dort verschwinden die brisanten Ordner in der Ablage. Es fehlt schlicht der politische Wille von SPD und CDU, sich dieser Entwicklung entschieden entgegenzustellen. Ganz dreiste Moscheenvertreter und Prediger schaffen es bis in die Verfassungsschutzberichte und Zeitungen, doch auch dies bleibt letztlich folgenlos:¹⁸⁰ Beispiele dafür sind die Al-Rahman-Moschee in Berlin-Wedding, die Moschee in der Weddinger Torfstraße sowie die berühmt-berüchtigte Al-Nur-Moschee in Neukölln.¹⁸¹ Oder die Masjid-El-Iman-Moschee in Hamburg und die Taqwa-Moschee in Hamburg-Harburg,¹⁸² in deren Nähe Mohammed Atta und seine Mittäter wohnten. Die Liste ließe sich seitenlang fortführen.

Eine Melange aus Politischer Korrektheit, der zwanghaften Verteidigung des Multikulti-Wahns und nicht zuletzt die umstrittenen Behauptungen von Merkel, Wulff und Co., dass »der Islam zu Deutschland gehört«, verhindern eine konsequente Polizeiarbeit. Dabei könnte der Staat ganz elegant gegen die Stützpunkte der Extremisten vorgehen, ohne den Moralaposteln Gelegenheit zu geben, auch Religionsfreiheit für mittelalterliche Strömungen zu fordern. Der Staat kann ja schließlich auch konsequent handeln, wie anhand der Bekämpfung von Rockern wie den Heils Angels zu beobachten ist. Wenn sich drei deutsche Rocker in einer Eckkneipe auf ein Bier treffen, rufen politisch Verantwortliche und die Lokalpresse im Chor: »Oh nein, wir dulden kein Rocker-Vereinsheim in unserer Nachbarschaft.« Einen Tag später steht ein Vertreter des Ordnungsamts in der Tür und überprüft sämtliche Vorschriften. Dem Hauseigentümer wird bei einer entsprechenden Vermietung gleich mit der Überprüfung seiner Bilanzen durch das Finanzamt gedroht, rückwirkend und künftig. Danach schlägt das Bauordnungsamt auf, mit einem Brandschutzgutachter der Feuerwehr im Schlepptau. Nach der tragischen und in juristischer Hinsicht ungehüteten Loveparade-Katastrophe wurden die Bestimmungen derartig verschärft, dass man theoretisch jedes Lokal und jegliche Veran-

staltung wegen Nichterreichung dieser Auflagen schließen könnte: Brandschutz, Flucht- und Rettungswege, Toiletten, Jugendschutz, Lärmschutz, Parkplätze, Sanitätskräfte, Fluchtwegbeschilderungen, Notstromversorgung, Kommunikationskonzept, Räumungs- und Abbruchszenario. Wer wirklich sucht, wird problemlos fündig werden. Bei Vermietern und Mietern aus der Salafistenszene bleibt dieser Druck hingegen aus. Lokale Medien und Politiker ducken sich weg. Dabei befinden sich gerade die radikalen Moscheen oft in einem baulich verheerenden Zustand und würden eine Menge Ansatzmöglichkeiten bieten. Zudem gibt es einen wahren Boom an »Kellermoscheen«¹⁸³, die zum Teil in notdürftig umgebauten Souterrain-Wohnungen und Hinterhöfen entstanden sind. Es wäre also ein Leichtes, deutliche Signale zu senden und den Extremisten Einhalt zu gebieten. Dies geschieht jedoch nicht.

Asylbewerber begeht Terroranschlag in Berlin, Polizistin lebensgefährlich verletzt, Islamist erschossen

Neben koordinierten Terroranschlägen geht zudem eine große Gefahr von islamistisch-radikalisierten Einzeltätern aus. Die jahrelange Hetze in entsprechenden Moscheen und die ungestörte Radikalisierung über YouTube und Facebook führen immer öfter zum gewünschten Erfolg. Solche Taten werden sich an Zahl in naher Zukunft deutlich erhöhen, denn sie benötigen keinerlei Logistik - ein großes Küchenmesser oder eine Axt aus dem Baumarkt reichen für diese Tatbegehung aus. Im Prinzip können sie jeden »westlich« lebenden Menschen in Deutschland treffen. Zurzeit konzentriert sich diese Art der Anschläge - man spricht bei diesem terroristischen Tätertyp vom »lone wolf« (aus dem Englischen für einsamer Wolf) - noch auf Polizeibeamte. Der lone wolf steht nicht unter einem Kommando wie beim Islamischen Staat oder einem Hassprediger, unterstützt aber deren Ideologie. Da dieser Tätertyp in keinem Netzwerk eingebunden ist und meist keine direkten Kontakte dorthin unterhält, ist es für Sicherheitsbehörden fast unmög-

lieh, ihn rechtzeitig zu enttarnen und derartige Anschläge zu verhindern.

Mitte September 2015, morgens um 10:00 Uhr, wurden mehrere Berliner auf offener Straße von einem Mann bedroht, indem er die Klinge eines neun Zentimeter langen Klappmessers an deren Hälse drückte. Zudem wurde er später beschuldigt, eine Stunde zuvor einen anderen Mann attackiert und niedergestochen zu haben. Vor seinen Attacken beobachtete ihn ein Busfahrer, »wie er sich auf den Boden warf, betete und den Boden küsste«. Bei dem Täter handelte es sich um den 41-jährigen irakischen Staatsbürger Rafik Y., einen bekannten Islamisten.¹⁸⁴ Die durch zahlreiche Notrufe alarmierten Streifenbeamten eilten zum Tatort, eine 44-jährige Polizeibeamtin (verheiratet, ein Kind) und ihr 36-jähriger Kollege trafen als Erste ein. Der Iraker rannte auf die Polizistin zu und stach ihr sofort oberhalb ihrer schussicheren Weste in den Hals und verletzte sie darüber hinaus mehrfach mit dem Messer am Oberkörper. In höchster Not eröffneten zwei Polizisten das Feuer und erschossen den Messermann. Von vier Schüssen trafen zwei den Islamisten, der zugefügte Bauchschuss war tödlich. Auch die Polizistin wurde in dem Kampfgetümmel durch einen fehlgehenden Schuss ihrer Kollegen, der durch eine der Nieren ging, nochmals zusätzlich verletzt. Per Rettungshubschrauber wurde die Beamtin in ein Bundeswehrkrankenhaus geflogen, und nur aufgrund einer sofort eingeleiteten Notoperation waren die Ärzte in der Lage, ihr Leben zu retten.

Der Iraker wurde von der Bundesanwaltschaft der Terrorgruppe Ansar al-Islam zugerechnet. Anlässlich des Staatsbesuchs des irakischen Regierungschefs Allawi plante Rafik einen blutigen Terroranschlag inmitten Berlins.¹⁸⁵ Der Iraker wurde bereits im Jahre 2008 wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu acht Jahren Haft verurteilt. Die vierjährige Untersuchungshaft wurde angerechnet, sodass er bereits 2013 wieder auf freiem Fuß war. Der Islamist wurde am 27. August 1974 in Bagdad geboren, legte 1992 sein Abitur in Mossul ab und jobbte fortan als Händler mit Elektrogeräten und Büchern. Aus unbekanntem Grün-

den geriet er in Konflikt mit dem Regime Saddam Husseins, sodass er dort zwei Jahre inhaftiert wurde. Direkt nach seiner Haft ließ er sich für 6000 US-Dollar über die Türkei nach Berlin schleusen und stellte dort einen Asylantrag. Diesem wurde 1998 zugestimmt, sodass er als anerkannter Asylant in Deutschland bleiben durfte. Das Bundeskriminalamt stufte den Iraker auch nach seiner achtjährigen Haft als »islamischen Gefährder« ein, die deutschen Behörden waren aber nicht in der Lage, den Iraker nach seiner Haftstrafe abzuschicken, da dem Terrormann im Irak angeblich die Todesstrafe drohte. Der Islamist mit Salafistenbart zog zuerst nach Berlin-Neukölln und lebte zuletzt in einer Ein-Zimmer-Wohnung in Berlin-Spandau, die von der Arbeiterwohlfahrt betreut wurde. Die Ermittler bezeichneten den Mann als äußerst aggressiv und protokollierten mehrere Bedrohungsfälle, die der Islamist damit begründete, dass seine Opfer gegen seine Religion verstoßen hätten.¹⁸⁶ Auch bedrohte er eine Richterin am Amtsgericht und mehrere Polizisten, was offensichtlich jedoch juristisch nicht geahndet wurde. Wie aus Polizeikreisen zu erfahren war, wurde dem Gefährder lediglich aufgetragen, sich in Berlin auf- und von der Islamistszene fernzuhalten und eine Fußfessel zu tragen, die er am Tage des Terroranschlages jedoch einfach vom Bein entfernte.

Im politisch korrekten Berlin wurde unmittelbar im Anschluss an die Tat durch die Politik versucht, den Terroranschlag nicht als solchen zu bezeichnen. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass nur der beherzte und schnelle Schusswaffeneinsatz der Polizisten eine größere Opferzahl verhindert hat. Zudem ist erschreckend, dass die Behörden einen bekannten islamistischen Terroristen völlig unbehelligt in Berlin herumspazieren ließen und jegliche Bemühungen einer gesetzlich vorgeschriebenen Abschiebung schlicht unterlassen hatten.

15-jährige IS-Anhängerin sticht Polizisten in Hannover nieder

Ende Februar 2016 schlug ein weiteres Mal ein lone wolf zu, diesmal in Gestalt einer 15-Jährigen aus Hannover. Safia S. gilt trotz ihrer Jugend als polizeibekannte Islamistin. Eingeführt in die Szene wurde sie von ihrer aus Marokko stammenden Mutter. Das kleine Mädchen besuchte regelmäßig die Moschee des Islamkreis Hannover e. V. Diese Moschee gilt als Treffpunkt der Salafisten in Hannover und wird vom Verfassungsschutz¹⁸⁷ überwacht. Jedoch blieb auch deren radikale Agitation ohne Konsequenzen, ungehindert wird dort seit Jahren islamistische Propaganda verbreitet.¹⁸⁸ Selbst der bundesweit bekannte Hassprediger Pierre Vogel tritt dort auf. Er und die spätere Attentäterin Safi S. sind sich persönlich bekannt.¹⁸⁹ Der Salafist drehte mehrere YouTube-Filme mit Safia und veröffentlichte diese auf einschlägigen Internetseiten und in den sozialen Netzwerken. Schon als Siebenjährige saß Safia neben Vogel auf dem Podium, verschleiert mit einem Hidschab, und lauschte den Ausführungen des Hasspredigers, zum Beispiel über die Keuschheit von Kleinkindern.¹⁹⁰

Die jahrelange Gehirnwäsche blieb nicht folgenlos: Am 27. Februar fiel Safi S. zwei Bundespolizisten am Hannover Hauptbahnhof auf. Ein Polizeisprecher schilderte die Umstände wie folgt: »Sie hat die Beamten im Bahnhof mit starren Blick verfolgt. Das ist auf dem Überwachungsvideo zu sehen. Deshalb entschlossen sich die Kollegen, sie zu kontrollieren.« So erschien ihr Verhalten im Nachgang bewusst auffällig, um eine Polizeikontrolle zu provozieren, damit sie dicht an die Beamten herankam. Nach der Aufforderung gab das Mädchen mit Kopftuch ihren Ausweis ab. »Als der Beamte sich leicht zur Seite drehte, stach sie mit dem Messer in der rechten Hand blitzschnell zu. Der Kollege hatte keine Chance zur Gegenwehr, das war ganz gezielt.« Das für diese Attacke benutzte Küchenmesser trug sie versteckt im Jackenärmel. Sie verletzte den Polizisten mit einem Stich in den Hals schwer.¹⁹¹ Nach einigem bürokratischen Hin und Her übernahm schließlich die Bundesanwaltschaft

das Verfahren und bestätigte den offensichtlichen Terrorverdacht. Den versuchten Mord wertet die oberste Strafverfolgungsbehörde als eindeutig islamistisch-terroristisch. Der Polizist sei in das Visier der Islamistin geraten, weil er Repräsentant der ihr verhassten Bundesrepublik sei.¹⁹²

Der Hassprediger Pierre Vogel hat übrigens über seine Facebook-Seite Safia S. und ihrer Mutter Hilfe und Unterstützung in jeglicher Form und auch die Bezahlung der Rechtsanwaltskosten angeboten. Seine Facebook-Seite zählt über 160000 »Gefällt mir«-Klicks¹⁹³ und stellt einen zentralen Baustein seiner Radikalisierungsstrategie dar. Während Bundesjustizminister Maas die Online-Aktivitäten bei dem sozialen Netzwerk von jedem Menschen rechts von der SPD scheinbar am liebsten lückenlos überwachen und zensieren würde, findet die islamistische Radikalisierung und Hetze im Netz seit Jahren ohne jegliche Konsequenzen statt.

»Kriegsakt«: Lösen islamistische Terroranschläge Kriege aus?

Eine entscheidende Frage der Zukunft wird sein, wie sich Deutschland und Europa bei anhaltenden islamistischen Terroranschlägen verhalten werden. Wie und besonders wann wird eine rote Linie überschritten sein, jenseits derer die Regierungen nur noch mit der Ausrufung des Kriegszustandes reagieren können? Bedarf es dafür erst explodierender Atomkraftwerke und attackierter Nuklearforschungsinstitute sowie weiter Gebiete im Herzen Europas, die infolge solcher Anschläge auf Jahrzehnte hin radioaktiv verstrahlt sind?

Der Sprachduktus erinnerte an den damaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001: Präsident Hollande hatte die Terroranschläge vom 13. November 2015 als »Kriegsakt« durch »eine Armee von Terroristen« des Islamischen Staates bezeichnet. Der Islamische Staat und seine Anhänger bejubelten hingegen die Anschläge, die 130 Todes-

opfer forderten, in den sozialen Netzwerken.¹⁹⁴ Das Selbstbeziehungsschreiben des Islamischen Staates wurde im Internet verbreitet und war in seiner Aussage erschreckend deutlich formuliert: »Acht Brüder, die Sprengstoffgürtel und Sturmgewehre trugen, haben minutiös vorher ausgewählte Ziele im Herzen der französischen Hauptstadt anvisiert, das Stade de France während des Spiels Frankreich gegen Deutschland, bei dem der Dummkopf Frankreichs François Hollande anwesend war, Bataclan, wo sich Hunderte Götzendiener in einer perversen Feier versammelt hatten, genauso wie andere Ziele im zehnten, elften und 18. Arrondissement, und das simultan.« Weiterhin sprach der Islamische Staat von einem »gesegneten Angriff auf das Kreuzzug-Frankreich« und kündigte weitere Terroranschläge an: »Das ist erst der Beginn eines Sturms.« Somit wurde der Angriff auf das Spiel der französischen und deutschen Nationalmannschaft bewusst ausgeführt, weil dort das Erscheinen Hollandes seit Wochen erwartet wurde.

Ganz Frankreich befindet sich nach wie vor im Ausnahmezustand. Bereits in der Nacht des Terroranschlages wurden 1500 zusätzliche Soldaten nach Paris abkommandiert. Diese patrouillierten im Tarnanzug und mit Sturmgewehr durch die Straßen von Paris und schützten gefährdete Objekte. Auch bei den Anschlägen selbst griffen Soldaten Seite an Seite mit Polizeieinheiten ein. Eine Trennung zwischen militärischen und polizeilichen Aufgaben war und ist in Paris nicht mehr zu erkennen. Der Métro-Verkehr, der Pulsschlag der Metropole, musste unterbrochen und Schulen und Universitäten für mehrere Tage geschlossen werden. Das öffentliche Paris wurde von acht Attentätern in die Knie gezwungen.

In Frankreich gilt seitdem der Ausnahmezustand, in dem Militär, Geheimdienste und Polizei umfangreiche Maßnahmen nach dem Notstandsplan »rouge« erlaubt sind. Bis heute ist es den Geheimdiensten nicht gelungen, die genaue Anzahl und alle Identitäten der Attentäter explizit zu benennen. Von den vermuteten elf Terroristen hatten sieben ihre Sprengstoffwesten als Selbstmordattentäter gezündet, und vier weitere kamen durch Schusswechsel mit der Polizei ums Leben, entweder noch am Tatort oder bei

späteren Razzien in den Salafistenhochburgen Paris Saint-Denis und Brüssel-Molenbeek. Der Modus operandi, mit mehreren Selbstmordattentätern diverse Ziele in Frankreich anzugreifen, stellt nach Ansicht führender Terrorismusexperten, wie Michael E. Leiter, einen Paradigmenwechsel dar.¹⁹⁵ Auch die verfolgte Medienstrategie der Täter, dieses Großereignis für sich auszunutzen, zeugt von der Absicht, Angst und Terror in allen Wohnzimmern Europas zu verbreiten. Die Kombination von gut ausgebildeten militärischen Kämpfern und der Nutzung der Infrastruktur des Kriegsschauplatzes Syrien, der ein Eldorado für Bombenbauer darstellt, die dort leicht an Sprengstoff herankommen, bildet eine kaum zu verhindernde Anschlaggefahr, zumal dann, wenn diese Ressourcen mit vielen gleichzeitig agierenden Selbstmordattentätern koordiniert und in Europa geplant eingesetzt werden. Zudem befindet sich die Grande Nation seitdem offiziell im Krieg gegen den Islamischen Staat und bombardiert deren Kämpfer und Stellungen unaufhörlich, was Gegenreaktionen geradezu provoziert.

Mit etwas zeitlichem Abstand wurde deutlich, dass es Obama war, der Hollande von einer Ausrufung des NATO-Bündnisfalls abhalten konnte. Der US-Präsident sprach zwar von einem Angriff auf die Menschheit und bot zugleich Hollande an, »die Terroristen vor Gericht zu bringen«, doch wirkte diese fast schon pazifistische Beistandsbekundung aus dem Munde eines tausendfachen Drohenmörders merklich distanziert. Man muss in diesem Zusammenhang bedenken, dass der US-Präsident nur einen Tag vor der Pariser Terrorwelle den Islamischen Staat in einem großen TV-Interview bei ABC News¹⁹⁶ als »besiegt« und für »eingedämmt« erklärt hatte. Für Obama wäre beim Ausrufen des Bündnisfalls die Blamage somit komplett gewesen, und es hätte ihn seiner letzten Reputation in Amerika beraubt. Selbst Merkel wurde in ihrer ersten Reaktion deutlicher als Obama, als sie erklärte: »Hinter uns liegt eine der schrecklichsten Nächte, die Europa seit langer Zeit erlebt hat. Die Menschen von Paris müssen einen Albtraum von Gewalt, Terror und Angst durchleiden.« Diesem Statement fügte die Kanzlerin ein Versprechen hinzu, das sie schon in nächster Zeit in arge Bedräng-

nis brachte: »Wir werden mit Ihnen gemeinsam den Kampf gegen die führen, die Ihnen so etwas Unfassbares angetan haben.«

Natürlich ruderte die Kanzlerin hinter verschlossenen Türen später zurück, mehr als Aufklärungsflüge durch Tornados, die die Ziele späterer Bombardierungen ermitteln sollten, war sie trotz ihrer Beteuerungen nicht bereit, in diesem Krieg beizusteuern. In Frankreich war der Ton, was wenig verwunderlich erschien, deutlich militärischer geprägt. Der *Figaro* etwa titelte »Krieg mitten in Paris«, und Hollande sprach von einem »Kampf ohne Gnade« gegen eine »Armee von Terroristen«. Die Worte waren vergleichbar mit denen George W. Bushs am 20. September 2001 vor dem Kongress, als er den Begriff des »War on Terror« skizzierte. »Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit Al-Qaida [die die CIA erst geschaffen hat], aber er endet nicht dort. Er wird nicht enden, bis jede terroristische Gruppe von globaler Reichweite gefunden, gestoppt und geschlagen ist.« Bekanntermaßen fielen dem »War on Terror« weit über eine Million Menschen zum Opfer, und die Zahl der Terrororganisationen wuchs sprunghaft an. Der Afghanistan-Krieg geht in das 14. Jahr, die Taliban sind wieder auf dem Vormarsch, und die Bundeswehr musste erst im Oktober 2015 ihr Mandat aufstocken und weitere Soldaten an den Hindukusch abkommandieren.

Bereits einen Tag nach 9/11 hatte die NATO erstmalig in ihrer Geschichte den Bündnisfall ausgerufen. In Artikel 5 der NATO-Charta¹⁹⁷ ist geregelt, dass »(...) ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere (...) als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs« Beistand geleistet werden muss. Der deutsche NATO-General a. D. Egon Ramms sprach nach den Terrorattacken von Paris in diesem Zusammenhang ebenfalls vom Bündnisfall.¹⁹⁸ Dieser Bündnisfall war gemäß der NATO-Charta eindeutig eingetreten. Der NATO-Generalsekretär Stoltenberg hatte der französischen Regierung bereits in der Nacht um 0:49 Uhr den Einsatz des Militärbündnisses angeboten. Lediglich die Intervention des kriegsmüden Obamas und der wankelmütigen und pazifistischen Merkel verhinderten einen offenen Krieg der NATO und Deutschlands

vorerst. Doch der nächste verheerende Terroranschlag wird kommen und damit ein sich ausbreitender Krieg immer wahrscheinlicher werden.

Ein Leben im permanenten Ausnahmezustand

Die Phrasen der Politiker und der selbst ernannten Qualitätsjournalisten gleichen sich nach jedem Anschlag aufs Neue. »Wir lassen uns nicht einschüchtern (...), unser Land bekennt sich zur religiösen Vielfalt, zur weltoffenen Gesellschaft« und so weiter und so fort. Die zitierten Worte entstammen einer Erklärung des Deutschen Bundestages.¹⁹⁹ Diese Verlautbarung ist jedoch nicht aktuell, sie stammt vom 15. Januar 2015, aus den Tagen nach *Charlie Hebdo*. Westeuropa, und damit auch Deutschland, wird sich darauf einstellen müssen, nicht mehr die Zeit zwischen den Terroranschlägen zu zählen, sondern in einem permanenten Ausnahmezustand zu leben. Die Schuld dafür trägt, wie bereits ausführlich geschildert, eine verantwortungslose Politik. Weder wird sich die Lage beruhigen, noch werden Schießereien und Selbstmordattentate abreißen. In Frankreich, Belgien und Deutschland jagt eine Anti-Terror-Razzia die nächste. Als die französische Eliteeinheit RAID mit Unterstützung von Militäreinheiten eine Operation im Norden von Paris durchführte, zündete beim Zugriff eine Frau eine Bombe und sprengte sich selbst in die Luft. Es folgte eine stundenlange Schießerei inmitten des Wohngebiets, auch mehrere Explosionen waren zu hören. Geschäftsinhaber und Bewohner verbarrikadierten ihre Fenster und Türen, so gut es eben ging, Schulen wurden geschlossen. Erst gegen Mittag endete der Anti-Terror-Einsatz. Ein weiterer Terrorist wurde von einem Scharfschützen erschossen, dazu wurden fünf Polizisten verletzt, ein Polizeihund getötet und insgesamt sieben Verdächtige festgenommen.

Neben Frankreich gerät nun auch das grenzenlose Deutschland immer häufiger in das Visier des internationalen oder einfach nur noch in das Visier des Terrorismus. Ist Ihnen aufgefallen, wie sich

die ausgegebene Sprachregelung durchgesetzt hat? Islamistischer Terrorismus wird immer häufiger nur noch als »international« bezeichnet, und natürlich haben die ersten Politikfunktionäre und Islamlobbyisten nicht einmal die Schamfrist eingehalten, bis die Familienangehörigen die Opfer beerdigen konnten, um ihre Parole, islamistische Terroranschläge hätten nichts mit dem Islam zu tun, zu verbreiten. So wie in der *Huffington Post*, wo doch tatsächlich ein gewisser Enno Lenze seinen Artikel mit »Der Islamische Staat gehört nicht zum Islam« übertitelt hatte.²⁰⁰

Neue Terrorstrategie des IS: »Trefft jeden und alles«

Brüssel, Istanbul und Paris belegen die neue Terrorstrategie des Islamischen Staates. Die *New York Times*²⁰¹ konnte diesbezüglich an eine 55-seitige Analyse des französischen Innenministeriums gelangen. Dieser zufolge fordert der Terrorplaner des IS seine Zehntausenden Anhänger auf, Anschläge willkürlich gegen die westliche Bevölkerung zu begehen: »Trefft jeden und alles«, wird er zitiert. Die von der *New York Times* veröffentlichte Erkenntnisse des französischen Geheimdienstes kommen einer Kriegserklärung der islamischen Terroristen an jeden Bürger von Belgien, Frankreich und auch Deutschland gleich. Anstatt wie in alter Al-Qaida-Tradition symbolische Ziele anzugreifen, wie das Jüdische Museum in Brüssel oder die bewachte Redaktion von *Charlie Hebdo*, hat der Mastermind der französischen Dschihadisten, Boubaker al-Hakim, neue Anweisungen erteilt. In einem Interview mit dem hauseigenen Propagandablatt hat er die neue Terrorstrategie in jeden Winkel der Welt verbreitet. Seine Worte mögen beim ersten Lesen gewöhnlich wirken, doch bedeuten sie nichts weniger, als dass er seine Zehntausenden Kämpfer gezielt dazu aufruft, jeden Bürger Europas zu töten. Willkürlich und brutal. Seine Anweisung lautet: »Mein Rat ist, damit aufzuhören, nach speziellen Zielen zu suchen.« Sein Interview endet mit der konkreten Aufforderung: »Trefft jeden und alles.«²⁰²

Der Krieg findet in den europäischen Städten statt

In der Nachbetrachtung der Pariser Anschläge vom 13. November 2015 mit 130 Toten wird deutlich, dass dies bereits ein Anschlag nach der neuen Terrorstrategie des Islamischen Staates war. Selbst verletzt am Boden liegende Konzertbesucher im Bataclan beschossen seine Vertreter mit Salven aus ihren Kalaschnikows ein zweites Mal. Und auch mit ihren Sprengstoffwesten griffen sie keine besonders geschützten Ziele an, sondern Fußballfans und Restaurantbesucher. Die islamistischen Terroristen haben bereits mehrfach und öffentlich der westlichen Bevölkerung den Krieg erklärt und jedem Einzelnen mit dem Tode gedroht. Die vergangenen Monate belegen, dass dies keine Phrasen dummer Schwätzer sind, sondern es sich um eine ernst zu nehmende Kriegserklärung handelt. Es wird endlich Zeit, dass Merkel und Gabriel diese Kriegserklärung annehmen und entsprechend handeln. Die Kuscheljustiz gegenüber Salafisten muss ein Ende haben, und radikale Moscheen und Kulturvereine gehören sofort geschlossen. Islamistische Gefährder gehören ausgewiesen oder eingesperrt, denn nach ihrem Verständnis befinden sie sich längst in einem Krieg gegen Europa und Deutschland. Daraus resultierend, müssten Deutschlands Politiker sie endlich als das behandeln, was sie sind: als feindliche Soldaten.

Sicherheitsrisiko Belgien

Auch Belgien, ein weiterer westlicher Nachbar, ist zu einem einzigen Sicherheitsrisiko geworden. Der Brüsseler Problemstadtteil Molenbeek ist vielfältig mit den Pariser Anschlägen verbunden. Bereits nach den Anschlägen im Thalys-Zug und besonders nach den terroristischen Attacken auf die Redaktion von *Charlie Hebdo* sowie den Anschlägen des 13. Novembers führten die Spuren nach Belgien, es folgten Schießereien mit zwei später getöteten Dschihadisten und 13 Festnahmen.²⁰³ Die muslimische No-go-Area Molenbeek ist zu einer Islamistenhochburg herangewachsen, die einen

Moslemanteil von 40 Prozent und eine Arbeitslosenquote von über 30 Prozent hat. Hier herrschen die optimalen Verhältnisse für islamistische Terroristen, um unterzutauchen. Der Brüsseler Szenekenner Mehmet Koksal berichtet über die dortigen Zustände: »Stark radikalisierte Gruppen (...) erzählen jungen Leuten, dass sie keine Europäer oder Belgier sind und dass es >wir gegen die anderen< heißt.« Das Leben mitten in Europa sei stark islamistisch geprägt. »Wenn man am Ramadan in der Öffentlichkeit isst oder als Frau kein Kopftuch trägt, kann man angefeindet werden.«²⁰⁴

Radioaktive Anschläge geplant

Die Terroranschläge vom 22. März 2016 in Brüssel sind somit die logische Konsequenz aus dieser Entwicklung. Drei Selbstmordattentäter sprengten sich am Flughafen Brüssel-Zaventem und am U-Bahnhof Maalbeek in die Luft. Die Attacken rissen 35 Menschen in den Tod und verletzten mehr als 300 schwer. Mediziner berichteten von der ungeheuren Wucht der Detonationen der Nagelbomben, die Passanten ganze Gliedmaßen vom Körper rissen. »Abgetrennte Hände, ganze Arme und Beine, diese Verletzungsbilder gibt es sonst nur in Kriegsgebieten«, berichtete ein sichtlich erschütterter Arzt. Zudem wurde bekannt, dass die belgischen Atomkraftwerke²⁰⁵ Tihange und Doel²⁰⁶ ins Visier des Dschihadistennetzwerkes geraten waren²⁰⁷. Das Kernkraftwerk Tihange befindet sich in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze, nur 57 Kilometer vom Stadtzentrum Aachens entfernt. Der Leiter des Kernenergiezentrums in Mol wurde von den Islamisten mittels einer eigens montierten Überwachungskamera ausspioniert.²⁰⁸ Es ist augenscheinlich, dass die Terrormiliz Islamischer Staat an einem Anschlag apokalyptischen Ausmaßes arbeitet, der selbst 9/11, vom ewigen Konkurrenten Al-Qaida geplant und ausgeführt, in den Schatten stellen und die radioaktive Verseuchung von Teilen Europas und Deutschlands bedeuten würde. Belgien ist eine Brutstätte des Terrorismus geworden, entsprechend hoch ist die Anzahl von Syrien-

Kämpfern und -Rückkehrern in dem kleinen Land. Über die Autobahn und dank der offenen Grenzen des Schengen-Raumes sind es zu den Anschlagzielen nur wenige Stunden.

Die Terroristen haben erkannt, wie schwach Europa geworden ist; statt sich um die Sicherheit seiner Bürger zu kümmern, tragen die Politikfunktionäre das Mantra der EU-Freizügigkeit vor sich her. Aber: Eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Demnach verantwortet das insolvente Griechenland Deutschlands Außengrenze, und die islamistischen Parallelwelten von Molenbeek und der Pariser Banlieues haben solch verheerende Auswirkungen, als ob sie mitten in Berlin-Neukölln stehen würden. Bislang führen die belgisch-französischen Islamisten nach Paris und Brüssel, um ihre Terroranschläge zu begehen. Sollten sie einmal die entgegengesetzte Richtung wählen, wird sie niemand daran hindern. Nach Aachen sind es nur 150 Kilometer, nach Berlin etwas mehr als sieben Stunden Fahrtzeit. Dann heißt es weltweit nicht mehr nur »Je suis Charlie« und »PrayForParis«, sondern »Ich bin ein Berliner«.

Fazit

Die Staatsgrenzen stellen nicht nur die Leitplanken eines Landes dar, sondern bewahren auch dessen Rechtsordnung und seine demokratischen Grundprinzipien. Die Bundeskanzlerin und ihre gesamte Regierung haben im Sommer 2015 eine epochale Fehlentscheidung getroffen und halten bis heute an ihr fest. Den von ihnen mit ausgelösten Völkerwanderungen schauen die politisch-medialen Eliten beinahe teilnahmslos zu: Die Milliardenkosten für den einfachen Steuerzahler und der beginnende erbitterte Verdrängungskonflikt auf dem prekären Arbeits- und Wohnungsmarkt tangieren sie nicht. Ebenso wenig berührt sie, dass die überforderte Polizei überall auf dem Rückzug ist und sich die No-go-Areas wie Krebsgeschwüre im ganzen Land ausbreiten. Sie residieren schließlich gut bewacht in ihren Villen und Gated Communities und bezeugen sich gegenseitig ihre Humanität, während sie Kritiker nach altbekannten Mustern diffamieren und versuchen mundtot zu machen. Das Kartell des Schweigens hat nach den Sex-Mob-Attacken von Köln zwar schwere Risse davongetragen, doch die seit Jahrzehnten herrschende Allianz aus den ehemaligen Volksparteien und ihren redaktionellen Komplizen ist nach wie vor allmächtig.

Deutschland stehen gefährliche Zeiten bevor. Der Kontrollverlust an Silvester 2015 und das anhaltende Staatsversagen in der Flüchtlingskrise waren erst ein Vorgeschmack auf die kommenden Jahre. Das befürchten nicht nur wir, sondern das sehen die Spitzen aller deutschen Sicherheitsbehörden in einer Geheimanalyse voraus. Die allorts explodierende Kriminalität verursacht zudem eine Verrohung der Sitten in ganzen Stadtteilen, ein Menschenleben ist dann nicht mehr viel wert. Der sprichwörtliche Funke reicht dort heute schon aus, um Unruhen bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen auszulösen. Der Kriminalitätswalze, die insbesondere durch Nord- und Schwarzafrikaner ausgelöst wurde, setzt die Poli-

tik das völlig untaugliche und absurd erscheinende Mittel der offenen Grenzen entgegen. Dass diese offenen Grenzen auch eine grenzenlose Kriminalität produzieren und Straftäter aus aller Welt ermuntern, Deutschlands Bürger, seine Frauen und sein Eigentum als leichte Beute anzusehen, interessiert die Eliten offensichtlich nicht. Die Sicherheitslage wird sich durch die anhaltende Islamisierung weiterhin extrem verschärfen. Überall auf der Welt sind diese Kausalitäten zu beobachten. Radikale Imame und Moscheen bereiten den Boden, die Stadtteile wie Brüssel-Molenbeek in Islamistenhochburgen verwandeln, wo sich daraufhin islamistisch-terroristische Strukturen bilden. Diese Phasen sind schon in einem Dutzend deutscher Städte zu erkennen. Den nächsten Schritt werden koordinierte Terroranschläge bilden, und es wird auch nicht nur »ein« Terroranschlag sein, sondern eine Serie von Anschlägen über mehrere Jahre verteilt. Das Leben in Deutschland, wie es viele Bürger noch vor zehn Jahren gekannt und geschätzt haben, scheint mittlerweile wie aus einer anderen Epoche und für immer verloren.

Endnoten Teil I und II

TEIL I (Udo Ulfkotte)

- 1 Siehe <http://www.bundesjustizportal.de/sachsen/16-sachsen/dramatischer-anstieg-der-kleinen-waffenscheine-und-der-waffenrechtlichen-erlaubnisse-im-november-und-dezember-2015-lippmann-die-regierung-muss-deutlich-machen-dass-das-gewaltmonopol-dem-staat-obliegt.html>
- 2 Allein 2015/16 meldeten Unternehmen wie Burg Wächter ein Umsatzplus von 27 Prozent. Siehe <http://www.presseportal.de/pm/2790/3291112>
- 3 Siehe http://www.nwzonline.de/bremen/mehr-kampfsport-und-waffenscheine_a_6,1,743377179.html
- 4 Siehe <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Seenplatte-Waffenscheine-haben-Hochkonjunktur,waffen288.html>
- 5 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-deutsche-sehen-hoeheres-risiko-von-terroranschlaegen-a-1067329.html>
- 6 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13864739/Offene-Grenzen-erfreuen-besonders-Kriminelle.html>
- 7 Siehe <http://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-in-bayern-polizei-und-justiz-arbeiten-am-limit-1.2615051>
- 8 Siehe <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/leverkusen/angstraumbahnhof-kueppersteg-aid-1.5897766>
- 9 Siehe https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/gec/documents_E-1575381299/heidelberg/PB5Documents/pdf/Sicherheitsstudie-Kurzf.p65.pdf
- 10 Siehe https://blendle.com/i/braunschweiger-zeitung/polizei-gewerkschaft-warnt-vor-%3Ffangst-raum-bahnhof%3F/bnl-bsz-20160219-S1088091_137
- 11 Siehe <http://www.kn-online.de/News/Nachrichten-Politik/Aktuelle-Nachrichten-Politik/Polizei-sieht-Sicherheit-in-deutschen-Staedten-gefahrdet>
- 12 Siehe <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/allensbach-umfrage-die-deutschen-sorgen-sich-um-ihre-sicherheit/12737298.html>
- 13 Zitiert nach <http://www.focus.de/politik/deutschland/margot-kaess>

mann-wir-sollten-versuchen-den-terroristen-mit-liebe-zu-begegnen_id_5387454.html

- 14 Siehe <http://www.welt.de/vermischtes/article153170517/Zahl-der-Einbrueche-in-Deutschland-steigt.html>
- 15 Siehe <http://www.n-tv.de/mediatheli/videos/panorama/Zahl-der-Einbrueche-steigt-weiter-article17242836.html>
- 16 Siehe http://www.focus.de/immobilien/wohnen/kriminalitaet-umfrage-grosse-sorge-vor-einbrechern-in-deutschland_id_5176463.html
- 17 Siehe <http://www.bild.de/ratgeber/2015/einbruch/so-machen-sie-ihr-haus-einbruchsicher-43934290.bild.html>
- 18 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article148000968/Sicherheitsexperten-entsetzt-ueber-deutsche-Politik.html>
- 19 Siehe etwa <http://www.mirror.co.uk/news/world-news/german-train-operator-introduces-women-7640234>
- 20 Siehe <http://www.welt.de/vermischtes/article152914908/Maenner-und-Frauen-nur-noch-getrennt-auf-die-Rutsche.html>
- 21 Siehe <https://www.tagesschau.de/inland/fremdenfeindliche-uebergrieffe-103.html>
- 22 Siehe <http://orf.at/stories/2290860/>
- 23 Siehe <http://www.rp-online.de/nrw/zahl-der-ueberfaelle-zu-hause-nimmt-zu-aid-1.4771661>
- 24 Siehe <http://www.stern.de/panorama/gesellschaft/drogen—dealer—illegale-fluechtlinge—wie-politik-und-polizei-im-goerlitzer-park-ver-sagt-haben-6302572.html>
- 25 Siehe <http://fudder.de/artikel/2014/04/30/vom-dealer-zum-junkie-ein-abend-mit-michael-auf-dem-stuehlinger-kirchplatz/>
- 26 Siehe <http://www.bild.de/politik/inland/steuern/rund-ein-viertel-der-gemeinden-hat-immer-weniger-geld-42179774.bild.html>
- 27 Siehe <http://orange.handelsblatt.com/artikel/4829>
- 28 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/kein-geld-fuer-sanierungen-berliner-polizei-kann-nicht-mehr-schiessen-ueben_id_3734246.html
- 29 Siehe <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/berliner-polizisten-drohen-geld-her—oder-wir-waehlen-afd—23338458>
- 30 Siehe <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/oeffentliche-infrastruktur-deutschland-zerfaellt/6354360.html>
- 31 Siehe <http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/mitkuschelzentrale-einfach-nur-kuscheln-aid-1.5888815>
- 32 Siehe <http://mitkuschelzentrale.de/>
- 33 Siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kuekenschreddern-laut-christian-schmidt-derzeit-ohne-alternative-a-1084753.html>

- 34 Siehe <http://www.theguardian.com/uk-news/2016/apr/16/returning-jihadis-help-combat-isis-syria-eu-terrorism>
- 35 Ebenda.
- 36 Siehe http://www.telegraph.co.uk/news/2016/04/10/german-army-forced-to-lay-down-weapons-due-to-overtime-limits/?utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter
- 37 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article137549045/Bundeswehr-zieht-mit-Besenstielen-ins-Manoever.html>
- 38 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/verteidigungsministerium-bundeswehr-zog-mit-besenstiel-attrappe-in-ein-nato-manoever/11388548.html>
- 39 Siehe <http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/gefaengnis-arbeit-gewerkschaft-ggbo-haeftlinge-rentenversicherung/>
- 40 Siehe <http://www.bild.de/regional/frankfurt/polizeigewerkschaft-warnt-vor-zusammenbruch-39306660.bild.html>
- 41 Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=N14U5ZE-N2w>
Siehe etwa <http://www.sueddeutsche.de/politik/fremdenfeindlichkeit-in-suedafrika-brutale-jagd-auf-auslaender-1.220372>
- 42 Zitiert nach Eibl-Eibesfeldt, *Und grün des Lebens goldner Baum*,
43 S. 321.
Siehe <http://www.mz-web.de/panorama/vogtland-ein-maschendraht-zaun-machte-auerbach-beruehmt-8260732>
- 44 Siehe <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/14486343>
- 45 Ebenda.
- 46 Ebenda.
- 47 Zitiert nach Eibl-Eibesfeldt, *Und grün des Lebens goldner Baum*,
48 S. 324.
- 49 Ebenda, S. 326.
Siehe etwa <http://www.bild.de/politik/inland/zuwanderung/immermehr-wirtschaftsfluechtlinge-kommen-44282870.bild.html>
- 50 Zitiert nach <http://www.theeuropean.de/birgit-kelle/9921-gendersensibler-bildungsplan-in-baden-wuerttemberg>
- 51 Siehe <http://blogs.taz.de/kongo-echo/2012/09/08/ituri-die-unbekannte-kriegsfront/>
- 52 Siehe <http://www.radiookapi.net/actualite/2015/01/18/rdc-retour-des-miliciens-de-la-frpi-dans-leurs-maquis-walendu-bindi/>
- 53 Siehe <http://www.newyorker.com/magazine/2014/10/20/mission-3>
und <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/christliche-milizen-gegen-muslime-amnesty-ethnische-saeuberungen-in-zentralafrika-12797515.html>
- 54

- 55 Siehe dazu http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_2958_1_29582_2.pdf
- 56 Siehe <https://mopo24.de/nachrichten/rocker-hells-angels-bandidos-gegen-kuttenverbot-8379>
- 57 Siehe <https://www.tagesschau.de/inland/rocker-ermittlungen-101.html>
- 58 Siehe <http://www.derwesten.de/panorama/polizei-gruendete-fuer-hells-angels-ermittlungen-rockerclub-id11695905.html>
- 59 Siehe http://www.christ-in-der-gegenwart.de/aktuell/artikel_angebot_druckversion?k_beitrag=4099292
- 60 Siehe <http://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/polizei/im-einsatz-bedraengt-41586008.bild.html>
- 61 Siehe <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/duisburg-marx-loh-erneut-polizisten-angegriffen-und-verletzt-aid-1.5203535>
- 62 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mhallamiye-kurden-in-deutschland-parallele-welten-12905242.html>
- 63 Siehe etwa www.21co.ch/de/presse/2011/20110119Neue_LZ.pdf
- 64 Siehe etwa <http://www.dailymail.co.uk/news/article-2129359/Pickpockets-palaces-Romanian-gipsy-family-deep-rooted-criminality-jailed.html>
- 65 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/mainz-fluechtling-ueber-giesst-ehefrau-mit-kochendem-wasser-14199449.html>
- 66 Siehe http://www.focus.de/panorama/welt/sie-lehnte-seinen-antrag-ab-verehrer-uebergiesst-16-jaehrige-mit-saeure-aus-rache_id_4149896.html
- 67 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/kaschmir-eltern-verteidigen-toedlichen-saeureanschlag-auf-tochter-a-865402.html>
- 68 Siehe <http://www.iwraw-ap.org/aboutus/pdf/FPvaw.pdf>
- 69 Siehe <http://www.dailyrecord.co.uk/news/uk-world-news/acid-attacks-rise-pakistan-women-5580535#7XdHkPchQJjbtKhD.97>
- 70 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/gewalt-gegen-frauen-in-kolumbien-nimmt-die-zahl-der-saeureattacken-zu-a-917102.html>
- 71 Siehe <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article152773530/Guck-mal-Mann-uebergiesst-Ehefrau-mit-heissem-Oel.html>
- 72 Siehe etwa <http://www.telegraph.co.uk/news/health/news/10238174/Number-of-UK-attacks-involving-acid-and-other-corrosive-substances-soars.html>
- 73 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/kulturelle-unterschiede-in-china-bloss-keine-blumen-mitbringen/3897664.html>
- 74 Siehe <http://www.migazin.de/2012/08/24/schmelztiegel-ruhrgebiet/>
- 75 Siehe https://books.google.de/books?id=N_-6r01vBZ8C&pg=PT163&lpg=PT163&dq=deutschland+als+schmelztiegel+der+nationen

&source=bl&ots=bjhzHix_nl&sig=h_K-6xIGMgCK2-zJNN0cHXhZefw&hl=de&sa=X&ved=0ahUKEwj7rIiil_rLAhXCaQ8KHU-0A-E4ChDoAQgnMAI#v=onepage&q=deutschland%20als%20schmelztiegel%20der%20nationen&f=false

- 76 Siehe <http://www.derwesten.de/politik/melting-pott-wo-die-auslaender-im-ruhrgebiet-herkommen-id11706497.html>
- 77 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/pygmaeen-in-ruanda-das-volk-ueber-das-man-nicht-spricht-a-1090858.html>
- 78 Siehe <http://www.derwesten.de/politik/melting-pott-wo-die-auslaender-im-ruhrgebiet-herkommen-id11706497.html>
- 79 Siehe <http://www.welt.de/politik/ausland/article137485921/Derneue-Exodus-der-europaeischen-Juden.html>
- 80 Siehe <http://kurier.at/politik/ausland/juden-in-europa-haben-angst-beispiel-frankreich/106.045.546>
- 81 Siehe <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/8424>
- 82 Siehe <http://europe.newsweek.com/does-wave-muslim-refugees-threaten-europes-jews-335838?rm=eu>
- 83 Siehe <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2015/04/is-it-time-for-the-jews-to-leave-europe/386279/>
- 84 Siehe <http://www.unhcr.de/home/artikel/f31dce23af754ad07737a7806dfac4fc/weltweit-fast-60-millionen-menschen-auf-der-flucht.html>
- 85 Siehe etwa <http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/jedes-dritte-kleinkind-hat-migrationshintergrund-aid-1.2010936>
- 86 Siehe <http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/jedes-dritte-kleinkind-hat-migrationshintergrund-aid-1.2010936>
- 87 Siehe <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article155134929/Junge-Maenner-die-die-Kultur-der-Gewalt-mitbringen.html>
- 88 Zitiert nach <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article155134929/Junge-Maenner-die-die-Kultur-der-Gewalt-mitbringen.html>
- 89 Zitiert nach <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article155134929/Junge-Maenner-die-die-Kultur-der-Gewalt-mitbringen.html>
- 90 Siehe etwa <http://www.derwesten.de/panorama/mutmassliche-rassisten-fuehren-muslimin-mit-dem-auto-an-id10162797.html>
- 91 Siehe <http://www.morgenpost.de/berlin/article136738425/Gestaendnis-Ex-Freund-toetete-19-jaehrige-Hochschwangere.html>
- 92 Siehe <http://www.bild.de/regional/berlin/leiche/wurde-die-schwangere-von-ihrem-ex-verbrannt-39479036.bild.html>
- 93 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/empoeerung-ueber-urteil-kultureller-rabatt-fuer-ehrenmord-12863670.html>
- 94 Siehe http://www.krone.at/Oesterreich/Passantin_in_Wien_erschlagen_Kenianer_verhaftet-Auf_offener_Strasse-Story-508585

- 95 Siehe http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/4983051/EisenstangenAttacke_Verdaechtiger-war-gefurchteter-Storenfried?direct=4984087Sc_vl_backlink=/home/panorama/wien/4984087/index.do&selChannel=&from=articlemore
- 96 Siehe <http://www.heute.at/news/oesterreich/wien/Was-ueber-den-verdaechtigen-Totschlaeger-bekannt-ist;art23652,1284777>
- 97 Siehe http://diepresse.com/home/panorama/wien/4984087/Bluttat-am-Brunnenmarkt_Witwer-will-Staat-klagen?direct=4984328&_vl_backlink=/home/panorama/wien/4984328/index.do&selChannel=&from=articlemore
- 98 Siehe http://www.krone.at/Oesterreich/US-Studentin_in_Wien_ge-toetet_Gambier_ausgeliefert-In_Schweiz_gefasst-Story-501803
- 99 Siehe etwa <http://www.bild.de/regional/dresden/mord/moerder-be-droht-eltern-seines-opfers-26994812.bild.html>
- 100 Siehe <http://www.bild.de/BILD/regional/dresden/aktuell/2009/12/19/raza-s-das-soll-der-moerder/der-schuelerin-susanna-sein.html> und <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.aspxfids2345954>
- 101 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,635132,00.html>
- 102 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,634743,00.html>
- 103 Siehe <http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/10970/3309600>
- 104 Siehe http://www.focus.de/regional/kiel/siebenjaehrige-in-kiel-ver-schleppt-und-vergewaltigt-staatsanwaltschaft-zweifelt-an-der-schuld-faehigkeit-des-wiederholungstaeters_id_5256235.html
- 105 Der Name des Opfers wurde vom Autor verändert; das Verfahren vor dem Landgericht Arnsberg vom Dezember 2009 trägt das Aktenzeichen II-2 KLS-292 Js 318/09-22/09.
- 106 Landgericht Arnsberg Aktenzeichen II-2 KLS-292 Js 318/09-22/09.
- 107 Zitiert nach Landgericht Arnsberg, Aktenzeichen II-2 KLS-292 Js 318/09-22/09.
- 108 Siehe http://www.nw.de/lokal/kreis_herford/herford/herford/2067865_1_Rentnerin-88-vergewaltigt-Vier-Jahre-Haft-fuer-20-Jaehrigen.html
- 109 Ebenda.
- 110 Ebenda.
- 111 Siehe <http://www.bz-berlin.de/berlin/spandau/senior-89-nach-brutalem-ueberfall-gestorben>
- 112 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/spandau/ueberfall-in-berlin-spandau-tod-im-seniorenheim-polizei-sucht-falsche-dhl-boten/13034870.html>
- 113 Siehe <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/starnberg/raubmord-von-meiling-ermittler-sind-von-brutalitaet-der-tat-erschuettert-1.2652349>

- 114 Siehe <http://www.br.de/nachrichten/oberbayern/raubmord-ehespaar-seefeld-102.html>
- 115 Siehe http://www.focus.de/panorama/welt/bayern-dorf-meiling-unter-schock-zeitungsbote-nach-dem-raubmord-das-ist-an-brutalitaet-nicht-zu-ueberbieten_id_4932661.html
- 116 Siehe <http://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen/ganster-pruegelten-markus-k-zu-tode-42621380.bild.html>
- 117 Ebenda.
- 118 Siehe auch <http://www.20min.ch/panorama/news/story/Eine-Akademie-fuer-professionelle-Einbrecher-28170836>
- 119 Siehe <http://www.blick.ch/news/schweiz/osteuropaeische-banden-bilden-einbrecher-aus-die-abgaenger-der-kriminellen-akademie-lassen-die-polizei-alt-aussehen-gangster-mit-diplom-id3589920.html>
- 120 Siehe <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/europa/udo-ulfkotte/gangster-mit-diplom-akademie-fuer-professionelle-einbrecher.html>
- 121 Siehe <http://www.thesun.co.uk/sol/homepage/news/3588634/Gypsy-mansions-in-Romania-built-from-British-benefits.html>
- 122 Siehe <http://www.derwesten.de/region/sauer-und-siegerland/hauseigentuemerschießt-einbrecher-in-kopf-18-jaehriger-tot-id11770416.html>
- 123 Siehe <http://www.berliner-kurier.de/berlin/polizei-und-justiz/30-autos-in-berlin-demoliert-richterin-laesst-vandalen-frei-23933016#plx1044064753>
- 124 Siehe http://www.lz.de/ueberregional/owl/20773346_Tatverdaechtiger-nach-Brandlegung-in-Untersuchungshaft.html
- 125 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/essen/toedlicher-raub-mehr-jaehrige-jugendstrafen-fuer-16-jaehrige-id11771483.html>
- 126 Siehe http://www.focus.de/panorama/welt/mussten-schlagstoecke-einsetzen-essener-polizisten-notieren-falschparker-ploetzlich-werden-sie-von-aggressiver-gruppe-umzingelt_id_5504300.html
- 127 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/essen/essen-reifen-von-rettungswagen-im-einsatz-zerstochen-patient-tot-id11800881.html>
- 128 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/essen/toedlicher-raub-mehr-jaehrige-jugendstrafen-fuer-16-jaehrige-id11771483.html>
- 129 Siehe <http://www.haz.de/Nachrichten/Medien/Fernsehen/GEZ-Verweigerin-Sieglinde-Baumert-aus-der-Haft-entlassen>
- 130 Siehe http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/urteil-in-koelner-raser-prozess-nach-tod-von-studentin-14178568.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2
- 131 Siehe <http://www.welt.de/regionales/nrw/article150912558/Bewaehrungsstrafe-fuer-Raser-nach-toedlichem-Autorennen.html>

- 132 Ebenda.
- 133 Siehe http://www.focus.de/finanzen/recht/zwangsabgabe-der-oeffentlich-rechtlichen-frau-wollte-rundfunkbeitrag-nicht-zahlen-jetzt-sitzt-sie-hinter-gittern_id_5404529.html
- 134 Siehe <https://propagandaschau.wordpress.com/2016/01/08/prof-christian-pfeiffer-medien-baten-mich-dass-ich-nicht-ueber-fluechtlinge-rede/>
- 135 Siehe http://www.nw.de/lokal/kreis_herford/herford/herford/2067865_1_Rentnerin-88-vergewaltigt-Vier-Jahre-Haft-fuer-20-Jaehrigen.html
- 136 Siehe etwa http://www.wickedepunktruhr.de/heimat-online/Aktuelle_Meldungen/2014-10-17_Ladendiebstahl.php und http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article148596413/Wir-muessen-Kriminalitaet-von-Asylbewerbern-klar-benennen.html
- 137 Siehe http://www.focus.de/finanzen/recht/voellig-falsches-signal-spd-vize-will-ladendiebstahl-nur-noch-mit-bussgeldern-ahnden_id_5488525.html
- 138 Zitiert nach <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/leipzig-legida-darf-keine-mohammed-karikaturen-zeigen-aid-1.4791106>
- 139 Siehe etwa <http://www.bild.de/politik/inland/weihnachten/weihnachts-gottesdienst-mit-muslimischen-lieder-39069240.bild.html>
- 140 Siehe <http://www.derwesten.de/panorama/mutmassliche-rassisten-fuehren-muslimin-mit-dem-auto-an-idl0162797.html>
- 141 Siehe etwa <http://www.bild.de/regional/berlin/sexuelle-belaestigung/maedchen-grapscher-an-schild-gefesselt-39049668.bild.html> und <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/polizei/festnahmen-am-alex-juendliche-belaestigen-maedchen-sexuell-auf-weihnachtsmarkt-1248808>
- 142 Siehe <http://www.20min.ch/panorama/news/story/Mann-ruft-Allahu-Akbar-und-faehrt-Fussgaenger-an-25844947>
- 143 Siehe etwa http://www.krone.at/Kaernten/24-Jaehriger_attackiert_Kirchgaengerin_-80-_mit_Beil-Heute_Massakertag-Story-432201
- 144 Siehe http://www.heute.at/news/oesterreich/noe/Aegypter-schnitt-Jesuskreuz-in-Nieder-oesterreich-um;art23654,1_110501
- 145 Zitiert nach <http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/heinrich-bedford-strohm-im-interview-wir-muessen-auch-die-is-kaempfer-lieben-aid-1,4760395>
- 146 Siehe <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/rheydter-marienkirche-kinder-beleidigen-christen-aid-1.4761618>
- 147 Siehe <http://kurier.at/chronik/udo-juergens-die-wuenschen-uns-die-pest/84.116.645>

- 148 Siehe http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Koptuch-fuer-muslimische-Lehrerinnen-nun-erlaubt,kopftuch132.html
- 149 Siehe <http://www.n-tv.de/politik/Bald-muslimischer-Feiertag-in-Niedersachsen-article14222361.html>
- 150 Siehe <http://www.bild.de/politik/inland/scharia/spd-minister-fordert-scharia-gerichte-in-deutschland-22419166.bild.html>
- 151 Siehe http://www.sonntagsblatt.de/news/aktuell/2014_32_03_01.htm
Siehe <http://www.infogmbh.de/index.php/downloads/2-uncategori>
- 152 sed/42-deutsch-tuerkische-lebens-und-wertewelten
Siehe <http://www.theguardian.com/world/2014/nov/28/support-isis-stronger-arabic-social-media-europe-us-than-syria>
- 153 Siehe [http://www.dailymail.co.uk/news/article-3533041/Warning-](http://www.dailymail.co.uk/news/article-3533041/Warning-UK-Muslim-ghettoes-Nation-nation-developing-says-former-equalities-watchdog.html)
- 154 UK-Muslim-ghettoes-Nation-nation-developing-says-former-equalities-watchdog.html
- 155 Ebenda.
- 156 Siehe <http://www.dailymail.co.uk/news/article-3533115/The-chasm-attitudes-threatens-UK-Poll-finds-gulf-Muslims-Britons-issues-including-marriage-freedom-speech.html>
- 157 Siehe <https://www.rt.com/uk/339142-muslims-uk-survey-gays/>
- 158 Siehe <http://www.telegraph.co.uk/news/2016/04/10/uk-muslim-ghettoes-warning/>
- 159 Siehe <http://www.jta.org/2016/04/10/news-opinion/world/labour-muslim-lawmaker-in-britain-suspended-for-praising-hitler-other-anti-semitic-tweets>
- 160 Siehe <http://www.bbc.com/news/uk-35928848>
Siehe <http://www.breitbart.com/london/2016/04/10/geller-uk-equalities-chief-admits-wrong-muslims-wont-assimilate/>
- 161 Zitiert nach <http://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-islam101.html>
- 162 Siehe <http://augengeradeaus.net/2016/02/personalstaerke-der-bundeswehr-fortschreibung/>
<http://augengeradeaus.net/2016/04/bundeswehr-personalstaerke-maerz-2016-wieder-weniger-soldaten/#more-23926>
- 164 Siehe http://www.krone.at/Welt/D_Getrennte_Rutschzeiten_fuer_Frauen_und_Maenner-Sex-Attacke_in_Bad-Story-499129
- 165 Siehe <http://rn.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Mitteldeutsche-Regionalbahn-fuehrt-Frauenabteile-ein>
- 166 Siehe <http://www.heise.de/tp/artikel/45/45827/!.html>
- 167 Siehe <http://www.sueddeutsche.de/bayern/mittelfranken-schoener-wohnen-fuer-fluechtlinge-1.2566962>
- 168

- 169 Siehe <http://www.rp-online.de/nrw/panorama/wdr-umfrage-85-prozent-der-schulen-in-nrw-sind-marode-aid-1.5774035>
- 170 Siehe <http://www.antenne.de/nachrichten/bayernreporter/eckental-reihenhaeuser-fuer-fluechtlinge>
- 171 Siehe <http://www.kreisblatt.de/lokales/main-taunus-kreis/30-Holz-Haeuschen-Bereit-fuer-die-Fluechtlinge;art676,1863589>
- 172 Siehe <http://www.mz-web.de/jessen/asylbewerber-neu-holzdorfer-ziehen-ein-23602916>
- 173 Siehe <http://www.general-anzeiger-bonn.de/region/siebengebirge/koenigswinter/Ein-Neubau-f%C3%BCr-die-F1%C3%BCchtlinge-article1647050.html>
- 174 Siehe <http://www.hna.de/lokales/fluechtlinge-in-der-region-sti558996/neubauten-fluechtlinge-stadt-kreis-kassel-noetig-5989811.html>
- 175 Siehe <http://www.welt.de/finanzen/immobilien/article151454852/Milliarden-Programm-fuer-Neubau-wird-vervierfacht.html>
- 176 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nord/grundschule-in-duisburg-wartet-seit-jahren-auf-neue-wcs-id-11810958.html>
- 177 Siehe <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/redaktion/westerwald-anti-neid-kurse-fuer-deutsche-designereinrichtungen-fuer-asylbewerber.html>
- 178 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-und-religion-die-zahl-der-muslime-wird-signifikant-wachsen/12242898.html>
- 179 Siehe <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Saudischer-Koenig-will-fuer-Fluechtlinge-in-Deutschland-200-Moscheen-bauen/story/27194993>
- 180 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/mehr-aus-laender-weniger-auslaenderfeindlichkeit/788592.html>
- 181 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13864739/Offene-Grenzen-erfreuen-besonders-Kriminelle.html>
- 182 Siehe <http://www.welt.de/wirtschaft/article149234485/Fluechtlingskrise-koennte-fast-eine-Billion-Euro-kosten.html>
- 183 Siehe <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/!1/27/eurochef-sozialstaat-in-gefahr-wenn-zustrom-der-asylbewerber-anhaelt/>
- 184 Siehe <http://www.welt.de/wirtschaft/article149234485/Fluechtlingskrise-koennte-fast-eine-Billion-Euro-kosten.html>
- 185 Siehe <http://www.bayern-depesche.de/politik/gemeindetagspr%C3%A4sident-rechnet-bis-2020-mit-20-millionen-muslimen-in-deutschland.html>
- 186 Siehe <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2015/merkblatt-zu-kindergeldanspruechen-nun-auch-auf-arabisch/>

- 187 Siehe <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/kommunales/detailansicht-kommunales/artikel/dramatischer-appell.html>
- 188 Siehe <http://www.welt.de/wirtschaft/article149234485/Fluechtlings-krise-koennte-fast-eine-Billion-Euro-kosten.html>
- 189 Siehe etwa die Ausführungen unter http://www.focus.de/immobilien/milliarden-investitionen-noetig-geknickte-masten-kaputte-rohre-wie-lange-funktioniert-deutsche-leitungsnetz-noch_id_5246992.html
- 190 Zitiert nach http://www.focus.de/politik/ausland/visa-freiheit-fuertuerken-nach-eu-gipfel-tuerkei-deal-kriminologe-warnt-vor-unkontrollierbarer-welle-an-armutszuwanderung_id_5370420.html
- 191 Zitiert nach <https://mopo24.de/nachrichten/chemnitzer-prof-erntet-kritik-fuer-thesen-sachsen-31343>
- 192 Siehe http://www.focus.de/finanzen/news/wir-verteidigen-europas-werte-ingenieure-auf-realschulniveau_id_5016680.html
- 193 Siehe <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/saarlands-innenminister-bouillon-ein-intelligenztest-fuer-fluechtlinge-aid-1.5908639>
- 194 Siehe http://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/intelligenztest_fluechtlinge_saarland100.html
- 195 Siehe <http://www.zeit.de/2015/47/integration-fluechtlinge-schule-bildung-herausforderung>
- 196 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/fluechtlinge-polizeirechnet-mit-steigender-kriminalitaet-a-1081060.html>
- 197 Siehe <http://www.hna.de/lokales/fluechtlinge-in-der-region-sti558996/trotz-haft-asylbewerber-erhaelt-monatlich-euro-kreis-kassel-5943626.html>
- 198 Siehe <http://www.dw.com/en/german-migration-expert-lambasts-europe-for-war-against-refugees/a-19121141>
- 199 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article138183348/Ab-schirmdienst-warnt-vor-Islamisten-in-Bundeswehr.html>
- 200 Siehe <http://www.mittelbayerische.de/politik-nachrichten/die-islamisten-bei-der-bundeswehr-21771-artl-365326.html>
- 201 Siehe <http://www.dw.de/ramadan-in-uniform/a-16929784>
- 202 Siehe <http://www.kath.net/news/52225>
- 203 Siehe <http://www.epochtimes.de/politik/europa/offener-brief-liberale-muslime-oesterreich-fordern-absetzung-des-militaerimams-a-1272881.html>
- 204 Siehe <http://www.bz-berlin.de/tatort/terror-razzia-in-berlin-hier-wird-ein-stadtbekannter-iman-abgefuehrt>
- 205 Siehe <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/polizei/berliner-imam-soll-salafisten-fuer-dschihad-in-syrien-rekrutiert-haben-22748532>

- 222 Siehe <http://www.welt.de/wirtschaft/article146124455/Roboter-pflegen-Alte-billiger-und-unmenschlicher.html> und <http://www.tagesspiegel.de/berlin/robo-ter-in-der-pflege-draht-zum-patienten/13527908.html>
- 223 Siehe <http://www.ipa.fraunhofer.de/pflegeunterstuetzung.html>
- 224 Siehe <http://www.popularmechanics.com/science/health/a20718/first-autonomous-soft-tissue-surgery/>
- 225 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weltwirtschaftsforum/robo-ter-in-der-wirtschaft-millionen-jobs-fallen-weg-14018180.html>
- 226 Siehe <http://www.welt.de/wirtschaft/article140401411/Maschinen-koennten-18-Millionen-Arbeitnehmer-verdraengen.html>
- 227 Siehe <http://www.handelszeitung.ch/konjunktur/ersatz-durch-robo-ter-jeder-zweite-job-gefaehrdet-910769>
- 228 Siehe <http://www.sueddeutsche.de/digital/automatisierung-und-arbeitslosigkeit-buerjobs-sind-staerker-als-andere-bedroht-1.2368344>
- 229 Zitiert nach <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/056/1705672.pdf>
- 230 Ebenda.
- 231 Siehe https://www.cia.gov/.../Demo_Trends_For_Web.pdf
- 232 Ebenda.
- 233 Siehe www.foia.cia.gov/sites/default/files/document.../1995-10-01A.pdf
- 234 Alle Fakten der Forscher dazu unter <http://www.prb.org/>
- 235 Siehe <http://www.20min.ch/finance/news/story/-Roboter-werden-alle-Routinearbeiten-machen—12516088>
- 236 Siehe <http://www.dailymail.co.uk/news/article-3545060/Missouri-McDonald-s-offer-bottomless-french-fries-menu.html>
- 237 Dieses Kapitel basiert auf den Ausführungen von Markus Mähler aus *Kopp Exklusiv*, Heft 45/1015, Artikel: »So bereitet sich der Geld-Adel auf Revolutionen, Rebellion und Anarchie vor«.
- 238 Siehe <http://www.welt.de/finanzen/immobilien/article143375523/Amerikaner-will-Luxus-Bunker-in-Thueringen-bauen.html>
- 239 Siehe dazu etwa <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/abgeschlossene-luxus-wohnsiedlungen-reiche-hinter-gittern-1.1194109>
- 240 Siehe http://www.focus.de/wissen/bild-der-wissenschaft/tid-22334/gated-communities-im-luxus-eingemauert_aid_627765.html
- 241 Siehe <http://www.dailymail.co.uk/news/ardcle-3123296/The-ultimate-doomsday-escape-California-entrepreneur-builds-1billion-luxury-underground-bunker-tiny-German-village-millionaires-event-apocalypse-survivors-live-year-without-leaving.html>

- 242 Siehe <http://www.jenapolis.de/2015/06/16/unternehmer-aus-kalifornien-baut-bunker-fuer-millionaere-in-rothenstein/>
- 243 Siehe <http://www.bild.de/regional/leipzig/leipzig/der-luxus-bunker-der-milliardaere-41399932.bild.html>
- 244 Siehe <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Im-Ex-Bundeswehrbunker-Rothenstein-sollen-Luxuswohnungen-fuer-Weltuntergangs-Jue-1641775936>
- 245 Siehe dazu etwa <http://www.profil.at/ausland/nahost-neuer-dreissig-jaehriger-krieg-5598441>

Teil II (Stefan Schulte)

- 1 Siehe http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Bilateral_node.html
- 2 Siehe http://www.huffingtonpost.de/valerie-hudson/europa-maenner-ueberrannt_b_8977792.html
- 3 Siehe <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/polizei/klanstrukturen-kamen-mit-fluechtlingswelle-in-den-achtzigerjahren-23670634>
- 4 Siehe <http://www.welt.de/regionales/nrw/article150639395/Warum-kriminelle-Clans-die-Unterwelt-im-Griff-haben.html>
- 5 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article154173933/Islamisten-und-arabische-Clans-werben-Fluechtlinge-an.html>
- 6 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/organisierte-kriminalitaet-arabische-clans-vermieten-immobilien-zu-horrenden-preisen-an-fluechtlinge_id_5087428.html
- 7 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/studie-zu-paralleljustiz-in-berlin-herrscht-klima-der-angst/12701248.html>
- 8 Siehe <http://www.berliner-zeitung.de/panorama/so-arbeiten-berlins-kriminelle-araber-clans-23669328?originalReferrer=&originalReferrer=http://m.facebook.com/>
- 9 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/bis-zu-90-000-euro-pro-schleusung-vom-rotlicht-milieu-ins-schleuser-geschaeft-familienclan-fliegt-bei-razzia-auf_id_5064885.html
- 10 Siehe http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mhallamiye-kurden-in-deutschland-parallele-welten-12905242.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2
- 11 Siehe <http://www.stern.de/kultur/tv/die-wahre-geschichte-hinter-dem-tatort-die-bremer-stadt-mafia-3387234.html>

- 12 Siehe <http://www.stern.de/panorama/stern-crime/bremer-clan-mord-mit-ansage-3032322.html>
- 13 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/drogengeschaeft-ein-brueche-ueberfaelle-maechtige-araber-familien-bereiten-berliner-er-mittlern-sorge_id_4993568.html
- 14 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/heroin-fund-im-wert-von-50-millionen-euro-in-essen-13198169.html>
- 15 Siehe <http://www.welt.de/regionales/nrw/article143833364/Das-gefaehrliche-Unwissen-ueber-libanesische-Clans.html>
- 16 Siehe <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/duisburg-drei-familienclans-kontrollieren-marxloh-aid-1.5434151>
- 17 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nrw-innenminister-keine-lagebilder-ueber-kriminelle-clans-id-11295121.html>
- 18 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespolizei-2-7-millionen-ueberstunden-bis-ende-februar-a-1083532.html>
- 19 Siehe <http://www.hausundgrund-rheinland.de/aktuelles/in-wie-vielen-staedten-in-nordrhein-westfalen-gibt-es-so-genannte-no-go-areas-2746/>
- 20 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/prozess-in-koeln-abzocke-mit-schockanrufen-a-1015598.html>
- 21 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/roma-clan-in-leverkusen-die-geschaeft-der-familie-goman-a-961332.html>
- 22 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/nicht-nur-duisburg-betroffen-no-go-areas-in-deutschland-in-diese-viertel-traut-sich-selbst-die-polizei-nicht_id_4895620.html
- 23 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/no-go-area-dortmunder-nordstadt-dealen-im-schichtdienst-14119272.html#GEPC;s6>
- 24 Siehe <http://www.swrfernsehen.de/autobahn-kriminell-todesstrecke-unfall/-/id=2798/did=5085934/nid=2798/16cmfjg/index.html>
- 25 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburgi/eu-osterweiterung-schalter-weniger-kriminalitaet-nach-ost-erweiterung/238956.html>
- 26 Siehe http://www.focus.de/regional/berlin/berliner-geschichten/berlins-brennpunkt-kottbusser-tor-tagsueber-liegen-hier-heroinleichen-herum-und-nachts-kommen-die-taschendiebe_id_5419707.html
- 27 Siehe http://www.morgenpost.de/berlin/article207420035/Dealer-und-Antaenzer-So-kam-es-zur-Massenschlaegerei-am-Kotti.html?utm_source=twitterfeed&utm_medium=twitter

- 28 Siehe <http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-1-1-02-2016/leichtes-spiel-fuer-kriminelle-in-der-hauptstadt.html>
- 29 Siehe <http://www.morgenpost.de/berlin/article207422425/Kriminelle-Clans-in-Berlin-Sie-verachten-alles-Deutsche.html>
- 30 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/belaestigung-in-berlin-friedrichshain-und-niemand-half/13394486.html>
- 31 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-uebergreif-in-berlin-friedrichshain-michael-mueller-es-sind-keine-rechtsfreien-raeume/13396752.html>
- 32 Siehe http://www.focus.de/panorama/welt/interview-mit-autor-stefan-schubert-streetgangs-sind-gefaehrlicher-als-hells-angels-und-bandidos_id_3644461.html
- 33 Siehe http://www.focus.de/regional/bremen/miri-clan-in-bremen-und-niedersachsen-grossfamilie-verdraengt-rocker-aus-kriminellem-milieu_id_5161825.html
- 34 Siehe <http://www.welt.de/vermischtes/article121065099/Eine-Familie-tief-verstrickt-ins-Verbrechen.html>
- 35 Siehe http://www.derwesten.de/region/rhein_ruhr/brennpunkte-im-ruhrgebiet-die-gescheiterten-stadteile-im-revier-id_11566786.html
- 36 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/essen/die-heikle-mission-der-libanesischen-familien-union-in-essen-page2-id10926610.html>
- 37 Siehe http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/die-macht-der-libanesischen-clans-id1_1344758.html
- 38 Siehe http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/polizei-gelsenkirchen-warnt-vor-einer-parallelwelt-id_11344778.html
- 39 Ebenda.
- 40 Siehe <http://www.bild.de/regional/koeln/sex-uebergriffe-silvesternacht/die-erschreckende-bilanz-der-silvesternacht-45220818.bild.html>
- 41 Siehe <http://meedia.de/2016/01/06/koeln-und-die-verzoegerte-ueber-regionale-berichterstattung-der-fehler-im-system/>
- 42 Siehe <http://www.rp-online.de/panorama/fernsehen/claudia-zimmermann-vom-wdr-wir-haben-doch-alle-die-tatsachen-verschwiegen-aid-1.5709516>
- 43 Siehe <http://www.express.de/koeln/koelner-silvester-mob-warum-sollte-vergewaltigung-verschwiegen-werden—23836610>
- 44 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/sollte-verschwiegen-werden-koelner-silvesternacht-landes-behoerde-wollte-vergewaltigungs-meldung-streichen_id_5409525.html
- 45 Siehe http://www.rundschau-online.de/politik/uebergriffe-in-koeln-hannelore-kraft-sperrt-unterlagen-zu-silvester-23884302?original-Referrer=http%3A%2F%2Fm.facebook.com%2F&dmcid=sm_fb_p

- 46 Siehe <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/stefanschubert/terror-drehscheibe-deutschland.html>
- 47 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article150813551/Taeter-von-Paris-war-Asylbewerber-in-Deutschland.html>
- 48 Siehe <http://www.radiobremen.de/politik/dossiers/fluechtlinge/fluechtlingel66.html>
- 49 Siehe <http://www.bild.de/politik/inland/abschiebung/staaten-wollen-unser-geld-aber-ihre-fluechtlinge-nicht-zurueck-44419054.bild.html>
- 50 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/asylbewerber-aus-nordafrika-entwicklungsministerium-weist-bericht-ueber-rueckfuehrungsprogramme-zurueck-14051437.html>
- 51 Siehe <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/stefanschubert/6-abgelehnte-asylbewerber-nicht-abgeschoben-eu-verklagt-deutschland.html>
- 52 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/asylfaelle-belasten-gerichte-dann-verlieren-staat-und-justiz-ihre-autoritaet-14144566.html>
- 53 Siehe <http://www.cicero.de/berliner-republik/bundestagsvizepraesident-ueber-dresdner-demonstranten-pegida-anhaenger-nicht-zu>
- 54 Siehe http://www.bka.de/nn_205932/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true
- 55 Siehe <http://noe.orf.at/news/stories/2732146/>
- 56 Siehe <http://polizei2020.sachsen.de/>
- 57 Siehe http://www.focus.de/immobilien/wohnen/organisierte-einbrecherbanden-in-nrw-kripo-beamte-kritisieren-innenminister-ralf-jaeger_id_5347872.html
- 58 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article153790063/Zahl-der-Wohnungseinbrueche-steigt-um-zehn-Prozent.html>
- 59 Siehe https://www.bdk.de/lv/nordrhein-westfalen/was-wir-tun/kriminalpolitik/kriminalitaetsentwicklung-2015-in-nrw?utm_source=twitterfeed&utm_medium=facebook
- 60 Siehe <http://www.derwesten.de/politik/entzaubert-opposition-nimmt-minister-jaeger-in-die-mangel-id11657943.html>
- 61 Siehe <http://www.derwesten.de/region/plus-18-prozent-wohnungseinbrueche-in-nrw-auf-rekordhoch-id11636885.html>
- 62 Siehe https://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/Behoerden/LKA/Jahrbuch_PKS_2015_web.pdf
- 63 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nordrhein-westfalen-polizei-warnt-vor-rechtsfreien-raeumen-a-1045222.html>

- 64 Siehe https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?Id=MMD_16/10376&quelle=alle
- 65 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/vertrauliches-papier-enthuehlt-banden-kontrollieren-ganze-strassenzuege-nrw-polizei-entgleiten-problemviertel_id_4838345.html
- 66 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/essen/polizei-essen-rueckt-zu-massenschlaegerei-von-libanesen-naech-altenessen-aus-id7019138.html>
- 67 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article147434758/Am-Ende-steht-doch-wieder-die-Gettoisierung.html>
- 68 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/armut-und-reichtum/armut-und-reichtum-die-unterschicht-verfestigt-sich-12053530/infografik-der-wechsel-12053930.html>
- 69 Siehe <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/michael-brueckner/fluechtlinge-polizeirecht-statt-nachbarschaftsschutz.html>
- 70 Siehe http://www.pnp.de/nachrichten/politik/1935813_Thilo-Sarra-zin-Deutschland-ueberfordert-sich-selbst.html
- 71 Siehe <http://www.westfalen-blatt.de/OWL/Lokales/Bielefeld/Bielefeld/2303921-Landtag-diskutiert-hohe-Einbruchszahlen-CDU-wirft-Innenminister-Jaeger-Versagen-vor-NRW-Paradies-fuer-Kriminelle>
- 72 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article152291068/Wirkommen-und-uebernehmen-das-ganze-Land.html>
- 73 Siehe http://www.kopp-verlag.de/Gangland-Deutschland.htmfwebsale8=kopp-verlag&pi=A2928536&ci=%24_AddOn_%24
- 74 Siehe <http://www.freiewelt.net/reportage/gangland-deutschland-10026626/>
- 75 Siehe http://www.focus.de/panorama/welt/rockergruppe-verbreitet-sich-rasant-bis-zum-letzten-tropfen-blut-so-gefaehrlich-ist-der-osmanen-germania-boxclub_id_5289995.html
- 76 Siehe <http://www.ksta.de/nrw/nrw-landtag-innenminister-jaeger-wegen-rockern-in-der-kritik-23580978>
- 77 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/demonstration-gegen-is-gewalt-zwischen-kurden-und-salafisten-a-995972.html>
- 78 Siehe <http://blog.zeit.de/hamburg/der-hass-bleibt/>
- 79 Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=0jKJP5XGAbk>
- 80 Siehe <https://www.facebook.com/Median-Empire-MC-264628470253656/?fref=ts>
- 81 Siehe <http://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart/rocker-34725148.bild.html>
- 82 Siehe http://www.nw.de/lokal/bielefeld/mitte/mitte/20509070_Bruerschaft-greift-Salafisten-an.html
- 83 Siehe <https://www.facebook.com/turkos.org/>

- 84 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gewalt-von-kurden-in-aschaffenburg-joachim-herrmann-warnt-vor-visalockerungen-fuer-tuerkei-a-1084363.html>
- 85 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/graue-woelfe-tuerkische-nationalisten-in-deutschland-a-953197.html>
- 86 Siehe <https://www.facebook.com/Turan-eV-1421021288204848/>
- 87 Siehe <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/europa/redaktion/bruessel-europaeische-hauptstadt-des-islam.html>
- 88 Siehe http://www.focus.de/panorama/welt/sie-lassen-sich-nicht-aufhalten-todesserie-durch-illegale-autorennen-die-raser-haben-keine-angst-zu-sterben_id_4833262.html
- 89 Siehe https://www.youtube.com/watch?v=lvocff_918
- 90 Siehe <http://foreign-intrigue.com/2014/08/transformers-motorcycle-gangs-and-extremism/>
- 91 Siehe <http://www.welt.de/politik/ausland/article137350760/Belgische-Dschihadisten-zu-Haftstrafen-verurteilt.html>
- 92 Siehe <http://www.knack.be/nieuws/belgie/vlaamse-syriestrijders-begaan-oorlogsmisdaden/article-normal-97020.html>
- 93 Siehe <http://www.independent.co.uk/news/world/europe/belgium-terror-plot-kamikaze-riders-motorbike-club-members-charged-with-planning-new-year-attacks-on-a6792166.html>
- 94 Siehe <http://www.kopp-verlag.de/Der-Konvertit.htm?websale8=kopp-verlag&pi=122237&ref=portal%2fmeinung>
- 95 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/islamischer-staat-rocker-kaempfen-mit-kurden-gegen-is-a-997353.html>
- 96 Siehe <http://meedia.de/2016/05/02/luegenpresse-studie-des-br-60-prozent-der-bevoelkerung-glauben-dass-medien-nicht-unabhaengig-sind/>
- 97 Siehe <http://www.bild.de/news/inland/sex-uebergrieffe-silvesternacht/wird-verboden-die-wahrheit-zu-sagen-44077302.bild.html>
- 98 Siehe <https://www.facebook.com/ulrich.ende/posts/963781283691427>
- 99 Siehe <http://www.sueddeutsche.de/kultur/tv-die-bombe-mit-claus-kleber-der-super-kleber-1.165384-2>
- 100 Siehe <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/enthuellungen/mar-kus-maehler/der-suendenfall-im-fluechtlingsmaerchen-luegenpresse-laesst-koelns-nordafrikanischen-sex-mob-link.html>
- 101 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nrw-innenminister-keine-lagebilder-ueber-kriminelle-clans-id-11295121.html>
- 102 Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=5ntVeFVOZyQ>

- 103 Siehe <http://www.biid.de/news/inland/sex-uebergrieffe-silvesternacht/wird-verbotten-die-wahrheit-zu-sagen-44077302.bild.html>
- 104 Siehe <http://sr-mediathek.sr-online.de/index.php?seite=9>
- 105 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/es-wird-immer-schlimmer-streifenpolizistin-tania-kambouri-schuert-aengste-vor-fluechtlingen_id_5177108.html
- 106 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/bochum/polizistin-rudert-nach-faelschungsvorwurf-gegen-bka-zurueck-id1427464.html>
- 107 Siehe <http://www.derwesten.de/staedte/bochum/polizistin-zahlen-zu-fluechtlingskriminalitaet-sind-gefaelscht-id11405034.html>
- 108 Siehe <https://www.facebook.com/andreschulz1204?fref=ts>
- 109 Siehe http://www.freiewelt.net/nachricht/nahles-33-milliarden-euro-zusaetzlich-fuer-asylbewerber-noetig-10063375/?tx_comments_pi1%5Bpage%5D=1&cHash=f7afe07a72626767161d7c500a654b44
- 110 Siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-sozialexperte-erwartet-massive-steuererhoehungen-a-1057879.html>
- 111 Siehe <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-in-europa-warum-vor-allem-maenner-asyl-suchen-1.2584201>
- 112 Siehe <https://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwhuedeu/Verschwieg-Polizei-doch-Vorfaelle-in-AsyIheimen;art83467,4404667>
- 113 Siehe http://www.focus.de/regional/erfurt/migration-zeitung-anweisung-an-polizisten-zu-fluechtlingsheimvorfaellen_id_5014335.html
- 114 Siehe <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/nachrichten/detail/-/specific/Polizeigewerkschaft-erneuert-Vorwuerfe-gegen-Landesregierung-340921652>
- 114 Siehe https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Kurz-meldungen/lageuebersicht-kriminalitaet-kontext-zuwanderung.pdf?__blob=publicationFile
- 115 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/einbruchdiebstahl-in-deutschland-sechs-mythen-im-check-a-1043821.html>
- 116 Siehe https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Kurz-meldungen/lageuebersicht-kriminalitaet-kontext-zuwanderung.pdf?__blob=publicationFile
- 117 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlinge-und-kriminalitaet-bka-nennt-zahlen-14078095.html>
- 118 Siehe <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/2303/umfrage/entwicklung-der-aufklaerungsquote-von-straftaten-seit-1989/>
- 119 Siehe <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152583/umfrage/enwicklung-der-polizeilichen-aufklaerungsquoten-bei-wohnungseinbruchdiebstahl-seit-1995/>

- 120 Siehe <http://www.daitem.de/polizeiliche-kriminalstatistik-deutschland>
- 121 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article153930608/Mehr-als-500-Millionen-Euro-Schaden-durch-Einbrueche.html>
- 122 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/einbruchdiebstahl-in-deutschland-sechs-mythen-im-check-a-1043821.html>
- 123 Siehe <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/8084134/das-steht-im-bka-bericht-zur-fluechtlingskriminalitaet.html>
- 124 Siehe <http://www.n-tv.de/politik/BKA-registriert-mehr-Straftaten-article17018236.html>
- 125 Siehe <http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylverfahren/Verteilung/verteilung-node.html>
- 126 Siehe <http://www.rolandtichy.de/kolumnen/mueller-vogg-gegen-den-strom/mit-den-fluechtlingen-steigt-die-kriminalitaet-und-die-zahl-der-opfer/comment-page-1/#comments>
- 127 Siehe https://www.bdk.de/lv/verband-bund/aktuelles/2015-10-04_verk-ausbildung
- 128 Siehe <http://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/ruhrgebiet/einbrueche-in-nrw-um-50-prozent-gestiegen-32903346.bild.html>
- 129 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/machtlose-polizei-die-rauhe-herrschaft-der-familienclans-13745499.html>
- 130 Siehe <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/10/01/polizei-gewerkschaft-zur-asyl-gewalt-die-oeffentlichkeit-erfaehrt-nur-einen-bruchteil/>
- 131 Siehe <http://www.n-tv.de/politik/Polizei-beklagt-Gewalt-unter-Migranten-article-16059966.html>
- 132 Siehe <http://www.tagesschau.de/inland/bab-polizeigewerkschaft-101.html>
- 133 Siehe http://www.focus.de/sport/fussball/em-2016/hannover-im-live-ticker-laenderspiel-deutschland-niederlande-abgesagt_id_5092251.html
- 134 Siehe <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/migration-gewerkschaftschef-20-000-polizisten-fehlen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-151009-99-02229>
- 135 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/nachwuchs-in-berlin-gesucht-viele-polizei-bewerber-sind-dumm-lahm-und-faul/9094040.html>
- 136 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/speed-dating-der-polizei-in-berlin-bundespolizei-senkt-anforderungen-an-bewerber/12554982.html>
- 137 Siehe <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-11/ausbildung-bundespolizei-bewerber-taetowierung-zulassung>

- 138 Siehe <http://www.dw.com/de/wie-die-polizei-auslaender-umwirbt/a-15033188>
- 139 Siehe <http://www.wa.de/nordrhein-westfalen/polizei-setzt-migranten-1340384.html>
- 140 Siehe <http://www.taz.de/15143517/>
- 141 Siehe <http://www.polizei-einstellung.de/bewerbung-als-nichtdeutscher-oder-als-eu-buerger-bei-der-polizei/2011/12/07/>
- 142 Siehe <http://www.taz.de/15143517/>
- 143 Siehe <http://www.kn-online.de/News/Nachrichten-Politik/Aktuelle-Nachrichten-Politik/Landeskriminalamt-Drohungen-Diebstahl-Schlaege>
- 144 Siehe <http://www.kn-online.de/News/Nachrichten-Politik/Aktuelle-Nachrichten-Politik/Fluechtlingskriminalitaet-Die-internen-Lageberichte-der-Polizei>
- 145 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/dunkelziffer-berlins-wahre-kriminalitaetsstatistik-bleibt-verborgen/7179880.html>
- 146 Siehe <http://www.kn-online.de/Kommentare/KN-Kommentare/Michael-Kluth-zur-Fluechtlingskriminalitaet>
- 147 Siehe http://www.focus.de/politik/videos/relevante-ereignisse-verschweigen-polizei-forderte-journalisten-auf-nicht-ueber-fluechtlingslaege-zu-berichten_id_5036357.html
- 148 Siehe <http://meedia.de/2015/10/23/wie-die-kieler-polizei-versuchte-die-berichterstattung-im-fluechtlingsumfeld-zu-beeinflussen/>
- 149 Siehe <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/redaktion/polizeibericht-zu-koeln-respektlosigkeit-wie-ich-sie-in-29-dienstjahren-noch-nicht-erlebt-habe-.html>
- 150 Siehe <http://www.sueddeutsche.de/panorama/uebergriffe-an-silvester-uebergriffe-in-koeln-polizei-ermittelt-gegen-polizei-1.2875165>
- 151 Siehe http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft_artikel,-Bremer-Polizeichef-greift-Rot-Gruen-an-_arid_1318505.html
- 152 Siehe <http://www.bild.de/regional/bremen/polizei/bremer-polizei-verhoeht-innensenator-maeurer-43612608.bild.html>
- 153 Siehe <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>
- 154 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-60-millionen-menschen-weltweit-auf-der-flucht-a-1039321.html>
- 155 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-mehrheit-der-deutschen-fuer-grenzkontrollen-a-1078289.html>
- 156 Siehe <https://rn.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2016/01/2016-01-15-mueller-tagesspiegel.html>

- 157 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article148000968/Sicherheitsexperten-entsetzt-ueber-deutsche-Politik.html>
- 158 Siehe <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/09/10/mehrheit-der-deutschen-findet-merkels-fluechtlings-politik-falsch/>
- 159 Siehe <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/mehrheit-sieht-direkten-zusammenhang-zwischen-islam-und-terror-al-318113.html>
- 160 Siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/bruessel-anschlaege-reaktionen-105.html>
- 161 Siehe <http://www.heise.de/tp/artikel/46/46584/Lhtml>
- 162 Siehe <http://www.nzz.ch/international/wenn-terroristen-fluechtlings-routen-nutzen-1.18649919>
- 163 Siehe http://www.lemonde.fr/acces-restreint/attaques-a-paris/article/2015/11/19/6d6d63986c696cc592686a6866966e_4812944_4809495.html
- 164 Siehe <http://www.nzz.ch/international/terroranschlaege-in-paris/eine-debatte-die-es-nicht-geben-darf-1.18648167>
- 165 Siehe http://www.krone.at/Welt/Paris_Terror-Duo_kam_ueber_Fluechtlingsroute-3200_km_zum_Attentat-Story-482755
- 166 Siehe http://www.lemonde.fr/acces-restreint/attaques-a-paris/article/2015/11/19/6d6d63986c696cc592686a6866966e_4812944_4809495.html
- 167 Siehe https://mobile.twitter.com/Malbrunot/status/667361714019672064?ref_src=twsrc%5Etfw
- 168 Siehe https://www.washingtonpost.com/world/brussels-on-lockdown-as-british-pm-pushes-for-more-action-against-islamic-state/2015/11/23/df00ed92-9082-11e5-934c-a369c80822c2_story.html?hpid=hp_hp-more-top-stories_paris-610am%3Ahomepage%2Fstory
- 169 Siehe http://www.focus.de/politik/ausland/strukturierte-organisation-terrorexperte-is-baut-paramilitaerische-untergrundorganisation-in-westeuropa-auf_id_5096072.html
- 170 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/paris-drahtzieher-abdelhamid-abaaoud-der-mobile-dschihadist-a-1063706.html>
- 171 Siehe <http://rn.welt.de/politik/ausland/article143186475/Das-naechste-grosse-Schlachtfeld-ist-Europa.html>
- 172 Siehe <http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/salafistenbremen102.html>
- 173 Siehe <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1048351/>
- 174 Siehe <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburger-Islamisten-bekennen-sich-zum-IS>

- 175 Siehe <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/SEK-durchsucht-Wohnungen-in-Hannover-wegen-Verdacht-auf-Kontakt-zu-Islamisten-und-IS>
- 176 Siehe <http://www.bild.de/regional/berlin/isis-terroristen/er-nennt-sich-der-schlaechter-44452532.bild.html>
- 177 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/islamischer-staat-razzia-bei-mutmasslichem-is-kommandeur-in-rheinland-pfalz-a-1075957.html>
- 178 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/politik/kampf-gegen-den-terror/pariser-terroranschlaege-eine-zeugin-packt-aus-14052735-p2.html#/elections>
- 179 Siehe <http://de.sputniknews.com/panorama/20160205/307610699/paris-attentaeter-fluechtlingsstrom-europa.html>
- 180 Siehe http://www.focus.de/politik/experten/tophoven/heldenmythos-dschihadist-salafistische-zentren-in-allen-grossen-deutschen-staedten_id_3498126.html
- 181 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/moscheen-im-wedding-und-neukoelln-salafisten-in-berlin-a-832068.html>
- 182 Siehe <http://www.abendblatt.de/hamburg/article132485709/Die-Moschee-der-radikalen-Islamisten-in-Hamburg.html>
- 183 Siehe <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Immer-mehr-radikale-Salafisten-predigen-in-Berlin;art4306,2842862>
- 184 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/messerattacke-auf-polizistin-in-berlin-spandau-erschossener-angreifer-rafik-y-war-be-kannter-islamist/12332498.html>
- 185 Siehe <http://www.welt.de/politik/deutschland/article146537997/Berliner-Polizei-erschiesst-Islamisten.html>
- 186 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berlin-mutmasslicher-angreifer-gehoerte-zur-islamistenszene-a-1053497.html>
- 187 Siehe http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_ids=14797&article_id=124791&_psmand=33
- 188 Siehe <http://www.religionen-im-gespraech.de/thema/salafisten-wie-gefaehrlich-sind-sie/hintergrund/du-bist-christ-du-bist-manipuliert>
- 189 Siehe http://www.huffingtonpost.de/2016/03/03/safia-hannover-messer-isis_n_9380720.html
- 190 Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=PL5PXynXcDc>
- 191 Siehe https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_wer-leinegebiet/Mordversuch-15-Jaehrige-sticht-auf-Polizist-ein-,attacke118.html
- 192 Siehe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/messerattacke-in-hannover-terrorverdacht-gegen-15-jaehrige-erhaertet-sich-a-1087372.html>

- 193 Siehe <https://www.facebook.com/PierreVogelOffiziell/?fref=ts>
- 194 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/terror-in-paris-islamischer-staat-bejubelt-die-anschlaege-a-1062802.html>
- 195 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/politik/anschlaege-in-paris-sicherheitsexperten-sehen-aehnlichkeiten-zu-mumbai/12587532.html>
- 196 Siehe <http://www.breitbart.com/video/2015/11/13/obama-isis-is-not-getting-stronger-we-have-contained-them/>
- 197 Siehe <http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/Rechtliche-Grundlagen/Nordatlantikvertrag.html>
- 198 Siehe <http://www.bild.de/politik/ausland/terror-paris/deutscher-general-spricht-von-buendnisfall-nato-43399462.bild.html>
- 199 Siehe <https://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2015/001/354452>
- 200 Siehe http://www.huffingtonpost.de/enno-lenze/is-gehoert-nicht-zum-islam_b_8576772.html
- 201 Siehe http://www.nytimes.com/2016/03/20/world/europe/a-view-of-ississ-evolution-in-new-details-of-paris-attacks.html?action=click&pgty pe=Homepage&version=Mothers-Visible&moduleDetail=inside-nyt-region-08anodule=inside-nyt-region®ion=inside-nyt-region&WT.nav=inside-nyt-region&_r=3
- 202 Siehe <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-festnahmen-in-bruessel-terrorplaner-des-islam-treff-t-jeden-und-alles/13350038.html>
- 203 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/terror-in-paris-belgien-bietet-islamisten-rueckzugsraum-a-1063132.html>
- 204 Siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/bruessel-ermittlungen-in-molenbeek-nach-terror-in-paris-a-1062950.html>
- 205 Siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bruessel-terrorgefahr-in-belgischen-atomkraftwerken-a-1083825.html>
- 206 Siehe <http://www.heise.de/tp/artikel/47/47781/1.html>
- 207 Siehe <http://www.heise.de/tp/artikel/47/47797/1.html>
- 208 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bruesseler-anschlaege-atomkraftwerke-schicken-personal-nach-hause-14140081.html>

KOPP VERLAG

Bücher, die Ihnen die Augen öffnen

In unserem kostenlosen Katalog finden Sie Klassiker, Standardwerke, preisgünstige Taschenbücher, Sonderausgaben und aktuelle Neuerscheinungen rund um die Themengebiete, auf die sich der Kopp Verlag spezialisiert hat.

Viele gute Gründe, warum der Kopp Verlag Ihr Buch- und Medienpartner sein sollte:

- ✓ **Versandkostenfreie Lieferung** innerhalb Europas
- ✓ **Kein Mindestbestellwert**
- ✓ **Kein Risiko** – Geld-zurück-Garantie
- ✓ **Keine Verpflichtungen** – kein Club, keine Mitgliedschaft
- ✓ **Regelmäßige Informationen**
über brisante Neuerscheinungen und seltene Restbestände
- ✓ **Bequem, einfach und risikolos bestellen:**
Wir sind rund um die Uhr für Sie da – 365 Tage im Jahr!

Ihr kostenloser Katalog liegt schon für Sie bereit.
Einfach anfordern bei:

KOPP VERLAG

Bertha-Benz-Straße 10 • 72108 Rottenburg a. N.
Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de



Journalisten manipulieren uns im Interesse der Mächtigen

Haben auch Sie das Gefühl, häufig von Medien manipuliert und belogen zu werden? Ein Insider enthüllt, was hinter den Kulissen passiert.

Der Journalist Udo Ulfkotte schämt sich heute dafür, dass er 17 Jahre für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* gearbeitet hat und belegt, wie er als FAZ-Berichterstatter geschmiert wurde (und eine US-Ehrenbürgerurkunde erhielt). Er enthüllt, warum Meinungsführer tendenziös berichten und wie der verlängerte Arm der NATO-Pressestelle Kriege medial vorbereitet.

Hier erfahren Sie, in welchen Lobbyorganisationen welche Journalisten vertreten sind - hunderte Namen und Organisationen: Atlantik-Brücke, Trilaterale Kommission, *German Marshall Fund*, (...). Enthüllt werden zudem geheimdienstliche Hintergründe zu Lobbygruppen, Propagandatechniken und Formulare, um bei der US-Botschaft Fördergelder zur Manipulation der öffentlichen Meinung in Deutschland zu beantragen.

Wenn die CIA vorgibt, was geschrieben wird

Können Sie sich vorstellen, dass Geheimdienstmitarbeiter Texte verfassen, die unter den Namen bekannter Journalisten veröffentlicht werden? Wissen Sie, wer genau geschmiert wurde? Kennen Sie die Vergabepaxis von »Journalistenpreisen? Wenn Sie dieses Buch gelesen haben, erkennen Sie, wie Sie manipuliert werden, von wem und warum.

**Fazit: Unsere »Nachrichten« sind häufig
reine Gehirnwäsche.**

gebunden

336 Selten

ISBN 978-3-86445-143-0

22.95 (

Kopp Verlag

Bertha-Benz-Str. 10

D-72108 Rottenburg

Telefon (0 74 72) 98 06 0

Telefax (0 74 72) 98 06 11

Info@kopp-verlag.de

www.kopp-verlag.de

Udo Ulfkotte und Stefan Schubert zeigen, wie ernst die Lage wirklich ist. Sie haben Informationen verschiedenster Quellen ausgewertet, dabei auch Geheimpapiere von Sicherheitsdiensten eingesehen und mit Insidern und Polizisten gesprochen. Das Ergebnis ihrer Recherche ist beängstigend: Die von Migranten verübten Straftaten haben nie gekannte Dimensionen erreicht.

Warum die Polizei uns nicht mehr schützen kann

Doch Politik und Medien versuchen, diese Tatsache zu vertuschen: Da wird die Herkunft von Tätern systematisch verschwiegen. Da werden Statistiken gefälscht und Polizisten in ihrer Arbeit behindert und genötigt.

Lesen Sie dieses Buch und sprechen Sie mit Ihren Freunden, Bekannten und Kollegen darüber. Nur so können wir das Kartell der Verschweiger durchbrechen.



Dr. Udo Ulfkotte,

Jahrgang 1960, studierte Kriminologie, Islamkunde und Politik. Der Sicherheitsfachmann arbeitete viele Jahre im Nahen Osten und in Afrika. In zahlreichen Büchern, die immer wieder Bestseller-Auflagen erreichten, hat der Autor über die schleichende Islamisierung (*Mekka Deutschland*) und über die Propagandaarbeit unserer Medien dazu (*Gekaufte Journalisten*) aufgeklärt. Der Schweizer Journalist Beat Stauffer nannte Ulfkotte 2007 einen der »härtesten deutschen Islamismus-Kritiker« und berichtete: »(...) auch erklärte Gegner anerkennen, dass sich Ulfkotte auf der Ebene der Fakten nicht so leicht widerlegen lässt.« Viele muslimische Mitbürger haben zur Ermordung des Bestseller-Autors und seiner Familie aufgerufen, die nun an einem geheimen Ort leben.



Stefan Schubert,

46, ehemaliger Polizist und Bestseller-Autor, ist bundesweit als Experte für Themen rund um die Innere Sicherheit bekannt. Seine engen Beziehungen zu Spezialeinheiten und Polizisten verleihen seinen Büchern eine große Authentizität. Von ihm erschienen die *Spiegel*-Bestseller *Gewalt ist eine Lösung* und *Wie die Hells Angels Deutschlands Unterwelt eroberten* sowie die beiden weiteren True-Crime-Titel *Inside Polizei* und *Gangland Deutschland*. Sein erster Roman *Der Konvertit* handelt von islamistischen Terroranschlägen in Deutschland. Seit 2015 gehört er zum Autorenteam der Nachrichtenseite *Kopp Online* und veröffentlicht dort Artikel zu den Themenfeldern Polizei, Kriminalität und Terrorismus.

»Irgendjemand muss den Menschen da draußen die Wahrheit sagen!«

Nie zuvor haben so viele Bürger einen Waffenschein beantragt. Nie zuvor haben sich so viele Privatleute einen Tresor gekauft. Nie zuvor haben sich so viele zum Unterricht in Kampfsportschulen angemeldet. Und nie zuvor war Pfefferspray bundesweit ausverkauft. Die Menschen machen sich ganz offensichtlich Sorgen um ihre Sicherheit. Und das zu Recht!

Das Ende der Sicherheit!

Politik und Leitmedien haben mit der Sicherheit der Bürger gespielt. Skrupellos haben die politisch Verantwortlichen die Grenzen geöffnet und Kriminelle und Terroristen ins Land gelassen. Die Kriminalitätsentwicklung nimmt bedenkliche Ausmaße an. Allmählich dämmert es auch dem Letzten: Der Staat kann seine Bürger nicht mehr schützen.

ISBN 978-3-86445-306-9



9 783864 453069